

[Athen will Syrien-Flüchtlingen sofort Asyl gewähren;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-will-syrien-fluechtlingen-sofort-asyl-gewahren-a-1028632.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-will-syrien-fluechtlingen-sofort-asyl-gewahren-a-1028632.html)

SPIEGEL ONLINE

14. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 448 words

**Highlight:** Welchen Kurs fährt Griechenland in der Flüchtlingspolitik? Nach einer Krisensitzung des Kabinetts hieß es zunächst, Athen wolle Asylsuchenden die Weiterreise in andere EU-Staaten ermöglichen. Dann zog ein Regierungssprecher die Aussage zurück.

## Body

---

Griechenland will Asylbewerbern aus dem Kriegsland Syrien sofort Asyl geben. Dies kündigte die Regierung am Dienstag an.

Die Hilfe für notleidende Migranten ist das Ergebnis einer Krisensitzung des Kabinetts unter Vorsitz von Regierungschef Alexis Tsipras. Wie Regierungssprecher Gabriel Sakellaris nach der Sitzung sagte, will Griechenland bei der EU beantragen, die Flüchtlinge gleichmäßiger auf alle Mitgliedstaaten zu verteilen. Das Thema sei schließlich "international".

Zunächst hatte es zudem geheiß, die Flüchtlinge könnten dann in andere EU-Staaten weiterreisen. Wenig später nahm ein Sprecher diese Aussage jedoch zurück.

In der EU gilt nach der sogenannten Dublin-II-Verordnung, dass jeweils das Land zuständig ist, über das der Asylbewerber in die EU eingereist ist. Das soll verhindern, dass Asylsuchende in mehreren EU-Ländern gleichzeitig einen Antrag stellen. Das heißt, Flüchtlinge, die in einem anderen Land Asyl beantragen, werden wieder in jenes EU-Land abgeschoben, in dem sie europäischen Boden betreten haben. Die Regeln sind seit Jahren umstritten, weil sich Länder an den EU-Außengrenzen mit der Aufnahme der Flüchtlinge überfordert fühlen.

Innenminister Nikos Voutsis sagte am Dienstag im Parlament, es müsse den Syrien-Flüchtlingen innerhalb kurzer Zeit ermöglicht werden, in jedes europäische Land ihrer Wahl weiter zu reisen. Der Norden Europas müsse in der Flüchtlingsfrage mehr Verantwortung übernehmen, doch offenbar sei es den nördlichen Ländern nur recht, wenn Griechenland das Ziel Hunderttausender Syrien-Flüchtlinge werde. Voutsis warnte, es befänden sich momentan rund 2,5 Millionen syrische Flüchtlinge in der Türkei, rund die Hälfte im Küstengebiet und damit in unmittelbarer Nähe zu Griechenland.

Die stellvertretende Ministerin für Migration, Tasia Christodouloupoulou, erklärte im griechischen Rundfunk, sie rechne damit, dass in den kommenden Monaten mehr als 100.000 Migranten vor allem aus Syrien nach

Athen will Syrien-Flüchtlingen sofort Asyl gewähren <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-will-syrien-fluechtlingen-sofort-asyl-gewaehren-a-1028632....>

Griechenland kommen werden. Offiziere der Küstenwache sagten, sie befürchten eine "bei weitem größere" Anzahl Flüchtlinge.

In den vergangenen zwei Tagen waren nach offiziellen Angaben mehr als 800 Migranten vor und auf den Inseln in der Ägäis aufgegriffen worden. Mehr als 300 seien alleine am Dienstag gekommen, berichteten örtliche Medien von den Inseln Lesbos, Chios, Samos und Kos.

Zahlreiche Migranten - in vielen Fällen ganze Familien - kamen am Dienstag in Athen an. Sie sagten, sie suchten nach Wegen, das Land Richtung Westeuropa zu verlassen. Insgesamt seien im Januar, Februar und März 10.445 Migranten aufgegriffen worden. Die meisten stammen aus Syrien.

pad/dpa

**Load-Date:** May 11, 2015

---

End of Document

[Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei stockt;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-keine-rueckfuehrungen-aus-lesbos-a-1085443.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-keine-rueckfuehrungen-aus-lesbos-a-1085443.html)

SPIEGEL ONLINE

05. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 734 words

**Byline:** gec/anr/dpa

**Highlight:** 10:06:00 Kaum begonnen, hakt es bei der Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei. An den Häfen auf den griechischen Inseln ist es ruhig. Migranten sind nicht mehr auffindbar oder haben einen Asylantrag gestellt.

## Body

---

220 Migranten und Flüchtlinge sind am Montag von Griechenland in die Türkei gebracht worden - wie schlecht die weiteren geplanten Rückführungen organisiert sind, zeigt sich aber schon einen Tag später: An diesem Dienstag soll von Lesbos aus kein Flüchtling in die Türkei gebracht werden. SPIEGEL ONLINE-Reporter berichten von Lesbos, dass die Lage an den Häfen ruhig sei. Auch die Behörden haben bestätigt, dass an diesem Tag von der Insel aus keine Rückführungen starten sollen. Anders als geplant, werden wohl auch von der Insel Chios aus keine Boote mit Migranten in Richtung Türkei ablegen.

Offenbar gibt es Probleme, weil ein Großteil der Migranten und Flüchtlinge, die für die Rückbringung ausgewählt wurden, inzwischen einen Asylantrag gestellt hat und diese erst geprüft werden müssten - oder weil die Migranten, die auf den Abschiebelisten stehen, nicht mehr auffindbar sind.

Die Regionalgouverneurin der Inseln im Norden der Ägäis, Christiana Kalogirou, sagte im Staatsfernsehen ERT: Zuvor hätten die Menschen meist nur nach Mitteleuropa weiterreisen wollen und auf Asylanträge verzichtet. Nun werde es mehrere Tage dauern, bis die Asylanträge im Schnellverfahren bearbeitet seien, sagte Kalogirou. Erst dann könnten Menschen, deren Anträge abgelehnt wurden, in die Türkei ausgewiesen werden. Zudem fehlten weiterhin Asylentscheider, hieß es.

Flüchtlinge sollen zur Rückkehr in Hotspots bewegt werden

Ähnlich äußert sich laut Bericht der Zeitung "Politis" ein Polizeibeamter auf Chios. Es sei eine Liste von 250 Personen zusammengestellt worden, die von Montag bis Mittwoch von der Insel in die Türkei gebracht werden sollten. Viele dieser Migranten hielten sich nicht mehr in den Hotspots auf oder hätten einen Asylantrag gestellt - das sei der Grund dafür, dass Frontex die Schifffahrten mit Flüchtlingen in die Türkei aufgeschoben habe.

Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei stockt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-keine-rueckfuehrungen-aus-lesbos-a-1085443.....>

Am Dienstagmittag soll es ein Krisentreffen der Behörden mit Nichtregierungsorganisationen geben. Ziel ist es, die Migranten dazu zu bewegen, in die Hotspots zurückzukehren. Ein Reporter von "Politis" formuliert es so: "Sie können ja nicht einfach jeden, der in einem Schlafsack liegt, fragen, ob er auf der Liste ist."

Die Polizei auf Chios dementierte aber einen Bericht, wonach die Flüchtlinge regelrecht untergetaucht seien und sich vor den Behörden versteckten.

Die 202 Migranten, die am Montag im Rahmen des EU-Türkei-Flüchtlingspakts von den beiden griechischen Ostägäisinseln in die Türkei gebracht worden waren, hatten nach griechischen Regierungsangaben keinen Asylantrag gestellt. Auch bei der Auswahl der Rückkehrer vom Montag hatte es Probleme gegeben - trotzdem war die Aktion friedlich abgelaufen.

#### Griechische Regierung will Flüchtlingslager räumen

Die Rückführungen am Montag sollten zeigen, dass der von Kanzlerin Angela Merkel vorangetriebene und von der EU beschlossene Deal mit dem türkischen Präsidenten mit Entschiedenheit beginnt. In der Theorie geht der Plan so: Für jeden aus Griechenland abgeschobenen Flüchtling soll ein anderer von der Türkei nach Europa verteilt werden - bis die Zahl 72.000 erreicht ist.

Aber die Aktion war von vornherein hastig und schlecht vorbereitet auf griechischer und türkischer Seite. Von den 4000 angekündigten EU-Beamten ist gerade mal ein Bruchteil auf der Insel.

Auf dem Festland will die griechische Regierung hart gegen Flüchtlinge, die am Hafen von Piräus und bei Idomeni an der Grenze zu Mazedonien campieren, vorgehen. Die beiden großen improvisierten Flüchtlingslager sollen bis zum Wochenende geräumt werden. Die Migranten würden in arabischer Sprache aufgefordert, mit bereitgestellten Bussen in die offiziellen Auffanglager zu fahren, meldete das Staatsfernsehen.

Im Überseehafen Piräus leben 5000, in Idomeni 12.000 Migranten. Bisher sind nur wenige bereit, sich innerhalb Griechenlands umsiedeln zu lassen. Aktivisten und Helfer kleinerer Hilfsorganisationen bestärken sie darin. Als Grund nennen einige Aktivisten, nur wenn die Migranten zusammen blieben und die Welt ihr Elend sehe, könnten sie nach Mitteleuropa weiterreisen.

Hunderte neue Flüchtlinge kommen derweil weiterhin aus der Türkei auf den griechischen Inseln an. Innerhalb von 24 Stunden hätten 225 neue Asylsuchende vom türkischen Festland auf Ägäis-Inseln übersetzt, teilte der griechische Stab für die Flüchtlingskrise mit. Am Vortag waren 339 gekommen.

gec/anr/dpa

**Load-Date:** April 5, 2016

[Griechenland schiebt weitere Flüchtlinge aus Lesbos ab;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-zweite-rueckfuehrung-aus-lesbos-steht-an-a-1086073.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-zweite-rueckfuehrung-aus-lesbos-steht-an-a-1086073.html)

SPIEGEL ONLINE

08. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 639 words

**Byline:** vek/vks/dpa

**Highlight:** 08:18:00 202 **Flüchtlinge** wurden bereits von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt, nun läuft die nächste Abschiebung von Lesbos, Kos und Samos. Die Polizei räumte auch die Kaimauer auf Chios.

## Body

---

Die Rückführung von **Flüchtlingen** und anderen **Migranten** aus Griechenland in die Türkei wird fortgesetzt. Vier Busse brachten am Freitagmorgen 45 **Migranten** zum Haupthafen der Insel Lesbos. Wie das staatliche Fernsehen ERT berichtete, sollten sie in Begleitung von mehreren Polizisten an Bord des Schiffes "Nazli Jale" gebracht werden. Es sollte anschließend zum türkischen Hafen von Dikili auslaufen.

Von Kos und Samos aus sei eine weitere Fähre, die "Tera Jet", unterwegs nach Lesbos, berichtet das Staatsfernsehen. Sie bringe ebenfalls 95 Migranten zum Haupthafen auf Lesbos, auch sie sollen im Rahmen des EU-Türkei-Flüchtlingspakts in die Türkei abgeschoben werden.

Laut Berichten des griechischen Fernsehens hätten die Migranten, die am Freitag in die Türkei zurückgeschickt werden sollen, keinen Antrag auf Asyl gestellt.

Möglicherweise sollen auch von der benachbarten Insel Chios Migranten in die Türkei zurückgeschickt werden, meldet die Nachrichtenagentur dpa. Dies jedoch konnte zunächst offiziell nicht bestätigt werden.

Am Montag waren bereits 202 Migranten von den Inseln Lesbos und Chios zum türkischen Hafen von Dikili gebracht worden. Danach stockte die Rückführung der Flüchtlinge zunächst. Offenbar gab es Probleme: Ein Großteil der Migranten und Flüchtlinge, die für die Rückführung ausgewählt wurden, hatten inzwischen einen Asylantrag gestellt, der dann erst geprüft werden musste - oder weil die Migranten auf den Abschiebelisten nicht mehr auffindbar waren.

Proteste gegen "Deportation"

Die Situation der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln ist angespannt. In Chios etwa besetzten sie seit einer Woche die Kaimauer im Hafen, weil sie sich weigerten, in die Türkei zurückgebracht zu werden. In der Nacht zum Freitag wurde der Ort von der Polizei und lokalen Behörden geräumt.

Griechenland schiebt weitere Flüchtlinge aus Lesbos ab <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-zweite-rueckfuehrung-aus-lesbos-steht-an-a-1086073.htm....>

Dabei war es zu Streitigkeiten von Migranten mit rechtsgesinnten Einwohnern gekommen, die gegen die Schließung des Hafens für Fähren protestierten. Das berichteten Reporter vor Ort. Unbekannte warfen angezündete Feuerwerkskörper in die Menschenmenge.

Mittlerweile hat sich die Situation beruhigt, der Hafen ist wieder für den Fährverkehr freigegeben worden.

Auf der Insel Samos kam es am Donnerstag zu Unruhe: Rund 250 Migranten und Flüchtlinge waren aus einem Aufnahmelager ausgebrochen. Sie bewegten sich durch die Straßen der Hauptortschaft der Insel, Vathy, und forderten, dass sie nicht - wie sie sagten - in die Türkei "deportiert" werden sollten. Stattdessen wollten sie zum Festland gebracht werden und von dort aus nach Zentraleuropa weiterreisen dürfen. Einige Migranten hätten laut Augenzeugen Messer bei sich gehabt, die sie den Sicherheitsbehörden immer wieder drohend zeigten.

Der Polizei und Beamten der europäischen Grenzagentur Frontex sei es schließlich gelungen, die Mehrheit der Menschen dazu zu überreden, zurück ins Auffanglager zu gehen, berichtete der lokale Rundfunksender.

In Deutschland rechnet Entwicklungsminister Gerd Müller in diesem Frühjahr erneut mit einem massiven Zustrom von Flüchtlingen und anderen Migranten aus Nordafrika. "Nach unseren Informationen warten allein in Libyen 100.000 bis 200.000 Afrikaner, die aus Staaten südlich der Sahara kommen, auf ihre Überfahrt nach Europa", sagte der CSU-Politiker der "Rheinischen Post". Die Schlepperbanden seien schon "voll in Aktion".

Angesichts dieser Lage bestehe dringender Handlungsbedarf. "Die libysche Regierung braucht Autorität, Institutionen, Ausbildung von Polizei und den Ausbau der Küstenwache", so Müller. In Libyen, das seit dem Tod von Langzeitdiktator Muammar al-Gaddafi 2011 in einen Bürgerkrieg verstrickt war, hat eine von den Vereinten Nationen vermittelte Einheitsregierung erst vor wenigen Tagen ihre Arbeit aufgenommen. Zuletzt hatten Schlepperbanden das Machtvakuum ausgenutzt.

vek/vks/dpa

**Load-Date:** April 8, 2016

**"Wir leeren die Camps so schnell, wie wir können";  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-leert-hotspots-auf-lesbos-und-chios-a-1083271.html>**

SPIEGEL ONLINE

20. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 361 words

**Byline:** ssu/gic/AP/dpa

**Highlight:** 10:27:00 Die Vereinbarungen zum **Flüchtlingspakt** der EU mit der Türkei sind in Kraft. Griechenlands Regierung handelt prompt: Sie bringt Hunderte **Migranten** von den Inseln in ein Auffanglager auf dem Festland.

## Body

---

Hunderte **Flüchtlinge** sind von den griechischen Inseln Lesbos und Chios aufs Festland gebracht worden. Insgesamt 640 Schutzsuchende seien am späten Samstagabend in der Hafenstadt Piräus angekommen, berichtete das Staatsradio.

Einige **Migranten** seien in die nordgriechische Stadt Kavala gebracht worden, sagte ein Polizist SPIEGEL ONLINE. Die Aufnahmekapazitäten von Piräus seien offenbar erschöpft. "Wir leeren die Camps so schnell, wie wir können", sagte der Polizist.

Hintergrund der Räumungsaktion ist der Flüchtlingspakt der EU mit der Türkei, der seit Mitternacht in Kraft ist. Der Pakt sieht vor, dass alle Flüchtlinge, die ab Sonntag illegal von der Türkei nach Griechenland übersetzen, zwangsweise in die Türkei zurückgebracht werden.

Die ersten Flüchtlinge sollen am 4. April zurückgeführt werden. Die griechische Regierung will die Registrierzentren leeren, um alle Neuankömmlinge gemäß des Flüchtlingspakts zu behandeln.

Deutsche Beamte sollen Asylanträge in Griechenland bearbeiten

Mit der Umsetzung der Vereinbarungen dürfte es zunächst hapern, unter anderem wegen Personalmangel. Tsipras hatte beim EU-Türkei-Gipfel von 2300 Experten gesprochen, die in den kommenden Tagen nach Griechenland kommen sollen, um dabei zu helfen, im Schnellverfahren Asylanträge zu bearbeiten.

Laut "Frankfurter Allgemeiner Sonntagszeitung" will allein Deutschland rund 100 Asylbeamte und 200 Polizisten nach Griechenland schicken, um die Abschiebung von Migranten in die Türkei zu beschleunigen. Nach Angaben der griechischen Regierung befinden sich derzeit 47.536 registrierte Flüchtlinge in Griechenland.

"Wir leeren die Camps so schnell, wie wir können" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-leert-hotspots-auf-lesbos-und-chios-a-1083271.....>

Am Sonntag sollen weitere 2000 Menschen von den Inseln aufs Festland gebracht werden. Freiwillige Helfer sagten, man habe sie informiert, dass die Hotspots bis Ende des Tages menschenleer sein sollen. Ob neben Lesbos und Chios noch andere griechische Hotspots betroffen sind, war zunächst unklar.

Während die Polizisten Migranten aufs Festland transferieren, kommen unablässig neue Migranten auf den Inseln an. Auf einem überfüllten Boot, das Sonntag Lesbos erreichte, fanden Helfer zwei Tote. Alle Wiederbelebungsversuche scheiterten.

ssu/gic/AP/dpa

**Load-Date:** March 20, 2016

---

End of Document



**Türkische Beamte auf Ägäis-Inseln angekommen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-tuerkische-beamte-auf-aegaeis-inseln-angekommen-a-1083350.html>**

SPIEGEL ONLINE

21. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 452 words

**Byline:** heb/dpa

**Highlight:** 09:12:00 Seit Sonntag ist das EU-Abkommen mit Ankara in Kraft. Jetzt sind erste türkische Offiziere der Küstenwache auf die griechischen Lesbos und Chios gereist. Sie sollen entscheiden, welche **Flüchtlinge** zurückgebracht werden.

## Body

---

Der **Flüchtlingskompromiss** mit der Türkei gilt: Seit dem 20. März können alle **Migranten**, die illegal von der Türkei nach Griechenland übersetzen, zwangsweise in die Türkei zurückgebracht werden - allerdings erst nach einer Einzelfallprüfung. Auf die hat jeder **Flüchtling** Anspruch und sie muss im EU-Land Griechenland erfolgen. Nur wer nachweisen kann, dass er in der Türkei verfolgt wird, darf bleiben.

Allein wird Athen diese Überprüfungen nicht schaffen. Auch die Türkei unterstützt die Griechen deshalb. Am Montagmorgen sind nun die ersten türkischen Verbindungsoffiziere auf Lesbos angekommen. Das berichten griechische Medien. Auch auf der Ägäis-Insel Chios seien einige türkische Offiziere der Küstenwache eingetroffen, meldete die Deutsche Presse-Agentur.

Der Einsatz von türkischen Beamten vor Ort ist ein wesentlicher Bestandteil des vereinbarten Rückführungsprogramms. Diese Beamten sollten sozusagen in letzter Instanz entscheiden, welche Migranten, die kein Asyl in Griechenland erhielten, zurück in die Türkei gebracht werden.

In Griechenland fehlen nach Inkrafttreten des EU-Türkei-Flüchtlingspakts am Sonntag vor allem Asylexperten sowie Dolmetscher, die Asylanträge behandeln und entscheiden. Athen erwartet nach den Worten von Regierungschef Alexis Tsipras 2300 Beamte zur Unterstützung.

Deutschland und Frankreich wollen zusammen 400 Polizeibeamte und 200 Asylfachleute auf die griechische Inseln entsenden. Außerdem bieten die Innenminister in einem gemeinsamen Brief jeweils 100 Asylfachleute an, die beim Bearbeiten von Anträgen helfen. In Deutschland sollen diese aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt werden.

Türkische Beamte auf Ägäis-Inseln angekommen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-tuerkische-beamte-auf-aegaeis-inseln-angekommen-a-1083350.html>

Außerdem verpflichten sich Thomas de Maizière und sein französischer Kollege Bernard Cazeneuve in dem Schreiben an die EU-Kommission, jeweils bis zu 200 Polizeibeamte an die EU-Grenzschutzbehörde Frontex abzustellen. Diese sollen bei der Rückführung irregulärer Migranten helfen.

Auf den Ägäis-Inseln kommen weiter Hunderte Flüchtlinge an. Allein zwischen Sonntagmorgen und Montagmorgen 8 Uhr Ortszeit setzten 1662 Migranten von der türkischen Küste auf die Inseln über, teilte der griechische Stab für die Flüchtlingskrise am Montag mit. Zum Vergleich: Am Vortag um 8 Uhr waren 875 neue Flüchtlinge aus der Türkei gezählt worden, am Samstag 1498. Am Montagvormittag nahm der Zulauf auf Lesbos Medienberichten zufolge ab.

Der Flüchtlingspakt zwischen EU und der Türkei sieht vor, dass illegal eingereiste Migranten ab 4. April zurück in die Türkei gebracht werden. Nach dem 4. April soll auch die Umsiedlung von bis zu 72.000 syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen aus der Türkei nach Europa beginnen. Offen ist, wie viele Deutschland aufnimmt.

heb/dpa

**Load-Date:** March 21, 2016

---

End of Document

[Keine Abschiebungen mehr bis Freitag;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-keine-abschiebungen-mehr-bis-freitag-a-1085682.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-keine-abschiebungen-mehr-bis-freitag-a-1085682.html)

SPIEGEL ONLINE

06. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 467 words

**Byline:** cht/gic/dpa

**Highlight:** 10:53:00 202 Migranten sind von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt worden, weitere sollen vor Freitag nicht folgen. Womöglich schreckt die Rückführung ab: Deutlich weniger Migranten kamen mit Schleppern über die Ägäis.

## Body

---

Die Abschiebung einer ersten Gruppe von 202 Migranten von griechischen Inseln in die Türkei war wohl vor allem ein Symbol. Es sollte zeigen, dass die Rückführung funktionieren kann. Nun ist klar: Erst frühestens am Freitag sollen Nichtasylberechtigte wieder aus Griechenland abgeschoben werden, sagte ein Mitarbeiter der Küstenwache SPIEGEL ONLINE.

Zugleich hat die Zahl der mit Schlauchbooten neu ankommenden Migranten aus der Türkei offenbar deutlich abgenommen: Innerhalb von 24 Stunden hätten nur noch 68 Menschen übergesetzt, meldete der griechische Stab für die Flüchtlingskrise am Mittwoch. Am Vortag waren 225 neue Asylsuchende vom türkischen Festland auf Ägäis-Inseln übergesetzt.

Nach mehr als 1000 Menschen am Wochenende ist das ein spürbarer Rückgang. Es sieht also aus, als hätte die Abschreckung durch Nato-Kriegsschiffe in der Ägäis und die kleine Rückführung vom Montag den gewünschten Effekt. Außerdem testen Schlepper derzeit neue Routen in die EU - und versprechen für Tausende Dollar sogar, Migranten direkt von der Türkei nach Italien zu bringen. Auch das könnte dazu führen, dass weniger Flüchtlinge zu den griechischen Inseln aufbrechen.

Den Rückführungsstopp hatte die griechische Asylbehörde am Dienstag damit erklärt, dass die meisten Migranten nun direkt Asylanträge in Griechenland stellen, um ihre drohende Ausweisung in die Türkei hinauszuzögern. Zuvor hatten die meisten Schutzsuchenden in Griechenland kein Asyl beantragt, weil sie hofften, nach Mitteleuropa weiterreisen zu können.

Die EU-Kommission machte am Dienstag keine Angaben zu einem Stopp der Abschiebungen. "Wir können dazu keine Informationen herausgeben", erklärte eine Sprecherin in Brüssel. Man werde sich weiter auf jene Menschen

Keine Abschiebungen mehr bis Freitag <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-keine-abschiebungen-mehr-bis-freitag-a-1085682.html>

konzentrieren, die keinen Asylantrag gestellt hätten, hieß es. Sie können sofort in die Türkei zurückgeschickt werden.

Die Asylanträge sollen in Schnellverfahren geprüft werden, was einige Tage dauern soll. Beobachter auf den Inseln schätzen aber, dass es eher zwei Wochen sein werden. Griechenland warnt dabei allerdings vor großen Problemen. Allein für die Bearbeitung der Anträge werden 400 EU-Beamte gebraucht, vor Ort sind laut der Chefin der Asylbehörde Maria Stavropoulou aber nur 30.

Geplant ist, dass für jeden aus Griechenland abgeschobenen Flüchtling ein anderer von der Türkei nach Europa verteilt werden soll - bis die Zahl 72.000 erreicht ist. Die ersten Flüchtlinge aus der Türkei kamen am Montag im niedersächsischen Friedland an.

Um die gesamte Umsetzung dieses Flüchtlingstauschs zu organisieren, ist ein enormer personeller Aufwand nötig: 4000 EU-Beamten sollen Griechenland helfen, darunter Sicherheitskräfte, Dolmetscher und Asylentscheider. Bislang hält sich dort gerade einmal ein Bruchteil davon auf.

cht/gic/dpa

**Load-Date:** April 6, 2016

---

End of Document

[Fast eine halbe Million kann mit Asyl rechnen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/oecd-europa-koennte-450-000-menschen-dauerhaft-asyl-gewaehren-a-1054077.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/oecd-europa-koennte-450-000-menschen-dauerhaft-asyl-gewaehren-a-1054077.html)

SPIEGEL ONLINE

22. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 678 words

**Byline:** Alexander Sarovic

**Highlight:** Hunderttausende Flüchtlinge werden dauerhaft in Europa bleiben können, ein Ende des Andrangs ist nicht absehbar. Das geht aus einer neuen OECD-Untersuchung hervor. Die wichtigsten Punkte im Überblick.

## Body

---

Hunderttausende Asylbewerber kommen nach Europa, etwa 450.000 werden wohl dauerhaft bleiben dürfen: So viele Flüchtlinge können mit Asyl rechnen - mehr als in allen anderen europäischen Flüchtlingskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg. Zu dem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Für die Studie unter dem Titel "Migration Policy Debates" wurden die jüngsten Wanderungsbewegungen und die Migrationspolitik des Industrieländerklubs OECD analysiert.

700.000 Menschen haben demnach im laufenden Jahr in der EU schon Asyl beantragt, eine Million könnten es bis zum Jahresende sein. Diese Zahl der Asylbewerber überschreitet schon jetzt die rund 630.000 Menschen, die zu Beginn des Bosnienkrieges im Jahr 1992 Asyl suchten.

Nicht nur wegen der hohen Zahlen der Asylsuchenden ist die Krise laut OECD für die Aufnahmestaaten schwieriger zu bewältigen als vergangene Flüchtlingskrisen. Die Herkunftsländer sind unterschiedlich, die Gründe für die Migration auch - das mache es schwer, die Anträge schneller zu bearbeiten.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Der Anteil der Syrer, Iraker und Eritreer ist im Juni 2015 auf mehr als ein Drittel angestiegen. Es wird erwartet, dass diese Quote weiter wächst. Die Fluchtwege sind so lang wie noch nie. Immer mehr Menschen kommen über das östliche Mittelmeer nach Europa, aber immer weniger Staatsangehörige aus Staaten des Westbalkans stellen Asylanträge. Von allen 186 OECD-Staaten ist die Türkei am stärksten betroffen. Knapp zwei Millionen Syrer halten sich dort auf. Hinzu kommen rund 300.000 Iraker, Afghanen und Pakistaner. Hauptziel ist Deutschland: 800.000 Flüchtlinge werden es nach Schätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in diesem Jahr werden. 24.000 unbegleitete Minderjährige beantragten 2014 Asyl in der EU - das sind vier Prozent aller

Fast eine halbe Million kann mit Asyl rechnen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oecd-europa-koennt-450-000-menschen-dauerhaft-asyl-gewahren-a-1054077.html>

Asylsuchenden im vergangenen Jahr. Die Zahl der Minderjährigen, die gar keinen Antrag stellten, liegt noch einmal höher.

Ein Ende der Massenflucht ist laut OECD nicht absehbar. Denn eine Stabilisierung der Lage in Staaten wie Libyen, Afghanistan und Pakistan sei momentan ebenso wenig denkbar wie ein Ende des Kriegs in Syrien. Dennoch ist Europa nach Einschätzung der Experten gut aufgestellt, um die Krise zu bewältigen: Zum einen habe der Kontinent jetzt Erfahrung im Umgang mit humanitären Krisen. So nahm etwa Deutschland allein während des Bosnienkriegs (1992-1995) mehr als 300.000 Flüchtlinge auf. Zum anderen ist die demografische Lage laut der Studie heute anders als damals. Es gibt weniger Menschen, die im Wettbewerb um Arbeitsplätze stehen.

#### Höhere Bildung als der Durchschnitt

Gleichzeitig gehören die Flüchtlinge laut der Untersuchung in der Regel nicht zu den Ärmsten in ihren Herkunftsländern. Sie hätten oft einen höheren Bildungsgrad als die Durchschnittsbevölkerung dort, vor allem die Syrer. Diese seien im Schnitt auch besser ausgebildet als Flüchtlinge aus anderen Ländern und als Flüchtlingsgruppen in der Vergangenheit. Jeder fünfte Syrer, der zwischen Januar 2013 und September 2014 in Deutschland Asyl beantragte, gab laut der OECD-Untersuchung an, einen Universitätsabschluss zu haben.

Die Organisation empfahl auch, wie die Staaten mit dem Andrang der Asylbewerber umgehen und die Menschen besser integrieren könnten. Länder wie Ungarn müssten Geld von anderen EU-Staaten bekommen, die OECD spricht sich zudem für einen europaweiten Verteilungsmechanismus für Flüchtlinge aus, über den die Innenminister der EU-Länder am Donnerstag erneut beraten wollen .

Um die Flüchtlinge schnell in die Gesellschaft zu integrieren, müssten die Aufnahmestaaten Sprachkurse anbieten und den Zugang zu Bildung ermöglichen. Mittelfristig müsse auch die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen. Dies erfordere von den Aufnahmestaaten zum einen, dass sie für die Migranten Aus- und Fortbildungsprogramme zur Verfügung stellen. Zum anderen seien Maßnahmen erforderlich, um eine Diskriminierung der Neuankömmlinge durch Arbeitgeber und Vorurteile gegen sie zu bekämpfen.

**Load-Date:** September 22, 2015

[Ungarn sperrt seinen wichtigsten Bahnhof für Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ungarn-und-fluechtlinge-polizei-  
schliesst-bahnhof-keleti-a-1050828.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ungarn-und-fluechtlinge-polizei-schliesst-bahnhof-keleti-a-1050828.html)

SPIEGEL ONLINE

01. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 817 words

**Byline:** als/dpa/AFP/Reuters

**Highlight:** Ungarn reagiert offenbar auf die Kritik aus Deutschland und Österreich: Die Polizei räumte den wichtigsten Bahnhof der Hauptstadt Budapest. Tausende Flüchtlinge waren von dort aus ohne Kontrolle in überfüllten Zügen Richtung Westen weitergereist.

## Body

---

Alle Passagiere wurden zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert, Hunderte Polizisten führten die Menschen nach draußen: Ungarn hat am Dienstag den Keleti-Bahnhof, den wichtigsten in der Hauptstadt Budapest, wegen des Flüchtlingsandrangs geräumt. Bis auf weiteres würden keine Züge mehr im Keleti-Bahnhof ankommen oder abfahren, hieß es in einer Lautsprecherdurchsage. Ungarn versuche sich an geltendes EU-Recht zu halten, so wie es Kanzlerin Merkel gefordert habe, sagte ein Regierungssprecher nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters.

In der sogenannten Transitzone neben dem Ostbahnhof halten sich nach Angaben von Helfern und Aktivisten derzeit 1500 bis 2000 Flüchtlinge auf, die auf die Möglichkeit einer Weiterreise nach Deutschland warten. Hunderte protestieren draußen mit Sprechchören und Pfiffen gegen die Maßnahme. Aus Spruchbändern stand "We want go", "help syria" und "babys are tired". Sie rufen angeblich auch "Deutschland, Deutschland". Später wurde der Bahnhof wieder geöffnet, die Flüchtlinge mussten jedoch draußen bleiben.

Ungarn reagierte damit offenbar auf Kritik aus Deutschland und Österreich. Denn am Montag hatte die Polizei am größten Budapester Bahnhof aufgehört, Flüchtlinge am Besteigen der Züge Richtung Westen zu hindern. Tausende hatten sich darauf in überfüllten Waggons nach Wien und von dort aus weiter nach Bayern begeben.

Allein am Montagabend seien 3650 Migranten in der österreichischen Hauptstadt angekommen, sagte ein Sprecher der Wiener Polizei.

Ein Großteil davon habe sich auf die Weiterreise nach Deutschland gemacht. Lediglich sechs Afghanen hätten Asyl in Österreich beantragt. In München rechnete die Bundespolizei im Laufe des Morgens und Vormittags mit der Ankunft weiterer Hunderter Menschen.

Ungarn sperrt seinen wichtigsten Bahnhof für Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ungarn-und-fluechtlinge-polizei-schliesst-bahnhof-keleti-a-10....>

In Stuttgart und Frankfurt am Main kamen insgesamt rund 200 Flüchtlinge in Zügen an. Allein am Stuttgarter Hauptbahnhof wurden in der Nacht zum Dienstag gut 100 Migranten aus einem ICE geholt, der auf dem Weg von München nach Dortmund war. So viele Flüchtlinge seien noch nie auf einmal angekommen, sagte ein Sprecher der Bundespolizei. Bundespolizisten und Helfer des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) händigten den Asylsuchenden Bescheinigungen für die Landeserstaufnahmestelle (Lea) in Karlsruhe aus. Woher die Flüchtlinge stammen und auf welchem Weg sie nach Deutschland gekommen waren, sagte der Sprecher nicht.

In Frankfurt am Main kamen am Dienstagmorgen ebenfalls rund 100 Flüchtlinge mit dem Nachtzug aus Wien an, darunter nach Polizeiangaben mehrere Großfamilien. Die meisten Menschen stammen demnach aus Syrien und Afghanistan.

Bei ihrer Ankunft am Hauptbahnhof in München riefen sie "Thank you, Germany" oder "We love Germany". Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat inzwischen zugesichert, die Neuankömmlinge nicht zurückzuschicken. Sie würden in Bayern registriert und in die Aufnahmeeinrichtungen gebracht, sagte Herrmann am Dienstag im ZDF-"Morgenmagazin". Das sei "selbstverständlich".

#### Bayern eröffnet "Balkan-Zentrum"

Er wisse bisher nicht, warum Ungarn plötzlich den in Budapest wartenden Migranten die freie Weiterfahrt nach Deutschland erlaubt habe. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und er seien bemüht, rasch von Ungarn zu erfahren, wie es in den nächsten Tagen weitergehen solle.

Laut dem Dublin-System ist eigentlich dasjenige EU-Land für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Bearbeitung ihrer Asylanträge zuständig, in dem sie erstmals die Europäische Union betraten. Angesichts des starken Anstiegs der Flüchtlingszahlen lassen Italien, Griechenland und Ungarn, wo die meisten Flüchtlinge in die EU gelangen, die Migranten aber inzwischen weitgehend unkontrolliert weiterreisen.

Am Dienstag wird im bayerischen Manching in einer ehemaligen Kaserne ein sogenanntes Balkan-Zentrum eröffnet, in dem die Asylanträge von Migranten aus den Balkanländern behandelt werden. Herrmann sagte, es handele sich dabei um "eine spezialisierte Erstaufnahmeeinrichtung" für Migranten vom Balkan, die nur in "Einzelfällen" Asyl in Deutschland erhielten. Ziel sei es, die "Effizienz" der Asylverfahren zu erhöhen und den ganzen Prozess in einer Einrichtung abzuwickeln, ohne die Migranten im Land herumschicken zu müssen. Ein Verfahren solle so in sechs Wochen abgeschlossen werden.

Der Innenminister verwies darauf, dass 99 Prozent der Asylanträge von Bürgern der Balkanstaaten abgelehnt werden. Es sei richtig, dass sie im Fall einer negativen Entscheidung Deutschland wieder verlassen, sagte der CSU-Politiker. Er bekräftigte eine frühere Aussage, wonach die Migranten vom Balkan nicht mit deutschen Vertriebenen verglichen werden könnten. Wenn jemand "völlig freiwillig" sein Land verlasse, um "aus nachvollziehbaren Gründen gerne nach Deutschland zu kommen", sei das nicht "mit dem Schicksal eines Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen", sagte Herrmann.

als/dpa/AFP/Reuters

**Load-Date:** September 1, 2015



[Flüchtlinge aufs Land - was das bedeuten würde;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-was-eine-wohnsitzauflage-bedeutet-wuerde-a-1072717.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-was-eine-wohnsitzauflage-bedeutet-wuerde-a-1072717.html)

SPIEGEL ONLINE

20. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1063 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Die meisten Flüchtlinge wollen in die Großstadt - und könnten dort soziale Probleme verschärfen. Einige Politiker und Arbeitgeber fordern nun, Asylbewerber in die dünn besiedelte Provinz zu zwingen. Wäre eine Wohnsitzauflage sinnvoll?

## Body

---

Syrer wollen oft nach Berlin, Afghanen nach Hamburg. Flüchtlinge, deren Asylantrag anerkannt wurde, ballen sich in Deutschland oft in den Großstädten - aufs Land zieht kaum einer. Dabei gibt es dort häufig leerstehende Wohnungen, Platz und viel zu wenig junge Menschen.

Warum also nicht die Flüchtlinge dorthin umsiedeln, sobald ihr Asylantrag entschieden ist? Solche Forderungen kommen jetzt Politik und Wirtschaft.

Wäre das wirklich hilfreich? Worauf kommt es an? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Worum genau geht es?

"Ich glaube wir brauchen eine Wohnsitzauflage, sonst ziehen die Menschen - auch die anerkannten Asylbewerber - alle in die Großstädte", so SPD-Chef Sigmar Gabriel. Ein ähnlicher Vorstoß kommt von der Bundesagentur für Arbeit (BA), sie fordert eine dreijährige "Residenzpflicht" für Asylbewerber. Flüchtlinge sollten nur dann ihren Wohnsitz ändern können, wenn sie woanders eine Wohnung und einen Arbeitsplatz fänden. In der Union gibt es solche Überlegungen schon länger. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt in der Diskussion auf ein weiches Anreizsystem: Erleichterungen, etwa beim Familiennachzug, sollten Flüchtlinge ermuntern, in ländlichere Gegenden zu ziehen.

Wie ist Lage bisher?

Bei der aktuellen Diskussion geht es genau genommen nicht um eine Residenzpflicht, sondern um eine Wohnsitzauflage. Reisen dürften die anerkannten Flüchtlinge ja innerhalb Deutschlands trotzdem, sie müssten - etwa nach Vorstellung der BA - nur an einem bestimmten Ort leben. Bisher können Asylbewerber nur in der Zeit, in der ihr Asylverfahren läuft, für höchstens sechs Monate verpflichtet werden, in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu

Flüchtlinge aufs Land - was das bedeuten würde <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-was-eine-wohnsitzauflage-bedeuten-wuerde-a-1072717.html>

leben. Bewegen dürfen sie sich meist frei innerhalb des jeweiligen Bundeslandes. Ist ihr Asylantrag positiv entschieden, können die Flüchtlinge selbst entscheiden, wo sie hinziehen.

Mehr Flüchtlinge aufs Land - hilft das bei der Integration?

Wenn Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung weiter dorthin ziehen dürften, wohin sie wollten, drohten "richtige Ghetto-Probleme", warnt SPD-Chef Gabriel.

Viele Menschen aus einem Land in einer Stadt - das kann unterschiedliche Folgen haben, die man in Großstadtvierteln mit vielen Migranten schon lange beobachten kann. Für die neuen Flüchtlinge bedeutet das: Wenn man etwa als Syrer überall auf Arabisch durchkommt, in Geschäften, beim Friseur - dann gibt es natürlich weniger Anreize, Deutsch zu lernen, aus seiner Gruppe herauszutreten, sich mit der neuen Kultur auseinanderzusetzen. Dieses Problem verschärft sich natürlich, je größer eine Gruppe im Vergleich zu der anderen Bevölkerung ist.

Andererseits: Wer sich wohlfühlt und von Landsleuten aufgefangen wird, kann sich möglicherweise auch leichter öffnen und integrieren. "Die Tatsache, dass Menschen aus dem gleichen Herkunftsland dicht zusammenleben, ist nicht automatisch ein Problem", sagt Migrationsexperte Olaf Kleist von der Universität Osnabrück. Im Gegenteil: Solche Netzwerke seien hilfreich und "ein Teil von Integration", so Kleist weiter.

"An der Entstehung von ethnischen Kolonien würde allein eine Wohnsitzauflage sicher nichts ändern", sagt Hannes Schammann, Juniorprofessor für Migrationspolitik an der Uni Hildesheim. "Auch auf dem Dorf kann es sich für Migranten wie ein Ghetto anfühlen, wenn sie zusammen in mehreren Häuserblocks untergebracht werden."

Integrationspolitisch ist also entscheidend: Welche dezentralen Wohnungsbaukonzepte gibt es, welche Ideen zu einer besseren ethnischen und sozialen Durchmischung der Bevölkerung, auch in Schulen und Kindergärten? Egal ob auf dem Land oder in der der Großstadt.

Was würde eine Verteilung aufs Land für den Arbeitsmarkt bedeuten?

Aus dem Osten Deutschlands zum Beispiel sind die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten scharenweise weggezogen, es gibt dort in manchen Gegenden noch immer weniger Jobs, eine schlechtere Infrastruktur. Was sollen nun Flüchtlinge dort? "Grundsätzlich sind Mobilitätsbarrieren im Arbeitsmarkt schädlich", so Herbert Brückner vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Flüchtlinge sollten genauso wie andere Migranten dorthin ziehen, wo sie für sich die besten Lebensperspektiven sehen. "Das dürfte in der Regel dort sein, wo sie die besten Beschäftigungschancen haben. Das wissen Sie in der Regel selbst besser als der Staat."

Laut Brückner haben in der Vergangenheit mehr als 60 Prozent der Flüchtlinge ihre erste Stelle in Deutschland durch persönliche Netzwerke gefunden. Auch seien die Beschäftigungsquoten von anerkannten Flüchtlingen aktuell in den Städten höher als auf dem Land. "Wir müssen abwarten, wie sich das künftig entwickelt", so Brückner. Wissenschaftler Kleist plädiert statt einer Wohnortspflicht für ein Integrationskonzept, das mit Anreizen arbeitet. Das könnten etwa Qualifikationsangebote in Gemeinden sein, wo bestimmte Fachkräfte gesucht werden - aber auch Hilfe bei der Job- und Wohnungssuche.

Migrationsexperte Schammann warnt vor allzu einfachen Lösungsansätzen: "Man kann nicht auf dem Land massenhaft Flüchtlinge als potenzielle Arbeitnehmer ansiedeln, ohne dass es dort Arbeitgeber gibt." Gezielte Investitionen und Subventionen für Selbständige seien dringend notwendig.

Rechtliche Probleme

Unklar ist, ob sich eine Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge - die übrigens EU-weit eine Ausnahme wäre - mit internationalem Recht der Genfer Konvention vereinbaren ließe. Hier gehen die Meinungen auseinander. Der Grünen-Politiker Volker Beck hält eine solche Regelung für anerkannte Flüchtlinge völkerrechtlich und europarechtlich für unzulässig. Rechtsexperte Daniel Thym von der Universität Konstanz glaubt, dass

Flüchtlinge aufs Land - was das bedeuten würde <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-was-eine-wohnsitzaufgabe-bedeutet-wuerde-a-1072717.html>

Wohnsitzauflagen grundsätzlich rechtlich möglich seien, soweit diese für alle Ausländer gelten und nicht nur für Flüchtlinge. ( Hier finden Sie eine ausführliche juristische Betrachtung Thym's )

Welche Erfahrungen gibt es?

Vergleichbare Regelungen, wie sie jetzt von Politik und Wirtschaft diskutiert werden, gab es schon einmal: In den Neunzigerjahren konnten arbeitslose Spätaussiedler verpflichtet werden, mehrere Jahre lang an dem ihnen zugewiesenen Ort leben. Andernfalls drohten ihnen Kürzungen bei der Sozialhilfe. Eine Befragung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ergab später, dass die meisten Betroffenen trotzdem zufrieden mit ihrem Wohnort waren .

Mitarbeit: Claudia Niesen

**Load-Date:** January 20, 2016

## "Nie wieder Chaos mit Völkerwanderungen auf Autobahnen"

SPIEGEL ONLINE

30. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 500 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Deutlich weniger Flüchtlinge als erwartet kommen in Dänemark an. Die Regierung will die Zahl noch weiter senken - und ihre Asylpolitik verschärfen.

### Body

---

Dänemark erwartet in diesem Jahr viel weniger Asylbewerber als ursprünglich angenommen. Statt bislang geschätzten 25.000 Menschen rechnet die Regierung in Kopenhagen mit nur rund 10.000, die in dem Land Asyl suchen. So heißt es in einem Finanzplan, den die dänische Regierung vorstellen wollte. Dadurch sollen rund drei Milliarden Kronen (rund 400 Mio Euro) gespart werden.

"Das ist gut. Das ist Geld, das wir für etwas anderes nutzen können. Aber es sind immer noch zu viele. Die Zahl muss weiter runter", sagte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen in einer live gesendeten Rede auf Facebook. "Deshalb müssen wir weiter verschärfen. Und wir müssen uns schützen, damit wir nie wieder Chaos mit Völkerwanderungen auf Autobahnen erleben." Ein Teil des Geldes soll in Hilfe in den Krisengebieten fließen, ein anderer Teil in den dänischen Sozialstaat investiert werden. Dänemark hatte zuletzt im Winter seine Asylgesetze massiv verschärft .

Dänemarks skandinavisches Nachbarland Norwegen rechnet derweil damit, rund die Hälfte der 2015 in das Land gekommenen Asylbewerber zurückschicken zu können. "Manche haben vielleicht gedacht, 31.000 Asylbewerber bedeuten 31.000 Flüchtlinge, die in die norwegische Gesellschaft integriert werden sollen", schrieb der Direktor der Ausländerbehörde, Frode Forfang, in seinem Blog. "In Wirklichkeit sind es sehr viel weniger, die eine Aufenthaltsgenehmigung in Norwegen bekommen." Bis zu 15.000 Menschen steht demnach eine Ablehnung ihrer Asylanträge bevor. Jeder dritte Asylbewerber kommt nach einem Bericht des Fernsehsenders NRK vom Dienstag aus Syrien. In Deutschland wurden im ersten Halbjahr 2016 mehr als 60 Prozent aller Asylanträge positiv beschieden - deutlich mehr als die Hälfte aller Antragsteller erhielten also Schutz in Deutschland.

462 Flüchtlinge kommen an einem Tag auf griechischen Inseln an

Während Dänemark und Norwegen darüber reden, wie sie die Flüchtlingszahlen weiter reduzieren oder Migranten abschieben können, sind in Griechenland plötzlich deutlich mehr Flüchtlinge ankommen als zuvor. In den vergangenen 24 Stunden hätten 462 Migranten von der türkischen Küste auf griechische Ägäis-Inseln übergesetzt, teilte der Stab für die Flüchtlingskrise in Athen mit.

### "Nie wieder Chaos mit Völkerwanderungen auf Autobahnen"

Das ist die größte Zahl von Flüchtlingen und anderen Migranten, die seit Inkrafttreten des EU-Flüchtlingsabkommens mit der Türkei Anfang April an einem Tag registriert worden ist. In den vergangenen sieben Tagen zuvor waren es durchschnittlich 74 Menschen.

"Wir beobachten das Phänomen und stehen in engem Kontakt mit den türkischen Behörden", hieß es aus Kreisen des Stabes. "Wir hoffen, dass das mit dem guten Wetter zusammenhängt und nicht ein Zeichen seitens der Türkei ist", sagte ein Offizier der Küstenwache der Deutschen Presse-Agentur. Gemeint ist das Abkommen der EU mit der Türkei. Im Zuge des Paktes hatte die Türkei zugesagt, alle Flüchtlinge zurückzunehmen, die seit dem 20. März Griechenland erreichen.

Video: Rettungsaktion vor Sizilien

**Load-Date:** September 6, 2016

---

End of Document

**[Frankreich verzeichnet weniger als 80.000 Asylbewerber;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-weniger-als-80-000-  
asylbewerber-in-2015-a-1071648.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-weniger-als-80-000-asylbewerber-in-2015-a-1071648.html)**

SPIEGEL ONLINE

12. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 550 words

**Byline:** anr/dpa/AFP/Reuters

**Highlight:** In Deutschland kamen 2015 rund eine Million **Flüchtlinge** an - Frankreich hat im vergangenen Jahr nur einen Bruchteil dieser Zahl aufgenommen.

## Body

---

Deutschland und Schweden: Diese beiden Länder haben 2015 einen Großteil aller **Flüchtlinge**, die in die EU kamen, aufgenommen. Konkret bedeutet das: In Deutschland wurden 2015 mehr als doppelt so viele **Asylanträge** gestellt und mehr als fünfmal so viele **Flüchtlinge** registriert wie im Jahr zuvor. Schweden verzeichnete so viele **Asylbewerber** pro Einwohner wie kein anderes EU-Land.

Ganz anders ist die Lage dagegen in Frankreich. Dort wurden nach offiziellen Angaben im vergangenen Jahr nur 79.130 Asylanträge registriert. Das waren nur 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der positiv beschiedenen Anträge stieg demnach um 3,5 Punkte auf 31,5 Prozent, wie das zuständige Flüchtlingsamt Ofpra in Paris erklärte. Als wichtigste Herkunftsländer wurden Syrien, der Sudan und der Kosovo genannt.

In Deutschland wurden im vergangenen Jahr 476.649 Asylanträge gestellt. Die Behörden verzeichneten allerdings mehr als eine Million Menschen als asylsuchend. Diese Diskrepanz kommt zustande, weil es oft Monate dauert, bis ein Flüchtling formell seinen Asylantrag stellen kann. Das 10-Millionen-Einwohnerland Schweden verzeichnete mehr als 160.000 neue Asylbewerber.

Über die Ägäis gelangen weiterhin viele Flüchtlinge nach Griechenland. In der Hafenstadt Piräus trafen am Dienstag nach Angaben der Küstenwache knapp 1500 Flüchtlinge ein. In den ersten zehn Tagen des Jahres sind nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR insgesamt 18.334 Migranten und Flüchtlinge aus der Türkei nach Griechenland gekommen. Die meisten - mehr als 10.000 - landeten demnach auf Lesbos. Ein gutes Viertel von ihnen waren Kinder, wie das UNHCR mitteilte.

Verärgerung in Wien

Die deutschen Behörden schicken derzeit nach österreichischen Angaben vermehrt Flüchtlinge nach Österreich zurück, die eigentliche nach Skandinavien weiterreisen wollen. "Die Zahl ist von täglich 60 im Dezember auf täglich 200 seit Jahresbeginn gestiegen", sagte der Polizeisprecher von Oberösterreich, David Furtner, der

Frankreich verzeichnet weniger als 80.000 Asylbewerber <http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-weniger-als-80-000-asylbewerber-in-2015-a-1071648.html>

Nachrichtenagentur AFP. Durch das nördliche österreichische Bundesland gelangen die meisten Flüchtlinge nach Deutschland, pro Tag sind es zwischen tausend und 2000.

Eine Sprecherin der Bundespolizeidirektion München bestätigte die Zurückweisung von Flüchtlingen in einem "zweistelligen oder niedrigen dreistelligen Bereich" pro Tag. "Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, schicken wir zurück", sagte die Sprecherin. "Etwa solche Flüchtlinge, die gar nicht in Deutschland Asyl beantragen wollen." Eine neue Anweisung zu den Vorgängen gebe es aber nicht.

Hintergrund für die Maßnahme sei die konsequente Umsetzung der sogenannten Dublin-Verordnung, hieß es von der Bundespolizeidirektion München. Demnach werden in einem EU-Land nur Flüchtlinge aufgenommen, wenn sie dort auch einen Asylantrag stellen wollen. Wollen Migranten in einem anderen EU-Land, beispielsweise Schweden, einen Asylantrag stellen, werden sie nicht mehr weitergeleitet.

Die Regierung in Wien verlangte eine Erklärung aus Deutschland. "Deutschland hat sich offensichtlich teilweise von der Willkommenskultur verabschiedet", sagte Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Sie forderte angesichts des anhaltenden Zustroms von Migranten eine Obergrenze für deren Aufnahme: "Wir sind am Limit."

anr/dpa/AFP/Reuters

**Load-Date:** January 12, 2016

---

End of Document

[Meer des Todes; http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-mehr-3670-als-3670-fluechtlinge-kamen-2015-ums-leben-a-1068103.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-mehr-3670-als-3670-fluechtlinge-kamen-2015-ums-leben-a-1068103.html)

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 273 words

**Byline:** agr/che

**Highlight:** Die Boote sind nicht seetauglich, dazu oft überladen: Die Fahrt über das Mittelmeer endet für viele Flüchtlinge tödlich. Die Infografik der Woche zeigt: Nirgendwo starben 2015 so viele Migranten wie an Europas Außengrenzen.

## Body

---

In der Flüchtlingskrise steht Europa vor gewaltigen Aufgaben: Beinahe 414.000 erstmalige Asylbewerber zählte die europäische Statistikbehörde Eurostat von Juli bis September 2015, fast doppelt so viele wie im zweiten Quartal. Und bis Jahresende könnten die Zahlen weiter steigen.

Wie prekär die Lage an den Außengrenzen ist, zeigt die aktuelle Statistik des Missing Migrants Projects der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Mehr als 3670 Flüchtlinge sind demnach in diesem Jahr allein im Mittelmeer ums Leben gekommen, rund 140 weitere in anderen Teilen Europas.

Die Infografik der Woche von Statista und SPIEGEL ONLINE zieht den Fokus noch weiter auf. Auch im globalen Vergleich starben in keiner Region so viele Flüchtlinge wie bei dem Versuch, das Mittelmeer in Richtung Europa zu überwinden. Insgesamt sind für 2015 laut dem Missing Migrants Project 5085 Todesfälle bekannt.

Im Vergleich der Monatswerte fällt der vergangene April besonders ins Auge, als mehrere große Flüchtlingsboote auf dem Weg nach Italien kenterten. Mindestens 1244 Menschen kamen dabei ums Leben. Auch die Flüchtlingskrise in Südostasien im Frühjahr zeichnet sich mit 333 bekannten Todesfällen im Mai deutlich in der globalen Statistik ab.

Insgesamt wurden im Mittelmeer über 72 Prozent der weltweiten Todesfälle unter Flüchtlingen registriert, lediglich rund 15 Prozent in Südostasien. Am dritthäufigsten taucht die Grenze zwischen den USA und Mexiko in der Statistik auf. Hier starben seit Januar mindestens 223 Migranten.

Mehr Infografiken der Woche finden Sie auf der Themenseite.

agr/che



Meer des Todes <http://www.spiegel.de/politik/ausland/mittelmeer-mehr-3670-als-3670-fluechtlinge-kamen-2015-ums-leben-a-1068103.html>

**Load-Date:** December 24, 2015

---

End of Document

## Feuer in Flüchtlingsunterkünften auf Insel Chios

SPIEGEL ONLINE

08. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 364 words

**Byline:** Annette Langer

**Highlight:** Bei einem Brand auf Chios sind mehrere Flüchtlingsunterkünfte zerstört worden. Die Situation auf den Inseln der Ägäis ist desolat. Bei einem Krisentreffen in Athen wurde jetzt ein Aktionsplan aufgestellt.

### Body

---

Ein Feuer hat auf der griechischen Insel Chios am Samstag mindestens sechs von acht Bungalows zerstört, die für die Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten gedacht waren. Wie die griechische Küstenwache mitteilte, war das Feuer in den frühen Morgenstunden ausgebrochen.

Verletzt wurde dem Bericht zufolge niemand, auch die Ursache des Brandes stand zunächst nicht fest. Drei Migranten seien festgenommen worden, weil sie während der Löscharbeiten Feuerwehrleute mit Steinen beworfen hätten.

Die Situation auf Chios ist angespannt. Laut Angaben des griechischen Flüchtlingskrisenstabs leben hier mittlerweile 4100 Flüchtlinge - bei einer Kapazität von 1100 Unterkünften.

#### Desolate Lage auf den Inseln

Die Flüchtlingssituation auf Chios, Lesbos und den anderen Inseln der östlichen Ägäis hat sich seit Inkrafttreten des europäisch-türkischen Flüchtlingspakts im April massiv verschlechtert. Seither werden alle illegal eingereisten Flüchtlinge und Migranten auf den Inseln festgehalten, um im Rahmen des Pakts zurück in die Türkei geschickt zu werden. Zuvor dürfen die Migranten Asyl beantragen - mangels Fachpersonal zieht sich der Prozess jedoch in die Länge, während täglich immer weitere Flüchtlinge illegal von der Türkei übersetzen.

Allein auf Lesbos leben deshalb mittlerweile fast 6000 Flüchtlinge, wobei die Auffanglager nur eine Kapazität von 3500 Plätzen haben. Vor zwei Wochen eskalierte die Situation: Das Flüchtlingslager "Moria" wurde von aufgebrachten Lagerbewohnern in Brand gesetzt und weitgehend zerstört.

Auch die Situation der Inselbewohner wurde thematisiert. Immer mehr von ihnen protestieren gegen die desolate Lage, zudem ist der Tourismus, die Haupteinnahmequelle der Menschen, aufgrund der Flüchtlingssituation weitgehend zum Erliegen gekommen.

Erst am Freitag war bei einem Krisentreffen in der Hauptstadt Athen ein Maßnahmenplan für die prekäre Flüchtlingssituation auf Lesbos aufgestellt worden. Wie das Staatsministerium mitteilte, soll die Lebenssituation der

## Feuer in Flüchtlingsunterkünften auf Insel Chios

Menschen in den Auffanglagern verbessert werden: Die Asylverfahren sollen beschleunigt und Nichtregierungsorganisationen stärker in die Prozesse eingebunden werden.

ala/dpa

**Load-Date:** October 8, 2016

---

End of Document

**[Behörde will Flüchtlinge per Facebook abschrecken;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesamt-will-fluechtlinge-per-facebook-abschrecken-a-1047685.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesamt-will-fluechtlinge-per-facebook-abschrecken-a-1047685.html)**

SPIEGEL ONLINE

11. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 530 words

**Byline:** kry/AFP/dpa

**Highlight:** Balkan-Flüchtlinge haben in Deutschland nur geringe Chancen auf Asyl. Per Facebook will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Zuwanderer aus diesen Staaten nun schon vor der Ausreise entmutigen.

## Body

---

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat sich einmal mehr eine Kampagne ausgedacht, um Zuwanderer aus dem Balkan abzuschrecken: Anzeigen in sozialen Netzwerken. Auf ihrer Website teilte die Behörde mit, dass eine Woche lang Facebook-Posts für Nutzer in Serbien und Albanien angezeigt werden: Sie thematisieren die äußerst geringen Erfolgschancen von Asylbewerbern aus dem Westbalkan. Das solle Migrationsversuche verhindern.

Menschen aus den Westbalkan-Ländern werden in der Regel nicht als Asylbewerber anerkannt. Dennoch gingen seit Beginn des Jahres rund 80.000 Asylanträge aus diesen Staaten ein. Zuletzt hatte das BAMF mit Wiedereinreisesperren nach Deutschland gedroht.

"Antragstellende aus den Ländern Serbien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Albanien, Mazedonien und Montenegro haben fast keine Aussicht auf Asyl in Deutschland", erklärte der Chef der Flüchtlingsbehörde in Deutschland, Manfred Schmidt. "99,8 Prozent der Asylanträge aus diesen Ländern werden vom Bundesamt abgelehnt."

Polizeigewerkschaft will Grenzkontrollen wiedereinführen

Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft hat sich in die aktuelle Debatte um die steigende Zahl von Flüchtlingen eingeschaltet: Polizeigewerkschaftschef Rainer Wendt sagte der "Passauer Neuen Presse", die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum sei aus Sicht der Polizei "die beste aller Maßnahmen".

Wendt forderte von der Regierung 1000 zusätzliche bundespolizeiliche Unterstützungskräfte, um die Einsatzkräfte an den Grenzen in Süddeutschland zu verstärken. Der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft, Ernst Walter, schloss sich Wendt an: "Uns fehlt schlicht das Personal, um des Ausnahmezustands an der Grenze administrativ Herr zu werden", teilte er in einer Erklärung mit. Die Bundespolizei im Süden leide unter "katastrophalen Arbeitsbedingungen".

Behörde will Flüchtlinge per Facebook abschrecken <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesamt-will-fluechtlinge-per-facebook-abschrecken-a-1047685.html>

Unterstützungskräfte fehlen demnach vor allem bei Routinearbeiten wie Registrierung, Betreuung und erkennungsdienstlicher Behandlung von Flüchtlingen, wie etwa dem Aufnehmen von Fingerabdrücken. Wendt zufolge würde Hilfe in diesen Bereichen die eigentlichen Bundespolizisten entlasten und ihnen gestatten, sich stattdessen auf die Verfolgung der Schleuserkriminalität zu konzentrieren.

Bei einem Besuch der Bundespolizei in Deggendorf kündigte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) an, bis Herbst 100 zusätzliche Bundespolizisten nach Bayern zu entsenden, um bei der Bearbeitung der hohen Zahl von Flüchtlingen zu helfen. "Wir sind gefordert, aber nicht überfordert", sagte er. "Wir bekommen das hin."

Der Minister kündigte außerdem eine neue Prognose der Flüchtlingszahlen an, die weit höher liege als die bisher geschätzten 400.000 Menschen.

Zusammengefasst: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) will mit einer Facebook-Kampagne Menschen aus dem Westbalkan davon abhalten, in Deutschland Asyl zu beantragen. Angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen ist die Behörde ausgelastet - genau wie die Bundespolizei. Die Polizeigewerkschaft fordert deshalb zusätzliche Unterstützung an den deutschen Grenzen sowie eine Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum.

kry/AFP/dpa

**Load-Date:** August 12, 2015

---

End of Document

[Deutsche Beamte sollen Asylanträge in Griechenland bearbeiten;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-deutsche-beamte-sollen-  
asylantraege-in-griechenland-bearbeiten-a-1083242.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-deutsche-beamte-sollen-asylantraege-in-griechenland-bearbeiten-a-1083242.html)

SPIEGEL ONLINE

19. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 368 words

**Byline:** ssu

**Highlight:** 18:58:00 Die Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels sollen rasch umgesetzt werden. Laut einem Bericht will Deutschland rund 100 Asylbeamte nach Griechenland schicken, um die Abschiebung von Migranten in die Türkei zu beschleunigen.

## Body

---

Deutschland und Frankreich wollen zusammen 400 Polizeibeamte und 200 Asylfachleute auf griechische Inseln entsenden. Das berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" ("FAS") unter Berufung auf einen gemeinsamen Brief der Innenminister beider Staaten.

In dem Brief an die EU-Kommission verpflichten sich Thomas de Maizière und sein französischer Kollege Bernard Cazeneuve, jeweils bis zu 200 Polizeibeamte an die EU-Grenzschutzbehörde Frontex abzustellen; sie sollen bei der Rückführung irregulärer Migranten helfen.

Außerdem bieten die Minister jeweils 100 Asylfachleute an, die bei der Bearbeitung von Anträgen helfen. In Deutschland sollen diese aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt werden.

Das deutsch-französische Angebot deckt etwa ein Viertel des Bedarfs, den die EU-Kommission errechnet hat, um die beschleunigte Rückführung von Migranten in die Türkei umzusetzen.

Mehr als 4000 Beamte sollen helfen

"Dies ist angesichts der aktuellen Lage in Griechenland geboten und ein besonderer Ausdruck der europäischen Solidarität", schreiben die beiden Minister zu ihrem Angebot. Sie äußern die Hoffnung, "dass sich viele Mitgliedstaaten unserem Beispiel anschließen werden".

Beide weisen darauf hin, dass sie auch bei der Versorgung von Flüchtlingen in Griechenland helfen. So hat Deutschland Hochleistungspumpen für die Trinkwasserversorgung von Flüchtlingen bereitgestellt.

Die EU-Kommission will in den kommenden beiden Wochen mehr als 4000 Beamte aus Griechenland, den Mitgliedstaaten und EU-Behörden mobilisieren, um die Vereinbarungen mit der Türkei umzusetzen. Die

## Deutsche Beamte sollen Asylanträge in Griechenland bearbeiten

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-deutsche-beamte-sollen-asylantraege-in-griechen....>

Mitgliedstaaten sollen 2400 Beamte abstellen, berichtet die "FAS" unter Berufung auf ein Planungsdokument der Kommission.

Die EU und die türkische Regierung hatten sich am Freitag auf einen Deal geeinigt : Jeder Flüchtling, der ab Sonntag auf den griechischen Inseln ankommt, muss damit rechnen, in die Türkei zurückgebracht zu werden. Für jeden Syrer, der darunter ist, werden die Europäer im Gegenzug einen syrischen Flüchtling direkt aus der Türkei aufnehmen. Bis 2018 dürfte die Türkei für die Rücknahme der Flüchtlinge zudem bis zu sechs Milliarden Euro erhalten.

ssu

**Load-Date:** March 20, 2016

---

End of Document

[Slowenien begrenzt die Zahl der Flüchtlinge ;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-slowenien-begrenzt-zahl-der-hilfesuchenden-a-1073264.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-slowenien-begrenzt-zahl-der-hilfesuchenden-a-1073264.html)

SPIEGEL ONLINE

21. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 389 words

**Byline:** kev/dpa/Reuters

**Highlight:** Nach Österreich, Mazedonien, Serbien und Kroatien verschärft nun auch Slowenien seinen Kurs in der Flüchtlingspolitik. Der Balkanstaat will nur noch Hilfesuchende auf dem Weg nach Deutschland oder Österreich durch lassen.

## Body

---

Immer mehr Balkanländer folgen dem Beispiel Österreichs und begrenzen die Flüchtlingszahlen. So dürfen künftig auch durch das EU-Land Slowenien nur noch Flüchtlinge reisen, die Asyl in Österreich oder Deutschland beantragen wollen. Das kündigte die slowenische Innenministerin Vesna Györköss Znidar nach einer Sondersitzung der Regierung in Ljubljana an.

Allerdings habe man im Gegensatz zum Nachbarn Österreich noch nicht über eine Obergrenze für Flüchtlinge entschieden. Kroatien sei über die neuen Formalitäten unterrichtet worden, sagte die Ministerin. Die Regelung sollte mit dem ersten Flüchtlingszug umgesetzt werden, der am Donnerstagabend aus Kroatien in Slowenien erwartet wurde. Offen sei, wie Zagreb reagieren werde.

Am Mittwoch hatte Österreich als erstes EU-Land angekündigt, eine Obergrenze für Flüchtlinge festzulegen. Mazedonien reagierte mit einer Einschränkung des Flüchtlingstransits, Serbien und Kroatien zogen nach. Die Länder lassen jetzt nur noch Migranten mit dem Ziel Deutschland oder Österreich passieren.

### Sorge vor Rückstau

Die Staaten entlang der sogenannten Balkanroute befürchten, dass eine restriktivere Flüchtlingspolitik im Westen und Norden Europas in ihren Ländern einen Rückstau an Migranten auslöst. Ein erster Anstoß dürfte gewesen sein, dass sich auch die skandinavischen Länder zunehmend gegen Asylbewerber abschotten. Die Länder befürchten deshalb offenbar, dass Flüchtlinge, die nach Skandinavien wollen, von Deutschland oder Österreich auf die Balkanroute zurückgeschoben werden.

Mazedonien lässt - wie die anderen Länder an der Balkanroute - schon seit Mitte November des Vorjahres nur noch Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan über seine Grenze. In der griechischen Grenzstadt Idomeni



Slowenien begrenzt die Zahl der Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-slowenien-begrenzt-zahl-der-hilfesuchenden-a-1073264.html>

kommt es immer wieder zu Protesten von Flüchtlingen, die von Mazedonien abgewiesen worden sind. Rund 90 Prozent der Flüchtlinge kommen allerdings aus den genannten drei Ländern, in denen blutige Bürgerkriege toben.

Die griechische Regierung übte scharfe Kritik an der Praxis des Nachbarlandes Mazedonien. "Dieses Verlangen nach Erklärungen, wohin die Menschen gehen wollen, und ihre Aufteilung in (Wirtschafts-)Migranten und Flüchtlinge ist eigentlich eine Diskriminierung", hieß es am Donnerstag aus Kreisen des für die Migration zuständigen Ministeriums.

kev/dpa/Reuters

**Load-Date:** January 22, 2016

---

End of Document

## Die Willkommenskultur verabschiedet sich

SPIEGEL ONLINE

07. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 423 words

**Byline:** Vanessa Steinmetz

**Highlight:** Gefährden viele Flüchtlinge die Zukunft Deutschlands? Mehr als ein Drittel der Befragten einer Studie sieht das so. Jeder Zweite fürchtet eine erhöhte Terrorgefahr. Mit der Willkommenskultur ist es nicht weit her.

### Body

---

Deutschland im September 2015: Menschen stehen mit Stofftieren und Transparenten an Bahnsteigen, um Flüchtlinge in der Bundesrepublik willkommen zu heißen. Sie klatschen, als die Hilfesuchenden aus den Zügen steigen. Die internationale Presse berichtet über das freundliche Klima in der Bundesrepublik, ein wenig kommt das WM-Gefühl von 2006 auf: "Die Welt zu Gast bei Freunden". Nur dass die Menschen, die nun anreisen, bleiben wollten.

Sommer 2016: Wo stehen die Deutschen heute?

Die schönen Bilder sind verblasst - und auch mit der Willkommenskultur ist es nicht mehr weit her. Vor zwei Jahren sah es noch eine Mehrheit positiv, dass sich Flüchtlinge in Deutschland heimisch fühlen. Inzwischen überwiegt die Ablehnung dessen.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter dem Projektnamen ZuGleich mit der Mercator-Stiftung durchgeführt wurde. Darin wurde untersucht, wie sich die Haltung der Deutschen mit und ohne Migrationsbiografie zum Thema Integration und Zusammenleben mit Migranten zwischen 2013/2014 und 2015/2016 verändert hat.

Demnach sieht ein Drittel der Befragten Deutschlands Zukunft durch die Migration in Gefahr. Knapp die Hälfte von ihnen hat Angst, dass mit der steigenden Anzahl der Flüchtlinge in Deutschland auch die Bedrohung durch Terrorismus wächst. Fast ebenso viele Befragte wünschen sich, dass die Asylbewerber wieder ausgewiesen werden, wenn sich die Lage in ihren Heimatländern verbessert.

Ergebnisse der Studie im Überblick:

Nicht nur die winkenden Menschen vom Münchner Hauptbahnhof sind mittlerweile verschwunden. Auch in der Politik schwindet die Euphorie: Angela Merkel rückte von ihrer "Wir schaffen das"-Losung ab, und sagte im März: "Es gibt eben nicht ein Recht darauf, dass ein Flüchtling sagen kann: Ich will in einem bestimmten Land der

## Die Willkommenskultur verabschiedet sich

Europäischen Union Asyl bekommen." Horst Seehofer (CSU) rief daraufhin das Ende der Willkommenskultur aus. Das war im Mai dieses Jahres.

Acht Monate nach den Teddybär-Bildern in den Abendnachrichten.

Studiendesign 2013/2014: Telefonische Befragung von 2006 repräsentativ ausgewählten Personen. Durchführung durch das Sozialwissenschaftliches Umfrageinstitut (SUZ) in Duisburg. 391 der Befragten hat einen Migrationshintergrund.

Studiendesign 2015/2016: Telefonische Befragung von 1300 repräsentativ ausgewählten Personen, zusätzliche Onomastik-Stichprobe von 205 Personen mit Migrationshintergrund durch das SUZ. 507 Befragte mit Migrationshintergrund.

**Load-Date:** July 7, 2016

[Es geht nicht voran; http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-wenig-job-hoffnung-fuer-erkannte-asylbewerber-a-1090559.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-wenig-job-hoffnung-fuer-erkannte-asylbewerber-a-1090559.html)

SPIEGEL ONLINE

03. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 515 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** 14:16:00 Sie sind ärmer, weniger gebildet und öfter ohne Job: Noch nach Jahrzehnten geht es Migranten in Deutschland wirtschaftlich schlechter als dem Rest. Auch bei anerkannten Flüchtlingen zeichnet sich keine Trendwende ab.

## Body

---

Es gibt diese Statistiken immer wieder: Darüber, wie es Migranten in Deutschland geht, wie es gelingt, sie in den Arbeitsmarkt, in Schulen zu integrieren.

Meistens ist das Ergebnis: Entscheidend geht es nicht voran. Das ist fatal: Migranten machen einen immer größeren Anteil der deutschen Gesellschaft aus. Schon im Jahr 2014 hatte bereits jeder Fünfte in Deutschland einen Migrationshintergrund - von den unter Sechsjährigen Kindern bereits jedes Dritte. Und 2015 sind noch einmal Hunderttausende Menschen als Flüchtlinge neu nach Deutschland gekommen.

Wie soll es besser laufen mit diesen neuen Migranten, wenn es schon für die Alteingesessenen schwierig ist? Und wo genau gibt es die größten Probleme bei der Integration? Wie lief es mit dem "Hier-Ankommen" für die ältere Generation der Zugewanderten?

Auf mehr als 450 Seiten haben Wissenschaftler vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) in ihrem "Datenreport 2016" Material dazu gesammelt - harte Fakten und weichere Umfrageergebnisse nebeneinander gestellt. "Wir wollten den Lebensverlauf von Migranten nachverfolgen, um daraus zu lernen" - etwa, was man jetzt bei den Flüchtlingen anders und richtiger machen könne, so WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger.

Die wichtigsten Befunde des Reports:

Dass die Mehrheit der Migranten trotzdem schlechter in der Bildung abschneidet - obwohl Bildung das entscheidende Merkmal für Integration ist- liege an strukturellen Problemen des deutschen Bildungssystems, so WZB-Präsidentin Allmendinger. Immer noch würden Migrantenkinder, die gleiche Leistungen und gleiche Fähigkeiten hätten, seltener auf höhere weiterführende Schulen geschickt, es gebe Diskriminierung. Dabei sei die Bildungsmotivation in der Gruppe aller Migranten eher höher als in der Mehrheitsgesellschaft.

Es geht nicht voran <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-wenig-job-hoffnung-fuer-anerkannte-asylbewerber-a-1090559.html>

Woran liegt dieser Negativtrend? "Wir wissen sehr wenig über Flüchtlinge, die zu uns kommen", so Forscherin Bünning. Bildungsabschlüsse und Qualifikationen würden nicht statistisch erfasst, Probleme gebe es auch durch mangelnde Sprachkenntnisse, zudem seien Geflohene oft durch lange Flucht und lange Asylverfahren raus aus dem Arbeitsmarkt - der Wiedereinstieg werde immer schwieriger.

Alles nur schlecht? Nein etwas ganz Wesentliches nicht: Zwar beurteilen Migranten ihren Lebensstandard und ihr Haushaltseinkommen negativer als der Rest der Bevölkerung- das entspricht ja auch der nüchternen Realität. Trotzdem sind sie insgesamt mit ihrem Leben zufriedener und schauen optimistischer in die Zukunft.

Natürlich hilft ein optimistischer Blick auf die Zukunft nicht unmittelbar dabei einen Job zu finden. Ein wichtiger Faktor kann diese Befindlichkeit aber trotzdem sein, zumindest für eines: Wenn auch die neue Generation der Migranten, also die Flüchtlinge, zufrieden ist und Hoffnung auf eine bessere Zukunft hat , dann - da sind sich alle Experten einig - sind sie weniger empfänglich für die Botschaft etwa von islamistischen Gruppen.

Video: Angela Merkel über die Auseinandersetzung mit der AfD

**Load-Date:** May 3, 2016

---

End of Document

**Bundesländer registrieren in 40 Tagen 409.000 Flüchtlinge;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeslaender-registrierten-in-40-tagen-409-000-fluechtlinge-a-1058120.html>**

SPIEGEL ONLINE

16. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 254 words

**Highlight:** Rund 10.000 **Flüchtlinge** sind nach Informationen des SPIEGEL zuletzt täglich in Deutschland erfasst worden. Die Verwaltungsgerichte sind angesichts der vielen **Asylverfahren** überfordert.

## **Body**

---

Der Andrang auf Deutschland hält unvermindert an. Nach Informationen des SPIEGEL registrierten die Bundesländer zwischen dem 5. September und dem 15. Oktober 409.000 neue **Migranten**, rund 10.000 pro Tag. Das geht aus Zahlen des Bundesinnenministeriums hervor.

Die deutschen Verwaltungsgerichte sind wegen der hohen Zahl an Asylverfahren überfordert. "Wir bräuchten deutschlandweit rund 600 zusätzliche Richter, um die vielen Asylverfahren bewältigen zu können", sagte Robert Seegmüller, Vorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) sind derzeit mehr als 300.000 offene Asylanträge anhängig. Im vergangenen Jahr klagten Asylbewerber gegen rund 40 Prozent der Entscheidungen der Behörde.

Chef der vor kurzem eingerichteten "Koordinierungsstelle Flüchtlingsverteilung" ist der Vizechef des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Ralph Tiesler. Tiesler ist für die Verteilung der neuankommenden Flüchtlinge auf die Bundesländer zuständig. Von einem Bundeswehrgelände in München aus leiten er und rund 30 Mitarbeiter die Asylbewerber über fünf Routen mit Sonderzügen und Fernbussen weiter.

In der jüngsten Prognose vom August hatte das Bamf damit gerechnet, dass in diesem Jahr insgesamt 800.000 Flüchtlinge in Deutschland registriert werden. Experten halten diese Angaben jedoch längst für überholt. Medienberichten von Anfang des Monats zufolge gehen die Behörden mittlerweile von 1,5 Millionen Flüchtlingen aus.

**Load-Date:** October 16, 2015

## Forscher empfehlen Investitionen von drei Milliarden Euro pro Jahr

SPIEGEL ONLINE

16. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SCHULSPIEGEL / DEFAULT

**Length:** 531 words

**Byline:** fok/dpa/Reuters

**Highlight:** Migrantenkinder sind die Verlierer im deutschen Schulsystem, heißt es im neuen Bildungsbericht. Die Lage könnte sich mit den Flüchtlingen noch verschlechtern - muss sie aber nicht.

### Body

---

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund fallen statistisch betrachtet öfter als ihre Mitschüler durchs Raster und kommen in ihren Bildungskarrieren wenig voran. Das belegt der neue Bericht "Bildung in Deutschland 2016", den Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) am Donnerstag vorstellte.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund finden in Deutschland demnach zwar bessere Rahmenbedingungen vor als noch vor zehn Jahren. Es bleiben aber "ausgeprägte Unterschiede", heißt es in dem Bericht, den das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) federführend erstellt hat.

"Soziale Herkunft, Migrationshintergrund und zunehmend auch regionale Rahmenbedingungen üben einen starken Einfluss auf den Bildungserfolg aus", sagt der DIPF-Bildungsforscher Kai Maaz. "Diese Problematik dürfte sich im Zuge der neuen Zuwanderung intensivieren."

Die Autoren rechneten deshalb aus, welche Investitionen nötig sind, um geflüchtete Kinder und Jugendliche ins deutsche Bildungssystem zu integrieren. Allein für den Flüchtlingsandrang 2015 sollten demnach 33.000 bis 44.000 Lehrer und Erzieher neu eingestellt werden.

Sprachliche Bildung von Asylsuchenden und Flüchtlingen "bleibt für die nächsten Jahre eine ebenso vordringliche wie kontinuierliche Aufgabe und erfordert in allen Bereichen verstärkte Anstrengungen sowie zusätzliche personelle Ressourcen", schreiben die Autoren. Die Bildungsinvestitionen für Flüchtlinge beziffern sie auf zusätzlich 2,2 bis drei Milliarden Euro jährlich.

Die aktuelle Bestandsaufnahme ist eindeutig: Heute verlassen ausländische Jugendliche die Schule mehr als doppelt so häufig wie ihre Mitschüler ohne Hauptschulabschluss. Sie schaffen dreimal seltener die Hochschulreife. Und in der Berufsausbildung ist die Abbrecherquote 50 Prozent höher als die der deutschen Jugendlichen, heißt es in der Studie.

## Forscher empfehlen Investitionen von drei Milliarden Euro pro Jahr

Schüler mit Eltern ausländischer Herkunft sind in Haupt- oder Realschulen deutlich überrepräsentiert, an Gymnasien dagegen unterrepräsentiert - allerdings hauptsächlich, weil sie häufig aus schwächeren sozialen Verhältnissen stammen. Bei ähnlicher sozialer Herkunft sei auch der Anteil an den Bildungswegen vergleichbar.

## Gut investiert

Aus Sicht der Autoren lohnen sich die Milliardeninvestitionen, die sie empfehlen: Die Eingliederung von Asylsuchenden ins deutsche Bildungssystem zahlt sich den Berechnungen zufolge in zehn bis 20 Jahren wirtschaftlich aus - bei sinnvollen Weichenstellungen dann aber nachhaltig.

Die "Rückzahlung" hoher Bildungsinvestitionen für junge Flüchtlinge zeige sich mittelfristig "in direkten Beiträgen zur Wertschöpfung ebenso wie in der Vermeidung von Sozialkosten", heißt es in dem Bericht zu den ökonomischen Effekten. Hinzu kommen die gesellschaftlichen Effekte einer besseren Integration durch Bildung.

Daher sei es jetzt so enorm wichtig, die Herausforderungen der Flüchtlingskrise zu meistern, schreiben die Autoren. Sie verweisen darauf, dass gegenwärtig rund 30 Prozent der gestellten Asyl-Erstanträge auf Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren entfallen und jeweils rund 25 Prozent auf 18- bis 24-Jährige sowie Erwachsene zwischen 25 und 34 Jahren.

fok/dpa/Reuters

**Load-Date:** June 16, 2016



## Proteste nach tödlichem Unfall in Flüchtlingslager

SPIEGEL ONLINE

25. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 373 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** In einem Flüchtlingslager auf Lesbos sind eine Frau und ein Kind bei einem Unfall gestorben. Anschließend legten Bewohner Feuer, es gab Verletzte. Auch in Bulgarien gab es Kämpfe zwischen Migranten und Polizisten.

### Body

---

Im Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos sind eine 66 Jahre alte Frau und ein sechsjähriges Kind ums Leben gekommen - beim Kochen in einem Zelt war eine Gasflasche explodiert. Die Mutter des getöteten Kinds und zwei weitere Kinder seien mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht worden, teilte die Polizei mit.

Offenbar habe der Unfall die Flüchtlinge in dem Lager sehr verärgert, hieß es weiter. Sie hätten Feuer gelegt und dadurch erhebliche Schäden angerichtet. Bei Zusammenstößen mit den Einsatzkräften seien sechs Migranten leicht verletzt worden. In der Nacht zu Freitag habe sich die Lage wieder beruhigt.

In Moria und anderen Zentren auf den griechischen Inseln in der Ägäis ist es in der Vergangenheit häufiger zu Protesten gekommen ( hier lesen Sie mehr zum Asylchaos in Griechenland ). Im September waren Teile des Lagers Moria nach einem Brand für mehrere Tage unbewohnbar. Dort sind mehr als 5000 Migranten untergebracht, ausgelegt ist das Lager aber nur für rund 3500 Menschen.

Ausschreitungen auch in Bulgarien

Auch in Bulgarien ist es am Donnerstag zu Zusammenstößen zwischen Flüchtlingen und der Polizei gekommen. 24 Polizisten wurden verletzt, wie Bulgariens Ministerpräsident Boiko Borissow nach einem Besuch in dem Lager sagte.

Rund 300 Flüchtlinge wurden demnach festgenommen, sechs von ihnen würden als "Bedrohung für die nationale Sicherheit" eingestuft, sagte der Regierungschef dem Rundfunksender BNR. Die Polizei habe die Lage in der Nacht unter Kontrolle gebracht.

Die Ausschreitungen hatten am Mittag mit einem gewaltsamen Protest der Flüchtlinge gegen eine nach Erkrankungen verhängte Ausgangssperre begonnen. An dem Aufruhr in der Einrichtung nahe der türkischen

## Proteste nach tödlichem Unfall in Flüchtlingslager

Grenze hätten sich etwa 2000 Migranten beteiligt, sagte eine Polizeisprecherin. Der Protest flaute am Nachmittag ab, nachdem die Chefin der staatlichen Flüchtlingsagentur, Petja Parwanowa, mit den Migranten gesprochen hatte.

Die rund 3000 Menschen vor allem aus Afghanistan dürfen das Zentrum seit Dienstag nicht verlassen, weil es dort mehr als hundert Krankheitsfälle gibt. Bei 128 Menschen wurden vor allem Hautkrankheiten sowie Windpocken und Virusinfektionen festgestellt.

aar/AFP/Reuters/dpa

**Load-Date:** November 25, 2016

---

End of Document

## **EU-Staaten verweigern Entsendung ihrer Beamten**

SPIEGEL ONLINE

29. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 421 words

**Byline:** Maximilian Popp

**Highlight:** Überfüllte Lager, wütende Flüchtlinge - ein internes Papier zeichnet ein düsteres Bild der Zustände auf den griechischen Inseln. EU-Staaten wollen daher nach SPIEGEL-Informationen keine Beamten schicken.

### **Body**

---

Die EU-Staaten weigern sich, Asylexperten nach Griechenland zu schicken, wie sie es im Zuge des Flüchtlingsdeals mit der Türkei versprochen hatten. Sie fürchten offenbar Gefahren für ihre Beamten. Die Sicherheitslage auf den griechischen Inseln, wo derzeit mehr als 15.000 Migranten untergebracht sind, sei "äußerst instabil", heißt es in einem internen Papier des Europäischen Rats, das dem SPIEGEL vorliegt. Dies könne zu "Problemen für das Personal des nationalen Asyldienstes, der EU-Agenturen und der Nichtregierungsorganisationen", führen. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier .)

Die EU wünscht, dass Griechenland - unterstützt von europäischen Beamten - die Asylgesuche von Flüchtlingen bereits auf den Inseln prüft und abgelehnte Bewerber zurück in die Türkei schickt. Doch das Verfahren kommt nicht voran. Die griechischen Behörden sind mit dem Prozess überfordert. Auf Lesbos entscheiden neun Beamte über die Anträge von 6000 Flüchtlingen, einer von ihnen lag zwischenzeitlich mit Burn-out im Krankenhaus.

Die EU-Staaten wiederum seien, so heißt es in dem Ratsdokument, dem "Aufruf, Experten zu entsenden, bisher in viel zu geringem Umfang gefolgt." Die Beamten vor Ort verfügten "oft nicht über das benötigte Profil" und würden nur für kurze Zeit abgestellt. Dies führe zu "Frustration und Unruhe in den überfüllten Hotspots".

"Eine Schande für Europa"

Nach Angaben der griechischen Regierung halten sich derzeit mindestens 15.000 Migranten auf den griechischen Inseln auf, doppelt so viele wie in den Lagern Platz haben. Immer öfter kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern in den Camps oder zwischen Einheimischen und Flüchtlingen.

"Die Zustände auf den griechischen Inseln sind eine Schande für Europa", sagt Luise Amtsberg, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag. Erst am Montag steckten Migranten auf der Insel Lesbos aus Protest gegen ihre Lebensbedingungen mehrere Gebäude der EU-Asylbehörde Easo in Brand .

## EU-Staaten verweigern Entsendung ihrer Beamten

Die griechische Regierung stehe vor einem Dilemma, glaubt Politikberater Gerald Knaus, der den EU-Türkei-Deal mitkonzipiert hat. Sie könne das Chaos auf den Inseln nicht länger ignorieren. Sollte Premier Alexis Tsipras jedoch, wie angekündigt, Flüchtlinge in großer Zahl aufs Festland verlegen, wäre dies ein Signal an die Schlepper in der Türkei, dass die Ägäis-Route wieder offen ist. "Wenn die EU nicht rasch etwas unternimmt", warnt Knaus, "ist das Flüchtlingsabkommen in wenigen Wochen tot."

**Load-Date:** October 29, 2016

---

End of Document

**"Bleibt in Deutschland"; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-kann-fluechtlinge-laut-minister-nicht-mehr-unterbringen-a-1061378.html>**

SPIEGEL ONLINE

05. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 321 words

**Byline:** apr/dpa

**Highlight:** Schweden ist für seine liberale Asylpolitik bekannt, doch jetzt will der Migrationsminister Flüchtlinge fernhalten - das Land habe nicht genug Unterkünfte. Morgan Johansson hat Asylsuchende aufgefordert, nach Deutschland zurückzukehren.

## Body

---

Der schwedische Migrationsminister Morgan Johansson hat angesichts stark ansteigender Flüchtlingszahlen in seinem Land Asylsuchende aufgefordert, nicht mehr nach Schweden zu kommen. "Bleibt in Deutschland", sagte er.

Neuankömmlinge hätten die Wahl, entweder nach Dänemark oder Deutschland zurückzukehren oder sich selbst eine Unterkunft zu suchen. "Wir haben die Grenze des Machbaren erreicht", sagte der Minister. Der Sozialdemokrat hoffe, die Nachricht habe einen dämpfenden Effekt.

"Wir befinden uns in einer sehr dramatischen Situation, die in den vergangenen Tagen noch dramatischer wurde", zitiert das schwedische Staatsfernsehen SVT Johansson. Im Interview mit dem Sender hob er hervor, dass Schweden im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr viele Flüchtlinge aufnehme und die Grenzen der Belastbarkeit erreicht habe - eine konkrete Obergrenze für die Aufnahme nannte er in dem Video allerdings nicht.

Bis zu 190.000 Flüchtlinge erwartet Schweden in diesem Jahr. Das sind mehr als doppelt so viel wie bisher angenommen. Tatsächlich gehört Schweden statistisch gesehen zu den aufnahmewilligsten Ländern in Europa. 2014 kamen 7,8 Erstanträge auf 1000 Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 2,1 Anträge. Bereits in den vergangenen Tagen hatte Migrationsforscher Bernd Parusel vor dem Kippen der Stimmung in dem Land gewarnt.

Aktuell kommen bis zu 2000 neue Asylbewerber täglich in Schweden an. Darunter seien viele, die zuvor in Deutschland in Zelten untergebracht waren und sich angesichts der verschärften Aufnahmebedingungen entschieden hätten, nach Schweden weiterzureisen, sagte Johansson.

In und um Rostock sollen sich nach Angaben der schwedischen Einwanderungsbehörde 5000 Menschen aufhalten, die nach Schweden wollten. Die Behörde hatte zuvor bereits an die Kommunen appelliert, mehr Plätze in dem nordeuropäischen Land, in dem der Winter naht, zur Verfügung zu stellen.

"Bleibt in Deutschland" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-kann-fluechtlinge-laut-minister-nicht-mehr-unterbringen-a-1061378.html>

ap/dpa

**Load-Date:** November 6, 2015

---

End of Document

**"Dann wird sich das Problem sehr schnell lösen";  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/serbien-vucic-fordert-weniger-geld-fuer-fluechtlinge-a-1049624.html>**

SPIEGEL ONLINE

24. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 243 words

**Byline:** vek/dpa/Reuters

**Highlight:** Serbiens Ministerpräsident Vucic will, dass Deutschland Asylbewerbern weniger Geld zahlt. So werde sich das Problem mit den Migranten vom Westbalkan schnell lösen, so Vucic in einem Interview.

## Body

---

Tausende Flüchtlinge versuchen, über Mazedonien und Serbien nach Deutschland zu gelangen. Laut Zahlen des Uno-Flüchtlingswerks UNHCR waren es allein am vergangenen Wochenende 7000 Menschen, die auf diesem Weg Europa erreichen wollten. Der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vucic hat nun Deutschland aufgefordert, seine finanziellen Leistungen für Asylbewerber aus dem Westbalkan zu reduzieren. "Dann wird sich das Problem mit den Migranten vom Westbalkan sehr schnell lösen", sagte Vucic dem "Handelsblatt".

Seine Überzeugung: Weniger Geld würde Migranten aus dem Westbalkan auch weniger ermutigen, nach Deutschland zu kommen. Sein Land ist eines der am stärksten betroffenen Länder auf der Balkanroute. Rund 45 Prozent der Flüchtlinge kamen im ersten Halbjahr über diesen Weg nach Mittel- und Nordeuropa.

Griechenland warf Vucic vor, Flüchtlinge einfach passieren zu lassen: "Es ist schon unglaublich feststellen zu müssen, dass die Migranten den Boden der EU in Griechenland betreten und dort die Behörden offenbar keine Verpflichtung verspüren, die Flüchtlinge zu registrieren." Viele würden von Griechenland über Mazedonien nach Serbien ohne irgendwelche Papiere kommen.

Video: Der Flüchtlingstreck durch Serbien

Sein Vorschlag ist nicht neu: Vergangene Woche hatte bereits der Präsident des Bundesamtes für Emigration, Manfred Schmidt, dafür plädiert, Geldzahlungen stärker durch Sachleistungen zu ersetzen.

vek/dpa/Reuters

**Load-Date:** August 25, 2015

"Dann wird sich das Problem sehr schnell lösen" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/serbien-vucic-fordert-weniger-geld-fuer-fluechtlinge-a-1049624.html>

---

End of Document



**Schweden führt vorübergehend Grenzkontrollen ein;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-schweden-fuehrt-grenzkontrollen-ein-a-1062359.html>**

SPIEGEL ONLINE

11. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 251 words

**Byline:** sun/Reuters/AFP/dpa

**Highlight:** Ab Donnerstag wird wieder kontrolliert: Die schwedische Regierung setzt Schengen vorübergehend außer Kraft. Wegen der großen Zahl an Flüchtlingen müssen Reisende ihre Pässe wieder vorzeigen.

## Body

---

Schweden führt wegen der Flüchtlingskrise vorübergehend wieder Grenzkontrollen ein. Die Rekordzahl eintreffender Flüchtlinge stelle eine Gefahr für die öffentliche Ordnung dar, teilte die Regierung am Mittwochabend in Stockholm mit.

Es handele es sich um eine vorübergehende Maßnahme, sagte Innenminister Anders Ygeman. Sie gelte von Donnerstag 12 Uhr an zunächst für zehn Tage. Betroffen sind die Zug- und Autotrassen auf der Öresundbrücke sowie die Fährverbindungen in Südschweden.

Flüchtlinge erreichen Schweden unter anderem über Deutschland, von wo es mehrere Fährverbindungen in das skandinavische Land gibt. Die Bundesrepublik hat wegen der Krise Kontrollen an der österreichisch-bayerischen Grenze wiedereingeführt.

Schweden nimmt wie Deutschland zurzeit verhältnismäßig viele Flüchtlinge auf und hat ebenfalls ein vergleichsweise liberales Asylrecht. In der vergangenen Woche hatte Migrationsminister Morgan Johansson gesagt, sein Land könne Migranten keine Unterkunft mehr garantieren.

Das skandinavische Land nimmt im Verhältnis zur Bevölkerungszahl EU-weit die meisten Flüchtlinge auf. Seit September sind 80.000 Asylbewerber ins Land gereist, für 2015 rechnen die Behörden mit 190.000 Ankömmlingen.

Der Staat ist Mitglied des Schengen-Raums, in dem es normalerweise keine Grenzkontrollen mehr gibt. Das kontrollfreie Reisen hat in Skandinavien aber eine längere Tradition als im Rest Europas: Die nordischen Staaten verständigten sich darauf bereits in den Fünfzigerjahren.

sun/Reuters/AFP/dpa

Schweden führt vorübergehend Grenzkontrollen ein <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-schweden-fuehrt-grenzkontrollen-ein-a-1062359.html>

**Load-Date:** November 12, 2015

---

End of Document

**Hunderte Flüchtlinge erreichen Bayern;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-laesst-fluechtlinge-in-den-westen-ausreisen-a-1050790.html>**

SPIEGEL ONLINE

01. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 884 words

**Byline:** kev/als/AFP/dpa/Reuters

**Highlight:** Ganz plötzlich stellte Ungarns Polizei die Kontrollen ein: Hunderte **Flüchtlinge** kamen mit überfüllten Zügen bis nach Mitternacht in Bayern an. In den nächsten Stunden werden weitere **Migranten** erwartet.

## Body

---

Proteste in Budapest, scharfe Kontrollen an der Grenze zu Österreich, Züge voller **Flüchtlinge** in Deutschland: Ungarn hat überraschend Hunderte **Migranten** in Richtung Westen ausreisen lassen - und damit seine Nachbarländer vor Schwierigkeiten gestellt. Die Ereignisse im Überblick.

### Chaos in Budapest

Die ungarische Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán setzt auf einen harten Kurs gegen **Flüchtlinge**. Seit Tagen hatte die Polizei am Budapester Ostbahnhof immer wieder **Flüchtlinge** mit gültigen Fahrkarten aus den Zügen nach Österreich geholt. In einer sogenannten Transitzone versammelten sich deshalb immer mehr **Migranten**. Nach Angaben der Hilfsorganisation **Migration Aid** wies ihnen das offenbar überforderte Einwanderungsamt keine Lager mehr zu. Die Menschen schlafen auf dem Boden oder in Zelten. Einige protestierten verzweifelt mit Sprechchören und Pappschildern. Viele forderten, nach Deutschland reisen zu dürfen.

Am Montag wurde der Druck offenbar zu groß. Die Behörden änderten nun ihre Strategie. Die Polizei verzichtete plötzlich auf weitere Bahnsteigkontrollen. Vor den Fahrkartenschaltern bildeten sich lange Schlangen, Hunderte Migranten drängten in die Züge Richtung Wien und München.

### Die Situation an der österreichischen Grenze

Die österreichische Bahn hielt später mindestens zwei Schnellzüge im ungarischen Grenzort Hegyeshalom wegen Überfüllung auf. In einem der Züge waren rund 150 Flüchtlinge, die von österreichischen Polizisten kontrolliert wurden. Wer bereits in Ungarn Asyl beantragt habe, dürfe nicht nach Österreich einreisen, sagte ein Polizeisprecher. Die anderen wurden mit einem Regionalzug nach Wien gebracht.

Hunderte Flüchtlinge erreichen Bayern <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-laesst-fluechtlinge-in-den-westen-ausreisen-a-1050790.html>

Am Wiener Hauptbahnhof blieb die Lage am Nachmittag ruhig. Polizei und Bahnordnungsdienst waren zunächst mit etwa 20 Beamten im Einsatz, hinzu kamen einige Sanitäter. Am Abend erreichten jedoch laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AFP Hunderte Migranten den Westbahnhof in Wien. Viele von ihnen bestiegen demnach zwei Züge nach München und Salzburg.

#### Ankunft in Deutschland

Am Abend kam ein Zug mit rund 400 Flüchtlingen im bayerischen Rosenheim an. Der Railjet hielt außerplanmäßig im Bahnhof der oberbayerischen Stadt. Die Bundespolizei ging durch die Abteile und holte 190 Flüchtlinge - darunter viele Frauen und Kinder - zur Registrierung aus dem Zug. Anschließend wurden sie in Bussen zur Dienststelle in eine ehemalige Bundeswehrkaserne gebracht. Etwa 200 weitere Flüchtlinge durften im Zug nach München weiterreisen. Dort wurden sie in einer Nebenhalle registriert. Am Abend erreichten noch weitere Züge mit Flüchtlingen den Münchner Hauptbahnhof.

Die Polizei schätzte, dass insgesamt etwa 800 Flüchtlinge in München angekommen sind. Der letzte Zug sei gegen 1 Uhr morgens eingetroffen, sagte ein Sprecher am frühen Dienstagmorgen. Einige Flüchtlinge seien direkt registriert worden, andere wurden mit Bussen in Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht.

Die Stimmung am Bahnhof sei "ruhig" bis "euphorisch" gewesen, sagte ein Sprecher. Viele Flüchtlinge hätten bei ihrer Ankunft "Thank you, Germany" oder "We love you, Germany" gerufen. Auch Bürger waren vor Ort und begrüßten die Flüchtlinge mit Wasser und Lebensmitteln.

Wegen des enormen Andrangs und Hunderten Migranten auf ihrer Dienststelle hatte die Bundespolizei vorübergehend keine Züge mehr in Rosenheim kontrolliert. "Wir können die Menschen nicht übereinanderlegen", sagte ein Polizeisprecher. Am Abend wurden die Kontrollen dann aber wieder aufgenommen.

#### Die internationalen Reaktionen

Die Beteiligten geben sich gegenseitig die Schuld an der Krise. Die EU-Kommission ermahnte Ungarn, europäisches Recht einzuhalten und alle ankommenden Flüchtlinge mit Fingerabdrücken zu registrieren. In der EU gilt die sogenannte Dublin-Verordnung, wonach derjenige Staat für das Verfahren eines Asylbewerbers zuständig ist, in dem dieser erstmals europäischen Boden betreten hat. Wer über ein anderes EU-Land nach Europa eingereist ist, wird dorthin zurückgeschickt.

Deutschland wies den Vorwurf Ungarns zurück, diese Regel durch "nachgiebigeres Verhalten" zu brechen. Zwar hatte die Bundesrepublik angekündigt, keine syrischen Flüchtlinge mehr in andere EU-Staaten zurückzuschicken, auch wenn diese eigentlich zuständig wären. Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel räumte ein, dies habe offenbar zu einer "gewissen Verwirrung" geführt. Doch bleibe Dublin weiter gültig. "Die Staaten müssen die Verantwortung für asylbegehrende Flüchtlinge teilen", sagte die CDU-Vorsitzende.

Die östlichen EU-Staaten Slowakei, Tschechien, Polen und Ungarn wollen nach Kritik an ihrer Haltung das gemeinsame Vorgehen am Freitag auf einem Gipfeltreffen in Prag abstimmen. Die vier Länder gelten als Gegner fester Umverteilungsquoten und befürworten eine vergleichsweise harte Asylpolitik. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico kündigte an, dem Druck der westlichen EU-Staaten nicht nachzugeben: Verpflichtende Quoten zur Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU würden "nur die organisierte Kriminalität" fördern.

Bislang nehmen einige wenige Staaten, darunter Deutschland, das Gros der Flüchtlinge auf. Viele andere Länder weigern sich. Die Innen- und Justizminister der 28 EU-Länder treffen sich am 14. September zu einer Sondersitzung.

kev/als/AFP/dpa/Reuters

Hunderte Flüchtlinge erreichen Bayern <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-laesst-fluechtlinge-in-den-westen-ausreisen-a-1050790.html>

**Load-Date:** September 1, 2015

---

End of Document

**[Reine Schikane; http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-abschottung-und-abschreckung-sind-gescheitert-a-1056558.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-abschottung-und-abschreckung-sind-gescheitert-a-1056558.html)**

SPIEGEL ONLINE

07. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 859 words

**Byline:** Maximilian Popp

**Highlight:** Der Sommer der Solidarität ist vorbei. Die Bundesregierung setzt in der **Flüchtlingskrise** wieder auf Abschreckung und Abschottung. Dabei ist diese Strategie längst gescheitert.

## Body

---

Sie sind immer noch da: Die Helfer am Bahnhof in Passau, vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in Berlin und andernorts. Sie empfangen die **Flüchtlinge**, verteilen Klamotten. Ihre Botschaft ist dieselbe wie im Sommer: **Flüchtlinge** sind in Deutschland willkommen.

Doch die Welt um sie herum hat sich verändert. Noch im September verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Wir schaffen das." Seither hat ihre Regierung den Appell mit jeder Entscheidung konterkariert. Auf den kurzen "Sommer der Solidarität" folgt ein langer Herbst der Restriktion.

Regierungspolitiker nehmen die Überforderung einzelner Städte und Gemeinden bei der Flüchtlingsaufnahme zum Anlass, um die Flüchtlingsabwehr auszubauen. Deutschland diskutiert kaum mehr darüber, wie sich Flüchtlinge hierzulande anständig unterbringen lassen, und noch weniger über rechtsextreme Angriffe auf Asylunterkünfte, die in den vergangenen Wochen weiter zugenommen haben. Die Debatte beschränkt sich beinahe ausschließlich auf die Frage, wie der sogenannte "Flüchtlingsstrom" zu begrenzen ist, wie verhindert werden kann, dass Menschen in der Bundesrepublik Schutz suchen.

Die Vorschläge, die jetzt zu Reformen verklärt werden, sind mehr oder weniger dieselben, die seit den Neunzigerjahren diskutiert und praktiziert werden. Sie lassen sich in zwei Schlagworten zusammenfassen: Abschreckung und Abschottung.

Die Bundesregierung hat bereits im Juli eine weitreichende Asylrechtsverschärfung beschlossen, die die Inhaftierung von Migranten vorsieht, die über einen EU-Staat nach Deutschland einreisen. Nun soll das Gesetz um weitere Schikanen ergänzt werden. Flüchtlinge sollen künftig bis zu einem halben Jahr in Erstaufnahme-Einrichtungen festgehalten werden. Die finanzielle Unterstützung, die Asylbewerbern ein Mindestmaß an Autonomie gewährt, soll zum Teil durch Sachleistungen ersetzt werden.

Die Abriegelung der Grenzen hat Milliarden gekostet

Reine Schikane <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-abschottung-und-abschreckung-sind-gescheitert-a-1056558.html>

Neben dem Abbau von Asylstandards im Inland will die Bundesregierung gemeinsam mit EU-Partnern die Abschottung der europäischen Außengrenzen vorantreiben. Selbst Grünen-Politiker haben den "Schutz" der Grenzen zur Priorität der deutschen Asylpolitik erklärt.

Als wäre das je anders gewesen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex patrouilliert in Griechenland, Italien, Bulgarien seit Jahren gemeinsam mit nationalen Sicherheitskräften. Etliche Staaten haben Militär an ihre Ränder entsandt und Zäune errichtet. Drohnen und Satelliten überwachen die Grenzgebiete.

Die Abriegelung der Grenzen hat Milliarden gekostet und dazu geführt, dass in den vergangenen 15 Jahren mehr als 30.000 Menschen auf der Flucht nach Europa gestorben sind. Sie hat Migration jedoch nicht verhindert, noch nicht einmal gebremst.

Der Bürgerkrieg in Syrien hält seit nunmehr fast fünf Jahren an, die Zustände in den Lagern in den Nachbarländern wie der Türkei oder Jordanien werden immer miserabler. Die Menschen sind gezwungen, zu fliehen. Sie lassen sich von der lebensgefährlichen Reise über das Mittelmeer ebenso wenig abschrecken wie von Leistungskürzungen in Deutschland.

Die Bundesregierung hat auf das Scheitern ihrer Abwehrpolitik bislang stets mit einem Mehr an Abwehr reagiert. So auch jetzt. Dabei verdeutlicht die gegenwärtige Krise, wie nötig eine Neuausrichtung der europäischen Asylpolitik wäre.

Dies würde zuallererst bedeuten, eine schlichte Wahrheit anzuerkennen: Dass Migration eine Selbstverständlichkeit ist. Menschen werden nach Europa fliehen, jedenfalls solange in Syrien und im Irak Krieg herrscht, auf dem Balkan Roma diskriminiert werden. Daran werden auch Migrationskontrollen in der Türkei, wie sie nun geplant sind, nichts ändern.

Migration nicht länger nur verhindern, sondern gestalten

Die Bundesregierung sollte sich für legale Fluchtwege nach Europa einsetzen. Auch aus Eigeninteresse. Das Chaos, das gegenwärtig an den deutschen Grenzen zu besichtigen ist, ist nicht zuletzt das Ergebnis des europäischen Asylsystems, das Schutzsuchende dazu zwingt, auf illegalen, heimlichen Wegen nach Europa ein- und innerhalb Europas weiterzureisen.

Deutschland und seine EU-Partner sollten sich zudem auf eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen in Europa verständigen. Die Europäische Union besteht aus 28 Mitgliedstaaten mit insgesamt mehr als 500 Millionen Einwohnern. Doch in diesem Jahr zwischen April und September kamen mehr als die Hälfte aller Asylbewerber in Deutschland oder Ungarn unter.

Das Geld, das bislang fast ausschließlich in die Abschottung der Grenzen floss, sollte verstärkt den Flüchtlingen zugutekommen. Die EU müsste vermehrt in die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen investieren, in Unterkünfte, Qualifizierungsprogramme, medizinische Versorgung. Bulgarien erhielt in den vergangenen Jahren aus Brüssel 300 Millionen für die Sicherung der Grenzen, aber nur 5 Millionen Euro für die Integration von Flüchtlingen.

Manche Politiker tun so, als ob eine rationale Flüchtlingspolitik Offenheit ausschließen würde. Wahrhaft vernünftig wäre es jedoch, die Regierung würde Migration nicht länger nur zu verhindern versuchen - sondern gestalten.

**Load-Date:** October 8, 2015

**Zahl der Nordafrika-Flüchtlinge stark zurückgegangen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zahl-der-asylbewerber-aus-nordafrika-stark-zurueckgegangen-a-1089033.html>**

SPIEGEL ONLINE

25. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 305 words

**Byline:** aar/dpa/Reuters

**Highlight:** 03:07:00 Seit Beginn des Jahres sind immer weniger **Asylsuchende** aus den Maghreb-Staaten nach Deutschland gekommen. Das geht aus einem Bericht des Bundesamts für **Flüchtlinge** hervor.

## Body

---

Die Zahl der **Flüchtlinge** aus den Staaten des Maghreb - Algerien, Marokko und Tunesien - ist seit Beginn dieses Jahres stark zurückgegangen. Wurden im Januar noch 3356 Einreisen registriert, waren es im Februar noch 599 und im März 480. Das geht aus einem Schreiben des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) an den Bundestag hervor, aus dem die Zeitungen der Funke Mediengruppe zitieren.

Als Grund für den Rückgang nennt die Behörde demnach die geplante Einstufung der drei Länder als sogenannte sichere Herkunftsstaaten. Dieser Schritt soll unter anderem Abschiebungen erleichtern. "Allein die Diskussion über die Einführung des Gesetzes im Januar 2016 hat ab dem Februar zu einer spürbaren Reduzierung der Neuzugänge geführt", schreibt das Amt. Das Gesetz habe damit "Signalwirkung".

Allerdings ist seit der Schließung der Balkanroute für Migranten - vor allem an der mazedonischen Grenze zu Griechenland - auch die Gesamtzahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge deutlich zurückgegangen. Wie Innenminister Thomas de Maizière Anfang April bekanntgab, wurden im letzten Quartal 2015 noch knapp eine halbe Million Asylsuchender im sogenannten Easy-System der Migrationsbehörde registriert; im ersten Quartal dieses Jahres sei ihre Zahl auf 170.000 zurückgegangen.

Flüchtlinge aus den Maghreb-Staaten hatten 2015 nur einen geringen Anteil an allen Zuwanderern nach Deutschland. Gleichwohl war ihre Zahl im Verlauf des vergangenen Jahres stark angestiegen, die Behörde spricht jetzt von 26.036 registrierten Neuzugängen 2015. Die wenigsten haben Aussicht auf ein Bleiberecht: Die sogenannte Schutzquote für Menschen aus den drei Ländern lag im Vorjahr bei 2,1 Prozent, im ersten Quartal 2016 sogar nur noch bei 0,7 Prozent, wie das Bundesamt berichtete.

aar/dpa/Reuters



Zahl der Nordafrika-Flüchtlinge stark zurückgegangen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zahl-der-asylbewerber-aus-nordafrika-stark-zurueckge....>

**Load-Date:** April 25, 2016

---

End of Document

[Cameron prüft nun doch Aufnahme syrischer Flüchtlinge;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-grossbritanniens-  
cameron-erwaegt-aufnahme-von-syrern-a-1051378.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-grossbritanniens-cameron-erwaegt-aufnahme-von-syrern-a-1051378.html)

SPIEGEL ONLINE

04. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 395 words

**Byline:** als/dpa

**Highlight:** Bislang fährt Großbritanniens Premier Cameron einen harten Kurs gegen Migranten. Doch das könnte sich jetzt ändern: Seine Regierung prüft die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen, die direkt von der syrischen Grenze geholt würden.

## Body

---

In seiner Asylpolitik setzt Großbritanniens Premier David Cameron mit harten Gesetzen bislang auf Abschreckung. "Unsere Straßen sind nicht mit Gold gepflastert", warnte seine Innenministerin Theresa May Flüchtlinge vor einer illegalen Einreise vom französischen Calais aus durch den Eurotunnel auf die Insel. Zäune und Polizei sollen dort Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Südengland stoppen.

Doch auch unter dem Eindruck des ertrunkenen Flüchtlingsjungen in der Türkei gerät Cameron unter Druck. "Wir sollten zumindest mehr als ein Prozent der syrischen Flüchtlinge aufnehmen, weil wir mehr als ein Prozent der Verantwortung übernehmen", sagte der konservative Abgeordnete David Burrowes dem "Telegraph".

Mehr als 333.000 Menschen in Großbritannien forderten ihre Regierung auf, mehr Flüchtlinge ins Land zu lassen. "Großbritannien gewährt im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern nicht ausreichend Asyl", heißt es in der Online-Petition an Regierung und Abgeordnete. "Wir müssen helfen." Petitionen, die mehr als 100.000 Unterstützer finden, werden für eine Parlamentsdebatte in Betracht gezogen.

Die Regierung prüft deshalb die Aufnahme von mehr Migranten aus Syrien. "Wir haben 5000 Menschen aus dem Konflikt in Syrien aufgenommen, wir werden weiterhin Menschen aufnehmen und prüfen das", sagte Finanzminister George Osborne. Vorrangig sei aber, die Terrororganisation "Islamischer Staat" (IS) und Schleuserbanden zu bekämpfen.

Nach einem Bericht des "Guardian" würden die Flüchtlinge aber nicht aus Calais aufgenommen, sondern auf direkt von Camps nahe der syrischen Grenze. Das Verfahren werde in Zusammenarbeit mit dem UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Uno, laufen.

Ein Regierungssprecher nannte die Bilder des ertrunkenen Jungen "eindeutig schockierend". Großbritannien stehe "an vorderster Front" bei der Hilfe für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten. Die 5000 Menschen aus Syrien hat

Cameron prüft nun doch Aufnahme syrischer Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-grossbritanniens-cameron-erwaegt-aufnahme-von-syrern-a-....>

Großbritannien über die vergangenen vier Jahre aufgenommen. Der Uno-Sonderbeauftragte für Migration, Peter Sutherland, sagte, Großbritannien könne mehr tun.

Während Deutschland in diesem Jahr mit 800.000 Asylsuchenden rechnet, haben in Großbritannien dem Innenministerium zufolge in den zwölf Monaten bis Ende Juni lediglich 25.771 Menschen Asyl beantragt. Das Land gehört nicht zum Schengenraum und kontrolliert seine Grenzen.

als/dpa

**Load-Date:** September 4, 2015

---

End of Document

**[Deutschland bewilligt jeden zweiten Asylantrag;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zahl-anerkannter-  
asylantraege-auf-rekordkurs-a-1035113.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-zahl-anerkannter-asylantraege-auf-rekordkurs-a-1035113.html)**

SPIEGEL ONLINE

22. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 258 words

**Highlight:** Hunderttausende **Flüchtlinge** kommen nach Europa, viele von ihnen dürfen vorerst in Deutschland bleiben. Nach Informationen des SPIEGEL wurde von Januar bis März jeder zweite **Asylantrag** bewilligt.

## Body

---

Deutschland hat in den ersten drei Monaten 2015 so viele **Flüchtlinge** anerkannt wie seit Jahren nicht. Insgesamt wurde jeder zweite Antrag bewilligt. Bei **Flüchtlingen** aus Syrien, Eritrea und dem Irak lag die bereinigte Schutzquote bei fast hundert Prozent. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervor, die dem SPIEGEL vorliegt. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier .)

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat in sechs Fällen auch Flüchtlingen aus Mazedonien Schutz gewährt, obwohl die Bundesregierung den Balkanstaat erst im November 2014 als sicheres Herkunftsland eingestuft hatte.

Grundsätzlich werden Asylanträge schneller bearbeitet als in der Vergangenheit. Das Bamf wickelt Verfahren derzeit innerhalb von durchschnittlich fünf Monaten ab. Wie schnell eine Entscheidung getroffen wird, hängt jedoch stark vom Herkunftsland des Antragstellers ab. Während Syrer schon nach vier Monaten mit einem Bescheid rechnen dürfen, müssen etwa Pakistaner im Schnitt eineinhalb Jahre auf eine Antwort warten.

Die Behörden schieben zudem Migranten seltener gemäß dem Dublin-Verfahren in einen EU-Mitgliedstaat ab. Laut der Verordnung müssen Flüchtlinge dort Asyl beantragen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten. Im ersten Quartal 2015 schickte Deutschland lediglich zwölf Prozent sogenannter Dublin-Flüchtlinge zurück. "Die Zahlen belegen, dass das Dublin-System gescheitert ist", sagt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion.

**Load-Date:** June 15, 2015

[Warten auf den "Knalleffekt";  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-chaos-auf-griechischen-  
inseln-nach-eu-tuerkei-abkommen-a-1083506.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-chaos-auf-griechischen-inseln-nach-eu-tuerkei-abkommen-a-1083506.html)

SPIEGEL ONLINE

21. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 819 words

**Byline:** Markus Becker

**Highlight:** 20:54:46 Der Deal zwischen EU und Türkei ist in Kraft, doch noch funktioniert wenig. Auf den griechischen Inseln fehlt das Personal, Hunderte Flüchtlinge landen täglich an. Ist das ein Risiko für das gesamte Abkommen?

## Body

---

Angela Merkel schien es geahnt zu haben. "Keine Illusionen" mache sie sich, natürlich würden mit dem nun beschlossenen Plan "auch Rückschläge verbunden sein". Das sagte die Bundeskanzlerin am Freitag, nachdem die Staats- und Regierungschefs der EU mit der Türkei den Plan zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise beschlossen hatten.

Erste Rückschläge sind auf den griechischen Inseln bereits zu besichtigen: Die hastige Umsetzung des Abkommens sorgt dort offenbar für Chaos. Nur ein Bruchteil des notwendigen Personals ist vor Ort, während nach wie vor Hunderte Flüchtlinge pro Tag über die Ägäis kommen.

Die aktuelle Situation verlange eine "dringliche Reaktion", beklagt der Sprecher des nationalen Krisenstabs für die Flüchtlingskrise in Griechenland, Giorgos Kyritsis. Doch die personelle Verstärkung aus anderen EU-Staaten sei bislang ausgeblieben. Eine "Herkules-Aufgabe" sei die Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens, gesteht EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker ein.

Konkret sieht die Vereinbarung zwischen Ankara und der EU unter anderem folgende Punkte vor:

Alle Migranten, die irregulär auf den griechischen Inseln ankommen, müssen wieder in die Türkei zurückgebracht werden. Für jeden Syrer unter ihnen soll ein anderer Syrer auf legalem Weg in die EU kommen. Diese Umsiedlungen in die EU sollen am 4. April beginnen. Bis zu 72.000 Personen sollen auf diese Weise ausgetauscht werden.

Die Rückführungen in die Türkei könnten laut EU-Kommission bereits am 28. März beginnen. So lange brauche Griechenland mindestens, um die Türkei als sicheren Drittstaat anzuerkennen und Abschiebungen juristisch zu ermöglichen. Allerdings muss dann jeder einzelne Migrant registriert und sein Asylantrag bearbeitet werden - ein Prozedere, das mehrere Tage in Anspruch nimmt, selbst wenn genug offizielle Vertreter vor Ort sind.

Warten auf den "Knalleffekt" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-chaos-auf-griechischen-inseln-nach-eu-tuerkei-abkommen-a-1083506.html>

Doch das ist zurzeit nicht der Fall. Eine kleine Armee an Sicherheitskräften, Übersetzern, Asylexperten und Juristen soll auf den griechischen Ägäis-Inseln stationiert werden. Nach Angaben der EU-Kommission werden insgesamt 4000 Mitarbeiter benötigt. Griechenland soll 1500, die anderen EU-Länder 2500 stellen.

Eine Geberkonferenz, die am Samstag stattfand, konnte den Bedarf nicht decken. Deutschland hat 200 Polizisten und 100 Asylexperten angeboten, Frankreich will ebenfalls 300 Mitarbeiter schicken. Insgesamt aber, hieß es am Montag aus der EU-Kommission, lägen bisher nur Zusagen über etwa 1300 Einsatzkräfte vor. Man hoffe auf Besserung in den kommenden Tagen.

#### Signal der Abschreckung

Derweil kämpfen die wenigen griechischen Beamten auf den Inseln gegen einen nicht enden wollenden Zustrom an Flüchtlingen. Am Montag waren schon bis 7 Uhr morgens 1662 Migranten angekommen, davon 698 allein auf Lesbos - deutlich mehr als am Vortag, als das EU-Türkei-Abkommen in Kraft trat. Journalisten und Helfer vor Ort berichteten allerdings, dass im weiteren Verlauf des Tages kaum noch Flüchtlingsboote angelandet seien.

Sollten die Zahlen in den kommenden Tagen und Wochen nicht deutlich zurückgehen, könnte das den gesamten EU-Türkei-Plan gefährden. Denn er basiert vor allem auf der Hoffnung, dass das rigorose Abschieben aller irregulären Migranten in die Türkei ein klares Signal sendet: Es lohnt sich nicht mehr, Schleppern viele Tausend Euro für den Weg in die EU zu zahlen. Am Ende findet man sich doch in der Türkei wieder - und muss sich dann obendrein ganz hinten anstellen bei der legalen Umsiedlung.

#### Rumpelstart mit Risiken

Die EU und die Türkei standen vergangene Woche vor einem Dilemma: Sollten sie den Rückführungsplan beschließen, dann aber mit der Umsetzung warten? Ein gewaltiger Ansturm von Migranten hätte die Folge sein können, die die Tage vor dem Inkrafttreten hätten nutzen wollen. Deshalb entschlossen sich die Staats- und Regierungschefs für den Schnellstart - offenbar im vollen Bewusstsein, dass anfangs kaum etwas funktionieren würde.

Das könnte sich nun rächen. Einige Staaten hätten auf dem Gipfel vor einem Rumpelstart gewarnt, berichten Diplomaten. Das System müsse mit einem "Knalleffekt" beginnen. Denn dass 72.000 Umsiedlungen bei weitem nicht ausreichen, sei ausgemacht, heißt es in Brüssel. Der ganze Plan stehe und falle deshalb mit dem Abschreckungseffekt.

Tatsächlich könnte ein Teil des Problems sein, dass viele Migranten von dem EU-Türkei-Plan noch gar nichts mitbekommen haben.

**Zusammengefasst:** Der EU-Türkei-Plan zum Austausch von Flüchtlingen startet mit zahlreichen Problemen. Die schnelle Umsetzung sollte potentielle Migranten davon abhalten, sich mit Hilfe von Schleppern auf den Weg in die EU zu machen. Doch die Türkei ist als sicheres Herkunftsland noch gar nicht anerkannt. Es bracht 4000 Fachkräfte für die Asylanträge, 1500 aus Griechenland, 2500 aus dem Rest der EU. Zugesagt sind bislang aber erst 1300. Und nach wie vor kommen viele Migranten - ein Abschreckungseffekt ist nicht erkennbar.

**Load-Date:** March 22, 2016

**[Polizei räumt Lager mit Hunderten Flüchtlingen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/lesbos-polizei-raeumt-lager-mit-hunderten-fluechtlingen-a-1088232.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/lesbos-polizei-raeumt-lager-mit-hunderten-fluechtlingen-a-1088232.html)**

SPIEGEL ONLINE

20. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 402 words

**Byline:** vks/dpa

**Highlight:** 13:17:00 Autonome hatten ein Lager für Hunderte **Flüchtlinge** auf Lesbos errichtet - und schon seit Wochen die Räumung befürchtet. Nun hat die griechische Polizei mit einer Razzia durchgegriffen.

## Body

---

Es ist nicht viel mehr übrig geblieben als verlassene Zelte und Pappkartons auf dem staubigen Boden. Die griechische Polizei hat am Mittwoch ein Lager mit Hunderten **Flüchtlingen** auf der Ägäis-Insel Lesbos räumen lassen. Die staatliche Nachrichtenagentur ANA/MPA berichtet von 346 **Migranten**, die sich am Strand von Tsamakia vor den Behörden versteckten. Aktivisten gehen von etwa 200 Menschen aus.

Das Lager war von Autonomen errichtet worden. Dort lebten nach Behördenangaben vor allem Menschen aus nordafrikanischen Staaten sowie Pakistan und Bangladesch. Sie wurden zur Registrierung in das Aufnahmelager von Moria gebracht, das ebenfalls auf Lesbos liegt. 19 Aktivisten aus verschiedenen Ländern seien in Polizeigewahrsam genommen worden.

Den Angaben der griechischen Nachrichtenagentur zufolge sei das Camp am Strand von Tsamakia gerade erst von den Behörden entdeckt worden. Tweets der Aktivisten lassen aber vermuten, dass staatliche Stellen schon länger davon wussten. Demnach befürchteten die Organisatoren schon seit Wochen, dass das Lager bald aufgelöst werden sollte.

Auch ein Offizier der Küstenwache sagte, den Behörden lagen seit Wochen Informationen vor, wonach zahlreiche Migranten, die keinen Anspruch auf Asyl haben, auf den Ostägäis-Inseln untergetaucht waren, um nicht in die Türkei zurückgeschickt zu werden. Offiziell befinden sich auf Lesbos derzeit 7647 registrierte Migranten und Flüchtlinge.

Seit Inkrafttreten des Flüchtlingspakts zwischen der EU und Ankara am 20. März können Migranten, die von der Türkei nach Griechenland gelangen, dorthin zurückgeschickt werden. Ziel der Vereinbarung ist es, den Flüchtlingszustrom nach Europa einzudämmen und die Menschen von der gefährlichen Reise über die Ägäis abzuhalten. Bislang sind 325 Menschen in die Türkei zurückgeschickt worden.

Polizei räumt Lager mit Hunderten Flüchtlingen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/lesbos-polizei-raeumt-lager-mit-hundert-fluechtligen-a-1088232.html>

Dennoch ist die Zahl der Migranten und Flüchtlinge, die aus der Türkei nach Griechenland kommen, am Mittwoch wieder leicht gestiegen. In den vergangenen 24 Stunden setzten 176 Menschen von der türkischen Ägäisküste auf griechische Inseln über, teilte der Stab für die Flüchtlingskrise mit. Am Vortag waren 150, am Montag 66 und am Sonntag nur 30 Menschen gekommen.

Die Zahl der Migranten und Flüchtlinge ist jedoch deutlich niedriger als in den vergangenen Monaten. Im März und Februar setzten nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR im Schnitt täglich jeweils 870 und knapp 2000 Menschen über.

vks/dpa

**Load-Date:** April 20, 2016

---

End of Document



[Wohin die Flüchtlinge wollen - und wer sie nimmt;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/europa-wie-sich-die-fluechtlinge-  
verteilen-a-1030879.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/europa-wie-sich-die-fluechtlinge-verteilen-a-1030879.html)

SPIEGEL ONLINE

28. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1219 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Hunderttausende Flüchtlinge kommen nach Europa - aber die Verteilung in der EU ist ungerecht. Wenige Länder nehmen viele Asylbewerber auf, manche reiche Staaten lächerlich wenige. Eine Übersicht.

## Body

---

191.000 - diese Zahl alarmiert. So viel mehr Flüchtlinge sind 2014 im Vergleich zum Vorjahr in die EU-Länder gekommen. Insgesamt stellten mehr als eine halbe Million Menschen erstmals einen Asylantrag. Und es dürften noch viele weitere folgen. In Syrien herrscht immer noch Krieg, in Eritrea knechtet die Militärdiktatur die Menschen. Viele andere Afrikaner fliehen, weil sie in ihrem Land keine Perspektive sehen.

Auf europäischer Ebene wird deshalb über ein Quotenmodell nachgedacht - Flüchtlinge würden dann nach Faktoren wie Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl auf die einzelnen europäischen Länder verteilt. Insbesondere Italien und Griechenland hoffen dabei auf Entlastung, denn nach den geltenden Dublin-Regeln müssen die Länder das Asylgesuch bearbeiten, in dem der Flüchtling erstmals die EU betreten hat.

Aber wie ist die Lage überhaupt? Welche europäischen Länder nehmen besonders viele Flüchtlinge auf? Ziehen Asylbewerber aus bestimmten Ländern bevorzugt in einen EU-Staat? Wie steht Deutschland wirklich da? Und würde es von einer Quotenregelung profitieren? Die wichtigsten Fakten aus ausgewählten EU- und anderen europäischen Ländern.

### Zahl der Asylbewerber

Hier liegt Deutschland mit Abstand vorn. Im Jahr 2014 stellte laut der Statistikbehörde Eurostat einer von drei Asylbewerbern, der in die EU-Länder und nach Norwegen, Liechtenstein, Island und die Schweiz kam, seinen Antrag in Deutschland.

Insgesamt waren es in der Bundesrepublik 172.945 Erstanträge. In der EU weit vorne liegt auch Schweden mit seinen rund 9,5 Millionen Einwohnern - hier baten 2014 insgesamt 74.980 Flüchtlinge erstmals um Asyl. Italien verzeichnete im vergangenen Jahr mehr als 63.000 Asyl-Erstanträge. In Frankreich waren es rund 57.000 Anträge. Großbritannien registrierte 31.070 Anträge. In Ungarn wurden 41.215 Erstanträge gestellt. Und in Spanien nur 5460. Nach Griechenland kamen zwar im Jahr 2014 laut Angaben des UNHCR 43.500 Flüchtlinge

Wohin die Flüchtlinge wollen - und wer sie nimmt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europa-wie-sich-die-fluechtlinge-verteilen-a-1030879.html>

über das Mittelmeer, in dem Land wurden aber nur etwa 7500 Erstanträge gestellt. Diese Diskrepanz ist damit zu erklären, dass es in Griechenland oft nicht möglich ist, einen Asylantrag zu stellen.

#### Relativ zur Bevölkerungszahl

Deutschland nimmt in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge auf, bezogen auf die Einwohnerzahl aber nicht. Hier liegen andere Länder für das Jahr 2014 deutlich vorne - zum Beispiel Schweden mit etwa 7,8 Asyl-Erstanträgen pro 1000 Einwohnern, Ungarn mit 4,2 pro 1000 oder das kleine Malta, wo drei neue Asylbewerber auf 1000 Einwohner kommen. Aber auch Dänemark (2,5 pro 1000), Schweiz (2,7 pro 1000), Norwegen (2,5 pro 1000) liegen vor Deutschland. Bei uns kommen rund 2,1 Asylbewerber auf 1000 Einwohner.

In Frankreich hingegen ist die Quote für 2014 deutlich niedriger und liegt bei nur rund 0,9 Asylbewerbern pro 1000, weniger noch verzeichneten Finnland (0,6 pro 1000), Großbritannien (etwa 0,5 pro 1000), Spanien (0,1 pro 1000) und Tschechien (0,09 pro 1000).

#### Was würde sich bei einer Quote ändern?

Wissenschaftler vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration haben für die Jahre 2009 bis 2013 ein Quotensystem mit den Faktoren Wirtschaftskraft, Einwohnerzahl, Fläche und Arbeitslosenquote ausgerechnet. Deutschland müsste demnach rund 15 Prozent der Flüchtlinge in Europa aufnehmen. Bezogen auf den Zeitraum der vier Jahre hätte Deutschland rund 18 Prozent mehr Asylbewerber aufgenommen, als es dem Modell zufolge gemusst hätte - für Griechenland liegt dieser Wert bei 75 Prozent und für Schweden sogar bei 275 Prozent. Spanien und Portugal und auch Italien hingegen hätten zwischen 2009 und 2013 deutlich mehr Asylbewerber aufnehmen müssen. Rechnet man dieses Modell nur für das Jahr 2014 um, hätte Deutschland nur rund 75.000 Asylbewerber zugeteilt bekommen. Großbritannien hätte jedoch zum Beispiel rund 20.000 Flüchtlinge mehr aufnehmen müssen, als es tatsächlich hat.

#### Steigerung

Obwohl im Jahr 2014 44 Prozent mehr Asylsuchende nach Europa kamen als im Jahr davor, hat sich die Zahl nicht in allen Ländern erhöht. So ging in Frankreich die Zahl der Asylbewerber von Ende 2013 bis Ende 2014 sogar um einen Prozentpunkt zurück. In Deutschland hingegen gab es bei den Erstanträgen einen Zuwachs um 59 Prozent, in Italien um 154 Prozent. In Ungarn verzehnfachte sich die Zahl der Flüchtlinge, die einen Asylantrag in 2014 stellten, sogar beinahe.

#### Herkunftsländer

Die Eurostat-Behörde hat die 30 häufigsten Herkunftsländer erfasst, aus denen 2014 Flüchtlinge in die EU kamen. Bei 18 dieser Länder liegt Deutschland als Ziel vorn - das heißt, es nimmt zahlenmäßig unter allen EU-Ländern plus Norwegen, Island, Liechtenstein und Schweiz die meisten Flüchtlinge aus diesen Staaten auf. Das galt zum Beispiel für Flüchtlinge aus Serbien, Syrien, Somalia, Irak, Eritrea und Bosnien-Herzegowina. So stellten 33 Prozent der Syrer, die in der EU ankamen, ihren Asylantrag in Deutschland, 45 Prozent der irakischen Flüchtlinge und sogar 88 Prozent der serbischen Migranten.

Nach Italien kamen 2014 am meisten Flüchtlinge aus sechs Ländern: Gambia, Senegal, Mali, Nigeria, Pakistan und Bangladesch. Frankreich lag bei dieser Rechnung bei vier Herkunftsländern vorne, zum Beispiel bei Flüchtlingen aus der Demokratischen Republik Kongo (74 Prozent) und China (54 Prozent). Schweden nahm im Vergleich zu den anderen Ländern am meisten staatenlose Migranten auf, Ungarn am meisten Flüchtlinge aus dem Kosovo.

#### Anerkennung der Asylbewerber

Asylbewerber aus Syrien werden fast immer anerkannt - in der EU 2014 zu 95 Prozent. Migranten aus dem Westbalkan bekommen dagegen meist kein Asyl, weil sie aus rein wirtschaftlichen Gründen fliehen. Diese Tendenz lässt sich für die ganze EU feststellen. Insgesamt lag die Anerkennungsquote bei Asylanträgen in der EU im

Wohin die Flüchtlinge wollen - und wer sie nimmt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europa-wie-sich-die-fluechtlinge-verteilen-a-1030879.html>

Durchschnitt für 2014 bei rund 45 Prozent. Allerdings variieren diese Werte in den einzelnen Ländern. Wie viele Asylanträge anerkannt werden, hängt maßgeblich von der Herkunft der Flüchtlinge ab. Stammen sie aus einem Kriegsgebiet? Treibt sie Armut oder Perspektivlosigkeit? Die Herkunft der Asylbewerber müsste daher bei einer Verteilung nach einem Schlüssel unbedingt bedacht werden.

Fazit: Deutschland ist Vorreiter bei der Aufnahme von Flüchtlingen - andere große europäische Industrienationen wie Frankreich und Großbritannien leisten deutlich weniger, kleine Staaten wie Schweden oder Ungarn dafür nehmen proportional viel mehr Asylbewerber auf als Deutschland. Bei dem Zustrom der Flüchtlinge spielen unterschiedlichste Faktoren eine Rolle - bestimmte Nationalitäten kommen vorwiegend in bestimmte Länder.

Wenn die europäische Flüchtlingspolitik neu geregelt würde und Flüchtlinge anhand von Faktoren wie Wirtschaftsleistung und Bevölkerungszahl nach Quoten auf die einzelnen Staaten verteilt würden, würde zwar auch Deutschland entlastet - andere Länder aber noch deutlich stärker. Spanien, Frankreich und Großbritannien hingegen müssten mehr Menschen aufnehmen.

Diese Grafik zeigt mögliche Verteilungen von Asylbewerbern nach verschiedenen Kriterien - auf Grundlage der Flüchtlingszahlen für das erste Halbjahr 2014.

Politiker zur Flüchtlingskrise: Viel geredet - wenig bewegt

**Load-Date:** May 11, 2015

## Flüchtlinge verdienen deutlich weniger als andere Zuwanderer

SPIEGEL ONLINE

01. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 328 words

**Byline:** Benjamin Bidder

**Highlight:** Flüchtlinge verdienen laut einer Studie des DIW wenig und brauchen lange für den Einstieg ins Berufsleben. Eigens geschaffene gemeinnützige Jobs könnten sie schneller an den Arbeitsmarkt heranführen.

### Body

---

Flüchtlinge tun sich schwer mit der Integration am Arbeitsmarkt, viel schwerer jedenfalls als andere Zuwanderer. Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Ein Indikator für die Probleme: Flüchtlinge verdienen im Schnitt deutlich weniger als andere Migranten.

Flüchtlinge kamen auf dem Arbeitsmarkt demnach auf einen Durchschnittsverdienst von 11,80 Euro pro Stunde. Für Arbeitsmigranten, Aussiedler oder nach Deutschland nachgekommene Familienangehörige liegt dieser Wert bei 14,80 Euro. Zum Vergleich: Deutsche ohne Migrationsgeschichte verdienten im Schnitt 16,60 Euro pro Stunde.

Die Studie basiert auf Daten des Jahres 2013. Sie berücksichtigt weder die Einführung des Mindestlohns noch das starke Anwachsen der Asylbewerberzahlen seit 2015.

Geringere Qualifikation, weniger Vorbereitung

Das DIW benennt mehrere Gründe für die Unterschiede bei der Bezahlung. So liege das formale Qualifikationsniveau von Flüchtlingen unter dem anderer Migranten. Flucht sei in der Regel auch viel schlechter vorbereitet als Arbeitsmigration. Viele Flüchtlinge konnten etwa nicht schon im Heimatland Deutsch lernen und sich so auf die Anforderungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt vorbereiten, schreiben die Experten des DIW.

Eine weitere Ursache für die Probleme von Flüchtlingen sind demnach aber auch Hindernisse am Arbeitsmarkt. Flüchtlinge brauchen im Schnitt deutlich länger, um im Arbeitsleben Fuß zu fassen. Bei sonstigen Zuwanderergruppen haben nach fünf Jahren in Deutschland rund 80 Prozent einen Job. Flüchtlinge erreichen diese Quote dagegen erst nach zehn Jahren.

Das DIW fordert deshalb, "institutionelle Hürden, die einer zügigen Arbeitsmarktintegration Geflüchteter im Wege stehen", rasch abzubauen. Positiv könnten sich ihrer Ansicht nach auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Schaffung gemeinnütziger Jobs für Asylbewerber und Geduldete im laufenden Verfahren auswirken.

beb/dpa

Flüchtlinge verdienen deutlich weniger als andere Zuwanderer

**Load-Date:** September 6, 2016

---

End of Document

[Hunderte Asylbewerber klagen gegen deutsche Behörden;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hunderte-  
asylbewerber-klagen-gegen-deutsche-behoerden-a-1072919.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hunderte-asylbewerber-klagen-gegen-deutsche-behoerden-a-1072919.html)

SPIEGEL ONLINE

20. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 373 words

**Byline:** cht/AFP

**Highlight:** Viele Asylbewerber gehen juristisch gegen die schleppende Bearbeitung ihrer Anträge durch das Bundesamt für Flüchtlinge vor. Allein in Nordrhein-Westfalen sind mehr als 200 Verfahren anhängig, wegen "Untätigkeit" der Behörden.

## Body

---

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) steht schon lange in der Kritik, weil Asylverfahren bei der Behörde monatelang dauern. Mehr als 200 Asylbewerber insbesondere aus Syrien und Eritrea haben das Bamf jetzt in Nordrhein-Westfalen vor den Verwaltungsgerichten wegen ihrer unbearbeiteten Anträge verklagt.

Damit wandten sie sich dagegen, dass ihre Asylanträge oft schon länger als ein Jahr unbearbeitet geblieben seien, berichtete die "Rheinische Post" nach einer Umfrage bei den sieben Verwaltungsgerichten des Bundeslandes. Mit Untätigkeitsklagen wollen die Betroffenen die Behörde demnach zwingen, ihre Anträge zu bearbeiten, damit sie eine Arbeit oder Ausbildung aufnehmen und eventuell Angehörige nachholen können. Ähnliche Verfahren laufen bereits vor Verwaltungsgerichten in Würzburg, Dresden, Osnabrück und Braunschweig.

Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) zeigte Verständnis für die Klagen: "Die Ungewissheit, wann endlich über den Asylantrag entschieden wird, treibt viele Menschen in die Verzweiflung", sagte er. Wer mit einer Anerkennung rechnen könne, dürfe "nicht monatelang zum Nichtstun verdammt" werden. Wer keine Aussicht auf Anerkennung haben, dürfe seinen Aufenthaltsstatus durch "überlange Asylverfahren des Bamf" aber auch nicht verbessern.

Voßkuhle: Asyl kennt keine Obergrenzen

2015 registrierten die deutschen Behörden 1,1 Millionen Flüchtlinge. Es wurden knapp 477.000 Asylanträge gestellt. Das war die höchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Zahl der Abschiebungen hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Wie das Bundesinnenministerium laut einem Bericht der "Sächsischen Zeitung" erhob, wurden im Jahr 2015 insgesamt 20.888 Flüchtlinge in ihre Heimatländer abgeschoben.

Hunderte Asylbewerber klagen gegen deutsche Behörden  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hunderte-asylbewerber-klagen-gegen-deutsche-behoerde....>

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, sprach sich im Deutschlandfunk für ein Zuwanderungsgesetz aus. Die daraus resultierenden Regelungen würden die Rechtsfindung im Bereich Migration erleichtern. Mit Blick auf die Flüchtlingsobergrenze stellte Voßkuhle klar, dass Zuwanderung nicht mit Asyl verglichen werden dürfe. Während Zuwanderung politisch begrenzt sei, gelte das Asylrecht unbegrenzt für jeden.

cht/AFP

**Load-Date:** January 20, 2016

---

End of Document

[Auf den griechischen Inseln droht eine Revolte;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-auf-inseln-in-der-aegaeis-droht-revolte-a-1084871.html)  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-auf-inseln-in-der-aegaeis-droht-revolte-a-1084871.html>

SPIEGEL ONLINE

01. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 910 words

**Byline:** Giorgos Christides

**Highlight:** 10:52:00 In wenigen Tagen tritt das Abkommen der EU mit der Türkei in Kraft: Mehr als 5000

**Flüchtlinge** sollen von den griechischen Inseln zurückgebracht werden. In den Camps ist mit heftigem Protest zu rechnen.

## Body

---

Die Stimmung unter den **Flüchtlingen** in Griechenland ist sehr gereizt. Immer mehr von ihnen geraten auf den überfüllten Inseln in der Ägäis aneinander, Proteste werden lauter. Mehr als 51.000 **Migranten** sind derzeit hier gestrandet. Sie alle haben wenig Aussicht, ihr Ziel Nordeuropa zu erreichen.

Die Balkan-Route ist geschlossen. Dazu hat die Europäische Union einen umstrittenen Deal mit Ankara geschlossen: Demnach soll die Türkei alle **Flüchtlinge** wieder zurücknehmen, die auf den griechischen Inseln ankommen. Im Gegenzug soll die EU für jeden abgeschobenen Syrer einen syrischen **Flüchtling** aus türkischen Camps aufnehmen. Ab Montag sollen die Transfers starten.

Damit sind die Flüchtlinge nun in zwei Gruppen geteilt:

Auf der einen Seite diejenigen, die vor dem 20. März europäischen Boden betraten, bevor also der Plan zwischen der Türkei und der EU vereinbart wurde. Sie wurden in Hotspots registriert, erhielten vorübergehendes Aufenthaltsrecht und wurden zum Festland gebracht. Die meisten von ihnen sind nun in Idomeni, Piräus oder in einem der neu eingerichteten Camps. Sie können sich frei bewegen - und hoffen, dass die Grenze wieder geöffnet wird. Das gilt aber nicht für diejenigen, die nach dem 20. März kamen: Sie sollen zurück in die Türkei gebracht werden. 5300 Menschen gehören in diese Kategorie. Sie stehen unter Arrest, obwohl die meisten von ihnen vom Profil her klar als Flüchtling definiert werden könnten. Sie bleiben inhaftiert, bis ihr Status geklärt ist.

Zoff zwischen Afghanen und Syrern

Entsprechend steigt die Verzweiflung unter den Migranten. In der Nacht zum Freitag gerieten Flüchtlinge und Polizei in Chios aneinander. Laut Medien vor Ort wurden dabei zwei Menschen verletzt. Zuvor hatten einige das Vorhängeschloss am Eingang des Hotspots aufgebrochen.



Auf den griechischen Inseln droht eine Revolte <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-auf-inseln-in-der-aegaeis-droht-revolte-a-1084....>

Auch am Mittwochabend gerieten afghanische und syrische Flüchtlinge in Piräus aneinander. 6000 Menschen leben in dem dortigen Übergangslager. Auf Fotos ist zu sehen, wie sie sich mit Steinen bewerfen, mindestens acht Menschen wurden verletzt. Der Auslöser scheint nebensächlich zu sein: Einige berichten von einer syrischen Frau, die von einem Afghanen belästigt wurde, andere von einem Streit zwischen Kindern.

Zuvor hatten etwa 2000 Flüchtlinge in Athen demonstriert. Sie forderten offene Grenzen, einige von ihnen verbrannten die europäische Flagge.

In Idomeni, der Zeltstadt an der griechisch-mazedonischen Grenze, bleibt die Situation angespannt. Noch immer halten sich dort mehr als 11.000 Menschen auf, obwohl die griechische Regierung sie zum Umzug in organisierte Camps bringen wollte. In Idomeni wird um den Zugang zu Stromquellen oder Lebensmittelrationen gestritten.

Laut einem Bericht der griechischen Zeitung "Kathimerini" wird die Polizei vor Ort gestärkt: 150 Beamte werden demnach nach Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos geschickt. Weitere 105 sollen von Kiklis aus ihre Kollegen in Idomeni unterstützen.

#### Scharfe Kritik von Syriza-Mitgliedern

Der Deal mit der Türkei verändert aber auch die Politik der griechischen Syriza-Regierung. Monatelang wurde wenig getan, um die Migranten von ihrem Transit in Richtung Norden abzuhalten - eine Mischung aus Berechnung und Ideologie.

Das neue Vorgehen ist für einige Abgeordnete der linksgerichteten Regierungspartei nicht nachvollziehbar. Auch Syriza-Politiker auf Lesbos übten scharfe Kritik. Dort waren zwei Migranten in Handschellen abgeführt worden, um zur medizinischen Behandlung gebracht zu werden. Für die linken Politiker ein "unfassbarer" Vorgang.

Laut griechischen Behörden wollen rund Tausend Menschen im Moria-Camp auf Lesbos Asyl beantragen. Doch wie lange werden sie darauf warten müssen? Ein neues Gesetz zur Umsetzung des Türkei-Deals, das am heutigen Freitag vom griechischen Parlament beschlossen werden soll, verspricht schnellere Verfahren. Innerhalb einer Woche soll dann über Erfolg oder Misserfolg der Asylanträge geurteilt werden. Auch über eine Anfechtung soll dann innerhalb einer Woche entschieden werden.

Ist das machbar, realistisch? Im Moment definitiv nicht. In Lesbos etwa wickeln weniger als zehn Mitarbeiter die Asylgesuche ab. 2500 EU-Mitarbeiter sollen die Arbeit beschleunigen. Bisher kamen laut den griechischen Asylbehörden jedoch "nicht mehr als ein paar Dutzend" von ihnen an. Und bevor sie auf den griechischen Inseln stationiert werden, sollen sie intensiv geschult werden. Was also konkret am Montag passiert, ob die ersten Flüchtlinge zurückgeschickt werden, kann im Moment niemand genau sagen.

Bleibt noch die Frage, wie sicher die Türkei überhaupt für Flüchtlinge ist. In dem Gesetz, über das Athen nun abstimmt, wird die Türkei nicht als sicheres Drittland erwähnt. Es gebe keine Notwendigkeit dazu, die Türkei als sicher zu erklären, sagte ein Vertreter der griechischen Regierung SPIEGEL ONLINE. "Was wir brauchen, sind verbesserte Asylrechte und bessere Bedingungen in der Türkei." Wenn alles vorbereitet sei, würden alle Asylanträge untersucht und Fall für Fall entschieden werden. "Dabei wird dann entschieden, ob sie in der Türkei sicher sind oder nicht."

Übersetzung: Vera Kämper

Zusammengefasst: Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei wird am kommenden Montag in Kraft treten. Dann droht illegal in Griechenland eingewanderten Migranten die Abschiebung in die Türkei. Das sorgt bereits jetzt für Unruhe in den Flüchtlingscamps - und für eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Hilfesuchenden.

Auf den griechischen Inseln droht eine Revolte <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-auf-inseln-in-der-aegaeis-droht-revolte-a-1084....>

---

End of Document

**Unser Boot ist voller; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-zur-eu-fluechtlingspolitik-das-grosse-heucheln-a-1033358.html>**

SPIEGEL ONLINE

13. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 503 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Die Europäische Union will **Flüchtlinge** nach einem Quotensystem verteilen. Künftig sollen wirtschaftsstarke Länder mehr Notleidende aufnehmen als schwache. Großbritannien und anderen passt das nicht. Gleichzeitig jedoch wird Gastfreundschaft geheuchelt.

## Body

---

Mehr als 500.000 **Flüchtlinge** haben im vergangenen Jahr in Europa um **Asyl** gebeten - fast die Hälfte von ihnen in Deutschland oder Schweden. Das bedeutet im Umkehrschluss: Andere reiche europäische Länder nehmen kaum **Migranten** auf - die Lasten sind extrem ungleich verteilt, auch in Nachbarländern. Zum Beispiel verzeichnete Italien im vergangenen Jahr rund 64.000 **Asylsuchende**, Kroatien - auf der anderen Seite der Adria - nur 380. Nach Schweden kamen 2014 rund 75.000 **Flüchtlinge**, nach Finnland nur 3500.

Seit Jahren wird über eine gerechtere Lösung debattiert. Und endlich tut sich was.

An diesem Mittwoch will die EU-Kommission ihre neue "Einwanderungsagenda" vorstellen. Sie sieht vor, dass Flüchtlinge nach einem Schlüssel verteilt werden, der aus den Faktoren Bruttoinlandsprodukt, Bevölkerungszahl, Arbeitslosenquote und der früheren Zahl von Asylbewerbern der Mitgliedsländer zusammengesetzt ist. Zunächst soll dieses Quotensystem nur als Pilotphase für rund 40.000 Migranten gelten.

Eine Aufnahmequote für Flüchtlinge würde die europäische Flüchtlingspolitik gerechter machen. Bisher muss nur das Land, in dem der Flüchtling zuerst den Boden der Europäischen Union betreten hat, diesen aufnehmen. Dieses sogenannte Dublin-System hat sich als untauglich erwiesen, mit der Neuregelung wird es de facto abgeschafft.

Trotzdem ist der Aufschrei in manchen EU-Ländern jetzt groß - vor allem in London, aber auch in Polen und den baltischen Ländern. Die britische Regierung kündigte Widerstand gegen ein Quotensystem an - mit dem Zusatz: "Das Vereinigte Königreich hat eine stolze Geschichte des Asyls für diejenigen, die es am nötigsten brauchen." Der Grund für das Ablehnungsschreiben aus London: Die Briten müssten viel mehr Flüchtlinge aufnehmen als bisher.

Die Reaktion offenbart einmal mehr die Heuchelei der europäischen Flüchtlingspolitik. Wenn wieder ein Flüchtlingsboot im Mittelmeer sinkt und viele Menschen sterben, gibt man sich entsetzt. Geht es aber um eigene Anstrengungen für Menschen in Not, wehren die Regierungen ab. Sollen doch die anderen machen.

Unser Boot ist voller <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-zur-eu-fluechtlingspolitik-das-grosse-heucheln-a-1033358.html>

Für wen soll das von London stolz gepriesene Asyl gelten, wenn nicht für die vielen Syrer, die vor dem Krieg fliehen, um ihr Leben zu retten? Tatsächlich stammen mehr als die Hälfte der Flüchtlinge, die 2014 über das Mittelmeer in die EU kamen, laut Uno aus Syrien und Eritrea .

Deutschland steht moralisch übrigens nicht viel besser da. Jahrelang hat Berlin alles dafür getan, um die Dublin-Regeln aufrechtzuerhalten. Dass die Bundesregierung jetzt für ein Quotensystem eintritt, liegt vor allem daran, dass Dublin nicht funktioniert hat - und Deutschland trotzdem die meisten Flüchtlinge abbekommen hat.

Nach dem neuen Modell würde sich das übrigens nicht ändern. Dass Deutschland einen großen Teil der Migranten aufnimmt, ist also nur gerecht. Im Verhältnis zu Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft leisten andere, kleinere Staaten derzeit nämlich viel mehr: Schweden etwa, Malta und auch Ungarn.

.

**Load-Date:** June 10, 2015

---

End of Document

## Dieses Jahr kamen bislang 213.000 Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 342 words

**Byline:** Christian Teevs

**Highlight:** Der Innenminister spricht von einer Trendwende: Bis Ende September seien 213.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, sagt Thomas de Maizière. Im gleichen Zeitraum 2015 waren es fast dreimal so viele.

### Body

---

Die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland ist weiter rückläufig, bleibt aber erheblich. Das sagte Innenminister Thomas de Maizière in Berlin. Wie der CDU-Politiker bereits Ende September bekanntgegeben hatte, seien 2015 rund 890.000 Asylbewerber ins Land gekommen.

In diesem Jahr waren es laut de Maizière bislang 213.000 Menschen. Zum Vergleich: Von Januar bis September des vergangenen Jahres waren es 577.000 Flüchtlinge gewesen. Damit sei "die Trendwende beim Thema Flüchtlinge erreicht", so de Maizière.

2016 habe das Bundesamt für Migration (Bamf) bislang knapp 660.000 Asylanträge bearbeitet, davon 60 Prozent mit einer positiven Entscheidung. Die Differenz zu den Neu-Eingereisten erkläre sich durch die hohe Zahl von Anträgen aus dem vergangenen Jahr, die erst jetzt abgearbeitet werden könnten. Noch nicht entschieden seien 580.000 Anträge.

Rund 60.000 Migranten haben laut de Maizière Deutschland bis Ende September wieder verlassen. Davon sei ein Teil der Menschen freiwillig ausgereist, ein Teil sei abgeschoben worden.

Auch zum syrischen Flüchtling, der am Montag in Leipzig festgenommen wurde, äußerte sich de Maizière. Auf die Frage, warum er die drei Landsleute des Mannes, die bei der Festnahme entscheidend geholfen hatten, zunächst nicht gelobt hatte, reagierte der Innenminister ausweichend. Ihr Einsatz verdiene "Lob und Anerkennung", sagte de Maizière lediglich. Eine Forderung nach Flüchtlingsschutz könne nicht erfüllt werden, weil die drei Syrer diesen bereits hätten.

Der Syrer Jaber Albakr hatte in einer Wohnung in Chemnitz Sprengstoff offenbar selbst hergestellt und sich die Komponenten für eine Sprengstoffweste besorgt. Außerdem soll er laut Polizei Kontakte zur Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) gehabt haben.

Dieses Jahr kamen bislang 213.000 Flüchtlinge

Bei einer missglückten Festnahme in Chemnitz am Samstagmorgen gelang Albakr die Flucht. Am Sonntag lieferten ihn in Deutschland lebende Syrer an die Polizei aus. Sie hatten Albakr eine Unterkunft angeboten und ihn anschließend in ihrer Wohnung gefesselt, ehe sie die Polizei verständigten.

cte

**Load-Date:** October 12, 2016

---

End of Document

[Umverteilung von Flüchtlingen stockt;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-eu-umverteilung-  
kommt-nicht-in-gang-a-1092958.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-eu-umverteilung-kommt-nicht-in-gang-a-1092958.html)

SPIEGEL ONLINE

18. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 474 words

**Byline:** cht/dpa/AFP

**Highlight:** 19:09:00 In Italien und Griechenland stauen sich die Flüchtlinge, und wieder enttäuschen die anderen EU-Staaten ihre südlichen Partnerländer: Bislang sind nur 1500 der versprochenen 160.000 Migranten mit Aussicht auf Asyl umverteilt.

## Body

---

Griechenland und Italien hoffen in der Flüchtlingskrise weiter vergeblich auf Entlastung. Nur 1500 Flüchtlinge wurden bislang aus den beiden Staaten in andere EU-Länder umverteilt, wie die EU-Kommission jetzt in Brüssel mitteilte. Sie hatte vor zwei Monaten 20.000 Umsiedlungen als Ziel bis Mitte Mai genannt.

Seit dem jüngsten Bericht von Mitte April wurden aber lediglich 355 weitere Asylbewerber aus den beiden Hauptzielländern in andere EU-Länder überführt. Das Versprechen, binnen zwei Jahren insgesamt 160.000 Migranten mit guten Chancen auf Asyl in anderen Länder zu bringen, datiert aus dem Spätsommer 2015: Damals hatten sich die EU-Staaten verpflichtet, diese Gesamtzahl aufzunehmen.

Laut EU-Kommission haben Österreich, Ungarn und die Slowakei bisher noch gar keine Plätze angeboten. Doch auch Deutschland hält sich nicht an die Vorgabe, alle drei Monate neue Plätze nach Brüssel zu melden und hat zudem bisher weniger als fünf Prozent der vereinbarten mehr als 27.000 Plätze zur Verfügung gestellt. Bisher sind erst 57 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien nach Deutschland umgesiedelt worden.

EU-Kommission: Griechenland steckt in "humanitärer Krise"

EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos zeigte sich dementsprechend unzufrieden. Es müsse rasch auf die humanitäre Notlage in Griechenland reagiert und verhindert werden, dass sich die Situation in Italien verschlechtere, sagte Avramopoulos. Laut EU-Kommission sieht sich das Land, in dem sich aktuell 46.000 Asylbewerber befinden, einer "humanitären Krise" gegenüber.

Die mit der Regierung in Ankara vereinbarte Aufnahme syrischer Flüchtlinge aus der Türkei kommt laut EU-Kommission hingegen in Gang. Bisher seien 177 Syrer aus der Türkei in EU-Staaten aufgenommen worden, die meisten davon in Schweden, Deutschland und den Niederlanden. Im Gegenzug schickt die EU illegal eingereiste

Umverteilung von Flüchtlingen stockt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-eu-umverteilung-kommt-nicht-in-gang-a-1092958.html>

Migranten von den griechischen Inseln zurück in die Türkei. Bei weiteren 723 Flüchtlingen lägen Genehmigungen vor, sie warteten derzeit auf die Einreise in sieben verschiedene EU-Staaten.

Allerdings bleiben auch hier die tatsächlichen Zahlen bislang hinter den Vereinbarungen zurück: Im Rahmen des Flüchtlingsabkommens mit Ankara haben sich bislang 19 EU-Staaten zur Aufnahme von Syrern aus der Türkei bereit erklärt. Es lägen aus der EU sowie aus einem assoziierten Land Zusagen für fast 12.200 Flüchtlinge vor, so die EU-Kommission. Zwischen Mai und Juli würden 1900 Syrer aus der Türkei auf legalem Weg in die EU einreisen können, so die Prognose.

Die Türkei hatte sich im März verpflichtet, alle neu ankommenden Flüchtlinge von den griechischen Inseln zurückzunehmen. Die EU sagte ihrerseits zu, für jeden so abgeschobenen Syrer einen anderen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufzunehmen. Ziel ist es, die Einreise über kriminelle Schleppernetzwerke zu unterbinden.

cht/dpa/AFP

**Load-Date:** May 19, 2016

---

End of Document



**[Somalier erstreitet Bearbeitung seines Asylantrags;  
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/osnabrueck-somalier-gewinnt-prozess-gegen-bamf-a-1057756.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/osnabrueck-somalier-gewinnt-prozess-gegen-bamf-a-1057756.html)**

SPIEGEL ONLINE

14. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 236 words

**Byline:** apr/dpa

**Highlight:** Seit 16 Monaten wartet ein Somalier auf eine Entscheidung: Weil die Behörden bei mehr als 300.000 Asylanträgen nicht hinterherkommen, hat er vor einem Osnabrücker Gericht geklagt. Das hat dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nun eine Frist gesetzt.

## Body

---

Ein somalischer Flüchtling hat vor dem Verwaltungsgericht Osnabrück eine Untätigkeitsklage gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gewonnen. Das Gericht setzte der Behörde eine konkrete Frist: Innerhalb der kommenden drei Monate muss es nun über den Antrag entscheiden.

Der Somalier aus Osnabrück wartet seit 16 Monaten auf die Entscheidung über seinen Asylantrag. Nach seinem Antrag im Juni 2014 war er einen Monat später zu seinem Flüchtlingsschicksal befragt worden. Einen Bescheid hat der vor der islamistischen Terrormiliz al-Shabaab aus seiner Heimat geflohene Mann noch nicht.

Auch nach mehreren Aufforderungen des Asylbewerbers und seines Anwalts hatte das Bamf noch keine Entscheidung getroffen - und auf die hohe Arbeitsbelastung wegen der extrem gestiegenen Flüchtlingszahlen verwiesen. Eine Überlastung des Bamf hat laut "Welt" auch das Gericht als Grund für die Nichtbearbeitung des Antrags ausgemacht. Im Einzelfall entschied es nun aber für den Mann.

Vor der Verhandlung hatte auch der Anwalt des Flüchtlings erklärt, die Behörde hätte angesichts der steigenden Fallzahlen ihr Personal viel kräftiger aufstocken müssen. Üblicherweise gelten bei Behördenentscheidungen drei, bei erschwerten Bedingungen auch sechs Monate Bearbeitungsfrist als angemessen. Die Zahl der unerledigten Asylanträge war zuletzt jedoch auf mehr als 300.000 gestiegen.

apr/dpa

**Load-Date:** October 14, 2015

Somalier erstreitet Bearbeitung seines Asylantrags <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/osnabrueck-somalier-gewinnt-prozess-gegen-bamf-a-1057756.html>

---

End of Document

## 250.000 Asylanträge bleiben in diesem Jahr liegen

SPIEGEL ONLINE

29. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 243 words

**Byline:** Max Holscher

**Highlight:** Beim Bundesamt für Migration (Bamf) stapeln sich auch weiterhin die Asylanträge. Bamf-Chef Weise erklärte jetzt: Bis zu einer Viertelmillion Anträge können in diesem Jahr nicht mehr bearbeitet werden.

### Body

---

Das Bundesamt für Migration wird voraussichtlich bis zu 250.000 Asylanträge in diesem Jahr nicht mehr abarbeiten können - diese Prognose machte Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise am Donnerstag in Nürnberg. "Wir werden bis Ende des Jahres etwa 700.000 Anträge entscheiden", sagte der 64-Jährige. "Wir hätten dann einen Überhang von 200.000 bis 250.000 ins neue Jahr".

Ende August waren beim Bamf noch rund 567.500 Asylanträge unerledigt, wie das Bundesinnenministerium Anfang September mitteilte. Das liegt nach Behördenangaben daran, weil erst jetzt viele Asylanträge von Personen aufgenommen werden, die schon 2015 nach Deutschland gekommen sind. Tatsächlich eingereist waren im August laut Innenministerium rund 18.150 Flüchtlinge.

Bei seinem Amtsantritt als Chef des Bundesamts für Migration (Bamf) im September 2015 hatte Frank-Jürgen Weise den Auftrag erhalten, den Stau der Asylanträge zu beseitigen. Zuletzt hatte die Behörde immer wieder verlauten lassen, dass die Anträge nun schneller entschieden würden. Für die über 200.000 unbearbeiteten Anträge wird Weise dann aber nicht mehr zuständig sein. Zum Jahreswechsel soll seine Nachfolgerin Jutta Cordt das Bamf übernehmen.

Weise hatte mehrfach angekündigt, seine Doppelrolle als Chef des Migrationsamts und der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Jahresende abgeben zu wollen. Im August wurde dann bekannt, dass Jutta Cordt, Leiterin der Arbeitsagentur Berlin, ihm nachfolgen soll.

mho/dpa

**Load-Date:** September 29, 2016

[Zynisches Spiel mit Flüchtlingen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-politiker-wollen-  
fluechtlinge-nach-deutschland-schicken-a-1022548.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-politiker-wollen-fluechtlinge-nach-deutschland-schicken-a-1022548.html)

SPIEGEL ONLINE

10. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1363 words

**Byline:** Anna Reimann Giorgos Christides

**Highlight:** Griechische Politiker drohen, Flüchtlinge nach Deutschland zu schicken - so wollen sie in der Finanzkrise Geld erpressen. Was steckt dahinter?

## Body

---

Über Griechenland kommen Zehntausende Flüchtlinge nach Europa, viele von ihnen aus Syrien. Nun haben Politiker in Athen die Flüchtlingsfrage gezielt eingesetzt, um Druck auf die EU auszuüben.

Der parteilose Vizeinnenminister Giannis Panousis drohte damit, 300.000 Flüchtlingen Papiere zu geben, damit diese in andere europäische Länder reisen können. Der ebenfalls parteilose Außenminister Nikos Kotzias warnte, Griechenland könne zum Einfallstor für "Millionen Immigranten und Tausende Dschihadisten" werden, sollte das Land wirtschaftlich zusammenbrechen.

Noch schärfer äußerte sich am Wochenende der rechtspopulistische Verteidigungsminister Panos Kammenos. Wenn Europa Griechenland nicht ausreichend unterstütze, werde man die Flüchtlinge in Scharen weiterleiten. Und wenn unter den Flüchtlingen auch Mitglieder des "Islamischen Staates" (IS) sein sollten, sei Europa selbst schuld.

Wie sind diese Äußerungen zu verstehen? Wie groß ist das Flüchtlingsproblem in Griechenland wirklich? Die wichtigsten Fakten:

Wie viele Flüchtlinge kommen nach Griechenland?

Nach Angaben des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen UNHCR sind im vergangenen Jahr 43.500 Menschen über das Mittelmeer in das Zehn-Millionen-Einwohnerland gekommen, das ist ein Anstieg um 280 Prozent zum Vorjahr - 60 Prozent der Migranten sind Syrer. Zum Vergleich: Nach Deutschland kamen im Jahr 2014 mehr als 170.000 Flüchtlinge.

Die griechische Polizei beziffert die Zahl derer, die "illegal" nach Griechenland gekommen sind, für 2014 auf 77.163 Menschen. 4000 von ihnen seien festgenommen worden. Insgesamt hat sich in den vergangenen Jahren der Flüchtlingsstrom nach Griechenland vom Land- auf den gefährlicheren Seeweg verlagert. Der Grund: Griechenland hat entlang des Evros, des Grenzflusses zur Türkei, einen Schutzzaun gebaut.

Griechische Minister drohen damit, bis zu 500.000 illegale Flüchtlinge in andere europäische Länder zu schicken. Was ist dran an dieser Drohung?

Belastbare Zahlen darüber, wie viele Flüchtlinge in Griechenland leben, gibt es nicht. Faktisch ist Griechenland schon jetzt für viele Migranten nur Durchgangsstation auf dem Weg in andere europäische Länder. "Jeder Flüchtling, der Geld hat und ohne Papiere in Griechenland ist, wird versuchen, mit Hilfe eines Schleppers in ein anderes Land zu kommen", sagt Karl Kopp, Griechenland-Experte von Pro Asyl. In den Internierungslagern sitzen nach offiziellen Angaben rund 4000 Menschen, die als "illegale Einwanderer" betrachtet werden. Viele andere schlagen sich als Obdachlose in den Städten durch.

Wenn Europa dem Land nicht helfe, werde man Flüchtlingen Papiere geben, damit sie nach Berlin reisen, heißt es in Athen. Geht das überhaupt?

Der Ausspruch stammt von dem rechtspopulistischen Verteidigungsminister Panos Kammenos. Hintergrund dieser Drohung könnte eine Praxis sein, die 2011 der damalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi benutzt hatte. Er hatte Tausende Migranten aus Tunesien mit begrenzt gültigen Passdokumenten versorgt und ihnen aus "humanitären Gründen" Aufenthaltsgenehmigungen erteilt, mit denen sie gemäß dem Schengen-Abkommen in andere EU-Länder reisen konnten.

Über einen solchen Schritt, der de facto einen Missbrauch des Schengen-Abkommens bedeuten würde, wird auch in der linken Regierungspartei Syriza diskutiert. Allerdings wäre wohl klar: Würde Griechenland diese Drohung wahr machen, hätte das umgekehrt Folgen, ein Ausschluss aus dem Schengen-Raum könnte drohen.

Vor allem aber ist es ziemlich unrealistisch, dass Griechenland überhaupt organisatorisch in der Lage dazu wäre, diese Drohung für die angeblich Hunderttausenden "Illegalen" wahr zu machen. Das griechische Asyl- und Einwanderungssystem ist de facto nicht funktionsfähig. Schon daran, Asylbewerbern für den Aufenthalt in Griechenland Papiere auszustellen, sind die griechischen Behörden in den vergangenen Jahren massenhaft gescheitert.

Verteidigungsminister Kammenos drohte auch damit, dass unter den Flüchtlingen, die Griechenland nach Europa schicken würde, IS-Terroristen sein könnten. Wie ist diese Aussage zu werten?

Zwar hat der "Islamische Staat" (IS) damit gedroht, über das Asylsystem Terroristen nach Europa zu schleusen. Aber bisher gibt es keine Erkenntnisse darüber, dass unter den Syrienflüchtlingen etwa in Deutschland IS-Anhänger sind. Insofern ist die Aussage von Kammenos besonders perfide: Er versucht nicht nur, Europa zu erpressen, er stellt auch die traumatisierten Syrer, die ja vor dem IS geflohen sind, unter Generalverdacht.

Wieso instrumentalisiert Griechenland die Flüchtlingsfrage?

Griechenland fordert seit Jahren eine gerechtere Verteilung der Migranten und damit eine Neuregelung der EU-Flüchtlingspolitik. Die sogenannte Dublin-Verordnung besagt nämlich, dass dasjenige Land ein Asylgesuch bearbeiten muss, in dem der Flüchtling erstmals europäischen Boden betreten hat. Naturgemäß sind das insbesondere die Mittelmeeraanrainer Italien und Griechenland. Folge ist: Vor allem Italien lässt viele Flüchtlinge unregistriert weiter nach Norden ziehen. Für Griechenland gibt es seit einem Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowieso eine Sonderregelung. Flüchtlinge, die nachweislich in Griechenland angekommen sind, aber nun in einem anderen EU-Land Schutz suchen, müssen nicht mehr zurück. Der Grund: Die Bedingungen für Flüchtlinge in Griechenland sind katastrophal.

Das Problem: Im Kalkül griechischer Politiker - und das trifft für die an der Regierung Alexis Tsipras beteiligten Rechtspopulisten zu - hätte eine Verbesserung der Lage der Flüchtlinge in Griechenland gar keinen Vorteil. "Die Flüchtlingsfrage als Druckmittel zu instrumentalisieren, ist zynisch. Aber: Wenn Griechenland alles richtig machen würde und die Menschenrechte einhalten würde, werden noch mehr Flüchtlinge kommen - im Gegenzug müssen die EU-Länder dann bereit sein, Flüchtlinge aus Griechenland aufzunehmen", sagt Kopp von Pro Asyl.

Zynisches Spiel mit Flüchtlingen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-politiker-wollen-fluechtlinge-nach-deutschland-schicken-a-1022548.html>

Wie viele Flüchtlinge kommen über Griechenland nach Deutschland?

Auch hier wird es wohl eine deutlich höhere Dunkelziffer geben. Offiziell waren es im Jahr 2013 nach Angaben der Bundesregierung 3879 Flüchtlinge, 2014 lediglich 1519.

Was sind die größten Probleme in der griechischen Flüchtlingspolitik?

Der UNHCR kritisiert mehrere Punkte - Reformen der vergangenen Monate haben demnach die Lage nicht entscheidend verbessert. Es scheitert schon an Grundlegendem: Noch immer sei nicht gewährleistet, dass Flüchtlinge überhaupt flächendeckend die Möglichkeit haben, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Amnesty International dokumentierte zum Beispiel für das Jahr 2012, dass es in Athen nur an einem Vormittag am Wochenende die Möglichkeit gebe, seine Papiere zu beantragen, wöchentlich könnten deshalb nur rund 20 Menschen ihr Asylgesuch stellen.

Migranten drohen noch immer willkürliche Verhaftungen. Bis sie als Asylbewerber oder Flüchtlinge registriert sind, sitzen sie in Internierungslagern, bis zu 18 Monate lang. Die Zustände dort bezeichnet der Pro-Asyl-Experte Kopp als "nahezu menschenrechtsfreie Zonen". Efi Telli, Anwältin aus Thessaloniki berichtet, die Flüchtlinge dürften nicht ins Freie gehen, die hygienischen und medizinischen Zustände seien katastrophal. Reguläre Flüchtlingsunterkünfte hingegen gibt es fast gar nicht. "Im ganzen Land gibt es nur etwas mehr als tausend Plätze", so Experte Kopp. Die ehemalige Regierung unter dem konservativen Premier Samaras hatte die Internierungslager aus dem Boden gestampft. Syriza hat jetzt versprochen, die dort Inhaftierten unter bestimmten Bedingungen freizulassen.

Wer als Flüchtling oder Asylbewerber anerkannt ist, hat dennoch kaum eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben, es gibt kein Geld, keine Wohnungen - wer Glück hat, bekommt Essen an einer Suppenküche. Hinzu kommen rassistische Übergriffe auf Flüchtlinge - auf der Straße, auch von Seiten der Behörden. Flüchtlinge berichten von Misshandlungen durch Offiziere der Küstenwache. Der UNHCR beklagt, dass an den Grenzen weiterhin Schutzsuchende zurückgewiesen werden.

**Load-Date:** March 19, 2015

## Einmal Lettland und zurück

SPIEGEL ONLINE

06. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 257 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Lettland hat zugesagt, mehr als 500 Asylsuchende aufzunehmen - bisher läuft das schleppend. Und von denen, die als Flüchtlinge anerkannt wurden, sind fast alle weitergezogen - nach Deutschland.

### Body

---

Zehntausende Flüchtlinge sollen von Italien und Griechenland aus gerechter auf die EU-Länder verteilt werden. Aber bisher läuft diese Umverteilung äußerst schleppend. Es gibt immer neue Probleme, das zeigt jetzt auch der Fall Lettland. Denn dort wollen die Migranten offenbar nicht bleiben.

Das baltische Land hatte zugesagt, 531 Flüchtlinge aufzunehmen, bislang sind dort aber erst 69 von ihnen angekommen. 23 der Asylsuchenden wurden als Flüchtlinge anerkannt oder haben einen alternativen Schutzstatus bekommen - aber bis auf zwei Flüchtlinge haben von ihnen alle Lettland wieder verlassen und sind nach einem Bericht des lettischen Fernsehens auf eigene Faust nach Deutschland weitergezogen. Grund dafür sei, dass es für Flüchtlinge in Lettland nahezu unmöglich ist, eine Arbeit oder Wohnung zu finden.

Den lettischen Behörden liegen der Agentur BNS zufolge keine Informationen über die Weiterreise der Flüchtlinge vor. Rechtlich bestehe nach Angaben der Migrationsbehörde auch keine Möglichkeit, sie aufzuhalten - nach Anerkennung gelte die Reisefreiheit innerhalb Europas. Trotz ihres unbekannten Verbleibs erhielten die Flüchtlinge aber weiterhin monatlich 139 Euro vom lettischen Staat.

Ministerpräsident Maris Kucinskis kündigte an, dass sich die Mitte-rechts-Regierung in Riga in Kürze mit der Angelegenheit befassen werde. "Wir werden kein totalitärer Staat sein, der eine Mauer errichtet und alle aufhalten kann", sagte er. Gegen die Aufnahme von Flüchtlingen gibt es in Lettland starke Vorbehalte.

anr/dpa

**Load-Date:** September 6, 2016

[Griechenland räumt Grenze zu Mazedonien;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-raeumt-grenze-zu-mazedonien-a-1066833.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechenland-raeumt-grenze-zu-mazedonien-a-1066833.html)

SPIEGEL ONLINE

09. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 226 words

**Byline:** kev/AP/dpa/Reuters

**Highlight:** Griechenland will Flüchtlinge von der mazedonischen Grenze in ihre Heimatländer zurückschicken. Laut Medienberichten räumt die Polizei ein Gebiet, in dem die Migranten campieren.

## Body

---

Seit über zwei Wochen warten sie an der Grenze zu Mazedonien und kämpfen für ihre Weiterreise - jetzt geht die griechische Polizei gegen rund 1200 Flüchtlinge vor. Medienberichten zufolge begann die Polizei, das Gebiet nahe der Grenzstadt Idomeni zu räumen. Migranten, denen die Einreise in das Balkanland verweigert wurde, sollen in Bussen nach Athen gebracht werden. Von dort aus sollen sie ihre Heimreise antreten. Laut den Angaben blieb Journalisten, aber auch Hilfskräften der Organisation Ärzte ohne Grenzen der Zutritt zu dem betroffenen Gebiet verwehrt.

Viele Flüchtlinge versuchen, über Mazedonien weiter Richtung Norden in die EU zu gelangen. Das Land lässt aber nur noch Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak passieren. Menschen aus Pakistan, Iran und aus afrikanischen Staaten wie Marokko werden abgewiesen. Die Migranten organisierten während der vergangenen Wochen Protestaktionen und besetzten Eisenbahnschienen, so dass seit mehr als zehn Tagen der Güterzugverkehr nach Griechenland blockiert ist. Es kam mitunter zu Krawallen mit der Polizei.

Der für Migration zuständige griechische Vizeminister Ioannis Mouzalas hatte am Montag angekündigt, der Staat werde sich wehren. Zunächst gelte: Wenn die Migranten in Athen seien, könnten sie Asylanträge stellen oder zurück in ihre Heimatländer reisen.

kev/AP/dpa/Reuters

**Load-Date:** December 24, 2015



**"Es gibt keine bessere Option";**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-politiker-loben-kompromiss-auf-tuerkei-gipfel-a-1083200.html>**

SPIEGEL ONLINE

19. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 713 words

**Byline:** mxw/dpa

**Highlight:** 11:57:00 "Besser ein Stück von Etwas als Alles von Nichts": Die EU und die Türkei wollen die Flüchtlingskrise gemeinsam meistern. Spitzenpolitiker loben den Deal - im Gegensatz zu Menschenrechtsaktivisten und der CSU.

## Body

---

Ist es der Durchbruch in der wohl größten Krise der Europäischen Union - oder ein fauler Kompromiss zulasten der Schwächsten? Die EU und die Türkei haben sich auf ein Maßnahmenpaket geeinigt, das den Zustrom von Migranten nach Europa beenden und an den Außengrenzen der Union für geregelte Verhältnisse sorgen soll. (Lesen Sie hier mehr dazu. ) Die Reaktionen auf den Deal fallen in Deutschland, Europa und der Türkei höchst unterschiedlich aus - der Überblick:

Kanzlerin Angela Merkel bilanzierte, Europa werde es schaffen, auch diese schwierige Bewährungsprobe zu bestehen. "Nach dem 20. März", so die CDU-Politikerin, "wird die Türkei jeden irregulären Migranten zurücknehmen." Wer sich auf diesen gefährlichen Weg begeben, riskiere nicht nur sein Leben, sondern habe "eben auch keine Aussicht auf Erfolg", sagte Merkel<sup>20413</sup>. Der türkische Regierungschef Ahmet Davutoglu sprach nach der Einigung von einem "historischen Tag". Er fügte hinzu: "Heute erkennen wir, dass die Türkei und die EU dasselbe Schicksal, dieselben Herausforderungen, dieselbe Zukunft haben." Die zugesagte Finanzhilfe der EU in Höhe von bis zu sechs Milliarden Euro komme ausschließlich Flüchtlingen in seinem Land zugute. Wer den Pakt kritisiere, solle einen anderen Vorschlag machen. "Es gibt keine bessere Option." EU-Gipfelchef Donald Tusk sprach von einem "Durchbruch" im Verhältnis zwischen der EU und der Türkei: "Ich bin absolut überzeugt davon, dieses Stück von Etwas ist sehr viel besser als Alles von Nichts." EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker sprach mit Blick auf die geplante Rückführung von Flüchtlingen in die Türkei von einer "Herkulesaufgabe". Dies sei "die größte logistische Herausforderung, mit der die Europäische Union sich je konfrontiert sah" - dies betreffe vor allem auch 19178 Griechenland. "Die Flüchtlinge und die Asylantragsteller werden einer individuellen Prüfung unterzogen. Sie können Berufungsverfahren in Anspruch nehmen", so Juncker. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban zeigte sich erfreut darüber, dass sein Land nun nicht zur Aufnahme von Flüchtlingen gezwungen wird. "Wir haben die größte Gefahr gebannt", sagte er. Auch die polnische Regierungschefin Beata Szydlo zeigte sich zufrieden. "Seit dem Augenblick, als wir die Regierung übernahmen, sagten wir klar und deutlich, dass wir wollen, dass das Migrantenproblem außerhalb der EU gelöst wird", sagte die nationalkonservative Politikerin. Der mit der

"Es gibt keine bessere Option" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-politiker-loben-kompromiss-auf-tuerkei-gipfel-a-1083200.html>

Türkei ausgehandelte Kompromiss sei "gut für alle Seiten". Auch wenn die Umsetzung von allen beteiligten Seiten abhängt, sei er "eine Chance, die europäische Migrationskrise zu lösen." Der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, Kanzleramtminister Peter Altmaier, bezeichnete das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei als starkes Signal auch an die Menschen in Deutschland. "Dank des beharrlichen Einsatzes der Bundeskanzlerin ist es gelungen, eine gemeinsame europäische Position von 28 Mitgliedsländern zustande zu bringen. Das hätte noch vor wenigen Wochen niemand für möglich gehalten", sagte der CDU-Politiker im ZDF-"heute journal".

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer äußerte sich kritisch zum Flüchtlingspakt: "Unsere Einwände gegen den Türkei-Deal bleiben." Die Regierungschefs seien zwar einer europäischen Lösung nähergekommen, aber die Wirkungen seien entscheidend. "Ein Kontingent muss in ganz Europa verteilt werden und nicht nur nach Deutschland", sagte Scheuer mit Blick auf die geplante Verteilung von Flüchtlingen in der EU.

Die Uno-Flüchtlingsorganisation UNHCR mahnte in einer Mitteilung an, das Asylrecht nicht zu unterminieren. Dessen Bestand gehe vor, die Flüchtlinge benötigten "Schutz und nicht Zurückweisung". Die UNHCR wende sich gegen "kollektive und willkürliche Ausweisungen", hieß es weiter. Wer in die Türkei zurückgebracht werde, habe Anspruch auf eine "gerechte Behandlung" und auf eine Behandlung seines Asylantrags "in einer überschaubaren Frist".

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisierte den Deal scharf: "Die EU verkauft die Menschenrechte von Flüchtlingen an die Türkei", sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. "Im Grenzstaat Griechenland drohen nun Pro-forma-Verfahren mit anschließender Masseninhaftierung und Massenabschiebung."

mxw/dpa

**Load-Date:** March 19, 2016

---

End of Document

**Brüssel will Flüchtlinge per Quote verteilen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-bruessel-schlaegt-quotensystem-vor-a-1033327.html>**

SPIEGEL ONLINE

12. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 631 words

**Byline:** heb/dpa

**Highlight:** Die EU will die **Flüchtlinge** fairer verteilen. Bisher müssen sie dem Gesetz nach in dem Staat bleiben, wo sie ankommen. Brüssel will das ändern, die Menschen nach einem Quotensystem auf alle 28 Länder verteilen. Nicht nur Großbritannien sperrt sich dagegen.

## Body

---

Die EU-Kommission will am Mittwoch ihre Vorschläge für eine "Einwanderungsagenda" vorstellen. Danach sollen schutzbedürftige **Flüchtlinge**, die die Ankunftsländer im Süden Europas wie zum Beispiel Italien, Malta, Griechenland überfordern, mit Hilfe eines Schlüssels auf die 28 Mitgliedstaaten verteilt werden.

Grundlage für das Quotensystem seien das Bruttoinlandsprodukt eines Landes, die Größe der Bevölkerung, die Höhe der Arbeitslosenquote und der bisher aufgenommenen Asylbewerber, berichten Medien, darunter die "Süddeutsche Zeitung". Dem Bericht der Zeitung zufolge soll das Quotensystem sofort in einem Pilotprojekt getestet werden.

Brüssel schlägt demnach vor, insgesamt 40.000 Flüchtlinge zu verteilen: 20.000 aus der Gruppe der in Europa angesträndeten Migranten, 20.000 aus Krisengebieten wie Syrien. Deutschland müsste von diesem Kontingent mehr als 5000 Menschen aufnehmen, die baltischen Staaten je etwa 300, Italien etwa 4000. Mit diesem vorgeschlagenen Quotensystem würde sich Europa von der bisherigen Flüchtlingspolitik verabschieden.

Nach dem Dublin-Verfahren müssen Asylbewerber in dem Land bleiben, das sie zuerst betreten haben. Durch diese Regelung sind Länder wie Griechenland und Italien überfordert: Dort landen viele Bootsflüchtlinge an. Viele der Menschen registrieren die Behörden nicht mehr, häufig tauchen sie unter oder reisen nach Schweden oder Deutschland weiter, die für eine liberale Migrationspolitik bekannt sind.

Bis Ende Mai wolle die Kommission einen Gesetzesvorschlag zu der Quotenregelung vorlegen, bis Ende des Jahres könne dieser beschlossen und umgesetzt werden.

London gegen "verpflichtendes Ansiedlungsprogramm"

Brüssel will Flüchtlinge per Quote verteilen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-bruessel-schlaegt-quotensystem-vor-a-1033327.html>

Auf einem EU-Sondergipfel im vergangenen Monat hatten die Staats- und Regierungschefs in Brüssel über eine Quotenregelung gesprochen. Deutschland unterstützt diesen Vorschlag, Länder wie Polen, Ungarn und Großbritannien lehnen ihn ab.

London reagierte bereits auf die Quoten-Pläne der Kommission: Man werde sich gegen jegliche derartige Vorhaben stellen. "Das Vereinigte Königreich hat eine stolze Geschichte des Asyls für diejenigen, die es am nötigsten brauchen", sagte ein Sprecher des britischen Innenministeriums laut "Times" am Montag. "Aber wir glauben nicht, dass ein verpflichtendes Ansiedlungsprogramm die Antwort ist." Die EU solle sich stattdessen auf die Bekämpfung von Schlepperbanden konzentrieren.

Lettland ist ebenfalls gegen eine Verteilung von Flüchtlingen nach festen Quoten. Die Regierungskoalition befürworte Solidarität bei der Lösung des Migrationsproblems, unterstütze aber keine Flüchtlingsquoten, sagte Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma.

EU schlägt Anlaufstelle für Flüchtlinge in Niger vor

Wie die "Süddeutsche Zeitung" weiter berichtet, plant die EU ihrem Entwurf zufolge, eine Anlaufstelle für Flüchtlinge in Niger einzurichten. Dort sollen die Menschen informiert werden, Schutz finden und sich für eine Aufnahme in Europa bewerben können.

Außerdem will die EU-Kommission anerkannte Flüchtlinge von außerhalb der EU umsiedeln, etwa aus Lagern rund um Syrien. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hatte Europa aufgefordert, mittelfristig pro Jahr 20.000 Menschen umzusiedeln. In ihrem Entwurf für die künftige Migrationsstrategie lässt die EU-Kommission aber noch offen, wie viele Menschen es sein werden. Nach den jüngsten Flüchtlingstragödien im Mittelmeer hatte Brüssel im April zunächst eine Zahl von 5.000 vorgeschlagen. Diese tauchte dann aber nicht in der Abschlusserklärung des EU-Sondergipfels zur Flüchtlingsfrage auf.

Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini warb am Montag vor dem Uno-Sicherheitsrat für ein Mandat, das einen europäischen Militäreinsatz gegen Schlepper erlaubt. Boote könnten dann noch vor ihrem Einsatz zerstört werden.

heb/dpa

**Load-Date:** June 10, 2015

## "Europa muss Jordanien und dem Libanon Flüchtlinge abnehmen"

SPIEGEL ONLINE

20. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 855 words

**Byline:** Bartholomäus von Laffert

**Highlight:** Überfordert die Flüchtlingskrise die EU? Keineswegs - der Libanon und Jordanien müssten bei der Aufnahme von Migranten noch mehr unterstützt werden, fordert der französische Forscher Doraï.

### Body

---

SPIEGEL ONLINE: Politiker in Europa sagen, die EU sei mit der Zahl der Flüchtlinge überfordert. Dabei nehmen Jordanien und der Libanon im Verhältnis sehr viel mehr Flüchtlinge auf. Wie kann das gehen?

Doraï: In der EU mit ihren über 500 Millionen Einwohnern haben im vergangenen Jahr 1,25 Millionen einen Asylantrag gestellt. Allein im Libanon befinden sich dagegen schon mehr als eine Million Flüchtlinge, die ein Viertel der gesamten Bevölkerung ausmachen, in Jordanien sind es 650.000 - jeder 13. Einwohner ist Flüchtling.

Allerdings darf man nicht vergessen, dass sich die Ziele beim Umgang mit den Flüchtlingen grundsätzlich unterscheiden: Während europäische Staaten langfristig planen und Zugewanderte in die Gesellschaft integrieren wollen, geht es in den Anrainerstaaten vornehmlich darum, die Flüchtlinge nur temporär aus humanitärem Pflichtbewusstsein aufzunehmen, bis sie nach Syrien zurückkehren können.

SPIEGEL ONLINE: Ist das eine Entschuldigung für die restriktive Flüchtlingspolitik der EU?

Doraï: Nein. Im Gegensatz zu Jordanien und Libanon haben die EU-Staaten die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 unterschrieben und sich damit nach internationalem Recht zum Schutz der Flüchtlinge verpflichtet. Hinzu kommt, dass der Libanon und Jordanien nicht die ökonomischen Möglichkeiten der EU haben. Und trotzdem haben sie in kürzester Zeit eine unglaublich große Menge an Flüchtlingen aufgenommen und die Grenzen lange offen gelassen. Die "europäische Flüchtlingskrise" dagegen hat erst vier Jahre nach der Syrien-Krise begonnen.

SPIEGEL ONLINE: Wieso hat die EU nicht dafür gesorgt, dass Menschen im Libanon und in Jordanien bleiben?

Doraï: Das liegt an der Unfähigkeit der Partner, sich auf eine vernünftige Migrations- und Asylpolitik zu einigen. In der EU hoffte man, sich der Verantwortung entziehen zu können, indem alle Grenzen dicht gemacht und keine Flüchtlinge durchgelassen werden. Aber dann haben sich im vergangenen Jahr die Dinge im Nahen Osten rapide geändert, und in kürzester Zeit ist eine unerwartet große Zahl an Menschen gekommen.

SPIEGEL ONLINE: Was hätte die EU denn machen sollen?

"Europa muss Jordanien und dem Libanon Flüchtlinge abnehmen"

Dorai: In vier Jahren hätte man eine kontrollierte Resettlement-Politik mit Syriens Nachbarstaaten aufbauen können. Man hätte Flüchtlinge Gruppe für Gruppe aufnehmen können. Das hätte verhindert, dass Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer sterben oder unkontrolliert in die EU kommen. Stattdessen handelten die EU-Staaten, Deutschland und Schweden ausgenommen, nach dem Prinzip: "Solange die Leute im Nahen Osten sind, geht uns das nichts an."

SPIEGEL ONLINE: Sie selbst wohnen in der jordanischen Hauptstadt Amman und haben die Krise hautnah erlebt. Wie ist die Stimmung dort?

Dorai: Natürlich gibt es auch in Jordanien Probleme, gerade was die Infrastruktur und die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für Geringverdiener betrifft. Trotzdem gibt es dort keine Reaktion wie den Erfolg rechter Parteien in Europa. Das liegt vor allem daran, dass Jordanien eine lange Tradition bei der Aufnahme von Flüchtlingen hat und mit der Zeit eine gewisse Flexibilität entwickelt hat: Vor der Syrien-Krise flohen Menschen aus dem Libanon, aus Palästina und dem Irak. Die Leute hier wissen, wie es ist, Exodus, Armut und Krieg zu erleben.

SPIEGEL ONLINE: Wieso springen die reichen Golfstaaten nicht ein, um Jordanien und Libanon zu entlasten?

Dorai: Die Golfstaaten betreiben eine sehr strenge Migrationspolitik ohne ausgearbeitetes Asylsystem. Nach der Invasion des Iraks in Kuwait 1990 wurden viele arabische Migranten, vor allem Palästinenser und Jemeniten , vertrieben. Man fürchtet, dass arabische Migranten die innere Stabilität gefährden könnten. Die Golfstaaten konzentrieren sich deshalb lieber darauf, islamische Charity-Organisationen zu unterstützen und politische Gruppen zu finanzieren, die in Syrien kämpfen.

SPIEGEL ONLINE: Wie müsste die EU Jordanien und Libanon unterstützen, um eine weitere Flüchtlingswelle zu verhindern?

Dorai: Natürlich kann die EU mehr Geld überweisen, denn noch immer werden Essen, medizinische Unterstützung und Erziehung für Flüchtlinge dringend benötigt. Aber Sie können sich sicher sein, dass das nicht genug ist: die europäischen Länder müssen Jordanien und dem Libanon Flüchtlinge abnehmen.

SPIEGEL ONLINE: Im vergangenen Jahr wurden gerade einmal 19.000 Menschen in die EU offiziell umgesiedelt. Glauben Sie wirklich, dass so eine Politik Erfolg haben kann?

Dorai: Das stimmt. Bislang gab es keinen Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik - und Europa wird zu spüren bekommen, dass dadurch die illegale Migration noch zunehmen wird. Die europäischen Länder haben bis heute nicht verstanden, was Flüchtlingsbewegungen sind: Sie lassen sich nicht stoppen, aber sie lassen sich steuern. Wenn jedes Land Flüchtlinge entsprechend seiner ökonomischen Kapazität und politischen Stabilität aufnehmen würde - so wie Kanada, mit 25.000 Menschen - dann wäre das ein erster Schritt, um der Krise Herr zu werden.

**Load-Date:** August 20, 2016

**[Benvenuti, liebe Flüchtlinge!; http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-fluechtlinge-kommen-und-lokalpolitiker-foerdern-sie-a-1089311.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-fluechtlinge-kommen-und-lokalpolitiker-foerdern-sie-a-1089311.html)**

SPIEGEL ONLINE

28. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1041 words

**Byline:** Hans-Jürgen Schlamp

**Highlight:** 09:45:00 **Migranten** können auch ein Segen sein, findet ein kalabrischer Bürgermeister. Er heißt die Menschen willkommen - und lässt sein Dorf neu erblühen.

## Body

---

Die 50 wichtigsten Menschen, "die die Welt verändern", präsentiert alljährlich die US-Zeitschrift "Fortune". Zu denen gehören Amazon-Chef Jeff Bezos, Deutschland-Chefin Angela Merkel, Katholiken-Chef Papst Franziskus - und ein gewisser Domenico Lucano, 57 Jahre alt, genannt "Mimmo".

Der weithin eher wenig bekannte Weltveränderer ist der Chef von Riace, einem Dorf in Kalabrien, am entlegenen Südostrand Italiens, 2000 Einwohner. Dort zeigt Bürgermeister "Mimmo" Lucano seinen Nachbarn und der ganzen Welt, dass **Flüchtlinge** nicht nur eine Last, sondern auch ein Segen sein können. Er sagt: "Wir empfangen **Flüchtlinge** mit offenen Armen."

Bis zum 1. Juli 1998 war Riace, wie fast alle Dörfer in der strukturschwachen Region, dem Untergang geweiht. Von einst 3000 Einwohnern waren gerade noch 800 übrig. Die letzte Pizzeria, die letzte Eisdielen hatten dichtgemacht.

An jenem Tag aber strandete ein Schiff, das eigentlich mit Kurs auf Griechenland unterwegs war, an der nahen Küste. An Bord waren 218 halb verhungerte Kurden, die um Asyl baten. Sie wurden freundlich aufgenommen, und "Mimmo" hatte eine Idee.

Die Umsetzung dauerte ein paar Jahre. Er musste erst einen Verein gründen, "Città Futura" ("Stadt der Zukunft"), und Bürgermeister werden. Heute blüht seine Gemeinde - dank 500 ansässiger Migranten.

Sie kamen aus Tunesien, Senegal, Eritrea oder Syrien, illegal, fast keiner hatte eine Aufenthaltserlaubnis. Aber das störte niemanden. Sie bekamen eine Wohnung - Leerstand gab es genug -, Ausbildung, Betreuung. Im Gegenzug renovierten sie die verfallenen Häuser, brachten die verwilderten Weinberge und Olivenhaine wieder in Form. Viele sind seither weitergezogen. Gut gerüstet für bessere Jobs andernorts. Ihre Nachfolger arbeiten heute Seite an Seite mit Einheimischen bei der Straßenreinigung, der Müllabfuhr, in Bars und Pizzerien, oder sie töpfern, weben, häkeln. Sie wohnen mietfrei und bekommen 250 Euro im Monat fürs Essen, das Handy und den Kaffee in der Bar.

Benvenuti, liebe Flüchtlinge! <http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-fluechtlinge-kommen-und-lokalpolitiker-foerdern-sie-a-1089311.html>

Das Geld dafür kommt aus Rom. Der italienische Staat zahlt der Gemeinde für jeden Asylbewerber 35 Euro am Tag. Das ist günstig. Die Unterbringung in den großen Flüchtlingszentren kostet oft viel mehr und bringt an Integration meist gar nichts.

#### Angst vor neuen Flüchtlingen aus Libyen

Noch ist Riace, das sich schon am Ortseingang als "Dorf des Willkommens" präsentiert, eine Ausnahme. Zwar werden inzwischen ähnliche Ideen in anderen italienischen Gemeinden erprobt. Aber Mainstream ist das noch nicht. Im Gegenteil, bei vielen Italienern wächst, wie in Deutschland, die Angst vor einer "Überfremdung" durch die Migranten, wächst die Furcht vor importierter Kriminalität und neuer Konkurrenz um die ohnehin knappen Arbeitsplätze.

Schon läuten die Alarmglocken wieder. Hatte sich die Lage im vorigen Jahr etwas entspannt, kommen jetzt, da die Balkanroute blockiert ist, wieder mehr Asylsuchende übers Mittelmeer nach Italien. Wenn das Wetter besser und die Überfahrt damit sicherer wird, verschärft sich die Lage vermutlich. "2016 wird ein neues Rekordjahr werden, was Migrantenankünfte betrifft", verkündet der Bürgermeister der sizilianischen Hafenstadt Pozallo schon vorab. In seiner Stadt befindet sich eines der großen Auffanglager, genannt "Hotspot". Allein in Libyen sollen 500.000 Menschen auf einen Platz an Bord eines Schiffs nach Italien warten. Zahlen und Schuldzuweisungen füllen italienische Zeitungsseiten und TV-Talkshows.

#### Die einen reden, die anderen handeln

Während die einen sich mit Zahlen überbieten, sind andere aktiv. In vielen Städten und Dörfern Italiens erproben Bürgerinitiativen Projekte für eine kreative "Willkommenskultur". Lokalpolitiker versuchen sich an Ansätzen für eine Flüchtlingspolitik, die Migranten wie Einheimischen Chancen und Vorteile bringen können.

In den Ebenen von Gioia Tauro zum Beispiel, im westlichen Kalabrien. Da nimmt der Staat überführten Mafia-Bossen der Ndrangheta seit vielen Jahren Immobilien und Ländereien weg. Die Häuser und Grundstücke blieben bislang meist ungenutzt. Die einheimische Bevölkerung hatte zu viel Angst vor Racheakten der Clans, wenn sie sich an deren beschlagnahmten Eigentum zu schaffen machte. Und hatte doch mal einer den Mut, einen Mafia-Acker zu bewirtschaften, reichten ein paar Fischköpfe vor seiner Haustür, um die Sache zu beenden.

Da kamen Mitglieder des privaten Anti-Mafia-Vereins "Libera" auf die Idee, Flüchtlinge zu engagieren. Die seien nicht "so konditioniert wie wir", sagten sie, sondern "unbefangen und mutig". Und nun beackern etwa im Valle del Marro Asylbewerber über Hundert Hektar beschlagnahmtes Mafia-Land, sie pflanzen Oliven, Südfrüchte und Kiwis. Abnehmer und Förderer ist eine Supermarktkette aus Florenz.

#### "Danke, Turin"

Andernorts tun sich Lokalpolitiker, Unternehmer, Handwerker zusammen, um Flüchtlingen die Chance zu geben, sich nützlich zu machen, dabei etwas zu lernen, ein wenig Geld zu verdienen und damit auch die Vorbehalte der Einheimischen abzubauen.

So entstehen Kochschulen und Handarbeitswerkstätten, kleine Non-Profit-Betriebe, die mit neuen Ideen Produkte aus Recyclingmaterial herstellen. In Mestre bei Venedig werden in Kooperation mit einer großen Baufirma Baufacharbeiter ausgebildet. In Jesi in den Marken werden aus Asylbewerbern, wenn sie denn wollen, Reinigungskräfte, Gärtner oder auch Gepäckträger am Bahnhof. Um die 400 Euro bekommen die Flüchtlinge für solche Jobs. Und die Nachfrage ist groß.

Andere arbeiten freiwillig auch ohne Geld. In Reggio Calabria etwa säubern Migranten Parks und Grünflächen. Sie wollten auf diese Weise "ihre Dankbarkeit ausdrücken", sagt Bürgermeister Giuseppe Falcomata. In Turin säubern seit dieser Woche 27 Flüchtlinge, die meisten aus Pakistan und Nigeria, Straßen, Parks und Plätze - jeden Samstag sechs Stunden lang, für zwölf Wochen. Dann sollen andere den Job übernehmen. "Grazie Torino" steht auf ihren leuchtend gelben Westen, "Danke, Turin".



Benvenuti, liebe Flüchtlinge! <http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-fluechtlinge-kommen-und-lokalpolitiker-foerdern-sie-a-1089311.html>

Zusammengefasst: In Italien wächst die Angst vor neuen Flüchtlingen aus Libyen. Während die einen die Furcht vor Überfremdung schüren, versuchen Lokalpolitiker, mit kreativen Initiativen in ihren Gemeinden die bereits angekommenen Migranten zu integrieren. Davon profitieren die Menschen und die Dörfer.

**Load-Date:** April 28, 2016

---

End of Document

[Österreich verschärft Asylrecht;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenzkontrollen-oesterreich-kann-  
brenner-ab-sofort-schliessen-a-1089638.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenzkontrollen-oesterreich-kann-brenner-ab-sofort-schliessen-a-1089638.html)

SPIEGEL ONLINE

27. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 516 words

**Byline:** als/dpa/Reuters

**Highlight:** 16:58:00 Italiens Premier Renzi spricht von einem "schamlosen" Vorgang: Österreich kann die Grenze am Brenner-Pass ab sofort schließen. Kontrollen sollen abhängig vom Flüchtlingsandrang beginnen.

## Body

---

Am Brenner an der italienisch-österreichischen Grenze rücken die Kontrollen näher. Eine Schließung des Alpenpasses sei jederzeit machbar, sagte der Tiroler Landespolizeidirektor Helmut Tomac am Mittwoch. Die Kontrollen würden abhängig vom Flüchtlingsandrang beginnen, derzeit bestehe aber keine Notwendigkeit.

Außerdem würden Vorbereitungen für einen 370 Meter langen Maschendrahtzaun getroffen, der entlang der Straßen dafür sorgen soll, dass Flüchtlinge nicht auf die Straße rennen. Ob die Gitterflächen eingehängt werden, sei jedoch "von der Kooperationsbereitschaft Italiens" abhängig. Österreich erwartet von Italien, dass es das "Durchwinken" von Migranten Richtung Norden beendet.

"Wir bemühen uns, alles zu unternehmen, um den Verkehr so flüssig wie möglich zu halten", sagte Tomac. Österreich rechnet in den nächsten Wochen mit einer erhöhten Anzahl von Flüchtlingen, die aus Italien kommen. Nach Angaben der "Tiroler Tageszeitung" rechnet die Polizei mit rund 400 bis 500 Migranten täglich am Brenner, wenn sich die Flüchtlingsbewegung auf diese Route verlagern sollte.

Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi reagierte empört auf den Plan Österreichs. Dieser verstoße "schamlos" gegen die europäischen Regeln, sagte Renzi. Die Zahl der Migranten, die Italien über das Mittelmeer erreichen, sei nicht höher als 2014 und 2015. Eine Alarmstimmung sei übertrieben.

### Österreich verschärft Asylrecht

Österreich hat am Mittwoch die Asylregeln drastisch verschärft. Das Parlament in Wien verabschiedete eine umstrittene Gesetzesnovelle, die es der Regierung erlaubt, mit einer Notverordnung auf den Zuzug von Flüchtlingen zu reagieren. Diese sieht vor, dass Flüchtlinge keine Asylanträge mehr an der Grenze stellen dürfen und umgehend abgewiesen werden. Nachdem im vergangenen Jahr in Österreich 90.000 Asylanträge gestellt worden waren, wurde für das laufende Jahr eine Obergrenze festgelegt. Demnach liegt das Limit 2016 bei 37.500 Migranten.

Österreich verschärft Asylrecht <http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenzkontrollen-oesterreich-kann-brenner-ab-sofort-schliessen-a-1089638.html>

Die Kontrollen am Brenner werden den Angaben zufolge sowohl die Autobahn wie die Bundesstraße betreffen. Auch der Zugverkehr werde in die Maßnahmen einbezogen, hieß es. "Es wird dadurch im Zugverkehr zu erheblichen Verzögerungen kommen", sagte Tomac. Für Personen- und Sichtkontrollen sollen im Bedarfsfall die vier Autobahnspuren geteilt werden. Es gelte dann im Bereich des verkehrsreichen Alpenpasses Tempo 30.

Der ADAC rechnet am Brenner während der Sommerferien mit Wartezeiten für Autofahrer von bis zu zwei Stunden. "Der Brenner ist das Nadelöhr von Italien nach Österreich", sagte der Verkehrsexperte Andreas Hölzel. Ende Juni werde es die erste große Rückreisewelle von Sommerurlaubern geben. Sein Tipp für alle, die dann von Italien nach Österreich unterwegs sind: "Geduld mitbringen und sich vorab über die Wartezeiten informieren".

Österreichs neuer Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) wird am Donnerstag zu Gesprächen mit seinem italienischen Amtskollegen Angelino Alfano in Rom erwartet. Am Freitag will Sobotka nach Deutschland reisen, um den deutschen Innenminister Thomas de Maizière zu treffen.

als/dpa/Reuters

**Load-Date:** April 28, 2016

---

End of Document

**[Bundesregierung lehnt mehr Geld für Flüchtlinge ab:  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-regierung-lehnt-mehr-geld-fuer-asylbewerber-ab-a-1025142.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-regierung-lehnt-mehr-geld-fuer-asylbewerber-ab-a-1025142.html)**

SPIEGEL ONLINE

23. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 670 words

**Highlight:** Die Appelle von Ländern, Kommunen und der Opposition haben nichts gebracht: Die Bundesregierung will nicht mehr Geld ausgeben, um **Flüchtlinge** besser zu versorgen.

## Body

---

Berlin - Immer mehr **Flüchtlinge** kommen nach Deutschland, doch mehr Geld soll es für deren Versorgung nicht geben. Die Bundesregierung hat Forderungen von Ländern und Kommunen nach zusätzlichen Finanzhilfen für die Versorgung von **Asylbewerbern** abgeblockt. Über die für 2015 und 2016 zugesagte eine Milliarde Euro hinaus werde es keine finanzielle Unterstützung geben, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums der Nachrichtenagentur AFP.

Zuletzt hatten mehrere Bundesländer eine Aufstockung der Bundeshilfen für die Versorgung von Flüchtlingen gefordert. Zudem riefen sie den Bund auf, die vorhergesagten Flüchtlingszahlen anzuheben - da die bisherige Prognose viel zu niedrig sei. Unterstützt werden die Länder von der Opposition im Bundestag. "Die Ministerpräsidenten haben recht, es muss zu realistischen Schätzungen kommen, damit die sich auch darauf einstellen können", sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckhardt.

Es helfe nicht, wenn der Bund noch einmal mit der Gießkanne Geld an die Länder verteile, sagte auch Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken-Fraktion. "Der Bund muss komplett für die Versorgung von Asylsuchenden aufkommen." Im vergangenen Jahr sei verabredet worden, dass der Bund die Länder in diesem und im kommenden Jahr mit jeweils 500 Millionen Euro entlaste. "Nun zeigt sich: Angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen reicht das Geld nicht aus."

Die Länder befürchten, dass der Zustrom von Flüchtlingen in diesem Jahr wegen der Krisen und Kriege in der Welt wesentlich größer wird als vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) prognostiziert. Das BAMF geht bislang für 2015 von 300.000 Asylanträgen aus. Nun haben die Kommunen einen neuen Aktionsplan gefordert, um diese Herausforderung zu bewältigen.

Migrationsamt will Prognosen nicht korrigieren

Vor allem den Kommunen drohe eine finanzielle Überforderung, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, der "Welt". Die Länder müssten "sofort die Zahl ihrer

Bundesregierung lehnt mehr Geld für Flüchtlinge ab <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-regierung-lehnt-mehr-geld-fuer-asylbewerber-ab-a-10251....>

Erstaufnahmeeinrichtungen weiter erhöhen", damit eine ordnungsgemäße spätere Verteilung auf die Kommunen möglich sei.

Es sei wichtig, diese Verteilung "mit rechtzeitiger Vorankündigung" für die Kommunen vorzunehmen, sagte Landsberg weiter. Danach sollten die Asylbewerber sofort arbeiten können und an Integrationskursen und Sprachunterricht teilnehmen. Landsberg plädierte auch für das sogenannte Bremer Modell, bei dem Flüchtlinge eine Gesundheitskarte der gesetzlichen Krankenkassen erhalten.

Regierungsvertreter aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein und Brandenburg hatten sich für eine Anhebung der Prognose des BAMF ausgesprochen. "Aufgrund unserer Erfahrung wird die Zahl in diesem Jahr wohl angesichts der weltweiten Krisen deutlicher steigen", sagte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD). Die Länder benötigten vom BAMF eine "realistische Einschätzung" zur Planung.

Schleswig-Holstein rechnet 2015 bundesweit mit mehr als einer halben Million Asylanträgen, wie Innenminister Stefan Studt (SPD) bereits am Mittwoch deutlich machte. "Wenn wir unsere Zahlen hochrechnen, müssen wir 2015 in Deutschland mit 500.000 bis 550.000 neuen Asylbewerbern rechnen und nicht nur mit 300.000, wie vom Bundesamt angegeben", sagte er. Studt verlangte vom Bund, bei den Prognosen ehrlich zu sein.

Das Bundesamt lehnt jedoch eine Korrektur seiner Prognose von Februar dem Zeitungsbericht zufolge derzeit ab. Man halte eine Anpassung für das laufende Jahr für verfrüht, erklärte die Behörde.

Zusammengefasst: Die Bundesregierung lehnt die Forderung von Ländern und Kommunen nach mehr Geld für die Versorgung von Flüchtlingen ab - das sagte ein Sprecher des Innenministeriums einer Nachrichtenagentur. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte schon zuvor erklärt, seine Prognose der Flüchtlingszahlen für 2015 und 2016 nicht anzuheben. Das hatten unter anderem die Grünen gefordert.

mxw/AFP

**Load-Date:** April 18, 2015

**Europarat rügt Griechenland für rassistische Gewalt;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/europarat-ruegt-griechenland-fuer-rassistische-gewalt-a-1020203.html>**

SPIEGEL ONLINE

24. Februar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 281 words

**Highlight:** Hassparolen, Gewalt gegen Asylsuchende und Diskriminierung von Roma-Kindern: Der Europarat hat sich besorgt über den Umgang mit Migranten in Griechenland geäußert. Die Regierung in Athen wies die Vorwürfe zurück.

## Body

---

Straßburg - Öffentliche Reden und politische Stellungnahmen in Griechenland seien durchsetzt von Hassparolen gegen Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende, die häufig Ziel rassistischer Gewalt würden. Zu diesem Ergebnis kommt die Europaratskommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) in ihrem aktuellen Bericht über die Lage in Griechenland.

Das Ausmaß der Hassparolen, der Gewalt gegen Asylsuchende und der Diskriminierung von Roma-Kindern und Homosexuellen sei beunruhigend, sagte der ECRI-Vorsitzende Christian Ahlund in Straßburg.

Weil die rechtsextreme Partei Goldene Morgenröte in den vergangenen Jahren stärker geworden sei, habe auch die "rassistische Gewalt" zugenommen. Das habe ein "Klima des Hasses und der Angst" geschaffen, so der Bericht. Außerdem seien "antisemitische Stereotype" nicht nur ein Thema bei rechtsextremen Parteien. Diese Gedanken hätten sich auch in Teilen der Gesellschaft und der orthodoxen Kirche festgesetzt.

Die Europaratskommission forderte Griechenland deswegen auf, eine Aufklärungskampagne für Toleranz und gegen Rassismus einzuleiten. Nötig seien Gesetzesänderungen, etwa zum stärkeren Schutz karitativer Einrichtungen, die Verfolgte schützen. Die griechische Regierung wies die Vorwürfe jedoch zurück. Die gesamte politische Führung des Landes und fast alle politischen Parteien verurteilten Gewalt gegen Migranten und Flüchtlinge, hieß es.

Einige Fortschritte seien laut Europarat jedoch auch verzeichnet worden: Ahlund verwies auf eine neue Polizeieinheit, ein neues Gesetz gegen Rassismus von 2014 und auf einen besonderen Staatsanwalt zur Verfolgung speziell rassistischer Gewaltakte.

vek/dpa/AFP

Europarat rügt Griechenland für rassistische Gewalt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/europarat-ruegt-griechenland-fuer-rassistische-gewalt-a-1020203.html>

**Load-Date:** March 19, 2015

---

End of Document

*Wer geht, kriegt Geld;*

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rueckkehrhilfe-fuer-fluechtlinge-wer-kriegt-wie-viel-geld-a-1079175.html>

SPIEGEL ONLINE

25. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 980 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Tausende **Flüchtlinge** reisen freiwillig wieder in die Heimat. Um ihnen die Entscheidung zur Rückkehr zu erleichtern, bieten Deutschland und andere europäische Staaten bares Geld.

## Body

---

Die Chartermaschine startete an diesem Dienstag, Abflug in Frankfurt am Main, Landung in Kabul. 125 Afghanen waren an Bord. Im Gepäck hatten sie auch Geld vom deutschen Staat, für einen leichteren Neustart in ihrer Heimat. Die Afghanen gehören zur größer werdenden Zahl von **Asylbewerbern**, die nach einigen Wochen oder vielen Monaten in Deutschland entscheiden: Eine Rückkehr in die Heimat ist doch besser.

Die deutschen Behörden unterstützen solche Rückkehrer seit Jahren, nicht nur bereits abgelehnte **Asylbewerber**, sondern auch solche, die im laufenden Verfahren sind, und bieten ihnen in vielen Fällen auch finanzielle Hilfen. In der aktuellen **Flüchtlingskrise** haben diese Prämien neue Bedeutung - es herrscht die Hoffnung, dass die Zahl der Rückkehrwilligen weiter wächst.

Wie die Regeln genau aussehen - der Überblick:

Wer bekommt in Deutschland Geld für eine Rückkehr?

Es gibt verschiedene Projekte - die meisten Gelder werden im Rahmen der sogenannten REAG/GARP-Rückkehrer-Programme (Reintegration and Emigration for Asylum Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme) gezahlt, die gemeinsam von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und den Bundesländern durchgeführt werden.

Ausgeschlossen von diesen Hilfen sind EU-Bürger - außer sie wurden Opfer von Menschenhandel oder Zwangsprostitution. Aber auch nicht alle Flüchtlinge oder abgelehnte Asylbewerber bekommen, sofern sie freiwillig in ihre Heimat zurückgehen, Geld - und vor allem nicht gleich viel Geld. Nur wer glaubhaft macht, dass er seine Ausreise auf Dauer plant und selbst nicht über ausreichend Geld verfügt, kann finanzielle Unterstützung bekommen. Abhängig ist die Höhe der finanziellen Förderung von dem Herkunftsland. Einen Rechtsanspruch auf die Leistung gibt es selbst bei Erfüllung aller Voraussetzungen nicht.



Wer geht, kriegt Geld <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rueckkehrhilfe-fuer-fluechtlinge-wer-kriegt-wie-viel-geld-a-1079175.html>

Wie viel wird gezahlt?

Die Gelder der REAG/GARP-Programme sind in mehrere Komponenten aufgeteilt.

So werden Kosten für die Rückreise für Bahn, Bus oder Flugzeug übernommen. Reist ein Migrant selbst mit dem Auto in sein Herkunftsland, erhält er 250 Euro Benzinkosten erstattet. Eine zweite Komponente ist die Reisebeihilfe - jeder Rückkehrer ab zwölf Jahren erhält 200 Euro, Kinder 100 Euro. Für Asylbewerber aus den meisten Westbalkanländern gibt es diesen Zuschuss nicht, zuletzt wurde die Hilfe auch für Kosovaren im vergangenen Jahr ausgesetzt, nachdem der Zuzug von dort so groß geworden war. Dahinter steckt der Gedanke, dass die Aussicht auf das Geld ein zusätzlicher Anreiz sein könnte, überhaupt nach Deutschland zu kommen. Migranten vom Westbalkan sind ebenfalls ausgeschlossen von der sogenannten Starthilfe. Den höchsten Satz - 500 Euro für jeden Erwachsenen und Jugendlichen - bekommen hier Rückkehrer aus Afghanistan, dem Irak, Iran, Äthiopien, Eritrea, Nigeria, Pakistan und Ghana. Auffällig: Syrer etwa bekommen - wie Bürger Dutzender anderer Herkunftsländer - den niedrigeren Satz (hier die genauen Bestimmungen zu den einzelnen Ländern). Für Kosovaren gibt es in einigen Bundesländern spezielle Rückkehrprojekte, wie das Programm "URA2". Sie bekommen einen Teil ihrer Reisekosten zum Rückkehrzentrum in Pristina erstattet. Neben einem einmaligen Überbrückungsgeld von 50 Euro kann dort weitere Unterstützung beantragt werden, etwa ein Mietkostenzuschuss von bis zu 600 Euro, die Übernahme von Ausbildungskosten (500 Euro) und Existenzgründungshilfe von 3000 Euro für besondere Geschäftsideen.

Wer zahlt die Rückkehrprämien?

Die REAG/GARP-Programme werden von Bund und Ländern gemeinsam finanziert - der deutsche Bundeshaushaltsplan sieht für das Jahr 2016 10,1 Millionen Euro für Rückkehrer vor. Auch der 3,1 Milliarden Euro starke Asylum, Migration and Integration Fund (AMIF) der EU fördert die Programme.

Was ist der Gedanke hinter den Geldern?

Menschen, die sich eine Rückkehr in ihre Heimat vorstellen können, sollen in dieser Haltung bestärkt werden. Das Kalkül dahinter: Bei den aktuellen Bearbeitungszeiten für Asylanträge sollen aussichtslose Fälle zur schnellen Ausreise bewegt werden, denn sie belegen die knappen Plätze in den Unterkünften - und kosten: Auf 21,1 Milliarden Euro schätzte das Ifo-Institut die Summe für die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen im Jahr 2015. Hinzu kommen Kosten für Abschiebungen, wenn abgelehnte Asylbewerber nicht aus eigenen Stücken zurück in die Heimat gehen. Auch Zuwanderern mit Aufenthaltsgenehmigung soll mit dem Geld ein besseres Leben in der Heimat ermöglicht werden: Statt in Europa auf soziale Unterstützung angewiesen zu sein, können sie mit dem Geld im Ursprungsland einen Weg aus der Armut finden. So die Theorie.

Wer hat die Gelder in Anspruch genommen? 37.220 Personen sind 2015 im Rahmen der REAG/GARP-Programme ausgereist - rund 32.000 davon kamen aus Balkanstaaten. Von Flüchtlingen aus Konfliktgebieten wird das Programm - bislang zumindest - deutlich seltener genutzt. Insgesamt hat sich die Zahl der erfassten freiwilligen Ausreisen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) im letzten Jahr etwa verdreifacht.

Wie ist die Praxis in anderen EU-Ländern?

Mehrere Staaten machen - wie Deutschland - die Höhe der Förderung vom Rückkehrland abhängig, zum Beispiel Finnland. Andere Länder verteilen das Geld nach dem Motto "je früher, desto besser": Wer in Norwegen um Rückkehrhilfe bittet, während über den Antrag auf Asyl noch nicht entschieden ist, erhält mehr als doppelt so viel wie andere, bei denen die Ausreise beschlossen wurde. Die Schweiz hingegen fördert vor allem Rückkehrer, die über drei Monate im Land verbracht haben. In der Regel handelt es sich dabei um anerkannte Flüchtlinge. Geben sie ihr Asyl auf, wird dies finanziell großzügiger belohnt.

Von Deutschland bis Großbritannien - so ermutigen europäische Staaten Flüchtlinge und Migranten zur freiwilligen Rückkehr:

Wer geht, kriegt Geld <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rueckkehrhilfe-fuer-fluechtlinge-wer-kriegt-wie-viel-geld-a-1079175.html>

**Load-Date:** February 25, 2016

---

End of Document

## *De Maizière will Bootsflüchtlinge nach Afrika zurückschicken*

SPIEGEL ONLINE

06. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 218 words

**Byline:** Michael Kröger

**Highlight:** Innenminister Thomas de Maizière will den Zugang nach Europa über das Mittelmeer abriegeln.

**Flüchtlinge**, die aus dem Wasser gerettet werden, sollen sofort nach Afrika zurückgeschickt werden.

### **Body**

---

Das Bundesinnenministerium plädiert dafür, im Mittelmeer gerettete **Migranten** nicht wie bisher in Lagern auf europäischem Boden unterzubringen, sondern möglichst direkt nach Afrika zurückzuschicken. "Ziel muss es sein, den Schleuserorganisationen die Grundlage für ihre Geschäfte zu entziehen und die **Migranten** vor der lebensgefährlichen Überquerung des Mittelmeeres zu bewahren", zitierte die "Welt am Sonntag" eine Sprecherin von Innenminister Thomas de Maiziere (CDU). Der Vorschlag werde auf EU-Ebene noch nicht diskutiert. Es gebe dazu keine konkreten Pläne.

Nach Vorstellungen des Ministeriums sollen Migranten, die von Libyen in See stechen, nicht dorthin zurück, sondern in ein anderes nordafrikanisches Land wie Tunesien oder Ägypten gebracht werden, wie das Blatt berichtete. Dort könnten sie ihren Asylantrag für Europa stellen. Wenn dieser erfolgreich sei, würden sie sicher auf den Kontinent gebracht.

Aus der Opposition kam Kritik an dem Vorschlag. "Wer Menschen auf der Flucht schon das Recht auf ein faires Verfahren verwehrt, handelt sowohl flüchtlingspolitisch als auch rechtlich mehr als fragwürdig", sagte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. Linkspartei-Chef Bernd Riexinger warnte die EU davor, sich im Umgang mit Flüchtlingen am Beispiel Australiens zu orientieren.

mik/Reuters

**Load-Date:** November 6, 2016

[Regierung rechnet mit mindestens 650.000 Asylbewerbern;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundesregierung-  
erwartet-mindestens-650-000-asylbewerber-a-1048569.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundesregierung-erwartet-mindestens-650-000-asylbewerber-a-1048569.html)

SPIEGEL ONLINE

18. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 414 words

**Byline:** syd/dpa/AFP

**Highlight:** In diesem Jahr kommen deutlich mehr Flüchtlinge nach Deutschland als bislang erwartet. Laut einem Zeitungsbericht wird Innenminister de Maizière seine Prognose auf mindestens 650.000 Asylbewerber anheben, womöglich sogar auf 750.000.

## Body

---

Bundesinnenminister Thomas de Maizière stellt am Mittwoch die neue Flüchtlingsprognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vor. Nach Informationen des "Handelsblatts" wird diese "drastisch" höher ausfallen als die bisherige.

Die Zeitung berichtet unter Berufung auf Regierungskreise, dass in diesem Jahr mindestens 650.000, womöglich sogar 750.000 Asylbewerber in Deutschland erwartet würden. Bislang hatte die Bundesregierung offiziell mit 450.000 Antragstellern gerechnet. Zu Beginn des Jahres waren für 2015 gerade einmal 300.000 vorhergesagt worden.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, will Deutschland bei der Verteilung von Flüchtlingen entlasten. "Wir müssen die Verantwortung auf mehr Schultern in Europa verteilen. Es ist langfristig nicht tragbar, dass nur zwei EU-Länder - Deutschland und Schweden - mit leistungsfähigen Asylstrukturen die Mehrheit der Flüchtlinge aufnehmen", sagte Guterres der "Welt".

Nach Angaben des Uno-Kommissars haben seit Jahresbeginn rund 240.000 Migranten und Asylsuchende Europas Küsten erreicht. "Die meisten Menschen, die über das Mittelmeer in Booten kommen, flüchten vor Konflikten und Verfolgung. Alle Staaten in Europa haben die moralische Pflicht, sie willkommen zu heißen, und sie haben die eindeutige gesetzliche Verpflichtung, sie zu schützen."

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, fordert eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Jobcenter, um ratsuchende Flüchtlinge angemessen betreuen zu können.

Er hoffe, dass die Bundesregierung im Haushalt 2016 dafür zusätzliche Mittel bereitstelle, sagte Weise. Trotzdem sehe er die Gefahr, "dass die Mittel nicht ausreichen könnten, wenn die Zahl der Menschen, die in die

Regierung rechnet mit mindestens 650.000 Asylbewerbern

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundesregierung-erwartet-mindestens-650-000-asylbe....>

Jobcenter als Flüchtling und Asylbewerber kommen, weiter steigt". Es gelte, Flüchtlinge früher und besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren , nur so ließen sich die Kosten minimieren.

In Mecklenburg-Vorpommern haben am Montagabend Unbekannte ein Asylbewerberheim mit Feuerwerkskörpern beschossen. Ein Mitarbeiter eines Wachschutzes beobachtete ein dunkles Fahrzeug, aus dem die Feuerwerkskörper abgefeuert wurden, wie die Polizei in Torgelow mitteilte. Außerdem wurden demnach mehrere Schüsse in die Luft gefeuert - vermutlich von einer Schreckschusspistole. Es sei niemand verletzt worden, Sachschaden sei auch nicht entstanden. Als Polizisten an der Einrichtung eintrafen, war das Auto verschwunden.

syd/dpa/AFP

**Load-Date:** August 18, 2015

---

End of Document

[Uno fordert EU zu schneller Einrichtung von "hot spots" auf;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-europa-uno-kommissar-  
will-hot-spots-einrichten-a-1050028.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-europa-uno-kommissar-will-hot-spots-einrichten-a-1050028.html)

SPIEGEL ONLINE

27. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 526 words

**Byline:** vek/AFP/AP

**Highlight:** Die EU will erreichen, dass Migranten aus als sicher geltenden Herkunftsländern schneller zurückgeschickt werden. Die Uno bekräftigt die Forderung nach Registrierungszentren, sogenannten hot spots.

## Body

---

Die EU will an ihren Außengrenzen zügig Registrierstellen einrichten, in denen die Schutzbedürftigkeit der ankommenden Flüchtlinge geprüft werden soll, bevor sie in die favorisierten Zielländer Nordeuropas weiterreisen.

Kanzlerin Angela Merkel spricht von Registrierungscentren, die in Griechenland und Italien eingerichtet werden sollen, nun hat auch Uno-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres diese Forderung bekräftigt. Bei ihm und Frankreichs Innenminister Bernard Cazeneuve heißen die Anlaufpunkte für Flüchtlinge "hot spots".

Das Ziel: Menschen ohne Asylgrund sollen gar nicht erst weiter in die EU reisen. So soll im Moment der Überschreitung der EU-Grenzen bereits unterschieden werden "zwischen denjenigen, die einen Flüchtlingsstatus in Europa haben (...) und denjenigen, die der Wirtschaftsmigration zuzurechnen sind", so Cazeneuve. "Die vom Europäischen Rat getroffenen Entscheidungen im Bereich der Migration müssen beschleunigt und intensiviert werden", sagte Guterres am Mittwochabend in Genf.

Zugleich forderte der französische Innenminister ein entschlossenes Vorgehen gegen Schleuser. Seit Jahresbeginn haben laut Guterres allein 293.000 Migranten versucht, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Es sei aber auch klar, "dass Europa die Größe und die Fähigkeit hat, dieser Herausforderung zu begegnen, solange es geeint ist und die Verantwortung gemeinsam übernimmt", so der Uno-Flüchtlingskommissar.

Damit übte Guterres indirekt Kritik an vielen EU-Staaten, die sich gegen eine gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge stemmen. Pläne der EU-Kommission, verpflichtende Quoten für die Verteilung einzuführen, scheiterten am Widerstand Großbritanniens und einer Reihe osteuropäischer Staaten.

So sagte Polens Präsident Andrzej Duda in der "Bild"-Zeitung, er lehne die Aufnahme neuer Flüchtlinge in seiner Heimat ab. Zwar wolle sich Polen als EU-Mitglied "solidarisch zeigen, aber was Flüchtlinge angehe, "haben wir ein besonderes Problem wegen des Konflikts in der Ukraine", so der als europakritisch geltende Politiker. So lange die

Uno fordert EU zu schneller Einrichtung von "hot spots" auf <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-europa-uno-kommissar-will-hot-spots-einrichten....>

Gefechte zwischen prorussischen Rebellen und der ukrainischen Armee im Osten des Landes andauerten, würden "weiterhin Tausende Ukrainer außer Landes fliehen, vor allem nach Ungarn und nach Polen".

"Andere Staaten Europas sollten das berücksichtigen, wenn wir über Hilfsbereitschaft sprechen", forderte Duda in der "Bild". Im Osten der Ukraine gab es trotz einer offiziell geltenden Waffenruhe zuletzt wieder heftige Gefechte zwischen Regierungstruppen und Separatisten. Eine neue Waffenruhe soll ab dem 1. September gelten.

Die Zahl der illegalen Grenzgänger in Polen ist seit Jahresbeginn stark gestiegen. Bis Ende Juni haben die polnischen Grenzschützer laut einem Bericht der Zeitung "Rzeczpospolita" 2865 Migranten aus Ländern außerhalb der EU aufgegriffen. Die meisten von ihnen kommen aus der Ukraine nach Polen, nach Grenzschutzangaben steigt aber auch die Zahl der Migranten aus Ländern des Nahen Ostens oder aus Afrika. Doch Polen ist für viele nur eine Station auf der Flucht, etwa nach Deutschland.

Video: Merkel in Heidenau mit Buhrufen empfangen

vek/AFP/AP

**Load-Date:** August 27, 2015

---

End of Document

**[Britische Ministerin will Flüchtlingsboote zurückschicken;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-britische-ministerin-will-boote-zurueckschicken-a-1033565.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-britische-ministerin-will-boote-zurueckschicken-a-1033565.html)**

SPIEGEL ONLINE

13. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 677 words

**Byline:** vek/dpa/AFP

**Highlight:** Die EU-Staaten streiten über eine Quote zur Verteilung der **Flüchtlinge**, schon bald soll eine Lösung präsentiert werden. Doch die britische Innenministerin May hat andere Pläne: Sie will Boote zum Umkehren zwingen.

## Body

---

Die EU-Kommission wird am Mittwochmittag ihre Strategie zum Umgang mit **Flüchtlingen** vorstellen. Nicht überall stoßen die Pläne, die bisher bekannt wurden, auf Begeisterung. Die britische Innenministerin etwa schrieb in der Zeitung "The Times" über ihre eigenen Vorstellungen: Theresa May sprach sich in dem Gastbeitrag dafür aus, **Flüchtlingsboote** auf dem Mittelmeer zurückzuschicken.

Statt mehr Migranten aufzunehmen und die Verteilung auf die Länder neu zu organisieren, solle die EU sich vielmehr darum bemühen, "sichere Landeplätze in Nordafrika zu schaffen", so May. Dafür plädierte sie für ein "aktives Rückführungsprogramm". Die Einführung verbindlicher Quoten für die EU-Staaten lehnte May ab. Dies werde nur noch "mehr Menschen dazu ermutigen, ihr Leben aufs Spiel zu setzen".

Trotz einer strengeren Überwachung der EU-Außengrenzen in Südeuropa sind laut einer Studie Tausende Bootsflüchtlinge ertrunken. Das geht aus der ersten Datenbank zu toten Migranten im Mittelmeerraum hervor. Die meisten Opfer werden jedoch nie gefunden. Von 1990 bis 2013 wurden 3188 Tote registriert. Allein bei der jüngsten Schiffskatastrophe im April starben jedoch rund 800 Menschen.

Entlastung für Griechenland und Italien

Seit Wochen bemühen sich die Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten nun um eine gemeinsame Lösung für die Krise im Mittelmeer. Am heutigen Mittwoch werden die Außenbeauftragte Federica Mogherini und der Kommissar für Migration und Inneres, Dimitris Avramopoulos, nun Pläne für vier Bereiche vorschlagen: die gemeinsame Asylpolitik, den Kampf gegen Schlepper und illegale Migration, neue Wege für legale Einwanderung und die Außengrenzen der EU.

Durch das geplante Quotensystem für die EU-Staaten könnten Aufnahmeländer wie Italien und Griechenland entlastet werden. Kriterien für die Verteilung der Asylbewerber sollen unter anderem die Wirtschaftsleistung, die



Britische Ministerin will Flüchtlingsboote zurückschicken <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-britische-ministerin-will-boote-zurueckschicken-a-1....>

Bevölkerungszahl und die Arbeitslosenquote sein. Großbritannien, Irland und Dänemark lehnen solche Quoten aber ab.

"Heiterer Nachmittagsspaß"

Besonders abfällig äußerte sich Ungarns Präsident Viktor Orbán: Die Flucht nach Europa sei für viele eine Lustreise, ein "heiterer Nachmittagsspaß". Das Zusammenwachsen der ungarischen Gesellschaft habe keine Chance, wenn "wir eine Art Wohnheim-Party" ankündigen, bei der jeder kommen und bleiben könne - und dann "bis in die Morgenstunden" feiere, zitiert ihn die "Süddeutsche Zeitung" .

"Die einzelnen Regierungen wissen am besten, was sie im Rahmen gemeinsamer Solidarität leisten können", sagte auch der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka. Seine Regierung habe sich freiwillig bereiterklärt, 70 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Tschechien gewährt hauptsächlich Ukrainern Zuflucht. "Nicht nur im Süden Europas, auch im Osten steht man vor einer schwierigen Lage", so Sobotka.

Es sei klar, "dass das nicht über Nacht auf volle Zustimmung stößt", sagte Innenminister Thomas de Maizière im Hinblick auf die Quotenregelung. Er befürworte das Vorhaben, auch wenn dadurch nicht unbedingt weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden. Es sei jedoch inakzeptabel, dass derzeit nur fünf europäische Staaten - darunter Deutschland - drei Viertel aller Flüchtlinge aufnehmen müssten, sagte der CDU-Politiker.

Vorschläge der EU-Kommission können nur Gesetz werden, wenn die EU-Staaten zustimmen. Nach dem bisherigen Dublin-Verfahren sollen Asylbewerber in dem Land bleiben, in dem sie zuerst den Boden der Union betreten haben. In den überforderten Ländern Italien oder Griechenland tauchen Flüchtlinge oft unter und reisen nach Deutschland oder Schweden weiter. Dort haben ihre Asylanträge häufiger Erfolg.

Zusammenfassung: Die Europäische Union stellt am heutigen Mittwoch die Pläne für eine Quotenregelung für die Verteilung von Flüchtlingen auf die Länder vor. Die britische Innenministerin schlägt dagegen ein "aktives Rückführungsprogramm" vor, die Boote sollen auf hoher See wieder zurück geschickt werden. Kritik kommt auch aus Ungarn und Tschechien.

vek/dpa/AFP

**Load-Date:** June 10, 2015

**Neuer Bamf-Chef Weise setzt auf alte Kontakte;**

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-neuer-bamf-chef-weise-stellt-sich-vor-a-1053931.html>

SPIEGEL ONLINE

21. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 338 words

**Byline:** ler/Reuters/dpa

**Highlight:** Fliegender Wechsel in schwierigen Zeiten: Der neue Chef des Bundesamts für Migration Frank-Jürgen Weise präsentiert seine Strategie in der Flüchtlingskrise. Asylverfahren sollen schneller gehen, Ämter sich vernetzen.

## Body

---

Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wird unter dem neuen Chef einiges anders laufen. Das kündigte Innenminister Thomas de Maizière in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Frank-Jürgen Weise an, der zuletzt Chef der Bundesagentur für Arbeit war. Mittelfristig würden alle Verfahren überprüft. Ziel sei es, die Asylverfahren zu beschleunigen.

Kurzfristig sollen zudem offene Stellen beim Bamf schneller besetzt werden und mobile Teams in die großen Erstaufnahmeeinrichtungen entsandt werden. Weise schlug vor, dass Auszubildende der Bundesagentur für Arbeit nach ihrem Abschluss für einige Monate im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingesetzt werden könnten. Aber auch befristet angestellte Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit könnten womöglich anschließend im Bamf eine Beschäftigung finden.

Weise war am Freitag als neuer Chef des Bamf benannt worden. Einen Tag zuvor war sein Vorgänger Manfred Schmidt zurückgetreten.

Bereits am Sonntagabend war Innenminister de Maizière auf die Forderungen der Länder nach mehr Geld zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eingegangen. In der ZDF-Sendung "Berlin direkt" sagte der CDU-Politiker, es werde "deutlich mehr Geld" geben. Konkrete Summen nannte er allerdings nicht. Das Geld wolle der Bund den Ländern beim gemeinsamen Flüchtlingsgipfel am kommenden Donnerstag zusichern.

Zuletzt hatte die Bundesregierung den Ländern für das kommende Jahr zusätzlich drei Milliarden Euro zugesagt. Aus den Ländern kam in den vergangenen Tagen die Forderung nach einer Verdoppelung der Summe.

Nach Informationen der "Welt" wird in der Bundesregierung das Modell einer Kopfpauschale pro Flüchtling favorisiert. Diese solle jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden, heißt es dem Bericht zufolge in Regierungskreisen.

Neuer Bamf-Chef Weise setzt auf alte Kontakte <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-neuer-bamf-chef-weise-stellt-sich-vor-a-1053931.html>

Vor dem Gipfel im Kanzleramt werden sich am Dienstag zunächst erneut die Innenminister der Europäischen Union und am Mittwoch dann die Staats- und Regierungschefs mit der Flüchtlingskrise befassen.

ler/Reuters/dpa

**Load-Date:** September 21, 2015

---

End of Document

**Bundesregierung rechnet mit 400.000 Asylbewerbern;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-rechnet-mit-400-000-asylbewerbern-a-1032242.html>**

SPIEGEL ONLINE

05. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 373 words

**Highlight:** Entwicklungsminister Müller hat die Prognose für die Asylbewerberzahlen nach oben korrigiert. Kurz vor dem Gipfel in Berlin sprach er von bis zu 400.000 Flüchtlingen, die noch in diesem Jahr nach Deutschland kommen könnten.

## Body

---

400.000 ist die neue Zahl, die nun im Raum steht. Denn die Bundesregierung rechnet mit deutlich mehr Asylbewerbern in diesem Jahr, als bisher angenommen. Entwicklungsminister Gerd Müller sagte in München: "Wenn wir die Quartalszahlen hochrechnen, müssen wir mit 300.000 bis 400.000 Asylbewerbern rechnen." Zuvor hatte sich der CSU-Politiker mit dem bayerischen Kabinett beraten.

Die Zeitung "Die Welt" berichtete, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gehe mittlerweile sogar davon aus, dass bis Jahresende mehr als 400.000 Asylanträge gestellt werden. Das wären doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. In ihrem Bericht berief sich die Zeitung auf Regierungskreise.

Erst im Februar hatte das Amt in Nürnberg die Zahl auf 300.000 Flüchtlinge nach oben korrigiert. In manchen Bundesländern wurde die Schätzung schon damals für zu niedrig befunden.

Am Freitag treffen sich im Kanzleramt Vertreter von Bund und Ländern zu einem Flüchtlingsgipfel. Für die Jahre 2015 und 2016 hatte der Bund zusätzliche Mittel von jeweils 500 Millionen Euro zugesagt. Das Geld soll an die Länder fließen und von diesen an die Kommunen weitergereicht werden.

### Erneut Dutzende Tote

Im Mittelmeer sollen zuletzt erneut Dutzende Bootsflüchtlinge ums Leben gekommen sein: Nach Angaben der Hilfsorganisation "Save the Children" sei es vor Sizilien zu einem Notfall mit einem Schlauchboot gekommen. "Überlebende haben uns erzählt, dass viele Migranten von Bord ins Wasser gestürzt seien", sagte Sprecherin Giovanna Di Benedetto. Sie schätze, 40 Menschen könnten gestorben sein. Was genau geschah, sei jedoch unklar. Etwa 200 Überlebende waren am Dienstag im Hafen von Catania angekommen.

Auch deutsche Marineschiffe beteiligen sich mittlerweile daran, dass solche Tragödien in Zukunft verhindert werden sollen. Die Fregatte "Hessen" und das Versorgungsschiff "Berlin" machten sich am Dienstag von Kreta aus

Bundesregierung rechnet mit 400.000 Asylbewerbern

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-rechnet-mit-400-000-asylbewerbern-a-1032242.html>

auf den Weg in ein Seegebiet südlich von Italien. Das meldete das Verteidigungsministerium. Die Schiffe sollen am Donnerstag in ihrem Einsatzgebiet eintreffen. Wo Flüchtlinge, die von der Bundeswehr im Mittelmeer gerettet werden, hingebracht werden sollen, steht noch nicht fest.

vek/dpa/AFP

**Load-Date:** May 11, 2015

---

End of Document

[Mehrheit der Deutschen hält Flüchtlingszahlen für verkraftbar;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politbarometer-mehrheit-der-deutschen-haelt-fluechtlingszahlen-fuer-verkraftbar-a-1049165.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politbarometer-mehrheit-der-deutschen-haelt-fluechtlingszahlen-fuer-verkraftbar-a-1049165.html)

SPIEGEL ONLINE

21. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 403 words

**Highlight:** Innenminister de Maizière hat die Flüchtlingsprognose nach oben korrigiert - die Mehrheit der Deutschen glaubt aber, dass die Bundesrepublik so viele Asylbewerber aufnehmen kann. Die Migranten sollen jedoch unterschiedlich behandelt werden.

## Body

---

Im ZDF-Politbarometer gaben 60 Prozent der Befragten an, dass die Bundesrepublik die hohen Flüchtlingszahlen bewältigen kann - vor vier Wochen waren es noch 54 Prozent. 37 Prozent sehen das nicht so.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte am Mittwoch seine Flüchtlingsprognose für 2015 deutlich nach oben korrigiert. Erwartet werden nun bis zu 800.000 Asylbewerber. Die Bundesregierung fordert eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Geplant ist außerdem, vor allem die Menschen aus den Westbalkanstaaten, die keine Chance auf Asyl haben, schnell abzuschieben. Die Verfahren sollen dazu verkürzt und die Menschen bis zu einer Entscheidung in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.

Fast drei Viertel der Befragten (74 Prozent) sind der Studie zufolge dafür, dass zwischen den Asylbewerbern differenziert werden soll: Je nach Chance auf Bleiberecht sollen bei der Unterbringung und Abwicklung der Asylverfahren Unterschiede gemacht werden. 23 Prozent hingegen sprechen sich dafür aus, alle Flüchtlinge gleich zu behandeln.

77 Prozent sind der Meinung, dass zusätzliche Regelungen wie ein Einwanderungsgesetz notwendig sind, die den Zuzug von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern steuern.

Bundesländer schieben vermehrt Asylbewerber ab

Zusammen mit den Flüchtlingszahlen steigt auch die Zahl der Abschiebungen. Im ersten Halbjahr waren es laut Innenministerium bundesweit 8178 Migranten, die das Land verlassen mussten - und damit etwa 42 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2014. Fast 67 Prozent der Abgeschobenen in der ersten Jahreshälfte stammten aus Westbalkanstaaten. Im Vorjahreszeitraum hatte deren Anteil noch bei knapp 43 Prozent gelegen.

Mehrheit der Deutschen hält Flüchtlingszahlen für verkraftbar

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politbarometer-mehrheit-der-deutschen-haelt-fluechtlings...>

Der Städte- und Gemeindebund forderte einen Sondergipfel der EU-Regierungschefs. Europa müsse auf die Flüchtlingskrise "genauso engagiert und bestimmt reagieren wie bei der Griechenlandkrise", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der "Passauer Neuen Presse".

"Die europäischen Werte und das Zusammenstehen der Staaten müssen gerade dann funktionieren, wenn es um das Schicksal von Millionen Verfolgten geht und nicht nur, wenn der Euro oder die Wirtschaft gefährdet sind", so Landsberg. Er forderte eine Quotenregelung für die Verteilung von Flüchtlingen sowie menschenwürdige Standards. Nötig sei auch ein Masterplan zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in Albanien und den Balkanstaaten, um den Zuwanderungsdruck aus diesen Ländern zu senken.

**Load-Date:** August 21, 2015

---

End of Document

## Entlarvt

SPIEGEL ONLINE

19. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 608 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Die CSU will, dass sich Asylbewerber integrieren. Jedenfalls behauptet sie das. Ein Satz ihres Generalsekretärs offenbart eine andere Geisteshaltung.

## Body

---

Wie könnte, aus Sicht der CSU, ein guter Migrant aussehen?

Zum Beispiel so: Ein Asylsuchender engagiert sich als Messdiener in der Kirche, wendet sich also in unmissverständlicher Weise dem von der CSU so viel beschworenen christlich-abendländischen Kulturkreis zu. Er schießt Tore im örtlichen Fußballverein. Er ist das gelebte Beispiel dafür, dass "Deutschland Deutschland bleiben muss" - wie es die CSU ja fordert - und Bayern Bayern.

Für CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer gilt diese Logik nicht. Für ihn ist ein "fußballspielender, ministrierender" Migrant, in Scheuers Beispiel aus dem Senegal, sogar "das Schlimmste". Denn: "Der ist drei Jahre hier - als Wirtschaftsflüchtling. Den kriegen wir nie wieder los", erklärte Scheuer.

Es sei festgehalten: Scheuer hat nicht etwa gesagt, dass es für einen Asylsuchenden, der sich integriert hat (und möglicherweise auch für die deutsche Gesellschaft), tragisch sein kann, wenn er das Land wieder verlassen muss. Sondern er hat erklärt, dass die vollzogene Integration an sich das Schlimmste ist, weil man den Migranten dann nicht wieder los wird.

Scheuer suggeriert außerdem: Ein Migrant, der aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommt, also wohl kein Recht auf Asyl hat, hintertreibt quasi seine Abschiebung - durch gute Integration.

Das ist falsch. Selbstverständlich kann auch ein Messdiener als Asylbewerber abgelehnt und abgeschoben werden. Gute Integration führt nur in besonderen Fällen zu einem Aufenthaltstitel, insbesondere bei Jugendlichen - und auch hier erst nach frühestens sechs Jahren.

Im Übrigen ist nicht der Migrant (oder "Wirtschaftsflüchtling") Schuld daran, dass er mitunter Jahre auf einen Entscheid der Behörden warten muss, sondern der deutsche Staat. Jemanden dafür indirekt anzuklagen, dass er sich in dieser Wartezeit anstrengt, dazu zu gehören, ist absurd. Was wäre denn die Alternative? Tatenlos im Flüchtlingsheim abzuhängen?



## Entlarvt

Dass der CSU-General ausgerechnet das Beispiel vom Messdiener aus dem Senegal bringt, legt den Schluss nahe, dass er noch eine andere Botschaft senden wollte: Wir wollen "Fremde" nicht hier. Und nicht mal die dienende Tätigkeit in der katholischen Kirche qualifiziert einen Migranten aus seiner Sicht als willkommen. Es geht Scheuer statt um Geisteshaltung oder Kulturkreis der Migranten um Hautfarbe oder Nationalität, so scheint es.

Dabei hatte noch in der vergangenen Woche die CSU in einem Antwortbrief an SPIEGEL ONLINE-Korrespondent Hasnain Kazim abgestritten, dass in ihrem Leitsatz "In Zukunft muss gelten: Vorrang für Zuwanderer aus unserem christlich-abendländischen Kulturkreis" Rassismus stecke. "Nun weißt du ja selber, dass ich 'Kulturkreis' geschrieben habe und nicht Rasse. Und du weißt natürlich auch, dass Kulturkreis eine andere Sache ist als Rasse", schrieb die CSU.

Mittlerweile ist Scheuer wieder etwas zurück gerudert. Es sei ihm lediglich darum gegangen, deutlich zu machen, wie schwierig es sei, "abgelehnte Asylbewerber, die bereits längere Zeit hier sind, nach einem abgeschlossenen, rechtsstaatlichen Verfahren wieder zurückzuführen".

Es ist ein immer wiederkehrendes Muster: Rechtspopulisten sehen sich häufig missverstanden. Sie haben es doch gar nicht so gemeint, wie sie es gesagt haben. Dahinter steckt System: Die scharfe Botschaft muss erst einmal an die eigenen Anhänger gesendet werden, auf dass der Populismus verfängt und hängen bleibt, wie jetzt bei Scheuers Satz das Bild vom Wirtschaftsflüchtling aus Afrika, den "man nicht wieder los" wird.

Spätere Relativierungen dienen dann der Beruhigung etwaiger politischer Partner - verhalten aber bei den eigenen Fans.

**Load-Date:** September 19, 2016

## Orbán bezeichnet Einwanderung als "Gift"

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 308 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Österreich und Ungarn haben ihren Streit über die Flüchtlingspolitik demonstrativ beigelegt. Von einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik hält Viktor Orbán aber weiter nichts.

### Body

---

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat Einwanderung als "Gift" und sämtliche Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko bezeichnet. "Jeder einzelne Migrant stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und ein Terrorisiko dar", sagte er laut der Nachrichtenagentur AFP bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem österreichischen Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) in Budapest.

Ungarns Regierung ist dafür bekannt, mit extremen Mitteln gegen Flüchtlinge vorzugehen. Laut Orbán braucht es keine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik, eine Verteilung der Asylbewerber auf die EU-Mitgliedstaaten nach verbindlichen Quoten lehnt er vehement ab. "Wer immer Migranten braucht, kann sie nehmen, doch zwingt sie uns nicht auf, wir brauchen sie nicht." Migration sei für Ungarn "keine Lösung, sondern ein Problem. Nicht Medizin, sondern ein Gift, wir wollen es nicht und schlucken es nicht".

Kern war nach Budapest gereist, um das Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn zu besprechen - es war zuletzt wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Flüchtlingsfrage belastet: Österreich hatte Orbán in der Vergangenheit mitunter heftig für seine Politik der Abschottung kritisiert. Nun sagte Kern bei der gemeinsamen Pressekonferenz: "Wir sind auf einem sehr guten Weg, ein neues Kapitel zu einer offenen und transparenten Zusammenarbeit zu beginnen."

Die Regierungschefs beschlossen, dass Österreich 20 Polizisten nach Ungarn schickt, die dem Nachbarn bei der Sicherung der Grenze zu Serbien helfen sollen. Darüber hinaus sollen zivile Organisationen und Helfer in die Versorgung jener Flüchtlinge eingebunden werden, die derzeit an der ungarisch-serbischen Grenze festsitzen. Rund 1000 Asylsuchende halten sich im serbischen Grenzgebiet zu Ungarn auf, weil Ungarn täglich nur 30 von ihnen auf sein Gebiet lässt.

aar/dpa/AFP

**Load-Date:** July 27, 2016

Orbán bezeichnet Einwanderung als "Gift"

---

End of Document

[Erste Syrien-Flüchtlinge in Hannover gelandet;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/erste-syrien-fluechtlinge-in-hannover-gelandet-a-1085295.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/erste-syrien-fluechtlinge-in-hannover-gelandet-a-1085295.html)

SPIEGEL ONLINE

04. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 267 words

**Byline:** mxw/AFP/Reuters

**Highlight:** 10:47:00 Seit Montagmorgen greift der Flüchtlingspakt mit der Türkei: In Griechenland wurden die ersten Migranten in das Nachbarland abgeschoben, im Gegenzug landeten nun die ersten Asylbewerber in Deutschland.

## Body

---

In Hannover sind am Montag die ersten syrischen Flüchtlinge gelandet, die legal auf direktem Weg aus der Türkei in die Europäische Union einreisen durften. 16 Migranten seien am Morgen in einer Linienmaschine gelandet, sagte ein Sprecher der Bundespolizei. Sie würden nun mit einem Bus zunächst in das Erstaufnahmelaager Friedland bei Göttingen gebracht, bevor sie auf die Bundesländer verteilt werden.

Gegen Viertel nach zwölf werde ein weiteres Kontingent von 16 Personen erwartet, sagte der Sprecher weiter. Allerdings könne die Zahl noch variieren. Ursprünglich waren rund 40 Flüchtlinge für Montag angekündigt worden.

Das Abkommen der EU mit der Türkei sieht vor, alle seit dem 20. März in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge, die dort kein Asyl beantragen, in die Türkei zurückzuschicken. Im Gegenzug will die EU für jeden abgeschobenen Syrer einen syrischen Flüchtling aus der Türkei aufnehmen.

### Abschiebungen in Griechenland

Entsprechend hatte am frühen Montagmorgen die Abschiebung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei begonnen. Ein Mitarbeiter der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sagte SPIEGEL ONLINE, bei den abgeschobenen Flüchtlingen handle es sich um Pakistaner und Bangadeschi. Es sollen zwei Syrer an Bord der Fähren gebracht worden sein, die aber freiwillig mitgefahren seien.

In Griechenland sitzen seit der Schließung der Grenze zu Mazedonien rund 50.000 Flüchtlinge fest. Die Mehrzahl kam vor dem Deal zwischen der Türkei und der EU ins Land. Rund 5000 Flüchtlinge sind erst nach der Vereinbarung angekommen.

mxw/AFP/Reuters

Erste Syrien-Flüchtlinge in Hannover gelandet <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/erste-syrien-fluechtlinge-in-hannover-gelandet-a-1085295.html>

**Load-Date:** April 4, 2016

---

End of Document

[Kontrollen an der deutschen Grenze bleiben;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutschland-  
kontrolliert-weiter-seine-grenzen-a-1057440.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutschland-kontrolliert-weiter-seine-grenzen-a-1057440.html)

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 287 words

**Byline:** Andreas Ulrich

**Highlight:** An den Grenzen wird weiter kontrolliert: Bundesinnenminister de Maizière hat Brüssel informiert, dass man wegen der hohen Flüchtlingszahlen vor allem die Übergänge von Österreich überwachen werde - erst mal bis zum 1. November.

## Body

---

Deutschland wird weiterhin seine Grenzen kontrollieren. In einem Schreiben informierte Bundesinnenminister Thomas de Maizière den EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Dimitris Avramopoulos, dass die Kontrollen an den deutschen Binnengrenzen um weitere 20 Tage bis zum 1. November verlängert würden. Das betreffe vor allem die Grenzen zu Österreich.

Wegen des "weiterhin ungesteuerten immensen und nahezu ungebrochenen Zustroms von Drittstaatsangehörigen" und der zu "wahren Sicherheit und Ordnung" sei es erforderlich, diese Maßnahme fortzuführen, heißt es in dem Schreiben.

Wie aus einem internen Bericht der Bundespolizei hervorgeht, ist der Seeweg über die Ägäis weiterhin die Hauptroute der Flüchtlinge. Je nach Wetterlage landeten täglich 1000 bis 4800 Flüchtlinge auf den griechischen Inseln.

Italienische Inseln erreicht vom 1. Januar bis 7. Oktober bei 895 Anlandungen 134.657 Migranten, rund 10.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Während Syrer dort mit 42.323 Personen im Jahr 2014 noch den Hauptteil der insgesamt 170.100 festgestellten Migranten ausmachten, stellen sie im aktuellen Berichtszeitraum mit nur 7076 von 134.657 festgestellten unerlaubt Einreisenden einen verhältnismäßig kleinen Teil dar.

Im Vergleich zur Balkanroute entwickeln sich die Zahlen der festgestellten Migranten, die die Flüchtlingsroute über Italien wählen, rückläufig. Dort kommen derzeit hauptsächlich Menschen aus afrikanischen Ländern wie Eritrea, Nigeria und Sudan an.

Österreich registrierte vom 5. September bis 5. Oktober 221.148 Flüchtlinge bei der Einreise; nur 3,8 Prozent von ihnen stellten dort einen Asylantrag. Aus Deutschland reisten in diesem Zeitraum rund 32.000 Flüchtlinge Richtung Skandinavien aus.

Kontrollen an der deutschen Grenze bleiben <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-deutschland-kontrolliert-weiter-seine-grenzen-a-1057440.html>

**Load-Date:** October 19, 2015

---

End of Document

## Was haben wir schon geschafft?

SPIEGEL ONLINE

31. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1782 words

**Byline:** Philipp Wittrock

**Highlight:** Vor einem Jahr gab Angela Merkel in der Flüchtlingskrise ihre umstrittene Losung aus: "Wir schaffen das." Hat die Kanzlerin recht behalten? Die Bilanz.

### Body

---

Drei Worte spalten Deutschland. "Wir schaffen das." Genau ein Jahr ist es her, dass Angela Merkel ihr Motto zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vorgab. Auch wenn viele ihrer Kritiker ihren "Satz des Anpackens", wie sie ihn jetzt im Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" nennt, nicht mehr hören können - die Kanzlerin bleibt dabei.

Deutschland habe schon viel erreicht, sagt Merkel heute, aber es sei auch noch viel zu tun. Wo also stehen wir? Was haben wir geschafft? Und was nicht?

#### Flüchtlingszahlen

Mehr als eine Million Menschen kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland - aus Syrien, dem Irak, aus Afghanistan, Nordafrika, vom Balkan. Auch die Kanzlerin, die sich so vehement gegen die von der CSU geforderte Obergrenze wehrte, versprach schon bald, die Flüchtlingszahlen "spürbar" zu reduzieren.

Das ist gelungen, auch wenn es nicht Merkels Verdienst ist. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden rund 220.000 Migranten neu registriert. Die Zahlen sind Monat für Monat gesunken, im Januar waren es im bundesweiten Erfassungssystem Easy noch rund 92.000, zuletzt im Juli etwa 16.000.

Die Gründe: Die südosteuropäischen Staaten haben nach Monaten des Chaos die Balkanroute abgeriegelt - in Eigenregie. Zudem hält die Türkei im Rahmen eines moralisch zweifelhaften Deals Flüchtlinge von der Weiterreise nach Europa ab.

Ob dieser Pakt hält, ist nach dem Putschversuch in der Türkei ungewisser denn je. Dazu herrscht weiterhin der Krieg in Syrien, der Migrationsdruck bleibt also hoch. Die Flüchtlinge suchen nach alternativen Routen.

#### Asylverfahren

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wurde in der Flüchtlingskrise zum Inbegriff des Behördenversagens. Inzwischen ist man "deutlich leistungsfähiger" geworden, wie Chef Frank-Jürgen Weise sagt. Hatte das Amt Anfang 2015 noch 2300 Mitarbeiter sind es nun 8000, Dutzende neue Standorte wurden eröffnet.



## Was haben wir schon geschafft?

In den ersten sieben Monaten dieses Jahres traf das Bamf mehr als 330.000 Asylentscheidungen. Das ist eine Steigerung um 146 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Doch wahr ist auch: Der Berg nicht entschiedener Anträge ist auf mehr als eine halbe Million angewachsen. Es wird entgegen ursprünglicher Pläne nicht bis zum Jahresende gelingen, diesen abzubauen. Grund sollen die zahlreichen komplizierten Altfälle sein, die auch die durchschnittliche Verfahrensdauer weiter nach oben treiben - auf über sechs Monate. Neufälle dagegen würden laut Weise möglichst binnen 48 Stunden entschieden.

Immerhin: Bis Ende September, so Weises Plan, sollen alle Flüchtlinge im Land überhaupt einen Asylantrag gestellt haben können.

### Unterbringung

Das Chaos gehört der Vergangenheit an. Deutschland hat rund eine Million Flüchtlinge untergebracht. Bundesweit gibt es Tausende freie Plätze in Notunterkünften, ein Großteil der zwischenzeitlich etwa 1000 umfunktionierten Turnhallen wurde wieder freigegeben. Die Flüchtlinge konnten in sogenannte Regelunterkünfte umziehen. Allerdings sind auch die oft nur ein Provisorium, zum Beispiel Container.

In kleineren Städten klappt die Unterbringung besser als in den Metropolregionen. In Nordrhein-Westfalen etwa, so berichtete es jüngst der WDR, würden noch immer 9000 Menschen in Notunterkünften wohnen, obwohl in normalen Unterkünften fast 14.000 Plätze frei seien.

In Berlin sind weiterhin Dutzende Turnhallen blockiert, hier leben laut Behörden noch mehr als 5000 Menschen. Dabei hatte die Senatsverwaltung versprochen, dass die Hallen bis zum Beginn des neuen Schuljahres wieder frei sind. Das wird nun noch Monate dauern. Insgesamt leben in der Hauptstadt noch 23.600 Flüchtlinge in Notunterkünften, etwa in den Hangars des alten Flughafens Tempelhof. Für sie sollen 60 neue Gemeinschaftsunterkünfte entstehen.

Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) hat die Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2018 verdreifacht. Die SPD-Politikerin hat auch eine Grundgesetzänderung ins Spiel gebracht, weil der Bund die Länder nach derzeitiger Rechtslage nur bis 2019 beim sozialen Wohnungsbau unterstützen darf.

### Integration

Hunderttausende neue Mitbürger zu integrieren, das ist die eigentliche Bewährungsprobe. Doch schon beim ersten Schritt hapert es nach wie vor - bei den Sprach- und Integrationskursen. Im April schätzte Bamf-Chef Weise, dass in diesem Jahr rund 200.000 Kursplätze fehlen würden.

Die Bundesregierung hat angekündigt, das Angebot massiv auszuweiten, doch vielerorts mangelt es noch immer an Lehrern - auch weil der Job bislang mäßig bezahlt wurde. Zum 1. Juli wurden die Mindesthonorare für Lehrkräfte daher deutlich angehoben. Doch die Aufgabe bleibt gewaltig: Für 2016 rechnet das Bamf mit rund einer halben Million Kursteilnehmern.

Zugang zu den Kursen haben nur Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive. Fast 80.000 Afghanen etwa, die 2016 bis Ende Juli einen Antrag auf Asyl gestellt haben, sind pauschal von einem Integrationskurs des Bundes ausgeschlossen.

Eine weitere Herausforderung: die Flüchtlingskinder. Laut Kultusministerkonferenz wurden in den Jahren 2014 und 2015 bereits 325.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche ins deutsche Schulsystem integriert, ihr Anteil an der Gesamtschülerschaft beträgt bundesweit im Schnitt zwei Prozent. Für sie braucht es zusätzliche Lehrer und Sozialpädagogen, die auch mit traumatisierten Kindern umzugehen wissen.

Eine SPIEGEL-ONLINE-Umfrage in den Bundesländern ergab im Frühjahr, dass bereits 12.000 neue Lehrkräfte eingestellt wurden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schätzte den Bedarf jedoch auf mehr als 20.000. Dass manche Kultusministerien schon Ruheständler angeschrieben haben, zeigt aber, dass die Bewerber nicht gerade Schlange stehen.

## Was haben wir schon geschafft?

Die Kultusministerkonferenz geht in ihrem aktuellen Bildungsbericht zudem davon aus, dass allein für die 2015 nach Deutschland gekommenen Kinder zusätzlich bis zu 58.000 Kitaplätze benötigt werden. Um die Betreuung sicherzustellen, würden bis zu 9400 zusätzliche Fachkräfte gebraucht.

### Arbeitsmarkt

In der Integrations-Initiative "Wir zusammen" engagieren sich seit einigen Monaten mehr als 100 Unternehmen. Die Zwischenbilanz: Bisher wurden 1800 Praktikumsplätze, mehr als 500 Ausbildungsstellen und über 400 feste Arbeitsplätze mit Flüchtlingen besetzt. Zu wenig, findet auch die Kanzlerin, die die Chefs der großen, deutschen Konzerne für September zum Flüchtlingsgipfel geladen hat.

Bisher konnten sich kaum Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen. Im Juli wurden laut Arbeitsagentur 322.000 geflüchtete Menschen als arbeitsuchend betreut, jene also, deren Asylantrag schon bewilligt ist. Vor der Bewilligung ist der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt. Von den 322.000 Betreuten waren 141.000 arbeitslos. Viele können kaum Deutsch oder haben keine ausreichende Schulbildung. Allerdings ist der größte Teil noch jung - die Hoffnung ist, die Migranten über Ausbildungsangebote in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

### Kriminalität

Die Silvester-Übergriffe von Köln haben die Menschen aufgeschreckt. Hat sich Deutschland mit den Flüchtlingen ein Kriminalitätsproblem ins Land geholt? Natürlich gilt die statistische Wahrscheinlichkeit auch für Flüchtlinge: Unter einer Million Menschen finden sich nun mal einige, die sich nicht an Gesetze halten.

Die Statistik, so wie sie von den Behörden erhoben wird, sagt aber auch: Es sind nicht mehr als in der einheimischen Bevölkerung. Die Zahl der Straftaten stieg 2015 laut Polizeilicher Kriminalstatistik im Vergleich zum Vorjahr um knapp vier Prozent. Grund dafür sind vor allem zunehmende Asyl- und Aufenthaltsdelikte. Rechnet man diese heraus, blieb die Zahl der Straftaten sogar nahezu konstant - obwohl Hunderttausende Menschen mehr im Land waren.

Köln hat auch eine Debatte darüber ausgelöst, wann die Herkunft eines Täters im Zusammenhang mit der Straftat genannt werden sollte. Tatsächlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine bestimmte Gruppe Zuwanderer besonders häufig auffällig wird. So werden laut Bundeskriminalamt (BKA) Migranten aus Algerien, Marokko und Tunesien deutlich häufiger einer Straftat verdächtig als Menschen aus anderen Ländern.

An einer Stelle hat die Flüchtlingskrise für einen Anstieg in der Kriminalstatistik gesorgt. Die Migranten sind hier allerdings nicht die Täter, sondern Opfer. So zählte das BKA in diesem Jahr bislang 665 Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte. 2015 waren es insgesamt 1031, fünfmal mehr als im Vorjahr.

Die Anschläge von Würzburg und Ansbach haben auch ein Schlaglicht auf den möglichen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Terrorgefahr geworfen. Beide Täter kamen als Flüchtlinge ins Land, wenn auch vor der großen Migrationsbewegung im vergangenen Jahr. Beide sind den Sicherheitsbehörden vorher nicht aufgefallen.

Diese gehen immer wieder Hinweisen auf angebliche islamistische Umtriebe von Flüchtlingen nach, zuletzt war von mehr als 400 die Rede, auf konkrete Anschlagplanungen stießen Ermittler bisher nicht. Sorgen bereitet dem Verfassungsschutz, dass radikale Gruppierungen versuchen, in Flüchtlingsunterkünften Nachwuchs anzuwerben.

### Abschiebungen

Ein leidiges Thema der Politik. Die "beschleunigte Rückführung abgelehnter Asylbewerber" gehört zu jedem Aktionsplan. Die Zahl der Abschiebungen ist tatsächlich deutlich gestiegen. Effizient scheint das System aber immer noch nicht zu sein.

Laut Ausländerzentralregister halten sich in Deutschland mehr als 220.000 Menschen auf, die eigentlich zur Ausreise verpflichtet wären. Allein 172.000 werden aber offiziell geduldet, zum Beispiel weil in der Heimat Krieg herrscht.

## Was haben wir schon geschafft?

Andere Gründe, die eine Abschiebung verhindern:

### Politik und Gesellschaft

Die Europäische Union driftet auseinander, CDU und CSU haben sich zerstritten, die AfD feiert Wahlerfolge, bei der anstehenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern könnten die Rechtspopulisten sogar die Christdemokraten überholen.

Die Flüchtlingskrise schüttelt die Politik durch - und sie polarisiert die Gesellschaft. Tausende Deutsche engagieren sich in der Flüchtlingshilfe, springen dort ein, wo die Behörden zu träge oder überlastet sind.

Auf der anderen Seite befürchten viele, dass die Flüchtlinge das Land verändern, ausländerfeindliche Ressentiments brechen sich Bahn, Menschen gehen gegen die angebliche Islamisierung Deutschlands auf die Straße, Bürger versuchen, Flüchtlingsunterkünfte zu verhindern, Politiker werden als "Volksverräter" beschimpft.

"Deutschland wird Deutschland bleiben", hält Kanzlerin Merkel diesen selbst ernannten besorgten Bürgern entgegen, "mit allem, was uns lieb und teuer ist." Doch ob und wann die Risse wieder gekittet werden können, ist völlig ungewiss.

**Load-Date:** September 6, 2016

**[Schwedische Rechtspopulisten verteilen Flyer an Flüchtlinge auf Lesbos;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-rechtspopulisten-starten-  
abschreckungskampagne-auf-lesbos-a-1062010.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-rechtspopulisten-starten-abschreckungskampagne-auf-lesbos-a-1062010.html)**

SPIEGEL ONLINE

10. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 620 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Schweden leide unter Einwanderung, **Flüchtlinge** sollten sich keine Hoffnung auf ein besseres Leben dort machen: Rechtspopulisten verteilen Flyer auf Lesbos. Und tun so, als verträten sie das schwedische Volk.

## Body

---

"Kein Geld, keine Arbeit, kein Zuhause" - so prangt es groß auf Flugzetteln, die derzeit unter **Flüchtlingen** auf der griechischen Insel Lesbos zirkulieren.

Verteilt wird der Schrieb auf Englisch von der rechtspopulistischen Partei Schwedendemokraten. Parteianhänger sind auf die griechischen Inseln gereist, um **Flüchtlinge** davor zu warnen, nach Schweden weiterzuziehen. Insgesamt 20 bis 30 Schwedendemokraten seien in sechs Ländern an Europas Grenzen vor Ort, um die Abschreckungskampagne zu betreiben, heißt es von der Parteiführung.

Auf dem Flugzettel steht weiter: "Sie haben möglicherweise Positives gehört über unser Land und das schwedische Volk. Dass wir freundlich, großzügig und fleißig seien." Und danach: Das möge wahr sein. Aber das Land befinde sich im Zerfall.

Die Rechtspopulisten schrecken im weiteren Text auf dem Flugblatt nicht davor zurück, Stimmung zu machen - gegen Einwanderer selbst. Durch die "Masseneinwanderung" der vergangenen Jahrzehnte sei Schweden zu einem unsicheren Land geworden. So gebe es eine sehr hohe Vergewaltigungsrate und viele Ausschreitungen, heißt es zum Beispiel.

Die Schwedendemokraten, die ihre Wurzeln in der Neonazi-Szene haben, suggerieren ganz zum Ende des Flugblatts, bei dem Schrieb handle es sich um eine Botschaft des gesamten schwedischen Volks - das "schwedische Volk" wird neben den "Schwedendemokraten" und den "Schwedendemokraten-Frauen" als Unterzeichner genannt.

In sozialen Netzwerken und schwedischen Medien herrscht auch deshalb Empörung. Und auch die schwedische Regierung reagierte verärgert auf die Aktion der oppositionellen Partei, die drittstärkste Kraft im Parlament ist. Migrationsminister Morgan Johansson sagte in Richtung der Rechten: "Sie malen ein Bild von Schweden, das nicht

Schwedische Rechtspopulisten verteilen Flyer an Flüchtlinge auf Lesbos  
[http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-rechtspopulisten-starten-abschreckungskamp....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweden-rechtspopulisten-starten-abschreckungskamp...)

wahr ist." Die Schwedendemokraten scheuten vor Lügen nicht zurück, wenn es um Propaganda gehe. Die Aussagen bezeichnete er als "Scheiß".

Die Aktion trifft in eine Zeit, in der auch die sozialdemokratische Regierung in Stockholm um einen Kurs in der Flüchtlingskrise ringt - und in der die Aufnahmebereitschaft auch in der Bevölkerung sinkt. Die rechten Schwedendemokraten kommen in Umfragen auf 20 Prozent, es gibt zahlreiche Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte.

Die Regierung in Stockholm hat jüngst ihre Prognose für die Flüchtlingszahlen erhöht - bis zu 190.000 Menschen könnten bis Jahresende in Schweden um Asyl suchen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl ist das sehr viel - für Deutschland würde das mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge bedeuten.

Erst in der vergangenen Woche hatte sich der schwedische Ministerpräsident Stefan Löfven an die EU gewandt und gefordert, dass Flüchtlinge umverteilt werden. "Wir befinden uns nun in einer extrem angespannten Situation", sagte Löfven. Es sei "an der Zeit, dass andere Länder ihre Verantwortung übernehmen". Der Migrationsminister assistierte umgehend: Man könne keine Unterkünfte mehr garantieren. Asylsuchende sollten umkehren und es in Dänemark oder Deutschland versuchen.

Allerdings hat die dänische Regierung die Regeln für Flüchtlinge verschärft, und auch die Norweger versuchen, den Zuzug von Flüchtlingen zu drosseln. In sozialen Netzwerken warnt die norwegische Regierung insbesondere Flüchtlinge aus Afghanistan davor, nach Norwegen zu reisen - dort würden viele nicht als asylberechtigt anerkannt und müssten zurück. In den vergangenen Wochen sind immer mehr Migranten über die arktische Grenze zu Russland nach Norwegen eingereist - viele von ihnen sind Afghanen.

Für Schweden sieht es nicht nach einem Rückgang aus: Am Montag gab es wieder einen Rekord zu vermelden. Zum ersten Mal beantragten an einem Tag mehr als 2000 Flüchtlinge Asyl in dem skandinavischen Land.

**Load-Date:** November 10, 2015

**[De Maizière will Einwanderung aus dem Westbalkan verhindern;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-  
einwanderung-aus-west-balkan-verhindern-a-1028997.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-einwanderung-aus-west-balkan-verhindern-a-1028997.html)**

SPIEGEL ONLINE

16. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 375 words

**Highlight:** Tausende aus dem Westbalkan kommen nach Deutschland - Recht auf Asyl haben sie meist nicht. Innenminister de Maizière verlangt nun härtere Maßnahmen. Die derzeitige Situation sei "blamabel".

## Body

---

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat verstärkte internationale Bemühungen gefordert, um den Andrang von Asylbewerbern aus Südost- und Osteuropa zu stoppen. "Es muss europäische Aktivitäten geben, wie wir das Problem der Asylbewerber aus Europa in den Griff bekommen", sagte der Innenminister auf einer Tagung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg zum zehnjährigen Jubiläum des Zuwanderungsgesetzes.

"Wir brauchen nicht über Asylbewerber aus Afrika zu reden, wenn wir außerstande sind zu verhindern, dass Menschen aus Europa in Europa Asyl beantragen", sagte er vor Politikern und Fachleuten. "Das ist für Europa blamabel und nicht akzeptabel." Allein im ersten Quartal sei rund die Hälfte der in Deutschland registrierten Asylbewerber aus dem Westbalkan gekommen, sagte de Maizière. Im März 2015 stellten nach Angaben des BAMF mehr als 11.000 Migranten aus dem Kosovo einen Antrag auf Asyl.

Der Zustrom aus dem Westbalkan hat sich im vergangenen Herbst rapide erhöht. Immer noch wissen die Behörden nicht genau, was der Grund ist, dass auf einmal so viele Menschen die Region verlassen, um nach Deutschland zu ziehen. BAMF-Chef Manfred Schmidt hatte in der Vergangenheit davon gesprochen, dass sich der "albanische Mittelstand" aus dem Kosovo in Bewegung gesetzt habe.

Innenminister de Maizière bedauerte, dass in Deutschland neben vielen in der Flüchtlingshilfe engagierten Menschen eine wachsende Minderheit Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen entwickle: "Und Hass sät Gewalt." Der Minister drang auf eine gesamteuropäische Lösung in der Flüchtlingsfrage.

Gerade nach dem jüngsten Flüchtlingsdrama im Mittelmeer sei eine "europäische Antwort" gefragt. Dazu gehöre auch eine europaweit gerechtere Verteilung von Asylbewerbern und EU-weit einheitliche Regelungen. "Dass zehn Länder in der EU überhaupt keine Asylbewerber aufnehmen, während andere überfordert sind, ist vollkommen unakzeptabel", sagte de Maizière.

De Maizière will Einwanderung aus dem Westbalkan verhindern

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-einwanderung-aus-west-balkan-verhindern....>

Unter den europäischen Ländern beherbergt Deutschland in absoluten Zahlen mit Abstand am meisten Flüchtlinge. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl verzeichnen aber Länder wie Schweden und das kleine Malta einen verhältnismäßig größeren Zustrom.

anr/dpa

**Load-Date:** May 11, 2015

---

End of Document

**Tsipras fordert Verteilung von Flüchtlingen auf EU:**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/alexis-tsipras-fordert-fluechtlinge-auf-eu-zu-verteilen-a-1027321.html>**

SPIEGEL ONLINE

07. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 274 words

**Highlight:** Zehntausende **Flüchtlinge** versuchen, über Griechenland nach Europa zu kommen. Damit ist der Staat automatisch für die **Asylanträge** verantwortlich. Regierungschef Tsipras wird das zu viel: Er fordert eine Änderung der EU-**Flüchtlingspolitik**.

## Body

---

Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras hat sich beim EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos beschwert, dass sein Land immer mehr zu einem "Auffanglager" für **Migranten** werde. Er forderte eine gleichmäßige Verteilung der **Flüchtlinge** auf alle EU-Länder. Laut EU-Verordnung muss sich das Land um den **Asylantrag** kümmern, in das der **Asylbewerber** nach Europa einreist.

Eine Änderung der sogenannten Dublin-II-Verordnung ist unter den EU-Staaten höchst umstritten. Avramopoulos will im Mai eine neue Strategie für die europäische Flüchtlingspolitik präsentieren.

Auch die Uno hatte schon gefordert, die reicheren Länder der EU bei der Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere aus Syrien, stärker in die Pflicht zu nehmen. Italien und Griechenland seien überfordert mit dem Flüchtlingsansturm. Die EU-Regeln würden längst unterlaufen. Viele Flüchtlinge werden unregistriert weiter in Richtung Norden gelassen, oft ist dann später nicht mehr nachzuweisen, dass der Flüchtling tatsächlich in Italien angekommen ist.

Der EU-Innenkommissar kritisierte griechische Politiker für deren Drohung, Tausende Migranten nach Europa weiterzuschicken, sollte Athen in der aktuellen Finanzkrise nicht geholfen werden. Man könne die beiden Themen nicht miteinander verbinden, sagte Avramopoulos: "Das geht so nicht."

Zuletzt hatte Außenminister Nikos Kotzias Ende März die Drohung des griechischen Verteidigungsministers Panos Kammenos wieder ins Spiel gebracht, der Berlin mit einer Flüchtlingsschwemme gedroht hatte. "Wenn sich Millionen Menschen auf den Weg machen, weiß niemand, was passiert", so Kotzias.

mxw/kry/dpa

**Load-Date:** April 28, 2015



Tsipras fordert Verteilung von Flüchtlingen auf EU <http://www.spiegel.de/politik/ausland/alexis-tsipras-fordert-fluechtlinge-auf-eu-zu-verteilen-a-1027321.html>

---

End of Document

**[Postbeamte sollen über Asylanträge entscheiden;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-will-300-post-beamte-als-asylentscheider-einstellen-a-1078491.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-will-300-post-beamte-als-asylentscheider-einstellen-a-1078491.html)**

SPIEGEL ONLINE

21. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 298 words

**Byline:** sun

**Highlight:** Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stapeln sich die Anträge. Jetzt sollen laut einem Zeitungsbericht 300 Postbeamte ran.

## Body

---

Die Deutsche Post AG soll dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) mit 300 Asyl-Entscheidern aushelfen. In einer Rundmail, die der "Bild am Sonntag" vorliegt, werden Postbeamte aus dem gehobenen Dienst aufgerufen, für sechs bis zwölf Monate freiwillig zum Bamf zu wechseln.

Dafür bekommen sie eine Brutto-Zulage von 119,05 Euro monatlich. Erwartet werden Konfliktfähigkeit und die Bereitschaft zum Schichtdienst zwischen 7 und 22 Uhr. Bevor die Postbeamten über Asylanträge entscheiden, bekommen sie eine Schulung im Bamf-Qualifizierungszentrum. Die Einarbeitung neuer Entscheider wurde durch die Einrichtung des sogenannten Qualifizierungszentrums stark verkürzt.

Das Bamf schiebt mehr als 770.000 unbearbeitete Asylfälle vor sich her. Im Innenausschuss des Bundestags hatte Behördenchef Frank-Jürgen Weise zugesagt, bis Ende April alle offenen Stellen zu besetzen.

Das Bamf hatte die Zahl der Entscheider zuletzt mehr als verdreifacht: Im Oktober entschieden rund 550 Mitarbeiter über die Asylanträge, mittlerweile sollten es laut Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, 1800 sein.

Lischka begrüßte die geplante Einstellung der Post-Mitarbeiter: "Es geht nicht um Postboten, sondern um Verwaltungsbeamte. Das ist nicht anrühlich. Entscheidend ist, dass ab Mai wirklich alle 7300 Bamf-Stellen und vor allem die 1800 Entscheider-Stellen besetzt sind." Nur so könnten die Asylverfahren endlich kürzer werden.

Für die Betroffenen sei es "schlimm und nicht akzeptabel, so lange zu warten", hatte Weise Anfang Februar gesagt. Fünf Syrer hatten diese Woche in einer bayerischen Unterkunft mit drastischen Mitteln gegen die lange Bearbeitungszeit protestiert. Sie strangulierten sich mit Stoffstreifen, wurden aber rechtzeitig befreit.

sun

Postbeamte sollen über Asylanträge entscheiden <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bamf-will-300-post-beamte-als-asylentscheider-einstellen-a....>

**Load-Date:** February 21, 2016

---

End of Document

## Australien schließt Flüchtlingslager auf Papua-Neuguinea

SPIEGEL ONLINE

17. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 270 words

**Byline:** Christian Teevs

**Highlight:** Der oberste Gerichtshof Papua-Neuguineas hatte das Lager für rechtswidrig erklärt, nun reagiert Australien. Die Regierung in Canberra will Asylbewerber nicht länger auf einer Insel des Pazifikstaats festhalten.

### Body

---

Australien will ein Flüchtlingslager auf der Insel Manus schließen. Darauf habe sich seine Regierung mit Papua-Neuguinea geeinigt, sagte der australische Minister für Einwanderung, Peter Dutton, nach einem Treffen mit dem Regierungschef des Pazifikstaats, Peter O'Neill. Manus ist Teil von Papua-Neuguinea. Ein Datum für die Schließung wurde bislang nicht genannt, der Prozess solle "nicht überstürzt" werden, sondern "umsichtig" vor sich gehen, so Dutton.

Der oberste Gerichtshof Papua-Neuguineas hatte das Lager im April für rechtswidrig erklärt. Die Lagerhaft verstoße gegen das Grundrecht auf persönliche Freiheit und sei deshalb verfassungswidrig und unrechtmäßig.

Die Schließung müsse geordnet vor sich gehen, sagte Dutton nun. "Wir müssen die Interessen der Bevölkerung von Papua-Neuguinea und das Wohlergehen der Asylsuchenden berücksichtigen."

Der Minister betonte jedoch, die Migranten dürften sich nicht in Australien niederlassen. Insgesamt werden noch 854 Migranten auf Manus festgehalten. Ziel der Regierung ist es, sie entweder in Papua-Neuguinea anzusiedeln oder zur Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen.

Menschenrechtsaktivisten kritisieren Australiens Umgang mit Flüchtlingen. Australien lässt grundsätzlich keine Flüchtlinge ins Land, die mit Booten ankommen. Sie werden in Lager auf Manus und auf die Pazifikinsel Nauru gebracht.

Berichten von Amnesty International und Human Rights Watch zufolge werden Flüchtlinge in einem Internierungslager auf Nauru vernachlässigt und attackiert. Die Regierungen von Australien und Nauru wiesen die Anschuldigungen zurück.

cte/dpa

**Load-Date:** August 17, 2016

## Australien schließt Flüchtlingslager auf Papua -Neuguinea

---

End of Document

[Warum Flüchtlinge am Eurotunnel ihr Leben riskieren;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-warum-riskieren-  
fluechtlinge-dort-ihr-leben-a-1046228.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-warum-riskieren-fluechtlinge-dort-ihr-leben-a-1046228.html)

SPIEGEL ONLINE

31. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 928 words

**Byline:** hen/dpa/AFP/Reuters

**Highlight:** Die Flucht durch den Eurotunnel nach Großbritannien ist sehr gefährlich: Allein seit Anfang Juni starben dabei mindestens zehn Menschen. Was zieht dennoch Tausende Menschen hierher? Der Überblick.

## Body

---

Was zieht die Flüchtlinge von Frankreich nach Großbritannien?

Viele Flüchtlinge erhoffen sich in Großbritannien ein besseres Leben und die Aussicht auf einen Job. Die wirtschaftliche Lage ist dort deutlich besser (Arbeitslosenquote: 5,4 Prozent/Februar) als in Frankreich (Arbeitslosenquote: 10,5 Prozent/Februar). Hinzu kommt das abschreckende Asylsystem in Frankreich: Für viele Flüchtlinge gibt es dort wegen chronischer Überfüllung der Unterkünfte kein Dach über dem Kopf, etliche leben auf der Straße, die Bearbeitungszeiten für Asylanträge sind vergleichsweise lang. In Großbritannien fällt zudem die Anerkennungsquote für Asylbewerber höher aus als in Frankreich, allerdings ist dort auch die Zahl der Anträge geringer. Auch die Sprache dürfte eine Rolle spielen: Englisch ist unter den Migranten deutlich stärker verbreitet als Französisch - viele von ihnen sind deshalb überzeugt, dass für sie ein Leben im Vereinigten Königreich leichter wäre als in Frankreich.

Wie viele Menschen warten in Calais auf einen geeigneten Zeitpunkt für die Flucht?

Dazu gibt es keine offiziellen Zahlen, lediglich Schätzungen: Demnach warten zwischen 3000 und 5000 Migranten auf eine solche Gelegenheit. Der Betreiber Eurotunnel hat in diesem Jahr auf der französischen Seite bereits mehr als 37.000 Versuche gezählt, die Grenze illegal zu überqueren. Bislang soll 150 Migranten die Flucht durch den Eurotunnel gelungen sein. Wer scheitert, nimmt danach oft einen erneuten Anlauf. Geschätzt 3000 Migranten, viele von ihnen aus Eritrea, Sudan oder Afghanistan, harren im Flüchtlingslager von Calais aus, das dort von allen "Neuer Dschungel" genannt wird: In dem slumähnlichen Camp auf dem Gelände einer ehemaligen Mülldeponie stehen Zelte, viele Flüchtlinge haben sich notdürftigen Schutz aus Plastikplanen und Ästen gebaut. Die hygienischen Bedingungen gelten als katastrophal: Es gebe dort lediglich 20 Toiletten und 30 Wasserstellen, hatten die Hilfsorganisationen "Médecins du Monde", "Solidarités International", "Secours Catholique" und "Secours Islamique" im Juni erklärt. Die dortigen Lebensbedingungen seien nicht mit den Normen der Vereinten Nationen in Einklang zu bringen: "Sind wir noch in Frankreich?", fragten die Hilfsorganisationen.

Warum Flüchtlinge am Eurotunnel ihr Leben riskieren <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-warum-riskieren-fluechtlinge-dort-ihr-leben-a-1046228.html>

Wie laufen die Fluchtversuche ab?

Nacht für Nacht versuchen Migranten, zum Eurotunnel vorzudringen. Sie klettern über Absperrungen und versuchen auf Lastwagen und Züge zu springen, die unter dem Ärmelkanal nach Großbritannien fahren. Das Gelände vor dem Tunneleingang ist mit 650 Hektar sehr groß und dadurch nur schwer zu sichern. Die Polizei ist mit Suchscheinwerfern und Wärmebildkameras im Einsatz. Sicherheitsteams reparieren rund um die Uhr die Zäune, die sich über eine Länge von 28 Kilometern erstrecken - undichte Stellen gibt es aber immer wieder. Manche Flüchtlinge brechen die Hecktüren der Lastwagen auf, um sich hinter der Fracht zu verstecken, andere springen von Brücken auf die Dächer der Fahrzeuge. Viele Migranten verletzen sich bei den halbsbrecherischen Aktionen, immer wieder enden die riskanten Fluchtversuche tödlich: Allein seit Anfang Juni kamen mindestens zehn Migranten bei ihrem Versuch ums Leben, durch den Eurotunnel nach Großbritannien zu gelangen.

Was tun Frankreich und Großbritannien gegen das Flüchtlingsdrama?

Beide Länder setzen auf eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen. Die Regierung in London will mit mehr Zäunen und Spürhunden auf den Andrang von Flüchtlingen auf der französischen Seite des Tunnels reagieren. "Die Situation ist inakzeptabel", sagte Premier David Cameron am Freitag nach einer Dringlichkeitssitzung von Ministern und Sicherheitsvertretern. "Menschen versuchen illegal in unser Land zu kommen, und hier gibt es Behinderungen für Fernfahrer und Urlauber. Wir werden mehr Zäune, mehr Mittel, mehr Spürhunde-Staffeln schicken." Die Flüchtlingskrise werde "den gesamten Sommer über ein schwieriges Thema" bleiben. Frankreichs Innenminister Bernard Cazeneuve kündigte kürzlich an, zusätzlich 120 Polizisten nach Calais zu schicken.

Was unternimmt der Betreiber des Eurotunnels?

Eurotunnel hat inzwischen die Zahl der privaten Sicherheitsleute erhöht, jüngsten Berichten zufolge liegt sie jetzt bei 200. Sie unterstützen die Polizisten. Nach eigenen Angaben hat der Betreiber seit Jahresbeginn rund 13 Millionen Euro für Sicherheitsmaßnahmen ausgegeben, so viel wie im gesamten Vorjahr. Frankreichs Innenminister Cazeneuve hatte der Unternehmensleitung zuletzt vorgeworfen, angesichts der "sich verschlimmernden Situation" nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen zu haben.

Welche Folgen hat das Fluchtdrama für die Lkw-Fahrer und Transportunternehmen?

Der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung ist seit Wochen alarmiert: Flüchtlinge würden in Gruppen versuchen, "einzelne Lkw regelrecht zu entern", Schlösser und Plomben der Fahrzeuge würden aufgebrochen, die Ladung teilweise aus dem Lkw herausgeworfen, hieß es bereits Mitte Mai. Kunden in Großbritannien würden immer häufiger die Annahme von Waren verweigern, wenn sie "unvollständig, beschädigt oder durch Exkremente beschmutzt" ihr Ziel erreiche. Zudem seien Fahrer mit Gewaltanwendung bedroht worden, wenn sie sich gegen das Eindringen von Migranten auf die Ladefläche wehrten. Als besonders problematisch gilt dem Verband zufolge auch, dass Fahrer und Unternehmen "rechtlich wegen Menschen Schmuggels wie gemeine Schlepperbanden belangt" werden, wenn britische Beamte Flüchtlinge auf den Fahrzeugen finden. Die britische Gesetzgebung sehe eine Unschuldsvermutung nicht vor.

hen/dpa/AFP/Reuters

**Load-Date:** August 1, 2015

### **Schnüffeln gegen Status;**

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-asylbewerber-als-bnd-informanten-a-1074890.html>

SPIEGEL ONLINE

31. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 509 words

**Byline:** Martin Knobbe

**Highlight:** Haben **Asylbewerber** schneller einen Schutzstatus erhalten, weil sie deutschen Geheimdiensten Informationen lieferten? Das Innenministerium dementiert. Ein internes Papier deutet aber genau darauf hin.

## **Body**

---

In den Jahren 2000 bis 2013 sind der Bundesnachrichtendienst (BND) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) an 850 **Asylbewerber** herangetreten, um von ihnen nachrichtendienstliche Informationen abzuschöpfen. Das hatte der SPIEGEL am Samstag berichtet. (Den neuen SPIEGEL finden Sie hier .)

Die Zahl stammt aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken-Fraktion im Parlament. Die Befragungen, so berichtete der SPIEGEL weiter, seien umstritten. Der Grund: Den Flüchtlingen wurde aufgrund der Kooperation mit den Geheimdiensten oft ein Schutzstatus zugesprochen, den sie unter Umständen ohne die Kooperation gar nicht hätten erhalten können.

Das Bundesinnenministerium dementierte daraufhin die Behauptung, dass Flüchtlingen ein Schutzstatus gewährt wurde, nachdem sie vom BND kontaktiert worden waren. Es gebe keinen Zusammenhang. Die Entscheidungen hingen "ausschließlich vom Schutzbedarf" der Flüchtlinge ab, sagte ein Ministeriumssprecher.

Ein vertrauliches Papier aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das dem SPIEGEL vorliegt, beschreibt aber genau diesen Zusammenhang. Es stammt aus dem Jahr 2009 und erklärt die sogenannten Interventionen von Sicherheitsbehörden, also deren Einflussnahme auf die Asylverfahren von Informanten.

Erhöhter Schutzbedarf durch Zusammenarbeit

Diese Interventionen hätten eine lange Tradition, heißt es in dem Papier. Auf Bundesebene würden - Stand 2009 - mehrere Behörden davon Gebrauch machen: der Bundesnachrichtendienst, der Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt (BKA) und die Bundespolizei. "Dabei ist anzumerken, dass auch intern auf Landesebene 'Interventionen' stattfinden, indem Ausländerbehörden auf Bitten der Polizei- und Sicherheitsbehörden der Länder Ausländern einen Bleibestatus gewähren."



Das Schreiben führt auch Beispiele an, warum es durchaus sinnvoll sein kann, Asylbewerbern, die mit den Geheimdiensten zusammenarbeiten, einen Schutzstatus zu gewähren: "Da davon ausgegangen wird, dass eine Verbindung zu einem deutschen Nachrichtendienst für den Asylsuchenden nach Rückkehr in sein Herkunftsland eine Gefährdung darstellen kann, wird diese Kooperation als ein vom Asylsuchenden nicht zu vertretender Nachfluchtgrund gewertet und zieht in der weiteren Folge in der Regel eine positive Entscheidung im Asylverfahren nach sich." Der Schutzbedarf des Flüchtlings hat sich also durch seine Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst erhöht.

Die Verfasser des Papiers weisen am Ende darauf hin, dass die Praxis dieser Interventionen in Fachkreisen bekannt sei, und zitieren ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart zum Fall eines Asylbewerbers aus dem Irak: "Offensichtlich war er aber keine ergiebige Informationsquelle, die abzuschöpfen sich gelohnt hätte, denn sonst wäre einer der Dienste mit Sicherheit an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge herangetreten und hätte sich für ihn eingesetzt. Eine entsprechende Praxis bei wichtigen Informanten ist dem Gericht aus seiner langen Erfahrung mit Asylverfahren bekannt."

**Load-Date:** January 31, 2016

**Uno drängt auf Umverteilung der Syrien-Flüchtlinge in den Norden Europas;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-draengt-auf-umverteilung-der-syrien-fluechtlinge-a-1023061.html>**

SPIEGEL ONLINE

11. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 744 words

**Highlight:** Die reicheren Länder im Norden Europas sollen von Italien und Griechenland **Flüchtlinge** aus Syrien übernehmen, fordert das UNHCR. Das würde eine Neuordnung der europäischen **Migrationspolitik** bedeuten.

## **Body**

---

Das Uno-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR will die reicheren Länder der EU bei der Aufnahme von **Flüchtlingen** aus dem Bürgerkriegsland Syrien stärker in die Pflicht nehmen. Von dem Plan, der ein einjähriges Pilotprogramm zur "geordneten Neuverteilung" von Süden nach Norden der Syrien-**Flüchtlinge** vorsieht, berichtet der britische "Guardian". Damit sollen die Mittelmeeraanrainer Italien und Griechenland, die nach den geltenden EU-Regeln für Einwanderung alle **Flüchtlinge** aufnehmen müssen, die dort ankommen, entlastet werden.

Nach der Dublin-Verordnung ist das EU-Land für Registrierung und Bearbeitung eines **Asyl-** oder **Flüchtlingsschutzantrags** zuständig, in dem der **Flüchtling** europäischen Boden betreten hat. Das sind naturgemäß vor allem die Mittelmeeraanrainer Italien und Griechenland.

In der Realität werden diese Regeln längst unterlaufen oder nicht mehr angewandt - nur ein Teil der Migranten bleibt in dem Land, in dem sie angekommen sind. Italien zum Beispiel lässt viele Flüchtlinge unregistriert weiter in Richtung Norden ziehen, weil es sich dem Ansturm nicht gewachsen fühlt. Oft ist dann später nicht mehr nachzuweisen, dass der Flüchtling tatsächlich in Italien angekommen ist. Nach Griechenland schieben Deutschland und andere EU-Staaten Flüchtlinge nicht mehr ab, weil dort das Asylsystem nicht funktioniert und die Zustände in den Auffanglagern für Migranten katastrophal sind.

UNHCR hat Appell an EU-Politiker versandt

Der UNHCR-Vorschlag ist also eine Kritik an den europäischen Regeln für Einwanderung - und stützt die Position der Regierungen in Rom und Athen, die seit Langem auf eine gerechtere Verteilung der Flüchtlingsströme drängen. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk argumentiert auch damit, dass Flüchtlinge aus Syrien sowieso schon Richtung Norden reisten - auch wenn es nicht legal sei. Eine Aufnahme in einem der reicheren Länder gebe den Flüchtlingen bessere Chancen, Arbeit zu finden und ein neues Leben aufzubauen.

Uno drängt auf Umverteilung der Syrien-Flüchtlinge in den Norden Europas  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-draengt-auf-umverteilung-der-syrien-fluechtl...>

Laut "Guardian" wirbt das Uno-Flüchtlingshilfswerk bei zentralen Akteuren der EU für seinen Plan - und hat einen Appell in Briefform an die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und den EU-Kommissar für Migration, Dimitris Avramopoulos, verschickt.

Der Direktor des Europa-Büros des UNHCR, Vincent Cochetel, sagte dem "Guardian", es sei zu befürchten, dass im April wieder viel mehr Flüchtlinge mit Booten versuchten über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Cochetel warnte davor, dass die derzeitige Praxis, vor allem die Italiens, Flüchtlinge unregistriert weiter ziehen zu lassen, auch unter Sicherheitsaspekten bedenklich sei. Nicht alle, die etwa sagten, sie seien syrische Flüchtlinge, seien syrische Flüchtlinge.

Drei Millionen Menschen sind aus Syrien geflohen

Damit spielte der UNHCR-Europadirektor offenbar auf die Gefahr an, dass Terrororganisationen wie der "Islamische Staat" (IS) versuchen könnten, Mitglieder über die Flüchtlingsströme nach Europa zu schleusen, wie der IS gedroht hatte. Bislang gibt es aber zum Beispiel aus Deutschland noch keine Hinweise darauf, dass unter syrischen Flüchtlingen ein Angehöriger der IS-Miliz war. Das Thema ist sehr sensibel. Die Menschen, die vor dem Terror des IS geflohen sind, könnten so unter Generalverdacht geraten.

Der UNHCR-Plan würde laut "Guardian" ein freiwilliges Mitwirken der reicheren EU-Mitgliedsländer voraussetzen. Die Chancen, dass die EU eine solche Idee umsetzen könnte, sind allerdings eher gering. Zwar wird auch in Brüssel über eine Neuordnung der Flüchtlingspolitik nachgedacht, bei einigen Ländern jedoch stoßen Reformideen auf harsche Ablehnung.

Schätzungsweise drei Millionen Menschen sind wegen des seit vier Jahren andauernden Konflikts aus Syrien geflohen - die meisten in Nachbarländer wie Libanon und Jordanien. Zehntausende haben ihren Weg nach Europa gemacht. In Griechenland sind nach Angaben des UNHCR im vergangenen Jahr rund 25.000 Syrer gelandet, in Italien 42.000, in Deutschland waren es 2014 laut Bundesregierung knapp 40.000. Bei der Überfahrt übers Mittelmeer kamen im letzten Jahr rund 3000 Migranten ums Leben.

Zusammengefasst: Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR drängt die reicheren nördlichen EU Staaten, von Italien und Griechenland Syrien-Flüchtlinge zu übernehmen. Damit soll der Flüchtlingsstrom nach Europa gerechter verteilt werden - und die Migranten sollen so bessere Chancen bekommen, zum Beispiel Arbeit zu finden.

anr

**Load-Date:** March 19, 2015

**Tausende Flüchtlinge stecken an mazedonischer Grenze fest;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-tausende-fluechtlinge-stecken-an-grenze-zu-mazedonien-fest-a-1078598.html>**

SPIEGEL ONLINE

22. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 445 words

**Byline:** kev/dpa

**Highlight:** Mazedonien will nur noch syrische und irakische **Flüchtlinge** passieren lassen. Tausende **Asylsuchende** harren nun auf der griechischen Seite ihrer Weiterreise. Athen ist empört.

## **Body**

---

Sie kauern am Straßenrand, hüllen sich in Decken, versuchen, auf offener Wiese ein bisschen Schlaf zu finden. Mehr als 5000 **Flüchtlinge** warten mittlerweile an der griechisch-mazedonischen Grenze. Ob und wann sie weiter dürfen, wissen sie nicht.

Am Sonntag hat Mazedonien seine Grenzen für Migranten aus Afghanistan gesperrt. Seither dürfen nur noch Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak ins Land. Auf griechischer Seite harren nun immer mehr Menschen aus - das bestätigte der stellvertretende Migrationsminister Ioannis Mouzalas.

Eine Entspannung der Situation ist nicht in Sicht. So kamen seit Montagmorgen über 4000 Flüchtlinge und Migranten in der griechischen Hafenstadt Piräus an. Sie waren an Bord von drei Fähren und wollten über Nordgriechenland weiter nach Mitteleuropa fahren. Eigentlich sollten Busse die Hilfesuchenden abholen, doch offenbar kam keines der Fahrzeuge - so berichten es mehrere Medien übereinstimmend. Es heißt, die Polizei wolle einen noch größeren Stau an der Grenze zu Mazedonien verhindern.

Griechenland kritisiert den Kurs des Nachbarlandes. Mazedoniens Handeln sei "nicht im Einklang mit den Vereinbarungen des jüngsten Gipfels der EU", sagte Vizeminister Mouzalas. Die EU hatte vergangenen Donnerstag beschlossen, dass bis zum neuen Migrationsgipfel Anfang März die Grenzen für Flüchtlinge aus dem Irak, Syrien und Afghanistan auf der Balkanroute offen bleiben.

Griechische Regierung nicht informiert

Die mazedonische Seite lässt nach griechischen Informationen Afghanen nicht weiterreisen, weil Serbien wiederum seine Grenze für Afghanen seit Sonntag geschlossen halte. Die griechische Regierung wurde von Mazedonien nicht offiziell über den Schritt informiert, verlautete es am Wochenende aus Regierungskreisen in Athen.

## Tausende Flüchtlinge stecken an mazedonischer Grenze fest

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-tausende-fluechtlinge-stecken-an-grenze-zu-mazedoni...>

Die Lage an der griechisch-mazedonischen Grenze ist seit Langem angespannt. Mitte November hatten die mazedonischen Behörden entschieden, nur noch Syrer, Iraker und Afghanen auf ihrer Flucht nach Europa durchzulassen. Seit Ende Januar dürfen nur noch Flüchtlinge die Grenze überqueren, die in Deutschland oder Österreich einen Asylantrag stellen wollen. Mazedonien hat zudem mit dem Bau eines zweiten Stacheldrahtzauns an der Grenze zu Griechenland begonnen, um illegale Grenzübertritte zu verhindern.

Griechenland steht in der EU seit Monaten unter Druck, weil über das Land Hunderttausende Flüchtlinge ungehindert die Balkanroute Richtung Norden nehmen konnten. Die vier Visegrád-Staaten Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei verlangen nun eine Senkung der Flüchtlingszahlen bis Mitte März. Sonst wollen sie darauf dringen, die Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland abzuriegeln.

kev/dpa

**Load-Date:** February 22, 2016

---

End of Document

[Polizei räumt Flüchtlingslager in Idomeni;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-griechenland-beginnt-mit-raeumung-von-fluechtlingslager-a-1093759.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-griechenland-beginnt-mit-raeumung-von-fluechtlingslager-a-1093759.html)

SPIEGEL ONLINE

24. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 534 words

**Byline:** aar/anr/dpa/AP

**Highlight:** 05:54:00 Das Gelände ist abgesperrt, Hunderte Polizisten sind Medienberichten zufolge im Einsatz: Die Behörden in Griechenland haben angefangen, das Flüchtlingscamp in Idomeni zu evakuieren.

## Body

---

Griechenland lässt das provisorische Flüchtlingscamp in Idomeni an der Grenze zu Mazedonien räumen: Einheiten der Bereitschaftspolizei sperrten am frühen Dienstagmorgen das Gelände weiträumig ab, ein Hubschrauber überflog die Gegend. Journalisten mussten das Lager verlassen.

Griechischen Medienberichten zufolge sind rund 1400 Polizisten beteiligt. Ziel der Aktion ist es, die etwa 9000 Menschen in der provisorischen Zeltstadt binnen zehn Tagen in andere Einrichtungen in der Gegend um die Stadt Thessaloniki zu bringen. Dort wären sie besser untergebracht und könnten Gesundheits- wie Asylrichtungen schneller erreichen. Die meisten Flüchtlinge harren in Idomeni aus, weil sie darauf hoffen, dass die sogenannte Balkanroute wieder geöffnet werden könnte - und sie dann nach Mitteleuropa weiterreisen könnten. Gewalt will die Regierung in Athen bei der Räumung des Camps nicht anwenden.

Wie SPIEGEL-ONLINE-Korrespondent Giorgos Christides von der Polizei erfahren hat, wurde der genaue Plan, wie die Evakuierung ablaufen soll, in der vergangenen Nacht beschlossen. Demnach soll die Räumung des Camps in drei Phasen ablaufen. Zuerst solle der westliche Teil des Flüchtlingslagers evakuiert werden, anschließend sollen die Bahngleise, wo Migranten schlafen, geräumt werden. Erst zuletzt soll das Hauptcamp evakuiert werden.

Bis zum Vormittag lief die Räumung des Camps Medienberichten zufolge ruhig ab. Das griechische Staatsfernsehen (ERT) zeigte erste Videoaufnahmen aus dem Lager. Migranten und Flüchtlinge sammelten ihr Hab und Gut und stiegen in Busse ein, um in organisierte Auffanglager gefahren zu werden. Dieses Bild ergab sich auch aus Fernsehaufnahmen, die von der mazedonischen Seite der Grenze aus gedreht wurden. Polizisten sprachen mit Migranten, Busse standen bereit. Die ersten Busse haben bereits Idomeni verlassen. Reporter zählten neun Busse. Die Migranten winkten ihnen aus den Bussen zu.

In den vergangenen Monaten hatte die griechische Regierung eine Räumung des Camps durch die Polizei abgelehnt. Zu groß waren die Befürchtungen, Flüchtlinge oder Beamte könnten dabei verletzt werden.

Polizei räumt Flüchtlingslager in Idomeni <http://www.spiegel.de/politik/ausland/idomeni-griechenland-beginnt-mit-raeumung-von-fluechtlingslager-a-1093759.html>

Die Entscheidung für die Räumung durch die Polizei war am späten Sonntagabend gefallen. Der Druck durch Medien und Opposition war in den vergangenen Wochen gewachsen, zudem war es vor knapp einer Woche zu heftigen gewalttätigen Zwischenfällen im Camp gekommen.

Nach der Ankündigung der Räumungsaktion hatten bereits Dutzende Migranten Idomeni verlassen: Einige versteckten sich offenbar in den Feldern der Region, andere fuhren freiwillig in neue Lager.

Das Flüchtlingscamp in Idomeni war nach der stufenweise Schließung der Balkanroute im Februar und dem Bau eines Zauns seitens Mazedoniens entstanden. Bis zu 15.000 Menschen harnten im März in der Region aus.

Medien berichteten von Drogenhandel und Prostitution in dem, wie sie es nannten, "Ghetto" von Idomeni. Zudem sperren radikalisierte Migranten die wichtige Eisenbahnverbindung Griechenlands nach Norden. Mehr als 300 Güterwaggons sind auf beiden Seiten der Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien steckengeblieben. Die Importeure und Exporteure beklagen Verluste in Millionenhöhe.

aar/anr/dpa/AP

**Load-Date:** May 24, 2016

---

End of Document

## Unbegleitete Flüchtlingskinder aus Calais erreichen Großbritannien

SPIEGEL ONLINE

16. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 387 words

**Byline:** Yasmin El-Sharif

**Highlight:** Aus dem "Dschungel" ins ersehnte Großbritannien: Die ersten minderjährigen **Flüchtlinge** durften aus dem Elendslager im französischen Calais zu Verwandten im Vereinigten Königreich ausreisen.

### Body

---

Das berüchtigte **Flüchtlingslager** von Calais soll bald geräumt werden. Bevor es endgültig soweit ist, gab es gute Nachrichten für die ersten unbegleiteten Minderjährigen: Ihnen ist die ersehnte Ausreise nach Großbritannien genehmigt worden. "Fünf syrische Minderjährige und ein afghanischer Minderjähriger wurden gerade nach Großbritannien gebracht", sagte ein Sprecher der Präfektur von Calais am Wochenende. Am Montag sollten zehn jugendliche **Flüchtlinge** folgen und am Dienstag etwa zehn weitere.

Die Genehmigung wurde Jugendlichen erteilt, die in Großbritannien Angehörige haben. Es gebe aber keine Übereinkunft mit der Regierung in London über ein umfassenderes Umsiedlungsprogramm, sagte der Präfektursprecher.

Der französische Innenminister Bernard Cazeneuve hatte Großbritannien aufgerufen, seiner "moralischen Pflicht" nachzukommen und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit Verwandten im Vereinigten Königreich aufzunehmen.

Das Lager in der nordfranzösischen Küstenstadt Calais ist unter dem Namen "Dschungel" bekannt. Hier leben Schätzungen zufolge bis zu 10.000 Flüchtlinge und Migranten aus Afrika, dem Nahen Osten und Asien unter prekären Umständen. Nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR zählen dazu mehr als 1200 unbegleitete Flüchtlingskinder. Laut britischem Roten Kreuz wurden bereits 178 unbegleitete Minderjährige im "Dschungel" identifiziert, die wegen verwandtschaftlicher Beziehungen nach Großbritannien dort Asyl beantragen könnten.

Eine Mauer wird gebaut

Die französische Regierung will das Lager in Calais bald räumen und die Bewohner in ordentlichen Unterkünften in ganz Frankreich unterbringen. Allerdings wollen viele Flüchtlinge genau das nicht. Sie hoffen von Calais aus auf Fähren über den Ärmelkanal oder durch den Eurotunnel heimlich nach Großbritannien zu gelangen.



## Unbegleitete Flüchtlingskinder aus Calais erreichen Großbritannien

Am Samstag wurde mit dem Bau einer Mauer begonnen, die Migranten den Zugang zum Hafen von Calais abschneiden soll. Die ersten der vier Meter hohen Mauerblöcke wurden aufgestellt, wie ein Reporter der Nachrichtenagentur AFP berichtete. Der Bau soll bis Jahresende vollendet sein.

Tausende Migranten halten sich im französischen Flüchtlingslager Calais auf. Sie sollen nun auf das ganze Land verteilt werden. Die Regierung will bis Ende des Jahres 12.000 neue Aufnahmeplätze schaffen.

yes/AFP

**Load-Date:** October 16, 2016

---

End of Document

**Minister fordert vom Bund ehrliche Flüchtlingszahlen;  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-schleswig-holstein-fordert-vom-bund-ehrliche-zahlen-a-1024101.html>**

SPIEGEL ONLINE

18. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 280 words

**Highlight:** Nach Deutschland kommen mehr **Flüchtlinge** - nur wie viele sind es? Schleswig-Holsteins Innenminister wirft dem Bund vor, viel zu niedrige Zahlen vorzulegen.

## **Body**

---

Kiel - Schleswig-Holsteins Landesregierung hält die vom Bund vorhergesagten **Flüchtlingszahlen** für deutlich zu niedrig. "Ich bin derzeit weit entfernt von den Zahlen des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge**", sagte Innenminister Stefan Studt (SPD) der Nachrichtenagentur dpa. "Wenn wir unsere Zahlen hochrechnen, müssen wir 2015 in Deutschland mit 500.000 bis 550.000 neuen **Asylbewerbern** rechnen und nicht nur mit 300.000, wie vom Bundesamt angegeben."

Studt forderte den Bund auf, bei den Prognosen ehrlich zu sein. "Wir dürfen nicht die Augen vor der Realität verschließen - eine Vogel-Strauß-Politik hilft uns nicht weiter." Er erwarte vom Bund eine Prognose, an denen sich Länder und Kommunen in ihren Planungen tatsächlich orientieren könnten.

Nach Schleswig-Holstein sind im vergangenen Jahr 7620 Asylbewerber gekommen. Nach dem Vergleich der Zugangszahlen seit Jahresbeginn erwartet das Land im laufenden Jahr bis zu 20.000 - doppelt so viele wie nach der Prognose des Bundesamtes auf den Norden entfallen würden.

Trotz Personalaufstockung reiche die Kapazität im Bundesamt bei weitem nicht, um die angestrebte Fallbearbeitungszeit von 14 Tagen für die sicheren Zustimmungs- und Ablehnungsfälle zu erreichen, sagte Studt.

Im Durchschnitt dauere es viereinhalb bis fünf Monate. Deshalb und wegen zu geringer Erstaufnahmekapazitäten sei es momentan unmöglich, sichere Abschiebefälle gar nicht erst auf die Kommunen zu verteilen, wie vom Bund erwünscht.

Bund und Länder hatten sich zuletzt auf eine Beschleunigung der Asylverfahren verständigt. Dazu erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr Personal.

fab/dpa

Minister fordert vom Bund ehrliche Flüchtlingszahlen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-schleswig-holstein-fordert-vom-bund-ehrliche-zahlen-....>

**Load-Date:** March 19, 2015

---

End of Document

[Cameron droht Flüchtlingen mit Ausweisung:  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-will-fluechtlinge-  
abschrecken-a-1045977.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-will-fluechtlinge-abschrecken-a-1045977.html)

SPIEGEL ONLINE

30. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 382 words

**Byline:** vek/dpa

**Highlight:** Tausende Migranten wollen durch den Eurotunnel von Frankreich nach Großbritannien, in der Nacht sind erneut hundert gescheitert. Premier Cameron will Flüchtlinge radikal abschrecken: "Dies ist kein sicherer Hafen."

## Body

---

Mehr Geld für die Sicherheit am Eingang des Eurotunnels, schärfere Einwanderungsgesetze, Abschreckung: Großbritanniens Premierminister David Cameron will in der Flüchtlingskrise in Calais durchgreifen. Großbritannien werde illegal ins Land gekommene Migranten ausweisen, "damit Leute wissen, dass dies kein sicherer Hafen ist", sagte Cameron der BBC .

Am Mittwochabend haben erneut mehr als hundert Flüchtlinge versucht, durch den Eurotunnel von Frankreich nach Großbritannien zu gelangen. Laut der französischen Nachrichtenagentur AFP haben sie mit den Sicherheitskräften "Katz und Maus gespielt". Die Flüchtlinge hätten für etwa eine Stunde eine Ausfahrt für Personenwagen blockiert, Autofahrer hätten einen anderen Weg fahren müssen.

"Wir verabschieden schon Gesetze, um mehr zu tun, um Großbritannien zu einem Ort zu machen, wo illegale Migranten weniger leicht bleiben können", sagte der Premier bei seinem Besuch in Vietnam. Als Argument führt er unter anderem an, dass die Sicherheit der Reisenden am Ärmelkanal gewährleistet werden müsse: Schon jetzt täten die Behörden alles, um ihnen einen "gefahrlosen und sicheren Urlaub" zu ermöglichen.

Frankreich und Großbritannien müssten Hand in Hand arbeiten, um die Grenze zu schützen, sagte Cameron. Er spreche regelmäßig mit Präsident François Hollande über die Situation. Die Grenzkontrollen auf der französischen Seite seien "unglaublich wichtig". Großbritannien wolle etwa helfen, Zäune zu bauen und in Sicherheit zu investieren.

Immer wieder versuchen Flüchtlinge derzeit , auf wartende Lastwagen oder direkt auf die Züge zu klettern, die durch den Tunnel fahren. Dabei ist am Mittwoch auf der französischen Seite erneut ein Mensch ums Leben gekommen. Das teilte ein Sprecher der Aktiengesellschaft Eurotunnel mit.

Cameron droht Flüchtlingen mit Ausweisung <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-will-fluechtlinge-abschrecken-a-1045977.html>

In Calais hat der Betreiber in diesem Jahr 37.000 Fluchtversuche gezählt. Nach Schätzungen warten zwischen 3000 und 5000 Migranten auf eine Gelegenheit, von dort nach Großbritannien zu gelangen. Sie erhoffen sich dort bessere Asylchancen und Lebensbedingungen als in Frankreich.

Die britische Innenministerin Theresa May kündigte an, sieben Millionen Pfund (9,9 Millionen Euro) zusätzlich bereitzustellen. Mit dem Geld soll die Sicherheit am französischen Eingang des Tunnels erhöht werden.

vek/dpa

**Load-Date:** July 30, 2015

---

End of Document

[Neue Strategie, bekannte Inhalte; http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-politik-fluechtlinge-kommission-kuendigt-neue-strategie-an-a-1021791.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-politik-fluechtlinge-kommission-kuendigt-neue-strategie-an-a-1021791.html)

SPIEGEL ONLINE

04. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 246 words

**Highlight:** Besserer Grenzschutz, Kampf gegen Menschenhändler: Die EU-Kommission will ihre Flüchtlingspolitik überarbeiten - schneller als geplant. Doch es gibt bereits Kritik.

## Body

---

Brüssel - Die EU-Kommission will Mitte Mai eine überarbeitete Strategie für die europäische Flüchtlingspolitik präsentieren. Das ist das Ergebnis eines Treffens der zuständigen Kommissare in Brüssel. Der Vorschlag werde zwei Monate früher kommen als geplant, sagte der Vizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans. "Die jüngsten Ereignisse im Mittelmeer haben die Dringlichkeit unterstrichen."

Ziel sei unter anderem, die Asylpolitik in den Mitgliedstaaten der EU zu vereinheitlichen, die Grenzen besser zu schützen und härter gegen Menschenhändler vorzugehen. Auch sollten Flüchtlinge mehr Möglichkeiten zur legalen Einwanderung nach Europa bekommen. Dafür ist eine Überprüfung der "Blue Card"-Richtlinie angedacht, die insbesondere den Zuzug hochqualifizierter Migranten reguliert.

Der zuständige EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos zeigte sich dafür offen, über die Verteilung der Flüchtlinge zu reden. Er wolle sehen, "ob das geltende System mit Blick auf eine geteilte Verantwortung verbessert werden kann". Bislang legt die Dublin-II-Verordnung fest, dass das Land für den Asylantrag zuständig ist, in das der Asylbewerber in die EU eingereist ist.

Aus dem EU-Parlament kam Kritik. Ska Keller von den Grünen sagte, die EU-Kommission setze immer noch auf "Abschottungsreflexe" wie die Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex und den Kampf gegen illegale Migration.

Video: Wie ein Berliner Start-up Flüchtlingen hilft

epe/dpa

**Load-Date:** March 19, 2015

## Slowenien verschärft Einreisebestimmungen für Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

21. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK

Length: 309 words

### Body

---

Dieser Beitrag wurde am 21.01.2016 auf bento.de veröffentlicht.

Durch Slowenien dürfen künftig nur noch Flüchtlinge reisen, die in Deutschland oder Österreich Asyl beantragen wollen. Das kündigte die **slowenische Innenministerin Vesna Györkösi** nach einer Sondersitzung der Regierung in Ljubljana an. Eine **Obergrenze** für Flüchtlinge habe man aber noch nicht beschlossen. Das Nachbarland Kroatien ist bereits über die neue Regelung informiert worden. **Schon am Donnerstagabend** sollten sie umgesetzt werden. Offen sei, **wie Zagreb reagieren werde.** (Stern)

Welche Länder haben bereits Einschränkungen festgelegt?

**Österreich** hatte am Mittwoch als erstes EU-Land angekündigt, eine Obergrenze für Flüchtlinge festzulegen. Bis 2019 sollen insgesamt **127.500 Asylbewerber** ins Land kommen dürfen, in diesem Jahr maximal 37.500 (50.000 weniger als 2015). Was geschieht, wenn die Grenze überschritten wird, ist unklar. (Tagesschau) **Mazedonien** reagierte darauf mit einer Einschränkung des Flüchtlingstransits, **ebenso Serbien und Kroatien**. Die Länder lassen jetzt nur noch Migranten mit dem Ziel Deutschland oder Österreich passieren. (SPIEGEL ONLINE)

Beobachter glauben, dass nun das **EU-Land Slowenien schnell überfordert sein könnte**, wenn Österreich Menschen zurückschickt. Das Land verfüge über **6.000 Beamte**, die noch dazu im Streik seien. (Der Standard)

Was löste das Vorgehen aus?

Die Staaten entlang der sogenannten Balkanroute befürchten, dass die Begrenzungen im Westen und Norden Europas in ihren Ländern einen **Rückstau an Migranten auslöst**. Die skandinavischen schotteten sich zunehmend gegen Asylbewerber ab. Die Länder befürchten deshalb offenbar, dass Flüchtlinge, die in den Norden wollen, von Deutschland oder Österreich auf die Balkanroute **zurückgeschoben werden.** (SPIEGEL ONLINE)

Einen **Überblick**, an welchen Grenzen kontrolliert wird, haben wir hier.

bento-Newsletter Today

## Slowenien verschärft Einreisebestimmungen für Flüchtlinge

**Load-Date:** September 29, 2020

---

End of Document



## **Amnesty wirft Italien Misshandlung von Flüchtlingen vor**

SPIEGEL ONLINE

03. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 538 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Italienische Polizisten zwingen Flüchtlinge mit Gewalt, in den Registrierzentren ihre Fingerabdrücke abzugeben. Das berichtet Amnesty International. Schuld sei auch der Druck, den die EU ausübe.

### **Body**

---

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat Vorwürfe gegen die italienische Polizei erhoben: Sicherheitskräfte hätten Flüchtlinge mit Schlägen und Elektroschockgeräten zur Abgabe von Fingerabdrücken gezwungen, heißt es in einem Amnesty-Bericht. Die Misshandlungen "liefen in einigen Fällen auf Folter hinaus".

Zu den Misshandlungen kam es laut Amnesty in den so genannten Hotspots - das sind Registrierzentren, die von der EU eingerichtet worden sind. Dort wird den Flüchtlingen der Fingerabdruck abgenommen. Die Daten werden dann gespeichert, um sicherzustellen, dass die Flüchtlinge nicht in einem anderen EU-Land Asyl beantragen. Manche Flüchtlinge wehren sich deshalb dagegen, den Fingerabdruck abzugeben.

Amnesty führte das Verhalten der italienischen Polizei auf die strengen EU-Richtlinien zur Registrierung von neu ankommenden Migranten zurück. "Der Druck der EU auf Italien, mit Flüchtlingen und Migranten hart umzuspringen, hat zu Misshandlungen und unrechtmäßigen Abschiebungen geführt", heißt es in dem Bericht.

"Die EU-Chefs haben die italienischen Behörden an die Grenzen des Legalen - und darüber hinaus - getrieben", sagte der Amnesty-Italienexperte Matteo de Bellis. "Als Konsequenz werden die traumatisierten Menschen fehlerhaften Verfahren und in einigen Fällen abstoßenden Misshandlungen durch die Polizei ausgesetzt."

Die Befunde beruhen auf der Befragung von rund 170 Flüchtlingen. Insgesamt dokumentierte Amnesty 24 Fälle von Misshandlungen, in 16 davon habe die Polizei Flüchtlinge geschlagen. In mehreren Fällen sei auch ein Elektroschockgerät zum Einsatz gekommen, in einem Fall gegen einen 16-jährigen Sudanesen. Ein 27-Jähriger habe berichtet, er habe sich ausziehen müssen und sei an den Genitalien gequält worden.

Amnesty könne nicht jedes Detail der Berichte auf Echtheit überprüfen, sagte de Bellis. "Wir können aber mit Gewissheit sagen, dass es ein Problem mit dem übermäßigen Einsatz von Gewalt durch die Polizei gibt."

Seit Anfang des Jahres wurden den italienischen Behörden zufolge bereits mehr als 153.000 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet und nach Italien gebracht - so viele wie im gesamten Vorjahr. Im Rekordjahr 2014 lag die

## Amnesty wirft Italien Misshandlung von Flüchtlingen vor

Gesamtzahl bei 170.000 Flüchtlingen. Nach Uno-Angaben kamen seit Jahresbeginn mehr als 3800 Menschen bei der gefährlichen Überfahrt ums Leben .

Rund 77.000 Migranten hängen in Südosteuropa fest

Durch die seit dem Frühjahr geschlossene Balkan-Route hängen nach dem jüngsten Lagebericht deutscher Sicherheitsbehörden rund 77.000 Migranten in Südosteuropa fest. Allein in Griechenland befänden sich rund 62.000 Flüchtlinge, von diesen wiederum etwa 15.000 auf den Inseln in der Ägäis, berichtete die "Bild"-Zeitung.

Trotz der geschlossenen Grenzen schafften es Flüchtlinge aber immer wieder, die Sperren zu umgehen oder zu überwinden. In Serbien sei die Zahl der Schutzsuchenden auf dem Weg nach Westeuropa inzwischen auf knapp 6300 gestiegen, Ende Juni waren es noch knapp 2000. Die meisten dieser Flüchtlinge warteten auf Möglichkeiten, die Grenzen zu den Nachbarländern Kroatien oder Ungarn zu passieren.

Mehr zur Lage der Flüchtlinge in Griechenland lesen Sie im folgenden Bericht aus Athen:

aar/AFP/dpa

**Load-Date:** November 3, 2016

[Griechische Behörden verschleppen Abschiebung in die Türkei;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechische-behoerden-  
verschleppen-abschiebung-in-tuerkei-a-1092259.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechische-behoerden-verschleppen-abschiebung-in-tuerkei-a-1092259.html)

SPIEGEL ONLINE

13. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 348 words

**Byline:** Giorgos Christides

**Highlight:** 14:11:00 Ein Kernstück der EU-Flüchtlingspolitik steht nach SPIEGEL-Informationen infrage. Griechische Asylbehörden weigern sich zum Teil, Syrer in die Türkei zurückzuschicken.

## Body

---

Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist zusätzlich gefährdet: Manche syrischen Kriegsflüchtlinge auf den griechischen Inseln können nach SPIEGEL-Informationen offenbar nicht wie geplant in die Türkei abgeschoben werden. Damit steht ein Kernstück des Deals infrage, der momentan wegen des Streits zwischen der EU und Ankara über die Visafreiheit ohnehin kippt.

Der Grund: Alle Migranten können auch unter dem Türkei-Deal weiterhin Asylanträge stellen. Diese sollten dann eigentlich im Schnellverfahren für "unzulässig" erklärt werden, weil die Türkei ein sicheres Drittland sei. Doch die Schnellverfahren, die in Griechenland durchgeführt werden, laufen alles andere als schnell - und auch nicht wie von den europäischen Staats- und Regierungschefs vorgesehen.

In erster Instanz ist seit dem Inkrafttreten des Abkommens im März erst über die Gesuche von rund hundert Personen entschieden worden - sie sind danach ausnahmslos in Berufung gegangen. Doch solange die Verfahren laufen, kann kein Asylbewerber abgeschoben werden. In zweiter Instanz beurteilen griechische Berufungsausschüsse die Fälle. In diesen Tagen sollen die ersten gültigen Bescheide erteilt werden.

Drei voneinander unabhängige Quellen berichten dem SPIEGEL nun, dass viele Mitglieder dieser Ausschüsse dem Türkeiabkommen skeptisch gegenüberstehen und die Bedenken von Rechtsexperten und Menschenrechtlern teilen: Sie zögern, die Türkei als sicheres Drittland anzuerkennen. Mit den Verfahren eng vertraute Kreise berichten demnach, die Berufungsausschüsse hätten zumindest im Fall einiger Syrer bereits entschieden, dass sie nicht in die Türkei abgeschoben werden sollen.

Vermutlich weil sie negative Entscheidungen der griechischen Asylbehörden fürchtet, schickte die EU-Kommission am 5. Mai einen Brief an das griechische Migrationsministerium. Matthias Ruete, der Generaldirektor für Migration der EU-Kommission, erläuterte darin, warum die Türkei sehr wohl als sicheres Drittland betrachtet werden könne. Die 60 Mitglieder der griechischen Berufungsausschüsse erhielten diesen Brief daraufhin als E-Mail weitergeleitet.

Griechische Behörden verschleppen Abschiebung in die Türkei  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-griechische-behoerden-verschleppen-abschiebung-in....>

**Load-Date:** May 13, 2016

---

End of Document

**[Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer - SPD-Zustimmung wächst;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-aydan-oezoguz-fuer-  
mehr-sichere-herkunftsstaaten-a-1047449.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-aydan-oezoguz-fuer-mehr-sichere-herkunftsstaaten-a-1047449.html)**

SPIEGEL ONLINE

10. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 807 words

**Byline:** kev/dpa

**Highlight:** Sollen weitere Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden? Jetzt unterstützen immer mehr SPD-Politiker den Vorschlag. Parteichef Gabriel fordert zudem eine gerechtere Verteilung der **Flüchtlinge** in Europa.

## Body

---

In der SPD wächst die Zustimmung für den Vorschlag, auch Balkanstaaten wie Albanien und den Kosovo als sichere Herkunftsländer einzustufen. Jetzt hat sich auch die Bundesbeauftragte für **Migration** und stellvertretende Parteivorsitzende Aydan Özoguz hinter die Forderung gestellt. "Es geht nicht über den Weg **Asyl**, wenn man eigentlich etwas ganz anderes meint", sagte Özoguz im ARD-"Morgenmagazin". Das Problem sei, dass die **Asylanträge** aus diesen Ländern nicht schnell genug abgearbeitet werden könnten.

Sichere Herkunftsstaaten sind Länder, von denen die Behörden annehmen, dass den Menschen dort politisch keine Gefahr droht ( Lesen Sie hier mehr zu dem Thema ). **Flüchtlinge** aus diesen Staaten können leichter abgeschoben werden. Die Opposition kritisiert jedoch, dass zum Beispiel Roma im Kosovo massiv diskriminiert werden.

Noch in der Vorwoche hatte sich Özoguz deutlich zurückhaltender geäußert. "Ich bleibe da skeptisch", betonte sie da, aber für ihre Partei gelte: "Die SPD wird sich dem nicht verschließen." Jetzt ist auch sie selbst offenbar auf den Kurs ihrer Parteispitze eingeschwenkt. Vor wenigen Tagen hatte sich Parteichef und Vizekanzler Sigmar Gabriel mit den SPD-Ministerpräsidenten auf ein Eckpunktepapier geeinigt, in dem auch von einer Ausweitung der sicheren Herkunftsländer die Rede war. Darauf gab es Kritik aus den eigenen Reihen. Am Wochenende verteidigte Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Linie der Parteiführung: "Die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer auf die Staaten des Westbalkan darf kein Tabuthema sein."

Özoguz nahm bei der Frage nach Diskriminierung die genannten Balkanstaaten in die Pflicht: "Die sind schon länger sicher. Tatsächlich ist es so, dass diese Länder ja in die EU drängen." Die Lage der Roma sei ein Thema, mit dem sich auch Deutschland beschäftigen müsse. "Aber das sind ja auch Hausaufgaben, die diese Länder erledigen müssen, bevor sie tatsächlich Mitglieder der EU sein können", betonte sie. Ein großer Teil der Asylbewerber in Deutschland kommt nicht aus Bürgerkriegsstaaten, sondern etwa aus Albanien und dem Kosovo.

Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer - SPD-Zustimmung wächst  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-aydan-oezoguz-fuer-mehr-sichere-herkunft....>

Vor allem die Union hatte immer wieder gefordert, weitere Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Zuletzt bahnte sich jedoch ein Deal an. Sollte die SPD die Pläne unterstützen, könnten CDU/CSU im Gegenzug einem von den Sozialdemokraten geforderten Einwanderungsgesetz zustimmen.

"Eine Schande für Europa"

Vizekanzler Gabriel warnte vor einer Gefährdung der Freizügigkeit in Europa durch die ungerechte Verteilung von Flüchtlingen. "Der Verzicht auf Grenzkontrollen zwischen den meisten EU-Staaten ist gut für Bürger und auch für die deutsche Wirtschaft und ihre Arbeitsplätze, denn viel Zeit und Geld wird gespart", sagte der Bundeswirtschaftsminister der "Bild"-Zeitung. "Aber diese große Errungenschaft wird unter Druck geraten, wenn alle Flüchtlinge in einige wenige Länder ziehen", warnte Gabriel.

Dann würden viele fordern, "die alten Grenzen wieder hochzuziehen". "Das müssen wir wirklich verhindern", mahnte der SPD-Chef. Es sei "eine Schande für Europa, dass wir nicht in der Lage sind, eine bessere Verteilung von Flüchtlingen sicherzustellen". Deutschland, Schweden und Österreich nehmen derzeit die meisten Flüchtlinge auf. Andere Staaten dagegen nur sehr wenige.

Großbritannien bleibt bei harter Linie

Großbritannien verschärft seine harte Linie in der Asylpolitik weiter. Arbeitgeber, die Flüchtlinge ohne Aufenthaltserlaubnis beschäftigen, sollten "die volle Härte des Gesetzes spüren", sagte Migrationsminister James Brokenshire in der "BBC". Nach Informationen der Zeitung "The Times" plant die Regierung Razzien bei Reinigungsfirmen und auf Baustellen. Großbritannien nimmt derzeit weniger Migranten auf als andere Länder in der Europäischen Union.

Tags zuvor hatte Außenminister Philip Hammond mit harschen Worten die Flüchtlingspolitik der EU kritisiert. "Der Unterschied beim Lebensstandard zwischen Afrika und Europa bedeutet, dass es immer Millionen von Afrikanern geben wird, die eine ökonomische Motivation haben, nach Europa zu kommen", sagte Hammond. Flüchtlinge könnten "ziemlich sicher" sein, dass sie aus der EU nicht zurückgeschickt würden.

Hammond erklärte, die Mitgliedstaaten müssten härter gegen Flüchtlinge vorgehen. "Jetzt haben wir keine nachhaltige Situation, weil Europa sich nicht selbst schützen kann, seinen Lebensstandard und seine soziale Infrastruktur, wenn es Millionen von Migranten aus Afrika aufnehmen muss."

Zusammengefasst: Die Migrationsbeauftragte des Bundesregierung, Aydan Özoguz, hat die Forderung unterstützt, auch Albanien und den Kosovo als sichere Herkunftsländer einzustufen. SPD-Parteichef Sigmar Gabriel mahnte zu mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Flüchtlingen. Großbritannien verschärft seinen Kurs in der Asylpolitik.

kev/dpa

**Load-Date:** August 10, 2015

[Integrationslotsen sollen Asylbewerber betreuen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/troeglitze-sachsen-anhalt-will-integrationslotsen-fuer-fluechtlinge-a-1028424.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/troeglitze-sachsen-anhalt-will-integrationslotsen-fuer-fluechtlinge-a-1028424.html)

SPIEGEL ONLINE

14. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 435 words

**Highlight:** Nach den Vorfällen von Tröglitz will Sachsen-Anhalt die Willkommenskultur für Asylbewerber verbessern. Ehrenamtliche Integrationslotsen sollen Flüchtlingen im Alltag helfen. Kosten: acht Millionen Euro.

## Body

---

Zur besseren Integration von Flüchtlingen sollen sich in Sachsen-Anhalt künftig ehrenamtliche Integrationslotsen um Asylbewerber kümmern und Kontakte zu Behörden und Vereinen herstellen. Diesen Vorschlag wolle Landesinnenminister Holger Stahlknecht (CDU) am Dienstag bei einem Treffen der Landräte unterbreiten. Das berichtet die "Mitteldeutsche Zeitung". "Die Integrationslotsen sollen von den Kommunen berufen werden und eine Aufwandsentschädigung erhalten", sagte Stahlknecht dem Blatt.

Für diese Initiative und für weitere Integrationsprojekte will Stahlknecht dem Bericht zufolge acht Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mit den Integrationslotsen solle nach den Demonstrationen gegen neue Flüchtlingsunterkünfte die Willkommenskultur in Sachsen-Anhalt gestärkt werden.

Dabei spielen laut Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD) auch die Schulen im Land eine wichtige Rolle. Klassen oder Arbeitsgemeinschaften könnten "rausgehen und mithelfen, im Umfeld der Schule eine Willkommenskultur zu schaffen", sagte Dorgerloh.

Ältere Schüler könnten in ihrer Freizeit den Flüchtlingen helfen, sich in ihrer neuen Umgebung zurechtzufinden, und dabei ihre Englischkenntnisse einsetzen. Der Kontakt mit Migranten könne Vorurteile und Ängste abbauen. Entsprechende Pläne für das kommende Schuljahr würden im Ministerium vorbereitet.

In Tröglitz in Sachsen-Anhalt hatten Anfang April Unbekannte einen Brand in einem weitgehend leer stehenden Gebäude gelegt, in dem ab Mai Asylbewerber untergebracht werden sollten. Zuvor war der dortige Bürgermeister wegen Protesten Rechtsextremer gegen Flüchtlinge zurückgetreten.

Im Streit von Bund und Ländern um die Kosten der Flüchtlingsunterbringung strebt die SPD unterdessen eine rasche Lösung an. "Wir werden noch bis zu diesem Sommer die Fragen der Kosten bei der Aufnahme von Flüchtlingen regeln", sagte der Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann der dpa. "Ich bin der Meinung, dass die Aufnahme von Flüchtlingen als Folge internationaler Konflikte eine nationale Aufgabe ist."

Integrationslotsen sollen Asylbewerber betreuen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/troeglitz-sachsen-anhalt-will-integrationslotsen-fuer-fluechtlinge-a-1....>

An den Kommunen dürften die Kosten dafür nicht hängen bleiben. "Wichtige kommunale Dienstleistungen in Bildung, Sport und Kultur dürfen nicht mit der Begründung gestrichen werden, dass die Mittel für die Aufnahme von Flüchtlingen gebraucht werden."

Länder und Gemeinden streben ein Spitzentreffen mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hierzu an. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schätzt, dass dieses Jahr rund 300.000 Flüchtlinge kommen. Die Länder rechnen mit viel mehr und fordern deshalb auch mehr Geld vom Bund.

fab/AFP/dpa

**Load-Date:** May 11, 2015

---

End of Document



**[Bundesratspräsident drängt auf schnellere Asylverfahren;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundeslaender-  
fordern-von-bamf-chef-frank-juergen-weise-zuegige-verfahren-a-  
1075779.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundeslaender-fordern-von-bamf-chef-frank-juergen-weise-zuegige-verfahren-a-1075779.html)**

SPIEGEL ONLINE

05. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 427 words

**Byline:** heb/dpa

**Highlight:** Frank-Jürgen Weise leitet seit fünf Monaten das **Flüchtlingsamt** Bamf, heute will er eine erste Bilanz ziehen. Aus den Bundesländern kommt Druck: "Jetzt muss geliefert werden."

## Body

---

660.000 unerledigte und zum Teil noch gar nicht erfasste **Asylanträge** stapeln sich im Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf). Eine Mammutaufgabe. Frank-Jürgen Weise leitet seit rund fünf Monaten die Behörde, am Freitagvormittag will er eine erste Bilanz der Arbeit des Bundesamtes für 2015 ziehen und einen Ausblick in die Zukunft geben.

Die Bundesländer machen Druck: Der Abbau unbearbeiteter Asylanträge müsse schneller werden, verlangt Bundesratspräsident Stanislaw Tillich (CDU). Dem Bamf stehe endlich mehr Personal zur Verfügung. "Entscheidend ist nun, dass es in den nächsten Wochen und Monaten flächendeckend zu einer wirklichen Beschleunigung der Asylverfahren kommt und die Rückstände abgebaut werden", sagte der sächsische Regierungschef.

Das Nadelöhr Bamf müsse zu "einem großen Entscheidungstor werden", fordert Tillich. Die Pläne Weises, der die Leitung des Amtes erst im September vergangenen Jahres übernommen hatte, seien richtig: "Jetzt muss geliefert werden."

Nach Ansicht der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) dauern Asylverfahren in Deutschland noch immer zu lang. "Wenn ich die Zahlen nüchtern betrachte, stelle ich fest, dass die Situation besser werden muss."

Auf mehr Tempo dringt auch der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD). "Damit Integration erfolgreich sein kann, muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schneller und besser werden." Die bisherigen Anstrengungen des Bundesamtes seien wichtig, reichten aber noch lange nicht aus.

Bundesratspräsident drängt auf schnellere Asylverfahren [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundeslaender-fordern-von-bamf-chef-frank-juergen....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bundeslaender-fordern-von-bamf-chef-frank-juergen...)

Weise und seine Behörde waren immer wieder von den Bundesländern scharf kritisiert worden. Diese forderten flexiblere Arbeitsmodelle und Überstunden. Dreyer etwa hatte gesagt, "Dienst von Montag bis Freitag" gehe in diesen Zeiten nicht mehr.

Ende Januar war dann bekannt geworden, dass die Bamf-Mitarbeiter auch an Samstagen arbeiten sollen. Bis zu 40 Stunden pro Monat müssen die Mitarbeiter gegebenenfalls künftig mehr arbeiten - und dafür auch an Samstagen zur Arbeit kommen. Dafür erhalten sie keinen Freizeitausgleich, sondern eine finanzielle Vergütung.

Der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, Kanzleramtschef Peter Altmaier, bescheinigte dem Bamf Fortschritte. Der neue Behördenchef Weise habe vieles zum Besseren verändert. "Wir werden jetzt von Monat zu Monat mehr Entscheidungen haben, und ich habe die große Hoffnung, im Laufe dieses Jahres mehr Entscheidungen zu treffen, mehr Asylanträge entgegenzunehmen, als Menschen neu nach Deutschland einreisen", sagte Altmaier im RTL-"Nachtjournal".

heb/dpa

**Load-Date:** February 5, 2016

---

End of Document

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlinge-eu-lagert-migrationspolitik-an-nachbarlaender-aus-a-1018858.html>

SPIEGEL ONLINE

17. Februar 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 829 words

**Byline:** Maximilian Popp

**Highlight:** Die EU lagert ihre Migrationspolitik in Nachbarländer aus. In Marokko misshandeln Grenzschrützer die Flüchtlinge, in der Ukraine werden sie in Gefängnisse gesperrt - mit Unterstützung aus Brüssel.

## Body

---

Das Militär kam wie üblich im Morgengrauen. Doch dieses Mal begnügten sich die marokkanischen Soldaten nicht damit, einzelne Flüchtlinge zu verprügeln. Die Operation auf dem Berg Gourougou im Norden Marokkos reichte weiter: Die Soldaten brannten die Zelte der Flüchtlinge nieder, Hunderte Menschen wurden bei der Großrazzia am Dienstag vor einer Woche verhaftet.

Seit Jahren verstecken sich Flüchtlinge in den Wäldern des Berges Gourougou. Sie warten auf eine Gelegenheit, den nahen Grenzzaun zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla zu überwinden. Die marokkanische Regierung hat nun angekündigt, die Camps nicht länger tolerieren zu wollen. Flüchtlinge sollen bereits weit vor der Grenze zu Spanien abgefangen werden.

Marokko erfüllt damit eine Forderung aus Brüssel. Die EU bemüht sich seit Jahren darum, ihre Flüchtlingsabschreckungspolitik in Nachbarstaaten auszulagern. Europäische Politiker beschreiben die EU gerne als "Union des Rechts". Die schmutzige Arbeit der Flüchtlingsabwehr sollen hingegen andere erledigen.

Marokko und andere EU-Partner setzen auf Abschreckung

Marokko erhielt zwischen den Jahren 2007 und 2010 alleine von der EU 68 Millionen Euro, um die Grenze abzusichern. Marokkanische Soldaten misshandeln regelmäßig Flüchtlinge. Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) berichtet von "institutionalisierter Gewalt" gegen Migranten.

Zwischen 2010 und 2012 versorgte MSF 10.500 kranke oder verwundete Flüchtlinge. "Wir fanden Männer mit gebrochenen Armen, gebrochener Nase. Ein Mann war derart schlimm verprügelt worden, dass er eine dreifache Schädelfraktur und eine Hirnblutung hatte", erzählte eine Ärztin.

Europa schreckt ab <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlinge-eu-lagert-migrationspolitik-an-nachbarlaender-aus-a-1018858.html>

Die EU nimmt die Menschenrechtsverletzungen an ihren Rändern hin. Ihr ist vor allem daran gelegen, dass die Asylbewerberzahlen in Europa sinken. An den EU-Außengrenzen hat sich auf diese Weise ein Regime entwickelt, das den vielbeschworenen Werten Europas, Demokratie oder Freiheit etwa, Hohn spricht.

Nicht nur in Marokko werden die Rechte von Flüchtlingen missachtet, fast alle Partner der EU setzen in der Flüchtlingspolitik auf Abschreckung.

#### Ukraine sperrt Flüchtlinge in Gefängnisse

Nach Recherchen des SPIEGEL und des ARD-Magazins "Report Mainz" werden etwa in der Ukraine Flüchtlinge auf der Weiterreise nach Europa in Gefängnisse gesperrt. Selbst Kinder werden zum Teil monatelang rechtswidrig interniert (lesen Sie die Geschichte "Europas Türsteher" aus dem aktuellen SPIEGEL ).

Die EU hat der Ukraine 20 Millionen Euro für den Bau und die Renovierung von Haftanstalten für Flüchtlinge und weiterer temporärer Einrichtungen überwiesen. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) erhielt mehr als acht Millionen Euro, unter anderem, um die ukrainischen Behörden bei der Internierung von irregulären Migranten zu unterstützen. Experten wie Marc Speer vom Verein [bordermonitoring.eu](http://bordermonitoring.eu) kritisieren, das Haftregime solle Migranten auf der Flucht nach Europa abschrecken. "Politik sticht Menschlichkeit", sagt Ilja Todorovic, Vertreter des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) in der Ukraine.

Die Flüchtlingskrise könnte im Zuge des Ukraine-Konflikts nun eskalieren. Die ukrainische Regierung muss fast eine Million ukrainische Binnenflüchtlinge versorgen, die vor den Gefechten zwischen ukrainischen Truppen und Rebellen im Osten des Landes geflohen sind. Der Staat sei kaum dazu in der Lage, zusätzlich für Schutzsuchende aus dem Nahen Osten und afrikanischen Ländern aufzukommen, warnt UNHCR.

"Hier existiert keine Demokratie"

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete schon 2010 über Misshandlung und Folter von Flüchtlingen durch ukrainische Grenzschützer. "Sie schlugen mir mit einer Pistole auf den Kopf. Ich lag auf dem Boden, bewusstlos. Sie zerrten mich in den Schnee. Sie traten mir mit ihren Füßen in den Nacken", zitierte die Organisation einen Flüchtling aus Pakistan.

Mehrere Flüchtlinge gaben gegenüber Human Rights Watch unabhängig voneinander an, mit Elektroschockern gequält worden zu sein. "Sie fesselten mich an einen Stuhl. Sie legten Elektroden an meine Ohren an", sagte ein Afghane. Ein Somalier beklagte, von ukrainischen Sicherheitskräften ausgeraubt und mit dem Tod bedroht worden zu sein. "Hör mir gut zu. Du bist hier in der Ukraine. Nicht in Deutschland. Nicht in England. Hier existiert keine Demokratie", soll der Ukrainer zu ihm gesagt haben. "Falls du lügst, wirst du diesen Ort nicht lebend verlassen."

Die EU ignoriert auch diese Berichte. Die Kommission erklärt auf Nachfrage: "Die Europäische Union unterstützt die Ukraine, um irreguläre Migration und den Umgang mit Asylbewerbern nach besten europäischen Standards handhaben zu können."

In Brüssel wird die Verlagerung der Flüchtlingsabwehr in Kriegsgebiete offensichtlich als humanitärer Akt verstanden.

Mehr zum Thema auch bei "Report Mainz", ARD, Dienstag 21.45 Uhr.

**Load-Date:** March 19, 2015

**Fähren bringen Hunderte Flüchtlinge nach Schweden;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-auf-fahren-auf-dem-weg-nach-schweden-a-1052398.html>**

SPIEGEL ONLINE

11. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 302 words

**Byline:** syd/dpa

**Highlight:** Hunderte **Flüchtlinge** wollen in Schweden **Asyl** beantragen. Weil Dänemark zwischenzeitlich die Grenze dichtgemacht hatte, sind sie nun mit Fähren von Kiel und Rostock auf dem Weg in ihr Wunschland.

## Body

---

In mehreren schwedischen Hafenstädten werden an diesem Freitag Hunderte **Flüchtlinge** erwartet. Sie haben sich mit Fähren von Deutschland aus auf den Weg gemacht.

Etwa 200 Migranten legten am Donnerstagabend mit einer Fähre von Kiel nach Göteborg ab. Nach Angaben der Bundespolizei gingen in Rostock rund 120 Migranten am Nachmittag an Bord einer Fähre mit Ziel Trelleborg. Rund 160 weitere nahmen nach Angaben der Wasserschutzpolizei Rostock am späten Abend Nachtfähren Richtung Schweden.

Die Reise vieler Flüchtlinge nach Skandinavien war am Mittwoch in Flensburg gestoppt worden, weil die dänische Bahn auf Anweisung der Polizei den Zugverkehr zwischen Deutschland und Dänemark vorübergehend eingestellt hatte. Im Laufe des Donnerstags normalisierte sich der Reiseverkehr zwischen beiden Ländern bis auf die Fernzugverbindungen weitgehend.

Die Züge auf der sogenannten Vogelfluglinie konnten nicht auf die Fähren von Puttgarden nach Rødby, weil die dänische Bahngesellschaft sie der Deutschen Bahn dort nicht abnahm. Eine Bahnsprecherin sagte am Abend, sie rechne damit, dass die Verbindung auch am Freitag zunächst nicht wieder aufgenommen werde.

Schweden ist verärgert über den Umgang Dänemarks mit den Asylsuchenden. Die Regierung in Stockholm verlangte vom Nachbarland, dass es die Flüchtlinge, so wie es das Dublin-III-Abkommen vorsieht, registriert. "Alle Länder sollen der Dublin-Verordnung folgen, und das beinhaltet, dass alle Länder Flüchtlinge registrieren sollen", sagte der schwedische Regierungschef Löfven.

Viele Flüchtlinge wollen wegen der strengen Ausländerpolitik nicht in Dänemark Asyl suchen, sondern in Schweden, und hatten sich am Vortag gegenüber den dänischen Behörden geweigert, ihre Daten preiszugeben. Seit Sonntag waren rund 3200 Menschen in Dänemark angekommen.

Fähren bringen Hunderte Flüchtlinge nach Schweden <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-auf-fahren-auf-dem-weg-nach-schweden-a-1052398.html>

syd/dpa

**Load-Date:** September 11, 2015

---

End of Document

**Bundesregierung sieht keine Hinweise auf IS-Terroristen;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/is-keine-hinweise-auf-terroristen-als-asylbewerber-a-1022547.html>**

SPIEGEL ONLINE

09. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 301 words

**Highlight:** Entwarnung der Bundesregierung: Bisher gebe es keine Indizien dafür, dass IS-Terroristen als Asylbewerber nach Deutschland gelangt seien. Ein griechischer Minister hatte gedroht, Flüchtlinge in die Bundesrepublik zu schicken.

## Body

---

Berlin - Wer uns nicht hilft, dem schicken wir Flüchtlinge - so lautete die Mahnung des griechischen Verteidigungsministers Panos Kammenos am Wochenende. Und wenn dann Terroristen des "Islamischen Staats" (IS) darunter wären, sei Europa durch seine Haltung zu Griechenland in der Schuldenfrage selbst dafür verantwortlich. Noch seien zumindest keine IS-Terroristen unter den Asylbewerbern, so die Entwarnung der Bundesregierung.

"Derzeit liegen keine konkreten Hinweise vor, dass sich in dieser Gruppe Terroristen des 'Islamischen Staates' befinden", sagte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums. Personenbezogene Daten, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von jedem Asylbewerber aufnimmt, würden immer sofort mit den Sicherheitsbehörden abgeglichen.

Kammenos hatte am Sonntag in Zusammenhang mit der Diskussion um weitere Finanzhilfen gedroht, sein Land werde illegalen Migranten Papiere ausstellen, damit sie nach Deutschland weiterreisen könnten. So zitierte ihn die Nachrichtenagentur dpa nach einer Sitzung seiner rechtspopulistischen Partei "Unabhängige Griechen".

Bereits vor gut einer Woche hatte Vizeinnenminister Giannis Panousis mit einer ähnlichen Äußerung für Aufsehen gesorgt. Unter anderem hatte die Deutsche Polizeigewerkschaft daraufhin gefordert, Griechenland notfalls aus dem Schengenraum auszuschließen.

Auch der griechische Außenminister Nikos Kotzias hatte am Freitag am Rande des EU-Außenministertreffens in Riga gewarnt, Griechenland könne zum Einfallstor für "Millionen Immigranten und Tausende Dschihadisten" werden, sollte das Land wirtschaftlich zusammenbrechen. Die Finanzminister der Eurozone kommen am Montag in Brüssel zusammen, um über die nächsten Schritte im Umgang mit der Krise in Griechenland zu beraten.

vek/dpa

Bundesregierung sieht keine Hinweise auf IS-Terroristen [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/is-keine-hinweise-auf-terroristen-als-asylbewerber-a-1022547.h....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/is-keine-hinweise-auf-terroristen-als-asylbewerber-a-1022547.h...)

**Load-Date:** March 19, 2015

---

End of Document



<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-raeumt-fluechtlingslager-in-piraeus-und-idomeni-a-1087730.html>

SPIEGEL ONLINE

18. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 515 words

**Byline:** anr/dpa

**Highlight:** 10:38:00 Die griechischen Behörden zeigen Härte: Hunderte **Flüchtlinge**, die am Hafen von Piräus zelten, werden in staatliche Auffanglager gebracht. Auch das Camp auf den Bahnschienen in Idomeni wird aufgelöst.

## Body

---

Die wilden **Flüchtlingscamps** in Piräus und Idomeni sollen aufgelöst werden - die Räumung der Lager hat begonnen: Wie der griechische Fernsehsender Skai berichtete, fuhren in Piräus Busse vor, um 500 der rund 3700 **Flüchtlinge** und **Migranten** in ein nahegelegenes staatliches Auffanglager zu bringen. Bis Ende der Woche soll das wilde Camp aufgelöst sein; in Griechenland beginnt die Touristensaison und der Hafen ist eine der wichtigsten Drehscheiben für die ausländischen Besucher des Landes.

Inwieweit Migranten Widerstand gegen die Räumung leisten, darüber gibt es bislang keine Berichte. Bisher weigerten sich die Menschen, in offizielle staatliche Auffanglager umzusiedeln. Sie kritisierten die Gegebenheiten dort und fürchten, in den Auffanglagern "vergessen" zu werden.

In Idomeni wurden am Montagmorgen die Gruppen von Demonstranten auf den Bahngleisen aufgelöst; allerdings halten sich immer noch viele Menschen direkt an der Strecke auf. Fernsehbilder zeigten, dass die griechische Polizei - wie bisher immer - ohne Gewalt vorging.

Verletzter nach Streit in Piräus

Erstmals seit 31 Tagen könnten am Montag auf der für die griechische Wirtschaft wichtigen Bahnstrecke gen Norden wieder Güterzüge verkehren. So lange hatten die Menschen den Bahn-Grenzübergang bereits blockiert, um die Öffnung der Grenze nach Mazedonien und ihre Weiterreise nach Mitteleuropa zu erzwingen.

In dem improvisierten Flüchtlingslager am Hafen von Piräus war es am Montagfrüh erneut zu Zusammenstößen zwischen Flüchtlingen gekommen. Grund für die Auseinandersetzung war der Streit um ein Handy, wie der Fernsehsender Skai berichtete. Ein Mann wurde demnach mit Verletzungen am Kopf ins Krankenhaus gebracht.

Griechenland räumt Flüchtlingslager <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-raeumt-fluechtlingslager-in-piraeus-und-idomeni-a-1087730.html>

Am Hafen von Piräus lebten seit Monaten zum Teil mehr als 4000 Flüchtlinge und Migranten in einem wilden Camp - sie zelteten und übernachteten in den Wartehallen. Immer wieder kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern.

150 Migranten sollen in die Türkei

Von Lesbos aus werden erstmals seit zwei Wochen wieder Migranten zurück in die Türkei geschickt. Wie der Radiosender Athina 984 berichtete, wurden am Montagmorgen im Hafen der Inselhauptstadt Mytilini 45 Pakistaner an Bord eines türkischen Bootes gebracht, das zur westtürkischen Stadt Dikili übersetzen soll.

Geplant sei, am Montag insgesamt 150 Menschen zurückzuschicken. Im Protest gegen die Rückführung seien Aktivisten ins Hafenbecken gesprungen, um die Abfahrt des Bootes zu verhindern.

Seit Inkrafttreten des Flüchtlingspakts der EU mit der Türkei am 20. März können neu ankommende Flüchtlinge von Griechenland zurück in die Türkei gebracht werden. Zuvor steht ihnen frei, einen Asylantrag zu stellen. Das haben nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks im Registrierzentrum ("Hotspot") von Lesbos mittlerweile fast alle Menschen getan.

Erst wenn die Anträge bearbeitet wurden, können abgelehnte Migranten zurückgeschickt werden. Mangels Personal zieht sich dieser Prozess in die Länge. So wurden seit dem Auftakt der Rückführung am 4. April bisher erst rund 300 Menschen zurückgebracht.

anr/dpa

**Load-Date:** April 18, 2016

---

End of Document

## USA übernehmen Flüchtlinge aus australischen Lagern

SPIEGEL ONLINE

14. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 428 words

**Byline:** Anna-Lena Roth

**Highlight:** Australien ist für seine strikte Asylpolitik bekannt. Nun hat die Regierung ein Abkommen mit Washington geschlossen: Demnach können Flüchtlinge aus den umstrittenen Lagern auf Manus und Nauru in die USA übersiedeln.

### Body

---

Flüchtlinge, die in den umstrittenen australischen Lagern in abgelegenen Pazifikregionen gestrandet sind, können nach den Worten des australischen Premierministers Malcolm Turnbull auf ein neues Leben in den USA hoffen. Das sehe eine Vereinbarung mit Washington vor, sagte Turnbull.

Es sei eine "einmalige Vereinbarung" und betreffe nur die aktuell in den Lagern untergebrachten Migranten. Neuankömmlinge würden nicht berücksichtigt. "Unsere Priorität ist, Frauen, Kinder und Familien umzusiedeln", sagte Turnbull.

Die australische Regierung steht wegen ihrer restriktiven Asylpolitik seit Langem in der Kritik: Sie lässt Flüchtlinge, die per Boot nach Australien kommen, grundsätzlich nicht ins Land. Stattdessen werden die Menschen in Lager auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Manus oder im Inselstaat Nauru gebracht. Dort müssen sie bleiben, selbst wenn ihr Asylantrag für Australien angenommen wird (lesen Sie hier mehr zur Asylpolitik Australien).

Menschenrechtsorganisationen kritisieren immer wieder die Zustände in den Lagern. Es gibt Berichte über Selbstverletzungen, über Folter und Gewalt gegen die Flüchtlinge (sehen Sie hier einen Undercover-Bericht aus Manus).

#### Reaktionen auf das Abkommen

Die Regierung in Nauru äußerte sich positiv über die Vereinbarung zwischen Australien und den USA. Justizminister David Adeang kündigte an, er werde mit beiden Ländern zusammenarbeiten, um einen möglichst reibungslosen Übergang zu ermöglichen.

Auch das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR begrüßte Turnbulls Ankündigung und forderte gleichzeitig, auf lange Sicht müsse für sämtliche Insassen der Lager auf Manus und Nauru eine Lösung gefunden werden.

## USA übernehmen Flüchtlinge aus australischen Lagern

Ein Sprecher der Menschenrechtsorganisation Human Rights Law Center nannte die Erklärung einen "Schritt in die richtige Richtung". Sie sei allerdings zu vage, da sie weder einen Zeitrahmen für die Umsiedlung noch Zahlen nenne. In den beiden Lagern, deren Insassen nun von den USA aufgenommen werden sollen, leben nach ungenauen Schätzungen rund 1500 Migranten.

Laut Turnbull werden in den kommenden Tagen Vertreter des US-Heimatschutzministeriums zu Gesprächen über die Abmachung in Australien erwartet. Er konnte jedoch keine Angabe dazu machen, wie viele Flüchtlinge von der Vereinbarung profitieren und ob die nach dem Amtsantritt des künftigen US-Präsidenten Donald Trump Bestand haben wird. Trump hatte während des Wahlkampfs eine härtere Einwanderungspolitik angekündigt, vor allem gegenüber Muslimen.

aar/dpa/AFP

**Load-Date:** November 14, 2016

---

End of Document

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-kpmg-und-co-sollen-fuer-bamf-asylantraege-bearbeiten-a-1086645.html>

SPIEGEL ONLINE

12. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 463 words

**Byline:** nck

**Highlight:** 07:09:00 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bittet Wirtschaftsprüfungskonzerne um Hilfe bei Asylverfahren. Ab Mai könnten die neuen Mitarbeiter anfangen - ihr Gehalt steht laut einem Bericht schon fest.

## Body

---

Mitarbeiter der vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Deutschland sollen in den kommenden Monaten bei der Bewältigung der Asylverfahren aushelfen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat sich mit dieser Bitte an die Unternehmen gewandt, schreibt das "Handelsblatt" unter Berufung auf Branchenkreise. Das Bamf bestätigte der Zeitung zufolge die Anfrage, die an PricewaterhouseCoopers (PwC), KPMG, EY und Deloitte ging.

Demnach sollen die Prüfungsgesellschaften bei ihren Mitarbeitern für einen zeitweisen Wechsel an den Schreibtisch des Bamf werben. Von Mai an könnten sie für bis zu sechs Monate vom Job freigestellt und in den Asylverfahren eingesetzt werden. Die Bezahlung übernimmt das Bamf. Der Zeitung zufolge bietet das Bundesamt den "Leiharbeitnehmern" eine Bezahlung zwischen 56.000 und 67.000 Euro jährlich.

Die Prüfer unterstützen dem Bericht zufolge den Vorstoß von Behördenchef Frank-Jürgen Weise und ermitteln derzeit die Bereitschaft in ihrer Belegschaft. KPMG sucht gezielt nach Mitarbeitern, die das Prozessmanagement beherrschen, über Verwaltungskenntnisse verfügen und interkulturelle Erfahrungen mitbringen.

Wirtschaftsprüfer müssen Eid ablegen

Die Prüfer würden so zu Nothelfern des überlasteten Flüchtlingsamts. Bamf-Chef Weise ist dringend auf Hilfe angewiesen. Er steht unter hohem Erwartungsdruck der Politik, die Asylverfahren zu beschleunigen. Rund 400.000 Anträge sind unbearbeitet, hinzu kommen geschätzt 300.000 Flüchtlinge, die bald einen Asylantrag stellen werden.

Um schneller zu werden, sollen die Wirtschaftsprüfer mit rund 800 Beamten zusammenarbeiten, die die ehemaligen Staatsunternehmen Telekom und Post bereits an die Asylbehörden ausgeliehen haben. Von Bundesministerien, Bundeswehr, Zoll oder der Arbeitsagentur wird das BAMF mit 1800 Kollegen unterstützt.

Wirtschaftsprüfer sollen Asylanträge bearbeiten <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-kpmg-und-co-sollen-fuer-bamf-asylantraege-bearbeiten-a-10....>

Amtschef Weise will die Zahl an festen Stellen in seiner Behörde von rund 3500 auf 6300 aufstocken. Zusätzlich sollen 1000 befristete Stellen entstehen. Im Personalhaushalt für das laufende Jahr stehen laut "Handelsblatt" dafür rund 320 Millionen Euro zur Verfügung. Der Großteil der Stellen soll bis zur Jahresmitte besetzt sein. Es dürfte der Behörde aber nicht leichtfallen, eine große Zahl Akademiker auf dem freien Arbeitsmarkt für die Verwaltungsarbeit zu finden, schreibt die Zeitung.

Die Wirtschaftsprüfer gelten als gut geeignet, da sie dank ihrer prüfungstechnischen und juristischen Grundkenntnisse schnell für die Asylverfahren qualifiziert werden könnten, heißt es in dem Bericht. Zudem hat ihre Arbeit einen "hoheitlichen" Charakter: Prüfer müssen einen Eid ablegen, dass sie ihren Pflichten verantwortungsbewusst nachkommen und ihre Arbeit gewissenhaft und unparteiisch erledigen.

nck

**Load-Date:** April 12, 2016

---

End of Document

**[Flüchtlingszahl nähert sich schon jetzt der Jahresprognose;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-jahresprognose-in-deutschland-fast-erreicht-a-1061245.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-jahresprognose-in-deutschland-fast-erreicht-a-1061245.html)**

SPIEGEL ONLINE

05. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 548 words

**Byline:** anr/syd/Reuters/AP/dpa

**Highlight:** Die deutschen Behörden haben bis Ende Oktober knapp 760.000 Asylsuchende registriert - aber die Bundesregierung bleibt bei ihrer offiziellen Prognose von 800.000 Flüchtlingen in diesem Jahr.

## Body

---

Die Flüchtlingszahl in Deutschland nähert sich schon jetzt der vom Bundesinnenministerium für das ganze Jahr vorausgesagten 800.000. Wie das Ministerium am Donnerstag mitteilte, wurden von Januar bis Oktober rund 758.500 neue Asylsuchende und Flüchtlinge amtlich über das Computersystem Easy als asylsuchend registriert. Allein im Oktober seien 181.200 Asylsuchende hinzugekommen. Das sind mehr als im September - da waren knapp 164.000 Zugänge von Asylsuchenden verzeichnet, im August rund 104.000.

Berücksichtigt man, dass viele Flüchtlinge erst mit Verzögerung registriert werden, dürfte die Zahl von insgesamt 800.000 schon längst übertroffen sein - selbst wenn es bei den Easy-Registrierungen Doppelterfassungen gibt. Darauf weist das Innenministerium immer wieder hin.

5000 Flüchtlinge täglich im Winter auf den griechischen Inseln

Frank-Jürgen Weise, neuer Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), hatte Anfang Oktober gesagt, Schätzungen zufolge seien 290.000 Flüchtlinge noch nicht als asylsuchend erfasst worden. Oft dauert es Wochen, bis sich ankommende Flüchtlinge als asylsuchend melden können. Die Bundesregierung hat schnellere Verfahren versprochen - aber beim zuständigen Bamf wächst der Antragsstau weiter: Die Zahl der noch unerledigten Asylanträge stieg von Ende September bis Ende Oktober um fast 30.000 auf 328.207 .

Trotz der steigenden Zahlen: Eine offizielle neue Prognose der Bundesregierung zu den Flüchtlingen gibt es bislang nicht. Aus dem Innenministerium heißt es stets, verlässliche Zahlen gebe es nicht. "Die Zahl 800.000 ist seriös vorhergesagt, wenn sie sich ändert, werde ich es mitteilen", hatte Bundesinnenminister Thomas De Maizière (CDU) Ende August gesagt.

Vertreter der Länder oder auch SPD-Chef Sigmar Gabriel gehen längst von einer Million Flüchtlingen oder deutlich mehr aus. Auch Kanzlerin Angela Merkel soll Berichten zufolge beim EU-Balkangipfel den anderen Regierungschefs gesagt haben, dass Deutschland in diesem Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen werde.

Flüchtlingszahl nähert sich schon jetzt der Jahresprognose <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-jahresprognose-in-deutschland-fast-erreicht-a-1061....>

Brüssel rechnet mit drei Millionen Flüchtlingen bis Ende 2017

Die Uno geht davon aus, dass in den Wintermonaten täglich rund 5000 Menschen von der Türkei mit dem Boot auf die griechischen Inseln gelangen. Ein Großteil dieser Menschen wird vermutlich weiter nach Deutschland ziehen .

Auch Brüssel wagt sich an Voraussagen: Dort rechnet man mit bis zu drei Millionen Flüchtlingen, die in den kommenden zwei Jahren in die Europäische Union kommen. Diese Zahl nennt die EU-Kommission in ihrer aktuellen Wirtschaftsprognose. Nach Einschätzung Brüssels habe die Flüchtlingskrise den EU-Staaten zwar zusätzliche Kosten aufgebürdet , in den kommenden Jahren könnte die Zuwanderung aber "einen kleinen positiven Einfluss auf die europäischen Volkswirtschaften" haben, so der Bericht. Wichtigste Aufgabe sei es, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Am stärksten sei Schweden betroffen, das in diesem Jahr rund 0,5 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes in die Flüchtlingshilfe investiere.

Die EU rechnet damit, dass die Zahl der Migranten frühestens 2017 wieder sinken werde. Das hänge jedoch maßgeblich von der Entwicklung in Syrien und seinen Nachbarländern ab.

anr/syd/Reuters/AP/dpa

**Load-Date:** November 5, 2015

---

End of Document



[Grüne stützen Merkel bei radikaler Wende in der europäischen Asylpolitik;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/gruene-fordern-radikale-wende-in-der-europaeischen-asylpolitik-a-1079116.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/gruene-fordern-radikale-wende-in-der-europaeischen-asylpolitik-a-1079116.html)

SPIEGEL ONLINE

25. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 730 words

**Byline:** Peter Müller

**Highlight:** Die EU muss in der Flüchtlingskrise das Dublin-System reformieren. Die europäischen Grünen plädieren für einen festen Verteilungsschlüssel, die Migranten sollen aber mitreden - und sich schnell frei bewegen können.

## Body

---

In den kommenden Wochen will die EU-Kommission ihre Vorstellungen für eine Reform des Dublin-Systems vorstellen, die Grünen im Europaparlament legen jetzt schon einmal vor.

Geht es nach ihnen, sollen Flüchtlinge künftig nach einem festen Schlüssel auf die EU-Mitglieder verteilt werden. Dabei sollen die Wünsche der Flüchtlinge, in welches Land sie reisen wollen, deutlich stärker berücksichtigt werden als bislang. Und schließlich: Um bei den Flüchtlingen die Akzeptanz für eine solche Verteilung zu erhöhen, sollen anerkannte Schutzsuchende sich nach einem Jahr frei in der Europäischen Union bewegen können.

Die Blaupause "Die Grüne Alternative zum Dublin-System" soll an diesem Donnerstag in Brüssel präsentiert werden. Das zwölfseitige Dokument liegt SPIEGEL ONLINE vor. Die Grünen leiten darin eine radikale Abkehr von den Regeln ein, die derzeit zumindest noch auf dem Papier gelten.

Diese Regeln sehen vor, dass der EU-Mitgliedstaat, in dem ein Flüchtling zum ersten Mal den Fuß auf den Boden der EU setzt, für das Asylverfahren zuständig ist. Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen waren Länder wie Italien und Griechenland damit jedoch zusehends überfordert und schickten die Flüchtlinge einfach Richtung Norden ("Politik des Durchwinkens").

Auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) machte bei ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament im Oktober in Straßburg klar, dass das Dublin-System aus ihrer Sicht keine Zukunft habe. Es "war gut gemeint, hat sich aber als nicht tragfähig erwiesen".

Der Kernfehler des Systems: "Es basiert auf Zwang"

Aus Sicht der Grünen ist das Scheitern schon in den Dublin-Regeln selbst angelegt. "Die EU kann nur dann einen Weg aus der Flüchtlingskrise finden, wenn sich alle Mitgliedstaaten an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen,

statt sich gegenseitig die Verantwortung dafür zuzuschieben", sagt Ska Keller, Vizechefin der Grünen im Europaparlament.

Der Vorschlag der Kommission, Dublin durch einen festen Verteilungsmechanismus zu ergänzen, wiederhole einen der Kernfehler des bisherigen Systems, so die Grünen. "Es basiert auf Zwang." Stattdessen wollen die Grünen die Präferenz der Asylbewerber stärker bei der Wahl des Aufenthaltsorts berücksichtigen. "Das passt zur Realität im Leben der Menschen, erhöht die Aussichten auf eine erfolgreiche Integration und verringert den Anreiz, irregulär zwischen den Mitgliedstaaten umherzuziehen."

Anders als bislang sollen anerkannte Schutzsuchende nach einem Jahr in den Genuss des Rechts auf Freizügigkeit kommen. Dabei sollen für Migranten die gleichen Regeln gelten wie für EU-Bürger: Sie müssen also in der Lage sein, selbst für ihren Unterhalt zu sorgen.

Beim Verteilungsschlüssel setzen die Grünen, ähnlich wie die Kommission, vor allem auf die Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft eines Landes. Beachtet werden auch Arbeitslosigkeit und die Zahl der bereits aufgenommenen Flüchtlinge.

Nehmen Länder mehr Schutzsuchende auf, als sie eigentlich müssten, soll nach Willen der Grünen die EU für die Kosten aufkommen. Bislang übernimmt die EU 6000 Euro pro Asylbewerber, ein Betrag, der die tatsächlich entstehenden Kosten nicht deckt.

Schließlich mahnen die Grünen einigermaßen gleiche Standards im Asylverfahren in Europa an. "Asylbewerber haben wenig Grund, in einem Mitgliedsland zu bleiben, in dem ihre Chance, Schutz zu erhalten, gering ist, wo die Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen schlecht sind, wo ihre Grundrechte nicht achtet werden, und wo es in der Praxis keine Integrationsmaßnahmen gibt." Die EU-Asylagentur EASO soll dazu zu einer richtigen Asylbehörde ausgebaut werden, die vor Ort Mitgliedstaaten notfalls unterstützen kann.

Viele der Forderungen dürften sich mit den Ideen decken, die die EU-Kommission bald vorstellen will. Ursprünglich waren die Vorschläge für den 2. März geplant. Wegen des auf Druck von Kanzlerin Merkel einberufenen Sondergipfels der EU mit der Türkei am 7. März werden die Asylvorschläge nun danach präsentiert. Der Grund: Es soll nicht alles durcheinander diskutiert werden.

Zusammengefasst: Die EU-Kommission will bald einen Vorschlag für die Reform der sogenannten Dublin-Regeln vorlegen. Jetzt preschen die europäischen Grünen vor: Wie die Kommission wollen sie einen festen Verteilungsschlüssel, der aber Rücksicht auf die Wünsche der Migranten nimmt. Zudem sollen anerkannte Asylbewerber nach einem Jahr in den Genuss der Freizügigkeit kommen.

**Load-Date:** February 25, 2016

**"Das Thema ist uns wichtig"; <http://www.spiegel.de/schulspiegel/schueler-ueber-fluechtlinge-jugendliche-sind-bei-der-integration-skeptisch-a-1066547.html>**

SPIEGEL ONLINE

09. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SCHULSPIEGEL / DEFAULT

**Length:** 632 words

**Byline:** Bernd Kramer

**Highlight:** Die Integration von Flüchtlings stellt Schulen vor große Aufgaben. Kann das klappen? Betroffene Schüler sind laut einer neuen Umfrage skeptisch. Doch wer selbst Migranten kennt, bei dem steigt die Zuversicht.

## Body

---

An Katjas Schule in Franken sind die Flüchtlinge, die derzeit nach Deutschland kommen, ein großes Thema. Es gab eine Ausstellung, die über ihre Situation informierte. Eine Schülerin ging durch die Klassen und erzählte vom Engagement der Arbeitskreises Asyl in der Stadt. Und die Schülerzeitungsredaktion machte Flüchtlinge zu einem Schwerpunkt. "Das Thema erschien uns zu wichtig, als es mit einem Artikel abzuhaken", sagt die 15-jährige Katja. "Direkten Kontakt mit Flüchtlings hatten wir allerdings an unserer Schule nicht, die konnte ich leider nur außerhalb sammeln."

Das könnte sich ändern. Mindestens 325.000 junge Flüchtlinge brauchen in diesem Jahr einen Platz an einer Schule, schätzt die Kultusministerkonferenz. Doch wie gut ist das Bildungssystem darauf vorbereitet? Eine repräsentative Umfrage unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigt nun: Eine große Mehrheit ist eher skeptisch, ob die Schulen für vielen jungen Flüchtlinge gewappnet sind.

53 Prozent der Befragten sind demnach der Meinung, das deutsche Schulsystem sei nicht so gut auf eine wachsende Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund vorbereitet. 21 Prozent sehen die Schulen sogar eher schlecht aufgestellt. Das Umfrageinstitut Forsa hatte von Ende Oktober und bis Anfang November 1000 Menschen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren befragt. In Auftrag gegeben hatte die Erhebung der wirtschaftsnahe Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft gemeinsam mit den SOS Kinderdörfern und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung.

Tatsächlich sind bei der Integration der Flüchtlinge in die Schulen noch viele Fragen offen. Die Länder suchen händeringend nach Deutschlehrern für Willkommensklassen, der Chef des Philologenverbandes überlegte, ob zu viele Migranten in einer Klasse den Leistungen der übrigen Schüler schaden könnten.

Fragt man die jungen Menschen nach Lösungen, ohne dabei Antwortmöglichkeiten vorzugeben, nennen sie denn auch als erstes einen besseren Betreuungsschlüssel (35 Prozent), mehr Sprachförderung (24 Prozent) und mehr

"Das Thema ist uns wichtig" <http://www.spiegel.de/schulspiegel/schueler-ueber-fluechtlinge-jugendliche-sind-bei-der-integration-skeptisch-a-1066547.html>

speziell geschulte Sprachlehrer (22 Prozent). Alles richtig, alles wichtige Punkte, über die gerade viel diskutiert wird.

Aufschlussreich werden die Ergebnisse, wenn man die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund vergleicht. Junge Menschen, die selbst aus dem Ausland oder aus Zuwandererfamilien stammen, sind deutlich optimistischer als der Rest: 31 Prozent der Befragten mit ausländischen Wurzeln gehen davon aus, dass das deutsche Schulsystem gut oder sehr gut auf einen wachsenden Migrantenanteil vorbereitet sind. Unter den jungen Menschen ohne Migrationshintergrund sagen das nur 22 Prozent.

Ganz ähnlich ist das Bild, wenn man Befragte mit vielen und mit wenigen ausländischen Mitschülern vergleicht. Von denen, die eine Klasse mit vielen oder sehr vielen Zuwandererkindern besuchen, glauben 29 Prozent, dass die Schulen hierzulande gut bis sehr gut auf mehr Migranten vorbereitet sind. Unter denen, die kaum Kontakt zu Migranten in ihrer Klasse haben, sind es dagegen nur 19 Prozent. Es gilt offenbar: Persönliche Erfahrung mit Migranten stimmen zuversichtlicher - trotz aller Herausforderungen.

Die Forsa-Befragung hat zudem ermittelt, wie gerecht junge Menschen das Schulsystem halten. Das Ergebnis muss zu denken geben: 55 Prozent der 14- bis 21-Jährigen bezweifeln, dass Kinder im Großen und Ganzen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft die gleichen Bildungschancen haben.

Bemerkenswert dabei: Je jünger die Befragten sind, desto größer ist ihr Zutrauen darin, dass es in der Schule gerecht zugeht. Unter den 14- bis 16-Jährigen ist noch eine Mehrheit von 53 Prozent dieser Ansicht. Bei den 19- bis 21-Jährigen sind es dagegen nur 37 Prozent, die überwiegende Mehrheit glaubt nicht an die Chancengleichheit in der Schule.

**Load-Date:** December 24, 2015

**2299 Flüchtlinge klagen gegen das Bamf;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/knapp-2300-fluechtlinge-ziehen-wegen-untaetigkeit-gegen-bamf-vor-gericht-a-1074554.html>**

SPIEGEL ONLINE

29. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 362 words

**Byline:** aar/dpa/AFP

**Highlight:** Weil sich ihre Verfahren in die Länge ziehen, haben bis Ende des vergangenen Jahres 2299 **Asylbewerber** sogenannte Untätigkeitsklagen gegen das Bundesamt für **Migration** eingereicht. Das berichtet eine Zeitung unter Berufung auf das Bundesinnenministerium.

## Body

---

Viele **Flüchtlinge** sind mit der schleppenden Bearbeitung ihrer **Asylanträge** unzufrieden und ziehen deshalb vor Gericht. Zum Jahresende 2015 waren deutschlandweit 2299 "Untätigkeitsklagen" von **Asylbewerbern** gegen das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) bei den Verwaltungsgerichten anhängig. Das berichtet die Zeitung "Thüringer Allgemeine" und beruft sich dabei auf das Bundesinnenministerium.

Demnach wurden die meisten Klagen von Asylsuchenden aus Afghanistan (560), dem Irak (337), Eritrea (217) und Syrien (207) eingereicht.

Die Linken-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen hatte eine entsprechende Anfrage an das Innenministerium gestellt. Sie kritisierte nun, dass Asylsuchende zum Teil viele Monate warten müssten, bis sie überhaupt einen Antrag stellen könnten. "Das ist organisiertes Staatsversagen", sagte Dagdelen der Zeitung.

Das Ministerium erklärte dem Bericht zufolge, zur Beschleunigung der Verfahren sei das Personal des Bamf im vergangenen Jahr um etwa 40 Prozent aufgestockt worden. Zudem habe die Behörde 20 neue Außenstellen eröffnet und 400 Sonderentscheider in den Entscheidungszentren eingesetzt, die dort ausschließlich entscheidungsreife Altfälle bearbeiteten.

Um eine effizientere Bearbeitung sicherzustellen, würden die Asylverfahren inzwischen je nach Herkunftsregion und Bearbeitungsaufwand in drei Gruppen eingeteilt. Die Zahl der 2015 getroffenen Entscheidungen habe sich auf diese Weise von 128.911 im Jahr 2014 auf 282.726 mehr als verdoppelt, heißt es dem Bericht zufolge in der Antwort des Ministeriums.

Bamf ordnet Mehrarbeit an

2299 Flüchtlinge klagen gegen das Bamf <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/knapp-2300-fluechtlinge-ziehen-wegen-untaetigkeit-gegen-bamf-vor-gericht-a-1074....>

2015 registrierten die deutschen Behörden 1,1 Millionen Flüchtlinge. Es wurden knapp 477.000 Asylanträge gestellt - 135 Prozent mehr als 2014 und ein Rekordwert in der Geschichte der Bundesrepublik. Rund 365.000 Anträge waren zum Jahresende 2015 unbearbeitet.

Deshalb soll das Bamf deutlich mehr Mitarbeiter erhalten. Vor knapp einer Woche wurde zudem bekannt, dass die Mitarbeiter der Behörde künftig pro Monat bis zu 40 Stunden mehr arbeiten und dafür auch samstags erscheinen müssen . Sie sollen keinen Freizeitausgleich, sondern eine finanzielle Vergütung erhalten.

aar/dpa/AFP

**Load-Date:** January 29, 2016

---

End of Document

**[Personalrat wehrt sich gegen Schnell-Einstellungen;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-personalrat-geht-juristisch-  
gegen-schnell-einstellungen-vor-a-1079499.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-personalrat-geht-juristisch-gegen-schnell-einstellungen-vor-a-1079499.html)**

SPIEGEL ONLINE

26. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 379 words

**Byline:** brk/dpa

**Highlight:** Aus Personalnot stellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge neue Mitarbeiter im Eilverfahren ein. Doch der Personalrat hat Zweifel an deren Qualifikation - und zieht nun vor Gericht.

## Body

---

Der Personalrat des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) geht gerichtlich gegen die beschleunigte Einstellung von neuen Mitarbeitern vor. Das Gremium äußerte die Sorge, einige der neuen Kollegen seien nicht ausreichend qualifiziert, um über Asylanträge zu entscheiden.

Die Justiz soll nun die Einstellungspraxis der Behörde überprüfen. Ein entsprechender Antrag sei beim Verwaltungsgericht Ansbach anhängig, sagte eine Gerichtssprecherin am Freitag. Es gehe um etwa 750 Mitarbeiter, die die Nürnberger Bundesbehörde aus Sicht des Personalrats eingestellt hat, ohne die Mitbestimmungsrechte des Gremiums zu beachten.

"Auch erfolgten Einstellungen trotz verweigerter Zustimmung und Nichteinleitung der für den Verweigerungsfall vorgesehen gesetzlichen Verfahren", heißt es in einer Mitteilung des Personalrats. Die Mitarbeitervertreter hätten Leistung, Eignung und Befähigung der ausgewählten Bewerber nicht im Vergleich zu anderen Bewerbern prüfen können. Dies verstößt aus Sicht des Gremiums gegen das Grundgesetz.

Um die Asylverfahren zu beschleunigen und die rund 370.000 noch nicht entschiedenen Verfahren abzubauen, hatte das Bundesamt in den vergangenen Monaten Hunderte neue Mitarbeiter eingestellt.

Das Bamf hatte bereits eingeräumt, bei der Einstellung von neuen Mitarbeitern gegen geltende Regeln verstoßen zu haben. Eine Projektgruppe suchte demnach geeignete neue Mitarbeiter aus. Diese wurden ohne die Mitsprache von Personalrat, Gleichstellungsbeauftragter und Behindertenvertretung eingestellt. Außerdem mussten diese Bewerber nicht das übliche Auswahlverfahren durchlaufen.

Begründet wurde das Vorgehen mit dem "akuten Rekrutierungsbedarf" für die neuen Ankunftscentren für Flüchtlinge. Hier soll über Asylanträge im Schnellverfahren entschieden werden. Bis Ende Mai sei die Besetzung der Stellen über "die standardmäßige Vorgehensweise mit Ausschreibungen nicht realisierbar", hieß es in dem Papier.

Personalrat wehrt sich gegen Schnell-Einstellungen <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-personalrat-geht-juristisch-gegen-schnell-einstellungen-vor-a-....>

Derzeit arbeiten im Bamf etwa 3500 Menschen - bis Mitte des Jahres sollen es 6300 sein. Zusätzlich sollen 1000 Mitarbeiter befristet von anderen Behörden abgeordnet werden , um beim Bamf auszuhelfen. Durch den juristischen Streit könnten sich die Entscheidungen über die unerledigten Asylanträge weiter verzögern.

brk/dpa

**Load-Date:** February 26, 2016

---

End of Document



[De Maizière attackiert Österreichs Flüchtlingspolitik;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-de-maiziere-kritisiert-oesterreich-a-1059950.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-de-maiziere-kritisiert-oesterreich-a-1059950.html)

SPIEGEL ONLINE

28. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 747 words

**Byline:** ler/dpa/Reuters

**Highlight:** Die CSU bekommt erstmals Beistand von einem Vertreter der Bundesregierung: Innenminister de Maizière findet es "nicht in Ordnung", dass Österreich Flüchtlinge unkoordiniert an die deutsche Grenze weiterleitet.

## Body

---

Thomas de Maizière hat sich der CSU-Kritik an Österreich in der Flüchtlingskrise angeschlossen. Das Nachbarland habe Flüchtlinge unkoordiniert an die deutsche Grenze weitergeleitet. Dieses Verhalten in den vergangenen Tagen sei "nicht in Ordnung" gewesen, sagte der Bundesinnenminister am Mittwoch in Berlin. Nach Eintritt der Dunkelheit seien Flüchtlinge ohne jede Vorwarnung und ohne jegliche Versorgung an bestimmte Stellen an der deutschen Grenze gefahren worden.

Inzwischen habe Österreich die Rückkehr zu einem geordneten Verfahren zugesagt. "Ich erwarte, dass das ab sofort geschieht", fügte der CDU-Politiker hinzu. In den vergangenen Tagen seien die Flüchtlingszahlen wegen des Rückstaus auf der Balkanroute sehr stark angestiegen. Es sei nur mit äußerster Anstrengung gelungen, die Asylbewerber in Bayern aufzunehmen und weiter zu verteilen.

Zu Wochenbeginn hatte sich die Situation an der deutsch-österreichischen Grenze verschärft. Allein am Montag wurden nach Angaben der Bundespolizei 11.154 illegal eingereiste Migranten bundesweit aufgegriffen, mehr als je zuvor im Oktober an einem Tag. Nach Angaben der Bundespolizei in Potsdam kamen am Dienstag knapp 7200 Menschen in Bayern an, 8858 illegale Einreisen seien in ganz Deutschland registriert worden.

Bayern hatte der österreichischen Regierung vorgeworfen, sie handele unverantwortlich und skandalös. CSU-Chef Horst Seehofer sprach zudem von einer Belastung der nachbarschaftlichen Beziehungen.

Notaufnahmelager überfüllt

Der Andrang von Flüchtlingen an der österreichisch-deutschen Grenze hält auch am Mittwoch an. "Wir erwarten heute 75 Busse mit etwa 3000 Migranten an den beiden Grenzorten Passau und Wegscheid", sagte der Sprecher der Bundespolizeiinspektion Freyung, Frank Koller.

De Maizière attackiert Österreichs Flüchtlingspolitik [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-de-maiziere-kritisiert-oesterreich-a-10....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-de-maiziere-kritisiert-oesterreich-a-10...)

Mittlerweile laufe die Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden etwas besser. "Wir bekommen eine Vorabinformation", sagte Koller. "Dann kommen aber doch immer mehr Busse als erwartet." Wichtig wäre, dass die Busse nicht alle auf einmal an der Grenze ankommen und auch die deutschen Grenzpunkte anfahren, die gerade Kapazitäten zur Aufnahme der Menschen haben.

Die Notaufnahmestelle Freilassing im Berchtesgadener Land kann inzwischen keine Menschen mehr aufnehmen. Am Morgen war das einstige Möbellager mit mehr als den dafür ausgelegten 1200 Migranten gefüllt, wie Landkreissprecher Andreas Bratzdrum sagte. Auf österreichischer Seite hätten noch knapp 1400 Flüchtlinge überwiegend aus Afghanistan, Syrien und dem Irak gewartet, um von der dortigen Polizei über die Grenze gelassen zu werden. Die Behörden im Nachbarland seien gebeten worden, vorübergehend weniger Migranten einreisen zu lassen.

Die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hatte am Dienstag Baumaßnahmen an der Grenze zu Slowenien angekündigt. Dabei gehe es nicht darum, die Grenzen vollkommen dichtzumachen, sondern für einen geordneten Übergang zu sorgen. Der Sprecher ihres Ministeriums sagte SPIEGEL ONLINE jetzt, dass konkretere Pläne dazu in den kommenden Wochen vorgelegt werden sollen. In der Planung sollten Details wie die Länge der Abspernung und Übergangspunkte erörtert werden.

De Maizière kündigt mehr Abschiebungen an

Laut de Maizière erwartet die Bundesregierung bis zum Jahresende einen kräftigen Anstieg der Abschiebungen und freiwilligen Ausreisen von abgelehnten Asylbewerbern. Mit dem beschlossenen Asyl-Gesetzespaket würden Abschiebungen erleichtert. Er sprach von Zehntausenden Menschen vom Balkan, die das Land verlassen müssten.

Der Minister will sich in den nächsten Tagen in Albanien einen Eindruck davon verschaffen, wie Abgeschobene dort aufgenommen würden.

Auch Afghanen will die Bundesregierung verstärkt abschieben. Das Land sei inzwischen auf Platz zwei der Liste der Herkunftsländer von Flüchtlingen gerückt. Dies könne nicht so bleiben, sagte de Maizière. Es kämen zunehmend auch Angehörige der Mittelschicht und aus der Hauptstadt Kabul. "Wir sind uns mit der afghanischen Regierung einig, dass die Jugend Afghanistans und die Mittelschichtfamilien in ihrem Land verbleiben sollen und dort das Land aufbauen."

Deutsche Soldaten und Polizisten trügen dazu bei, das Land sicherer zu machen. Auch sei viel Entwicklungshilfe nach Afghanistan geflossen. "Da kann man erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben", betonte der Minister. Die Flüchtlinge von dort könnten daher nicht alle erwarten, dass sie in Deutschland bleiben könnten, "auch nicht als Geduldete".

ler/dpa/Reuters

**Load-Date:** October 28, 2015

[So will Brüssel die Flüchtlinge umverteilen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/wie-bruessel-die-fluechtlinge-umverteilen-will-a-1035734.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/wie-bruessel-die-fluechtlinge-umverteilen-will-a-1035734.html)

SPIEGEL ONLINE

27. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1146 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Die EU-Kommission drängt die Mitgliedsländer dazu, Italien und Griechenland Flüchtlinge abzunehmen - die Migranten sollen per Quote neu verteilt werden. Was genau sieht der Plan aus Brüssel vor?

## Body

---

Seit Jahren rufen Griechenland und Italien die anderen europäischen Länder zu Hilfe in der Flüchtlingsfrage. Jetzt hat Brüssel die Klagen aus Rom und Athen erhört. Die EU-Kommission will beiden Ländern insgesamt 40.000 Flüchtlinge abnehmen und nach einem Quotensystem auf die anderen Mitgliedsländer verteilen.

Was genau will die EU-Kommission?

Brüssel will, dass die EU-Länder Italien 24.000 Flüchtlinge abnehmen, Griechenland 16.000. Das Vorhaben begründet die EU-Kommission damit, dass sich beide Länder in einer Notlage befänden, weil dort viel mehr Asylberechtigte ankommen als in anderen EU-Ländern. (Welche europäischen Länder wie viele Flüchtlinge aufnehmen, lesen Sie hier ).

Die ohnehin bestehenden strukturellen Probleme im Asylsystem beider Länder verschärfen sich dadurch noch. Die EU-Kommission beruft sich auf Artikel 78,3 aus dem "Vertrag der Arbeitsweise der Europäischen Union". Darin heißt es: "Befinden sich ein oder mehrere Mitgliedstaaten aufgrund eines plötzlichen Zustroms von Drittstaatsangehörigen in einer Notlage, so kann der Rat auf Vorschlag der Kommission vorläufige Maßnahmen zugunsten der betreffenden Mitgliedstaaten erlassen. Er beschließt nach Anhörung des Europäischen Parlaments." Die Quotenregelung soll nur provisorisch sein und für einen Zeitraum von zwei Jahren gelten.

Welche Flüchtlinge sollen in andere Länder umsiedeln?

Brüssel will Italien und Griechenland nicht nachträglich Flüchtlinge abnehmen - umverteilt werden sollen nur die, die vom Zeitpunkt an, zu dem die Maßnahmen in Kraft treten, in den beiden Ländern ankommen. Außerdem soll das Programm nur für Migranten gelten, die aller Wahrscheinlichkeit nach Asyl in Europa bekommen würden, also internationalen Schutz benötigen - etwa Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea.

So will Brüssel die Flüchtlinge umverteilen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wie-bruessel-die-fluechtlinge-umverteilen-will-a-1035734.html>

Die Kommission setzt in ihrem Vorschlag eine Grenze: In andere EU-Länder sollen nur jene Nationalitäten umziehen, für die die Asyl-Anerkennungsquote EU-weit über 75 Prozent liegt. Klar ausgeschlossen sind damit von dem Programm etwa Flüchtlinge aus dem Westbalkan, von denen in den vergangenen Monaten immer mehr um Asyl in europäischen Ländern ersuchen, deren Anträge aber meist abgelehnt werden. Außerdem will die EU Länder außerhalb Europas entlasten, die vielen Flüchtlingen etwa aus dem syrischen Bürgerkrieg Zuflucht gewähren. Für die Aufnahme von rund 20.000 Flüchtlingen schlägt die Kommission ebenfalls Quoten für alle 28 EU-Staaten vor.

Wie wird die Quote berechnet?

Die EU-Kommission plädiert dafür, dass die Verteilungsquote für die Flüchtlinge aus Italien und Griechenland wie folgt berechnet wird: Die Bevölkerungsgröße soll mit 40 Prozent berechnet werden, das Bruttoinlandsprodukt ebenfalls mit 40 Prozent, der Faktor Arbeitslosenquote soll zu zehn Prozent mit in eine Quote hineingerechnet werden, genau wie die bisherige Aufnahmequote von Flüchtlingen zu zehn Prozent. Deutschland müsste der Verteilung zufolge unter den europäischen Ländern die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Nach dem Brüsseler Modell wären das rund 22 Prozent - in absoluten Zahlen 8763. Danach käme Frankreich mit etwa 17 Prozent und 6752 Flüchtlingen. Entgegen bisherigen Pläne sollen Italien und Griechenland nicht an der Quotenverteilung teilnehmen - weil ihnen ja Flüchtlinge abgenommen werden sollen. Daher hat sich der vorgesehene Anteil der anderen Länder etwas erhöht.

Wie soll die Umverteilung ablaufen?

Jeder Mitgliedstaat soll den Plänen der EU-Kommission zufolge eine zentrale Stelle schaffen, die für das Umverteilungsprogramm zuständig ist. Italien und Griechenland sollen die Flüchtlinge, die umziehen sollen, aussuchen. Die anderen Länder können Mitarbeiter nach Italien und Griechenland entsenden, die mit den dortigen Behörden zusammenarbeiten. Bei der Entscheidung für ein bestimmtes Land soll auch eine Rolle spielen, welche Sprachkenntnisse etwa ein Flüchtling hat, die eine Integration in einem bestimmten Land erleichtern würden. Zwischen Identifizierung und Umzug soll nicht mehr als ein Monat vergehen. Familien sollen zusammen in ein anderes Mitgliedsland ziehen. Der Aufnahme bestimmter Flüchtlinge können die Mitgliedsländer widersprechen, wenn es Sicherheitsbedenken gibt. Griechenland und Italien sollen im Gegenzug der Hilfe der anderen EU-Länder Brüssel eine Roadmap zur Verbesserung ihrer Asylsysteme präsentieren.

Was kostet das Programm?

Die EU zahlt für jeden Flüchtling 6000 Euro an das neue Aufnahmeland. Insgesamt würden die Brüsseler Pläne die EU also 240 Millionen Euro kosten. Im Einzelnen finanziert werden soll das Projekt auch durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF).

Wie geht es rechtlich weiter?

Brüssel will schnelle Hilfe für Italien und Griechenland - bei den Plänen der Kommission handelt es sich um Vorschläge an den Europäischen Rat, in dem die Mitgliedsländer das Gesetz beschließen sollen. Damit das Gesetz in Kraft tritt, müssten 55 Prozent der EU-Staaten zustimmen, in denen zudem mindestens 65 Prozent der EU-Gesamtbevölkerung leben. Unklar ist, was passiert, wenn - wie bereits absehbar - viele EU-Länder die Maßnahmen ablehnen oder nicht umsetzen. Großbritannien, Irland und Dänemark sind von den Regelungen ohnehin nicht betroffen, genauso wie die Nicht-EU-Länder Schweiz, Island und Norwegen. Aber auch osteuropäische Länder wie die baltischen Staaten, Polen und Ungarn sowie Frankreich haben ihren Widerstand gegen eine Quotenregelung angekündigt. Es könnte also sein, dass viel weniger als 40.000 Flüchtlinge umverteilt werden. Denn mit dem angestrebten Gesetz können die Länder nicht dazu gezwungen werden, Flüchtlinge aufzunehmen. Brüssel setzt auf Solidarität und will bis Ende des Jahres Vorschläge zu einem verpflichtenden Gesetz erarbeiten.

Die grüne Europaabgeordnete Ska Keller kritisierte den Widerstand einiger Länder gegen die Vorschläge aus Brüssel scharf. Der Vorschlag der EU-Kommission sei ein kleiner, aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Dass sich eine Reihe von Mitgliedstaaten gegen den Vorschlag sperrt, komme einer Fundamentalopposition gegen europäische Solidarität gleich, so Keller.

So will Brüssel die Flüchtlinge umverteilen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wie-bruessel-die-fluechtlinge-umverteilen-will-a-1035734.html>

Was bedeuten die Pläne für die europäische Flüchtlingspolitik?

Nach den geltenden Dublin-Regelungen muss das Land einen Flüchtling aufnehmen und sein Asylgesuch bearbeiten, in dem der Migrant EU-Boden betreten hat. Ein Quotensystem, das nur für eine bestimmte Anzahl Flüchtlinge gilt, wie es Brüssel nun fordert, würde dieses System aufweichen, aber nicht abschaffen. Durch die Dublin-Verordnung sind Mittelmeerländer wie Italien und Griechenland naturgemäß für einen Großteil der Flüchtlinge, die nach Europa kommen, zuständig. In der Realität funktioniert das System schon längst nicht mehr, weil Italien und Griechenland Flüchtlinge unregistriert weiter nach Norden ziehen lassen.

Mitarbeit: Nicolai Kwasniewski, mit dpa

**Load-Date:** June 15, 2015

---

End of Document

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingszahlen-die-unberechenbare-millionen-prognose-a-1056174.html>

SPIEGEL ONLINE

05. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 1087 words

**Byline:** Annett Meiritz

**Highlight:** 1,5 Millionen **Flüchtlinge** sollen Deutschland in diesem Jahr erreichen. Das steht angeblich in einem Geheimpapier deutscher Behörden. Ist die Schätzung seriös?

## Body

---

Auf Schätzungen von **Flüchtlingszahlen** sollte man sich besser nicht verlassen. Das ist die Lektion der vergangenen Monate. Ende August erklärte die Bundesregierung, dass sie für das laufende Jahr bis zu 800.000 **Asylbewerber** in Deutschland erwarte. Wenig später gingen Politiker wie SPD-Chef Sigmar Gabriel schon von einer Million **Flüchtlinge** aus.

Vergangenes Wochenende sprach der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), dann von "1,2 bis 1,5 Millionen **Flüchtlingen**" im Jahr 2015. Und seit heute kursiert die Prognose einer von der "Bild"-Zeitung nicht näher genannten Behörde, die insgesamt bis zu 1,5 Millionen **Asylbewerber** für möglich hält. Das wären siebenmal mehr Schutzsuchende in Deutschland als 2014.

Wie plausibel ist die neue Zahl?

Die Bundesregierung bestätigt die 1,5-Millionen-Schätzung nicht. Der sprunghafte Anstieg der vergangenen Wochen sei nicht repräsentativ für den Rest des Jahres, sagte ein Sprecher von Innenminister Thomas de Maizière. "Wir gehen noch davon aus, dass die Wintermonate dazu führen werden, dass sich der Migrationsdruck verringern wird."

Genau dieser Winter-Effekt wird in der angeblich als vertraulich eingestuft Prognose, auf die sich die "Bild"-Zeitung bezieht, angezweifelt. Demnach werde im letzten Quartal 2015 mit der Ankunft von bis zu 920.000 Flüchtlingen gerechnet. Zusammen mit den bislang 573.000 registrierten Flüchtlingen für 2015 käme man auf 1,5 Millionen Menschen.

Die Grünen-Flüchtlingsexpertin Luise Amtsberg wäre von solchen Zahlen nicht überrascht - auch wenn sie sich nicht auf 1,5 Millionen festlegen würde. "In Anbetracht der derzeitigen Sicherheitslage in mehreren Krisenregionen halte ich höhere Flüchtlingszahlen für sehr wahrscheinlich", sagt sie. Die Situation in Syrien, Afghanistan, im Irak

Die Millionen-Prognose <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingszahlen-die-unberechenbare-millionen-prognose-a-1056174.html>

und nicht zuletzt in den Flüchtlingscamps der Nachbarländer von Krisenstaaten könne dazu beitragen, "dass sich weitaus mehr Menschen aus guten Gründen zu uns auf den Weg machen".

Die Grünen-Abgeordnete forderte die Bundesregierung auf, "sich endlich ehrlich zu machen". So schwierig seriöse Prognosen auch seien: "Anstatt das Verhalten von Bürgerkriegsflüchtlings populistisch zu kritisieren, sollte de Maizière zugeben, dass er die Lage von Anfang an völlig falsch eingeschätzt hat."

Wie viele Flüchtlinge sind bereits hier?

Nicht nur die Vorhersagen der Flüchtlingszahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Tatsächlich scheitert Deutschland schon an einer verlässlichen und transparenten Zählung der aktuell hier befindlichen Flüchtlinge.

Herr der Zahlen ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Behörde registriert Neuankommende im Computersystem "Easy".

Dort wurden bis Ende August 413.000 Personen verzeichnet. Im September kamen laut Nachrichtenagentur dpa 160.000 Easy-Neuzugänge dazu - so viele wie in keinem Monat zuvor und 56.000 mehr als im August. Das Innenministerium will dazu in den nächsten Tagen detaillierte Angaben machen. Alles in allem käme man demnach auf 573.000 offiziell registrierte Flüchtlinge für dieses Jahr.

Davon unterscheiden muss man die Zahl der Asyl-Erstanträge, rund 231.000 davon wurden in Deutschland bis Ende August gestellt. Auch hier prüft das Innenministerium gerade neue Zahlen des BAMF und will sie in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Seriöse Angaben werden durch eine hohe Dunkelziffer erschwert. Nach BAMF-Schätzungen sollen gut 290.000 Menschen in Deutschland sein, die noch nicht registriert wurden. Viele Neuankömmlinge haben zudem keinen Pass dabei, was eine schnelle Registrierung erschwert.

Warum ist die Situation so unübersichtlich?

Es gibt keinen guten Überblick darüber, wie viele Menschen derzeit nach Deutschland kommen, wie sie verteilt werden und wo sie ihre Asylanträge stellen. Das räumt BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise ein. Er spricht von teils chaotischen Zuständen in den Erstaufnahmestellen.

Beispiel September: Ein vertraulicher Lagebericht der Bundespolizei meldete "für den Zeitraum vom 5. September bis 1. Oktober 2015, 5 Uhr, die Gesamtzahl von 273.812 erfassten Flüchtlingen" - also weitaus mehr als die offiziell 160.000 "Easy"-Registrierten.

Doch die Zahlen der Bundespolizei sind irreführend. Es gibt erhebliche Unsicherheit, ob einige Flüchtlinge nicht doppelt gezählt wurden. Zum Beispiel zunächst von der Bundespolizei in Bayern, später dann auf der Weiterreise noch einmal in einem anderen Bundesland.

Zudem erfassen die Grenzschrützer nur einen Bruchteil der Menschen, die sie aufgreifen. Viele werden einfach weitergeschickt. Viele Migranten reisen wohl auch illegal nach Deutschland ein und werden von der Polizei gar nicht entdeckt.

Aussagekräftiger ist daher die Zahl derer, die Asyl beantragen. Doch die gibt es immer nur mit erheblicher Zeitverzögerung. Bis Neuankömmlinge offiziell Asyl beantragen, vergehen mitunter mehrere Wochen oder Monate. Vor allem aber mündet nicht jede Registrierung bei "Easy" in einen Antrag. Einige Flüchtlinge werden mehrfach erfasst oder verlassen das Land wieder.

Warum sind Flüchtlingszahlen so heikel?

Prognosen können hilfreich sein, weil sich Flüchtlingszahlen auf den Verteilungsschlüssel der Bundesländer auswirken. Kommunen können sich besser darauf einstellen, was sie erwartet.

Die Millionen-Prognose <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingzahlen-die-unberechenbare-millionen-prognose-a-1056174.html>

Allerdings wirft gerade niemand gern mit neuen Zahlen um sich, auch die zuständigen Bundesministerien halten sich zurück. Auf die Nachfrage etwa, wie viele Flüchtlinge derzeit auf dem Weg nach Deutschland sind, bekommt man keine Antwort.

Denn jede Zahl ist derzeit ein Politikum, jeder prognostizierte Anstieg sorgt für neue Diskussionen - über umstrittene Transitzone, den Familiennachzug von Asylbewerbern, Zuwanderungsgrenzen, Einschränkungen des Asylrechts oder einen Aufnahmestopp.

Die Kanzlerin möchte eigentlich etwas Ruhe in die Flüchtlingsdebatte bringen. Gerade hat die Bundesregierung ein Asylpaket verabschiedet, das den Zuzug regulieren soll. Am Wochenende bekräftigte Angela Merkel das Grundrecht auf Asyl.

Zusammengefasst: Laut einem Zeitungsbericht gehen Behörden von 1,5 Millionen Flüchtlingen in diesem Jahr aus. Die Bundesregierung bestätigt die angeblich geheime Schätzung nicht. Tatsächlich haben sich alte Prognosen überholt, und im September kamen mehr Flüchtlinge nach Deutschland als in den Vormonaten. Allerdings sind konkrete Vorhersagen mit Vorsicht zu genießen - weil es nicht einmal über den Status quo belastbare Informationen gibt.

Mitarbeit: Anna Reimann, Jörg Diehl

**Load-Date:** October 6, 2015



[Zehntausende wollen nach Deutschland;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-worauf-sich-deutschland-  
einstellen-muss-a-1058881.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-worauf-sich-deutschland-einstellen-muss-a-1058881.html)

SPIEGEL ONLINE

22. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 933 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Auf der Balkanroute herrscht Chaos, in der Ägäis kommen mehr Flüchtlinge an als je zuvor. Fast alle ziehen weiter nach Deutschland. Die Zuwandererzahlen werden kurzfristig nicht sinken.

## Body

---

Die offizielle Prognose steht immer noch bei 800.000. Doch daran glaubt wohl auch in der Bundesregierung niemand mehr. Längst kursieren Zahlen weit jenseits der Millionengrenze, um das Ausmaß der Flüchtlingswanderungen nach Deutschland in diesem Jahr zu beziffern.

Im Bundesinnenministerium wagt man sich derzeit nicht an eine neue amtliche Vorhersage. Es gebe keine verlässlichen Zahlen, heißt es. Das stimmt allerdings nur bedingt. Die Entwicklungen in Griechenland und auf der Westbalkanroute machen deutlich: Auch wenn viele Länder und Kommunen bereits jetzt unter den Belastungen ächzen - kurzfristig wird sich an dieser Situation nichts ändern. Deutschland muss sich auf anhaltend hohe Zuwandererzahlen einstellen.

Denn trotz des nahenden Winters in Europa und der zunehmend unfreundlichen Witterung kommen derzeit mehr Flüchtlinge denn je auf den griechischen Inseln an. 8000 waren es nach Uno-Angaben allein an diesem Montag. Mitte September - auf dem bisherigen Höhepunkt der Flüchtlingskrise - erreichten nur 2000 bis 3000 Menschen die Ägäis-Inseln.

Von Griechenland ziehen die Menschen - die meisten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan - weiter über den Balkan, auf der Route herrscht Chaos. Grenzen werden geschlossen und wieder geöffnet. Nadelöhr ist nun Slowenien geworden, nachdem Ungarn seine Grenzen zu Kroatien geschlossen hat und dort kaum mehr Flüchtlinge ankommen.

In Slowenien sind nach Angaben der Regierung binnen 24 Stunden mindestens 12.600 Flüchtlinge über die Grenzen gekommen. Das sind mehr als im September täglich nach Ungarn gelangten, das damals noch Haupttransitland der Flüchtlinge war. Und die allermeisten der Migrantinnen werden wohl über Österreich weiter nach Deutschland ziehen. Für den Mittwoch erwarteten die österreichischen Behörden 11.000 Flüchtlinge aus Slowenien - sie sollten größtenteils weiter an die Grenze zu Deutschland gebracht werden, wie SPIEGEL ONLINE

Zehntausende wollen nach Deutschland <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-worauf-sich-deutschland-einstellen-muss-a-1058881.html>

aus Sicherheitskreisen in Wien erfuhr. Zugleich wird davor gewarnt, dass eine "kontrollierte Weiterbeförderung" der Flüchtlinge von den Grenzübergängen bald unmöglich werden könnte.

Die Lage an der Grenze zwischen Österreich und Slowenien ist extrem angespannt - es komme dort immer öfter zu kleineren Aufständen, verlautet aus österreichischen Behörden. Von dort kommt auch die Warnung, dass die Stimmung auch an der Grenze zu Deutschland kippen könnte. Es sei nicht auszuschließen, "dass sich dieses Stimmungsbild wellenartig auch an die österreichisch-deutsche Grenze verlagern wird", heißt es in einem Lagebild des Wiener Innenressorts.

Österreich hat in den ersten zwei Quartalen 2015 im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Asylanträge verzeichnet als Deutschland. In den letzten Wochen aber ist Österreich für Flüchtlinge vor allem ein Transitland. In Bussen werden die Migranten bis kurz vor die deutsche Grenze gebracht. Laut einem vertraulichen Lagebericht der deutschen Bundespolizei, der SPIEGEL ONLINE vorliegt, wurden in Österreich zwischen dem 5. September und dem 1. Oktober mehr als 195.000 Flüchtlinge registriert. Aber nur knapp 7400 von ihnen haben in Österreich einen Asylantrag gestellt. In Deutschland wurden demnach im selben Zeitraum knapp 274.000 Flüchtlinge erfasst. Doppelregistrierungen sind dabei wegen des großen Andrangs nicht auszuschließen. Rund 40.000 Menschen stellten im September einen Asylersuchungsantrag in Deutschland, knapp 164.000 Menschen meldeten sich als asylsuchend. Zahlen aus den vergangenen Wochen zeigen, dass damit zu rechnen ist, dass die allermeisten Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, auch hier bleiben. In relevanter Größenordnung ziehen Flüchtlinge nur nach Skandinavien weiter. In den letzten drei Septemberwochen reisten nach Erkenntnissen der Bundespolizei rund 24.000 Flüchtlinge mit dem Zug nach Dänemark oder mit der Fähre über die Ostsee nach Schweden. Dänemark selbst ist dabei für die meisten auch nur Durchgangsstation. In den fünf Wochen zwischen Anfang September und Mitte Oktober kamen etwa 28.800 Flüchtlinge hier an. Aber nur 3500 von ihnen haben um Asyl ersucht. Viele wollen weiter nach Schweden, wo es eine liberale Flüchtlingspolitik gibt - oder nach Finnland und Norwegen. In Schweden sind Anfang Oktober bis zu 2000 Flüchtlinge pro Tag angekommen, mehr als in den anderen skandinavischen Ländern. Bis zum Jahresende erwartet die Regierung in Stockholm bis zu 190.000 Asylbewerber - eine große Zahl für ein Land mit nur 9,5 Millionen Einwohnern.

Wie geht es weiter? Die EU hat für Sonntag einen Krisengipfel mit den Staats- und Regierungschefs der betroffenen Länder einberufen, um die Lage auf der Balkanroute zu entschärfen. Deutschland plant derweil, Zehntausende abgelehnte Asylbewerber schneller abzuschieben. Aber die Gesetze dazu sind noch nicht in Kraft. Genauso wenig funktioniert bislang die Verteilung von ausgewählten Flüchtlingen nach einem Quotensystem innerhalb der EU.

Derweil kommen aus Syrien Nachrichten über eine neue Flüchtlingsbewegung. Die Türkei erwartet vor allem aus dem Raum Aleppo Zehntausende Menschen, nachdem das syrische Regime dort mit russischer Luftunterstützung eine Offensive gestartet hat. Auch sie könnten sich bald weiter auf den Weg nach Europa machen.

Zusammengefasst: Auf den griechischen Inseln kommen so viele Flüchtlinge an wie nie zuvor, auf der Balkanroute herrscht Chaos. Auch Österreich durchqueren die meisten nur, um nach Deutschland zu kommen. Nur ein kleiner Teil der Migranten zieht weiter in skandinavische Länder. Die Folge: Die Flüchtlingszahlen für Deutschland werden kurzfristig hoch bleiben.

**Load-Date:** October 22, 2015

[Abgewiesene Asylbewerber verlieren Versorgungsrecht;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlande-abgewiesene-  
asylbewerber-verlieren-versorgungsrecht-a-1064748.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlande-abgewiesene-asylbewerber-verlieren-versorgungsrecht-a-1064748.html)

SPIEGEL ONLINE

26. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 249 words

**Byline:** apr/dpa

**Highlight:** Wird der Asylantrag abgelehnt, fließt kein Geld mehr: Ein Gericht hat diese Regelung der niederländischen Regierung gebilligt. Schlafplatz und Nahrung erhält nur, wer bei der eigenen Abschiebung mithilft.

## Body

---

Abgewiesene Asylbewerber haben in den Niederlanden keinen Anspruch auf eine staatliche Grundversorgung. Der Staat dürfe Sozialleistungen an die Bereitschaft koppeln, die eigene Abschiebung zu unterstützen, entschied das höchste Verwaltungsgericht des Landes in Den Haag.

Die konservative Regierung hatte zuvor die Unterbringung von illegalen Migranten stark eingeschränkt. Nach der neuen Regelung "Bett, Bad und Brot" können sie lediglich noch in einigen zentralen Heimen befristet einen Schlafplatz und eine Mahlzeit bekommen - und auch nur, wenn sie an ihrer Ausreise mitarbeiten. Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen leben Zehntausende Menschen illegal in den Niederlanden.

Das Urteil wurde von Menschenrechtsorganisationen und Kirchen scharf kritisiert. "Wer Menschen Obdach und Nahrung verweigert, verletzt die Menschenwürde", erklärte die protestantische Kirche. Hilfsorganisationen und Städte sind besorgt, dass Tausende abgewiesene Asylbewerber nun auf der Straße leben müssten. "Viele Flüchtlinge können gar nicht in ihre Heimat zurückkehren", sagte eine Sprecherin von Amnesty International.

Mit der Entscheidung wurden die bereits strengen Asylregeln der Niederlande nochmals verschärft. Bereits vor dem Urteil galt: Wer kein Asyl erhält, muss in der Regel innerhalb von 28 Tagen das Land verlassen. Einen Duldungsstatus wie in Deutschland gibt es nicht. Dennoch zählen die Niederlande zu den gefragtesten Zielländern - vor allem bei syrischen Migranten.

apr/dpa

**Load-Date:** December 24, 2015

Abgewiesene Asylbewerber verlieren Versorgungsrecht <http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlande-abgewiesene-asylbewerber-verlieren-versorgungsrecht-a-1064....>

---

End of Document